



Stenografischer Bericht

46. Sitzung

am Freitag, dem 10. Oktober 2008,
in Magdeburg, Landtagsgebäude

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten 3041

TOP 2

Aussprache zur Großen Anfrage

Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung - Entwicklung des Innovationspotenzials des Landes Sachsen-Anhalt

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE - Drs. 5/1283

Antwort der Landesregierung - Drs. 5/1450

Herr Höhn (DIE LINKE) 3051, 3062
Minister Herr Prof. Dr. Olbertz 3054, 3062
Frau Mittendorf (SPD) 3057
Herr Kley (FDP) 3058
Frau Feußner (CDU) 3060
Herr Scharf (CDU) 3064
Herr Stahlknecht (CDU) 3064

TOP 14

Beratung

Health Check

Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 5/1528

Herr Krause (DIE LINKE) 3065, 3068
Minister Herr Dr. Daehre 3065
Herr Daldrup (CDU) 3066
Herr Hauser (FDP) 3067
Herr Barth (SPD) 3068
Beschluss 3068

TOP 15

Beratung

Novellierung des Nichtraucherschutzgesetzes

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 5/1529

Frau Dr. Hüskens (FDP) 3068, 3072, 3073
Ministerin Frau Dr. Kuppe 3070

Herr Kurze (CDU)	3072, 3073
Frau Pennendorf (DIE LINKE)	3073
Frau Grimm-Benne (SPD)	3074
Beschluss	3074

TOP 16

Erste Beratung

Erweiterung der Zeit des UnterrichtsbeginnsAntrag der Fraktion der FDP - **Drs. 5/1530**

Herr Kley (FDP)	3075
Minister Herr Prof. Dr. Olbertz	3076
Frau Mittendorf (SPD).....	3077
Frau Fiedler (DIE LINKE).....	3077
Herr Dr. Schellenberger (CDU).....	3078
Herr Bergmann (SPD).....	3079
Ausschussüberweisung	3079

TOP 17

Beratung

a) Erarbeitung eines Handlungskonzeptes zur deutlichen Verminderung der Flächenneuversiegelung in Sachsen-AnhaltAntrag der Fraktion DIE LINKE - **Drs. 5/1525****b) Maßstäbe und Aktivitäten der Landesregierung bei der Reduzierung des Flächenverbrauchs von land- und forstwirtschaftlichen Nutzflächen**Antrag der Fraktion der FDP - **Drs. 5/1536**Alternativantrag der Fraktionen der CDU und der SPD - **Drs. 5/1548**

Herr Dr. Köck (DIE LINKE)	3080, 3084
Herr Hauser (FDP).....	3081, 3085
Minister Herr Dr. Daehre.....	3081
Herr Bergmann (SPD).....	3083
Herr Scheurell (CDU)	3085

Beschluss zu a.....3086

Beschluss zu b.....3086

TOP 18

Zweite Beratung

Föderalismusreform II solidarisch gestaltenAntrag der Fraktion DIE LINKE - **Drs. 5/737**Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen - **Drs. 5/1512**Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE - **Drs. 5/1550**

(Erste Beratung in der 24. Sitzung des Landtages am 13.07.2007)

Frau Dr. Hüskens (Berichterstatterin).....	3086
Minister Herr Bullerjahn.....	3086
Herr Tullner (CDU).....	3087
Frau Dr. Klein (DIE LINKE)	3088
Frau Fischer (SPD)	3090
Frau Dr. Hüskens (FDP)	3092

Beschluss.....3092

TOP 20

Beratung

Inbetriebnahme des Vattenfall-Kohlekraftwerks in der Lausitz und Konsequenzen für die Energiepolitik Sachsen-AnhaltsAntrag der Fraktionen der CDU und der SPD - **Drs. 5/1537**

Herr Miesterfeldt (SPD).....	3093
Minister Herr Dr. Haseloff.....	3094
Frau Hunger (DIE LINKE)	3096
Herr Franke (FDP)	3098, 3100
Herr Krause (DIE LINKE)	3099
Herr Stadelmann (CDU).....	3100

Beschluss.....3101

TOP 21

Erste Beratung

Inanspruchnahme der EU-Schulmilchbeihilfe und des EU-SchulobstprogrammsAntrag der Fraktion DIE LINKE - **Drs. 5/1538**

Herr Czeke (DIE LINKE)	3101, 3105
Minister Herr Prof. Dr. Olbertz.....	3102
Frau Grimm-Benne (SPD).....	3104
Herr Hauser (FDP)	3104

Herr Hartung (CDU)..... 3104
Ausschussüberweisung 3105

TOP 23

Befragung der Landesregierung

Auswirkungen der Finanzkrise auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt

Antrag der Fraktion der CDU - **Drs. 5/1543**

Herr Gürth (CDU)..... 3041
Minister Herr Dr. Haseloff 3041

Beginn: 9.05 Uhr.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne hiermit die 46. Sitzung des Landtages von Sachsen-Anhalt der fünften Wahlperiode. Ich begrüße Sie alle, die Sie sich heute hierher begeben haben, sehr herzlich.

Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hohen Hauses fest.

Wie bereits gestern bekannt gegeben wurde, sind heute folgende Mitglieder der Landesregierung entschuldigt: Herr Professor Dr. Böhmer ganztägig wegen einer Bundesratssitzung, Frau Professor Dr. Kolb ebenfalls ganztägig wegen einer Bundesratssitzung, Herr Robra bis 14 Uhr wegen des ZDF-Fernsehrates und Frau Ministerin Wernicke, da sie erkrankt ist.

Wir setzen nun die 24. Sitzungsperiode fort und beginnen die heutige Beratung mit dem Tagesordnungspunkt 23, der Regierungsbefragung.

Ich rufe also den **Tagesordnungspunkt 23** auf:

Befragung der Landesregierung

Auswirkungen der Finanzkrise auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt

Antrag der Fraktion der CDU - **Drs. 5/1543**

Meine Damen und Herren! Wir sind alle auf diesem Gebiet noch nicht so sehr bewandert; wir üben alle noch ein wenig, weil es eine neue Form der Parlamentstätigkeit ist. Deswegen zunächst ein paar kurze Bemerkungen, damit Sie sich noch einmal den Ablauf des Verfahrens vergegenwärtigen können.

Wir führen zum zweiten Mal eine Regierungsbefragung durch. Die Auswertung des ersten Verfahrens hat ergeben, dass im Allgemeinen alle einigermaßen damit zufrieden gewesen sind, wie es abgelaufen ist. Vielleicht gelingt es uns auch künftig so.

Zu den Regeln: Die Fragen werden von den Saalmikrofonen aus gestellt. Das Mitglied der Landesregierung, das die Fragen beantwortet, bleibt am Rednerpult stehen.

Die Regierungsbefragung wird in zwei Runden durchgeführt. Die erste Runde eröffnet die antragstellende Fraktion mit ihrer Hauptfrage. Dafür stehen zwei Minuten Redezeit zur Verfügung. Eine Zeitbegrenzung für die erste Runde gibt es nicht. Nach der Beantwortung der Hauptfrage steht der Fraktion eine Nachfrage zu. Dafür hat sie anderthalb Minuten Zeit. Wir werden das genau messen.

Die den Befragungsantrag stellende Fraktion hat des Weiteren das Recht zu einer zusätzlichen Nachfrage, für die erneut anderthalb Minuten Redezeit genutzt werden können. Diese zusätzliche Nachfrage kann sowohl sofort nach der Beantwortung der ersten Nachfrage gestellt werden als auch später innerhalb des Verfahrens. Nach Abschluss der Befragung durch die antragstellende Fraktion geht das Fragerecht in der entsprechenden Reihenfolge an die nächste Fraktion über.

Dann kommt die zweite Runde. Diese darf maximal 30 Minuten dauern. Dort können die Mitglieder des Land-

tages Zusatzfragen zum Thema stellen. Dafür steht wieder eine Redezeit von anderthalb Minuten zur Verfügung.

Die Fragen sollen beim Präsidenten schriftlich oder gegebenenfalls durch Handzeichen angezeigt werden. Ich denke, es wird das Handzeichen ausreichen. Wir erwarten nicht, dass Sie alles schriftlich nach vorn bringen, obwohl das eine bequeme Möglichkeit wäre.

Eine kurze Nachfrage ist dann immer noch möglich. Zwischenfragen und Zwischenbemerkungen - im Gegensatz zu allem Sonstigen, was wir hier treiben - sind bei beiden Runden nicht zulässig. - So viel zum Verfahren. Nun beginnen wir damit. Ich erteile der Fraktion der CDU das Wort. Fragesteller ist Herr Gürth. Bitte schön.

Herr Gürth (CDU):

Herr Präsident! Verehrter Minister! Meine Damen und Herren! Wir haben in Sachsen-Anhalt angesichts des großen Problems der Arbeitslosigkeit in der zurückliegenden Zeit Gott sei Dank ein erfreuliches Wachstum feststellen können. Das ist auch bitter nötig, um die Arbeitslosigkeit abzubauen und weiter voranzukommen. Ich denke, der Kurs war sehr erfreulich.

Nunmehr haben wir die so genannte internationale Finanzkrise, die die ganze Welt bewegt. Die spannende Frage, die sich hierzu auftut, ist insbesondere, ob auch für Sachsen-Anhalt konkrete Auswirkungen zu erwarten sind. Es sind ja nicht nur die Sparerinnen und Sparer, die Bürger als Privatpersonen, sondern auch viele Unternehmer, die ihre Existenz, die Finanzierung ihres Unternehmens und der Investitionen sichergestellt wissen müssen.

Ich frage deshalb Herrn Minister Dr. Haseloff: Welche Auswirkungen hat die internationale Finanzkrise konkret auf die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt? Welche Handlungsspielräume sieht die Landesregierung überhaupt in dieser internationalen Finanzkrise und was unternimmt die Landesregierung, um den Wachstumskurs Sachsen-Anhalts stabil zu halten?

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank für diese Frage. - Die Antwort gibt uns Herr Minister Haseloff.

Herr Dr. Haseloff, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Gürth, das erste Halbjahr 2008 war ein sehr, sehr gutes Halbjahr. Wir haben bezüglich des Wachstums und auch der Ausdifferenzierung unter den Bundesländern in Deutschland einen Platz erreicht, den wir so noch nicht vorzeigen konnten. Mit einem Wirtschaftswachstum von 2,8 % insgesamt und einem Wachstum im verarbeitenden Gewerbe von fast 9 % lagen wir jeweils auf Platz zwei im Ranking der 16 Bundesländer.

Das war sozusagen das Abbild der bisherigen, über die letzten Jahre laufenden Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, der Finanzpolitik, der Konsolidierungspolitik unserer Landesregierung, die dieses hervorragende Ergebnis in Gänze herbeigeführt hat.

Das Wichtige ist, dass an dieser Stelle die Korrelation zwischen dem Wirtschaftswachstum und dem Arbeitsmarkt eindeutig gegeben war. Wir haben einen Rückgang der Arbeitslosenzahlen allein gegenüber dem Vor-

jahr um 15 % zu verzeichnen. Das heißt, es sind 30 000 Arbeitslose weniger in der Statistik registriert.

Wir können auch im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit den größten Rückgang in Deutschland verzeichnen. Das heißt, es entstehen nicht nur Arbeitsplätze, sondern vor allen Dingen auch Arbeitsplätze für die junge Generation, die dadurch in der Lage ist, ihre Zukunft im Lande zu planen.

Das war, wie gesagt, die Bilanz kurz zusammengefasst für das erste halbe Jahr. Der Finanzminister konnte auch im Kabinett berichten, dass sich diese Entwicklung bis in die Steuereinkünfte des Landes Sachsen-Anhalt durchzieht. Denn wir haben innerhalb der ostdeutschen Flächenländer die höchsten Pro-Kopf-Einnahmen bei den Steuern zu verzeichnen. Mit 3 851 € im Jahr 2007 lagen wir über dem ostdeutschen Durchschnitt, der bei 3 810 € - inklusive Sachsen-Anhalt - lag. Es ist also insgesamt eine durchgängig gute Bilanz.

Wie sieht nun das dritte Quartal aus? - Das dritte Quartal ist schon ganz klar geprägt und gezeichnet von den weltwirtschaftlichen Szenarien, die wir alle kennen und die fast jeden Tag mit einer neuen Botschaft aufwarten. Für das dritte Quartal, das noch nicht komplett zu Ende ist, kann ich bereits jetzt, wenige Tage vor Abschluss, zumindest Folgendes konstatieren:

Die Industrie und das verarbeitende Gewerbe haben weiterhin eine konstant gute Entwicklung genommen. Es gab also auch im dritten Quartal keinerlei Einflüsse der weltwirtschaftlichen Effekte, sondern ein hohes Wachstum, eine hohe Dynamik und zumindest eine Konstanz.

Im Bereich der Bauwirtschaft haben wir sogar einen Anstieg gegenüber den ersten beiden Quartalen zu verzeichnen. Das heißt, an dieser Stelle - man merkt es auch an den vielen Baustellen und an den damit einhergehenden Wartezeiten - ist ganz klar Dynamik angesagt, sogar mehr als im ersten und zweiten Quartal. Im dritten Quartal ist also keine Abschwächung zu verzeichnen. Das kann man jetzt schon mit hoher Sicherheit sagen.

Interessant wird für uns jetzt - darauf zielt auch Ihre Frage ab - die Entwicklung im vierten Quartal 2008 und vor allen Dingen die Entwicklung im Jahr 2009 sein. Wenn man die Prognosen für das Jahr 2009 schon einmal vorwegnimmt, dann kann man insgesamt für Deutschland sagen - Sachsen-Anhalt wird davon nicht ausgenommen sein -, dass wir ein realwirtschaftlich nicht einfaches Jahr vor uns haben. Wie sich das allerdings im Einzelnen gestalten wird, hängt von einer ganzen Reihe von durchaus noch beeinflussbaren und in den nächsten Wochen gestaltbaren Parametern ab. Ich sage dazu nachher vielleicht noch etwas.

Ich muss noch einmal ganz kurz zum Präsidenten schauen. - Für die Beantwortung der ersten Frage habe ich wie viel Zeit?

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Unbegrenzt.

Herr Dr. Haseloff, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Dann kann ich das ausführen, ohne mit einer Unterbrechung rechnen zu müssen. - Zum Jahr 2009 mache ich noch einmal gesonderte Ausführungen.

Aber schon das vierte Quartal 2008 wird für uns ein hochinteressantes Quartal sein, weil wir in diesem Zeit-

raum zum ersten Mal spüren werden, wie sich die Bevölkerung in Sachsen-Anhalt und in Deutschland verhält. Es geht um das Vertrauen der Menschen in die Politik, in die marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, in die Maßnahmenpläne und Krisenpläne, die weltweit erarbeitet werden, und letztlich auch in das konkrete Agieren der politisch Handelnden bei der Herstellung von Transparenz zu den Fragen: Wie steht es mit der wirtschaftlichen Entwicklung? Wie steht es um meine Einlagen? Wie steht es um mein Konto und letztlich auch um die Sicherheit meiner Ersparnisse einschließlich meiner Altersvorsorge?

Ich mache das deswegen an dem vierten Quartal fest, weil wir im vierten Quartal üblicherweise die größte Kaufkraftnachfrage bzw. Kaufkraftbindung und Konsumentennachfrage zu verzeichnen haben. Da sind die Vorweihnachtswochen und die Weihnachtseinkäufe. Diese korrelieren immer eindeutig mit der allgemeinen wirtschaftlichen Situation, mit der Kaufkraftsituation und mit der persönlichen Prognose für die nächsten Wochen, Monate und Quartale.

Wenn es nicht gelingt, in diesem Bereich des Einzelhandels Signale zu senden und auch vom Kunden das Signal einzufordern, dass er wieder Vertrauen in das allgemeine Umfeld gewinnt, dann wird das sicherlich auch für die Binnennachfrage im Jahr 2009 eine große Rolle spielen und realwirtschaftlich durchaus deutlichere Einflüsse haben, als wir sie momentan vom verarbeitenden Gewerbe, von der Industrie und von der wirtschaftlichen Entwicklung insgesamt erwarten.

Hinsichtlich der Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung würde ich momentan lediglich den Bereich der Banken und Versicherungen mit einem Fragezeichen versehen. In allen anderen Bereichen würde ich weiterhin von einem Wachstum ausgehen - sicherlich nicht in der dynamischen Größe wie in den ersten beiden Quartalen, aber es muss in den nächsten Monaten keinen Abbruch geben.

Die Auftragsbücher der im Maschinenbau, in der chemischen Industrie und in der Solarindustrie tätigen Unternehmen sind nach wie vor voll. Selbst die für uns immer bedeutsamer werdende Solarindustrie, die zu nicht unwesentlichen Teilen mit Kapitalanlegern dargestellt wird und mit Finanzanlegern arbeiten muss, zeigt zurzeit eine robuste Entwicklung. Das ist auch heute wieder in den Medien nachzulesen. Es gibt weitere Investitionen, zum Beispiel im Solar Valley. Das ist also nach wie vor darstellbar, auch in dieser weltweiten finanzpolitischen Krisensituation.

Die Auftragsbücher sind vor allem aufgrund von nationalen Aufträgen voll. Es ist aber darauf hinzuweisen, dass der Export - die Exportquote liegt in Sachsen-Anhalt bei 30 % - von der Struktur her anders situiert ist, als das in den alten Bundesländern der Fall ist.

Zum Beispiel beträgt der Anteil der Exporte in die USA im Land Sachsen-Anhalt nur knapp über 3 %. Der Anteil der Exporte nach Asien ist deutlich höher. Mehr als 30 % unserer Exporte gehen in die osteuropäischen Länder, das heißt, in die Beitrittsländer der Europäischen Union im Osten. Dort sind weiterhin Wachstumsraten von 8 bis 10 % zu verzeichnen. Diese werden sich auch von den jetzigen Finanzmarktturbulenzen nicht beeindrucken lassen.

Bei uns nimmt der Handel mit Asien, inklusive Indien, insgesamt einen größeren Anteil ein als der Handel mit

ganz Nordamerika. Aufgrund der Tatsache, dass unsere Wirtschaft, die auf der einen Seite sehr kleinteilig ist, die aber auf der anderen Seite inzwischen eine erhebliche Exportquote aufweist, durch die Neustrukturierung in den letzten 15 Jahren völlig anders ausgerichtet ist, ist an dieser Stelle eine etwas andere Entwicklung zu erwarten, als das gegebenenfalls in den alten Bundesländern der Fall sein wird.

Die Entwicklungen, die wir auf dem Arbeitsmarkt erwarten, lassen sich vielleicht wie folgt zusammenfassen: Derzeit haben wir fast keine Einflüsse auf den realen Arbeitsmarkt zu verzeichnen.

Allein im Agenturbezirk Stendal gibt es eine Inanspruchnahme der Kurzarbeit. Dabei wurde die angemeldete Zahl von 270 Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeitern nicht einmal ausgeschöpft. Lediglich 134 Menschen sind dort von Kurzarbeit betroffen. Wir wissen bereits, dass sich die Situation dort relativ schnell wieder entspannen könnte, weil man andere Aufträge akquiriert hat und nicht nur von einem Zulieferer bzw. von einem Hauptabnehmer allein abhängig ist. Darüber hinaus hat es in diesem Agenturbezirk, der nicht unerheblich von Automobilzulieferern geprägt ist, zwei weitere mündliche Anfragen gegeben.

In allen anderen Agenturbezirken ist, abgesehen von ein oder zwei Fällen, in denen mündlich nachgefragt wurde, wie das Verfahren rein theoretisch ablaufen würde, derzeit keinerlei Spontanreaktion zu verzeichnen. Für uns ist die Zahl der gemeldeten Kurzarbeiter immer ein Frühindikator, der die weiteren Folgen ahnen lässt bzw. der bereits Rückschlüsse auf weitere Maßnahmen zulässt. An dieser Stelle herrscht zum jetzigen Zeitpunkt Ruhe.

Auch von den Zeitarbeitsfirmen wurde uns bisher keine Veränderung signalisiert. Das heißt, dass man diese flexible Möglichkeit der Arbeitskräftebereitstellung, die meist zuerst genutzt wird, momentan noch nicht in Betracht zieht. - Die Abfragen haben jeweils am gestrigen Nachmittag stattgefunden.

Wir sind zurzeit in einer Situation, in der wir alle aufgefordert sind, Ruhe zu bewahren, aber auch die Signale, die wir aus der Finanzbranche bekommen, sehr ernst zu nehmen und diese auch als belastbare Informationen entgegenzunehmen.

Bei dem gestrigen Zusammentreffen mit allen Vertretern der drei Säulen, die wir im Land haben, einschließlich der - in Anführungsstrichen - staatlichen Banken, der NordLB, der Investitionsbank und der Bürgschaftsbank, sind wir von folgenden Indikatoren ausgegangen:

Die Bevölkerung des Landes Sachsen-Anhalt handelt nicht irrational. Es gibt einen erhöhten Beratungsbedarf; das ist ganz klar. Wenn die Telefone früher durchschnittlich 50-mal am Tag geklingelt haben, verzeichnen die Filialen nun 250 bis 300 Anrufe täglich. In Einzelfällen finden Abhebungen statt bzw. andere individuelle Reaktionen, aber sie halten sich absolut in Grenzen und sind überhaupt nicht vergleichbar mit Entwicklungen in anderen Regionen dieser Welt.

Das zeigt, dass die Bemühungen aller politischen Ebenen, Ruhe auszustrahlen, nicht zu dem Eindruck geführt haben, es wäre nur eine vorgetäuschte Ruhe. Letztendlich weiß man, dass die Politik ein Reaktionsschema entwickelt hat, welches mit belastbaren Aktivitäten verbunden ist.

An den Stellen, an denen die Bundesregierung Konsolidierungs- und Stabilisierungsmaßnahmen ergriffen hat,

hat sie das sehr zielbewusst, zielgerichtet und ausgewogen gemacht. Sie hat dabei immer Wert darauf gelegt, dass zwischen den Hilfen für die Kreditbranche und den Belastungen für den Staat ein vernünftiges Verhältnis besteht. Ich denke, das ist ein ganz wichtiges Signal gewesen.

Des Weiteren, glaube ich, ist jedem, auch den Bürgern des Landes Sachsen-Anhalt bewusst, dass das deutsche Finanzsystem, das in den letzten 100 Jahren viele Erfahrungen gesammelt hat, ein völlig anderes ist, als das Finanzsystem, das sich im angelsächsischen Raum herausgebildet hat und das immer noch mit relativ niedrigen Schutzwällen für den Endverbraucher versehen ist.

Das deutsche Kontrollsystem hat sicherlich auch noch Mängel und ist optimierbar. Mit diesem System, das sowohl institutionelle Eigensicherungsmechanismen als auch staatliche Sicherungsmechanismen aufweist, wird ganz klar zum Ausdruck gebracht: Das Geld des Spars ist sicher; die Einlagen des Privatkunden sind gesichert; die Einlagen der kleinen und mittelständischen Unternehmen, die die wirtschaftliche Struktur ausmachen, sind gesichert.

Die Liquidität der Banken lässt sich am besten daran festmachen, dass momentan keine einzige Investition abgewiesen werden muss, sofern derjenige, der in Kreditverhandlungen eintreten möchte, eine belastbare Struktur und eine belastbare Geschäftsidee vorweisen kann. Ganz im Gegenteil, vonseiten der Finanzbranche des Landes wird signalisiert: Jeder Investor ist herzlich willkommen.

Gerade jetzt sind Signale an dieser Stelle notwendig; sie sind finanziell darstellbar; es wird keine Kreditklemme geben. Herr Bullerjahn hat es gestern bereits aus seiner Sicht geschildert.

Die vorhandenen Finanzierungsinstrumente, auch in Kombination mit öffentlichen Fördermitteln, mit Bürgschaften, mit Eigenprodukten der Investitionsbank und in Verbindung mit Fremdkapitalfinanzierungen über die bekannten Finanzstrukturen, sind ausreichend, um jede Neuinvestition und jede Erweiterungsinvestition im Bereich der mittelständischen Wirtschaft sicherzustellen. Ich denke, mit dieser Botschaft kann die Wirtschaft sehr produktiv umgehen und sie kann letztendlich weiterhin planen.

(Zustimmung bei der CDU)

Gleichwohl - dies habe ich bereits an anderer Stelle auf Anfrage hin deutlich gemacht - haben wir bei einigen Großprojekten, die finanziell nur international darstellbar sind, zurzeit Schwierigkeiten beim zeitlichen Vollzug. Sie sind aber alle noch im Netz. Kein Projekt, das wir geplant haben, ist bisher gescheitert. Aber wir müssen Alternativen finden, um die Finanzierung darzustellen.

Das heißt also auch, Herr Gürth, die Leuchtturmprojekte, die wir brauchen, um im Umfeld dieser Nukleus weitere Unternehmen anzusiedeln, um die Entwicklung unternehmensnaher Dienstleistungen zu ermöglichen und um die Arbeitsmarktentwicklung weiter gut voranzutreiben, sind nicht gefährdet. Wir müssen uns lediglich auf eine andere Zeitschiene einlassen und alternative Finanzierungen finden.

Zum Teil werden wir auf landeseigene Mittel zurückgreifen können. Im Hinblick auf größere Investitionen bin ich aber auch mit der europäischen Investitionsbank im Ge-

spräch, die bereit ist, klare Signale zu senden; denn bei dem erheblichen Einsatz von Eigenkapital, das bei diesen Projekten eine Rolle spielt, geht man ganz klar von der Solidität und von der Vorprüfung der Solidität dieser Projekte aus. Deshalb ist man bereit, hier einzusteigen. Die Verhandlungen laufen gerade an. Ich bin optimistisch, dass wir diese Vorhaben erfolgreich zu Ende bringen.

Das Jahr 2009 wird aber auch eine neue Qualität erfordern, wenn es darum geht, eine Zwischenbilanz der volkswirtschaftlichen Entwicklung in den letzten Jahren insgesamt zu ziehen. Denn eines muss man ganz klar sagen: Die krisenhaften Einflüsse der Weltwirtschaft, die wir derzeit zu spüren bekommen, sind nicht nur monokausal mit Finanzausfällen und mit Zusammenbrüchen von Banken verbunden. Vielmehr ist die Situation auch ganz wesentlich durch bestimmte Entwicklungen geprägt, die jetzt ohnehin zum Tragen gekommen wären.

Die Automobilbranche etwa beklagt zurzeit, dass sie Absatzschwierigkeiten habe. Dies wurde bereits vor Wochen und Monaten hinter vorgehaltener Hand an verschiedenen Stellen geäußert. Die Absatzzahlen großer Autos mit hohem Verbrauch waren schon länger nicht mehr aufrechtzuerhalten. An dieser Stelle muss man bei bestimmten Branchen fragen, inwieweit sie den Trend der Entwicklung frühzeitig erkannt haben und inwieweit sie sich auf Marktveränderungen eingestellt haben.

Jetzt wird diese Situation durch die Finanzkrise am Weltmarkt verschärft, was die Sache plötzlich so brutal auf den Punkt bringt, dass ganze Produktionslinien abgestellt werden müssen.

In diesem Fall muss ich ganz klar den Ball zurückwerfen und sagen: Das hat nichts mit irgendwelchen Dingen zu tun, die wir jetzt politisch zu managen versuchen, sondern hier haben bestimmte Konzerne, bestimmte Branchen die Entwicklung komplett verschlafen.

Die Spritpreise sind schon über viele, viele Monate und Quartale sehr, sehr hoch. Die entsprechenden Verbräuche sind zum Teil sogar zurückgegangen. Die Mobilitätskosten sind große Einflussfaktoren bei der Kaufkraft der Bürger generell. Wer davon ausgeht, dass etwa bei der Zukunftsplanung von Pendlern weiterhin diese Autos wie bisher zum Zuge kommen, der hat sich einfach geirrt.

Man muss an dieser Stelle ganz klar fragen: Wo sind die Dreiliterautos? Wo sind die Fünfliterautos? Wo sind die Hybridfahrzeuge auf dem deutschen Markt? Wo sind die Alternativen, die sich gegebenenfalls auch an der Verwendung von erneuerbaren Energien festmachen usw. usf.?

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

An dieser Stelle habe ich kein Verständnis dafür, wenn man das mit der jetzigen Situation in Verbindung bringt, sondern hier ist auch die einzige Leitindustrie in Deutschland einmal aufgerufen. Mit ihr sind wir natürlich ganz klar verbunden. Diese Industrie hat Zulieferer in Sachsen-Anhalt, und wenn dort im Jahr 2009 gegebenenfalls Schleifspuren entstehen, dann sind diese nur zu einem geringen Teil mit der jetzigen - in Anführungsstrichen - Finanzkrise verbunden.

Meine Damen und Herren! Vielleicht noch einige Ausführungen zu dem, was ich persönlich jetzt auch den Menschen raten würde, damit die gute Entwicklung, die wir

im ersten halben Jahr, eigentlich sogar in den ersten drei Quartalen dieses Jahres genommen haben, nicht abbriicht.

Wenn der Bürger in der jetzigen Situation eine richtige Entscheidung fällen soll, dann sollte die so aussehen, dass er resümiert: Mein Geld ist sicher; die Frage ist, was ich mit diesem Geld mache. Denn Anlageformen der bisherigen Art haben sich letztlich in Teilen diskreditiert. Die Rücklagen, die man teilweise zur Altersvorsorge getätigkt hat, sind oftmals mit einem großen Misstrauen behaftet.

Was sollte man also den Bürgerinnen und Bürgern empfehlen? - Ich würde empfehlen, dass man jetzt Maßnahmen in Angriff nimmt oder gegebenenfalls Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung vorzieht, die man ohnehin schon für sich persönlich geplant hatte: Wärmehämmmaßnahmen am eigenen Haus, Wärmeeffizienzmaßnahmen in den Heizungsanlagen, Auftragsvergaben in das hiesige Handwerk hinein.

Es geht darum, Investitionen in dem Bereich zu tätigen, der auf jeden Fall keinem Verfall unterworfen ist, nämlich das selbst genutzte Immobilieneigentum, das generell die beste Altersvorsorge darstellt. Das ist gut angelegtes Geld; denn selbst wenn sich die negative wirtschaftliche Entwicklung weltweit durch sinkende Rohstoffpreise etwas abmildern lässt - die Rohstoffpreise werden sicherlich temporär sinken -, werden die Spritpreise, die Gaspreise, die Ölpreise usw. langfristig hoch bleiben und sie werden zu einer Belastung in unseren Haushalten führen.

Deswegen ist das die unmittelbar beeinflussbare Größe, die auch wirtschaftspolitisch für die nächsten Quartale einen positiven Effekt auslösen könnte. Denn wir brauchen an dieser Stelle nicht nur Vertrauen, sondern wir brauchen auch eine Art und Weise, Geld in die Hand zu nehmen, die die Binnennachfrage und die Binnenauftragslage in Sachsen-Anhalt stabilisiert.

Dafür gibt es gute Gründe, und wir sollten einschließlich unserer Beratungsprogramme, die wir als Landesregierung mit den Kammern jetzt noch einmal zuspitzen, an dieser Stelle sehr, sehr deutlich nach vorn gehen und versuchen, Informationen an die Menschen heranzubringen, wie man das finanziell darstellt.

Die Kreditinstitute sind aufgerufen, diese Paketlösungen anzubieten, einschließlich der KfW-Produkte, die hierfür zur Verfügung stehen. Das sind Vorsorgemaßnahmen, die in beide Richtungen positiv wirken, sowohl was den Umgang mit den eigenen Rücklagen, mit den eigenen Ersparnissen anbelangt, also die vorsorgliche Entwicklung der Finanzsituation im Privathaushalt, als auch im Zusammenhang mit Aufträgen für unsere regionale Wirtschaft, die wir gerade in den nächsten Monaten dringend brauchen. Ich glaube, dass wir dort mit unserem gemeinsamen Agieren als politisch verantwortliche Multiplikatoren in dieser Gesellschaft entscheidende Impulse setzen können.

Das Schlimmste, was wir machen könnten, ist, von uns aus bestimmte Dinge infrage zu stellen, wie das gestern auch die Bankenvertreter gesagt haben. Das heißt, wir dürfen nicht an der Verunsicherung der Menschen arbeiten, sondern wir müssen ganz klar sagen: Wir in Deutschland und wir in Sachsen-Anhalt haben die Sache im Griff.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Das, was wir in unserem Verantwortungsbereich tun können, werden wir auch verantwortungsvoll ausfüllen. Wir werden versuchen, diesen Standard auch in der Europäischen Union zum Flächenstandard zu machen. Der angelsächsische Markt muss sich an dieser Stelle eindeutig unseres deutschen Systems anpassen. Uns ist durchaus bewusst, dass auch in Deutschland an dieser Stelle Korrekturbedarf besteht und dass wir im Rahmen des Krisenmanagements die entsprechenden Ableitungen an den Stellen vornehmen müssen, an denen wir nachjustieren müssen, an denen wir gegebenenfalls auch gesetzgeberisch noch einmal tätig werden müssen.

- So weit erst einmal mein Einstieg.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Minister Haseloff. - Wünschen Sie, Herr Gürth, oder ein anderes Mitglied Ihrer Fraktion eine Nachfrage zu stellen?

Herr Gürth (CDU):

Ich werde nachher noch einmal fragen.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Uns steht jetzt beliebig viel Zeit zur Verfügung. Die erste Runde kann nahezu ewig dauern, ist nicht begrenzt. Es geht nur um die Frage, ob sich jemand selbst zähmt und die Antworten kürzer hält. Das ist alles. - Bitte, Herr Gürth.

Herr Gürth (CDU):

Wir geben das Wort erst einmal an die anderen Fraktionen weiter.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Es gibt keine Nachfrage von Ihnen? Ich habe das jetzt nicht verstanden.

Herr Gürth (CDU):

Wir können doch auch am Schluss eine Nachfrage stellen, oder?

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Die eine Nachfrage bleibt Ihnen.

Herr Gürth (CDU):

Wir haben noch Fragen, aber wir wollen auch die anderen Fraktionen zum Zuge kommen lassen.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Dann kommt jetzt die Fraktion DIE LINKE an die Reihe. Es ist angemeldet worden, dass Herr Henke eine Frage stellt. Bitte schön, Herr Henke, fragen Sie.

Herr Henke (DIE LINKE):

Herr Minister, Sie haben sehr wortreich über das Vergangene gesprochen. Ich habe eine konkrete Frage zur Zukunft der kommunalen Unternehmen in diesem Lande: Wie geht es mit denen weiter?

Ich habe bereits gestern auf das Cross-Border-Leasing hingewiesen. Die Nutzung legaler Steuerschlupflöcher in

den USA führte vor einigen Jahren nicht nur mit Genehmigung, sondern auch auf Anraten der Kommunalaufsichtsbehörden zum Verkauf und zum Rückmieten von kommunalem Unternehmensvermögen. Diese Verträge beinhalten die Übernahme von Ausfallbürgschaften durch die kommunalen Unternehmen bei finanziellen Problemen ihrer überseeischen Partner.

Im Zuge der Finanzkrise sind diese CBL-Partner der kommunalen Unternehmen nun von Insolvenz bedroht bzw. werden im Rating herabgestuft. Das hat zur Folge, dass auf die betroffenen kommunalen Betriebe zusätzliche Belastungen zukommen, da sie entweder ihre Depotbanken wechseln oder aber die Absicherung ihres Cross-Border-Geschäftes aufstocken müssen.

Welche finanziellen Risiken ergeben sich daraus für die kommunalen Unternehmen? Müssen sie zusätzliche Absicherungen vornehmen? Müssen sie ihre Depotbank oder ihren Versicherer wechseln? Und mit welchen finanziellen Belastungen mit all den Folgen für die kommunalen Arbeitsplätze ist zu rechnen?

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Henke. - Jetzt bitte die Antwort vom Herrn Minister.

Herr Dr. Haseloff, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Herr Henke, Sie wissen, dass es sich auf der einen Seite um eine sehr, sehr begrenzte Zahl handelt. Die Zahl der Cross-Border-Leasing-Verträge in Sachsen-Anhalt lässt sich wahrscheinlich an zwei Händen abzählen. Das heißt, die Betroffenheit ist sehr gering. Das ist auch gut so.

Auf der anderen Seite waren es damals ganz legale und reguläre Geschäfte, die innerhalb der Wirtschaftssphären zwischen den USA und Deutschland und demzufolge auch kommunalen Unternehmen zulässig waren. Es sind dort renommierte Anwaltskanzleien tätig gewesen, die sich speziell in diese Bereiche eingearbeitet haben.

Wer einmal einen Cross-Border-Leasing-Vertragsvorgang auf seinem Tisch gesehen hat, der weiß, wie viele Aktenordner das gefüllt hat. Es sind zig Klauseln, Rückversicherungen, Sicherheitsverbindlichkeiten und Maßnahmen eingebaut worden, mit denen versucht wurde, das angelsächsische Rechtssystem mit dem deutschen in Verbindung zu bringen und kompatibel zu gestalten. Wir gehen somit davon aus, dass das, was dort rechtlich an Sicherstellungsmaßnahmen hinein formuliert wurde, greift und dass das auch bezüglich des Handlungs in der jetzigen Situation, wenn es unmittelbare Vertragspartner betrifft, ausreicht, um unsere Kommunen auf der sicheren Seite zu halten.

Das ist jetzt allerdings eine qualitative und rein verbale Aussage, weil uns bis zum jetzigen Zeitpunkt kein konkreter Vorgang auf dem Tisch liegt.

Ich sage es noch einmal: Der Betroffenheitsgrad ist minimal. Das, was damals auch kommunalrechtlich begleitet wurde, ist aus gutem Grund, aufgrund der juristischen Absicherungen, die eingebaut wurden, genehmigt worden, sodass es in gewisser Weise auch eine Gesamtverantwortung der Handelnden einschließlich der zum jeweiligen Zeitpunkt amtierenden Landesregierungen durch uns dargestellt gibt.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Minister. - Wünscht jemand aus der Linksfraktion eine Nachfrage zu stellen? - Ja, bitte schön, Herr Henke.

Herr Henke (DIE LINKE):

Herr Minister, ist der Landesregierung überhaupt der Gesamtumfang des Risikos in Euro bekannt? Ist der Landesregierung überhaupt der Gesamtumfang der möglicherweise betroffenen Arbeitsplätze bekannt? Wenn es zum Schadensfall für die Kommunen kommt, auf welche Weise würde die Landesregierung dann der jeweiligen Kommune zu Hilfe eilen?

Herr Dr. Haseloff, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Wir gehen erst einmal grundsätzlich davon aus, dass dieser Schadensfall vermieden werden muss und auch zu vermeiden ist; denn unabhängig davon, dass die Situation auf den angelsächsischen, vor allen Dingen auf den amerikanischen Märkten sicherlich schwierig ist, gerade was die dortigen Vertragspartner anbelangt, sind alle juristischen Einzüge bzw. Vorkehrungen formuliert worden, die den Schutz unserer Kommunen und Kommunalbetriebe an dieser Stelle sicherstellen sollten.

Die Übersicht ist dem Innenministerium sicherlich bekannt; denn diese Geschäfte sind alle anzeigen- und genehmigungspflichtig gewesen bzw. kein solches Geschäft ist damals ohne Kenntnis der Kommunalaufsicht praktiziert worden. Ich weiß als ehemaliger Kommunalpolitiker aus eigenem Erleben, Welch schwierige und mühsame Prozedur das war.

Wie gesagt, für Sachsen-Anhalt habe ich diese Zahl konkret nicht vorliegen. Das kann sicherlich aus dem Innenministerium zugearbeitet werden, vom Kollegen Hövelmann.

Wir gehen davon aus, dass an dieser Stelle keine Gefahr besteht und dass demzufolge auch keine Arbeitsplätze gefährdet sind, unabhängig davon, dass es sich hierbei um Aufgaben handelt, die in den Pflichtaufgabenkatalog der Kommunen gehören und die demzufolge von diesen zu erledigen sind. Damit werden diese Arbeitsplätze also auch benötigt. Die Arbeit kann nicht einfach eingestellt werden, wie man das zum Beispiel zurzeit bei Opel in Eisenach macht.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank. - Wünscht die CDU-Fraktion jetzt noch eine Frage zu stellen? - Wenn das nicht der Fall ist, dann kommen wir zur SPD-Fraktion. Die nächste Hauptfrage wird von Herrn Miesterfeldt gestellt.

Herr Miesterfeldt (SPD):

Herr Minister, die Landesregierung, insbesondere das Wirtschaftsministerium, hatte die Absicht, an den vorhandenen Autobahnen in Sachsen-Anhalt, aber auch an denen, die noch in Planung befindlich sind, größere Industriegebiete a) zu finden und auszuweisen und b) gegebenenfalls auch zu fördern. Ist dieses ländliche Vorhaben durch die Finanzkrise gefährdet?

Herr Dr. Haseloff, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Nein, ganz im Gegenteil: Alle Signale, die wir haben - wir machen ja eine langfristige und nachhaltige Politik -, zei-

gen, dass wir sehr wohl wissen, dass wir innerhalb der existenten Gewerbegebiete die Bedürfnisselagen unserer hiesigen kleinen und mittelständischen Unternehmen befriedigen können. Das heißt, dort, wo etwas aus der hiesigen Struktur heraus wächst, sich erweitert, haben wir ausreichend Flächen.

Wir wissen aber, dass alle internationalen Akquisitionen von Großprojekten mit ganz klaren Nachfragestandards verbunden sind. Wenn Sie einen Großinvestor haben wollen, der 300 Millionen, 400 Millionen, 500 Millionen € in die Hand nimmt und der in einem ersten Investitions schritt Arbeitsplätze in einer Größenordnung von 200 bis 500 Stellen schaffen möchte, dann ist die Mindestforderung, die er stellt, ein Flächenangebot, erschlossen und in strategisch günstiger Lage, von 50 ha mit mindestens einer weiteren Optionsfläche der gleichen Größenordnung und mit einer Anbindung, die - Gott sei Dank ist unsere Infrastruktur, die wir in den vergangenen 15 Jahren geschaffen haben, topp - eine Marktdurchdringung in alle Richtungen einschließlich einer Fluganbindung und damit die internationale Versorgung von Geschäftspartnern oder die Einbringung von Produkten in den internationalen Markt ermöglicht.

Diese Kriterien sind selbst bei den Verhandlungen, die wir aktuell in diesen Krisenzeiten führen - die laufen ja schon ein paar Tage länger als nur die letzten 14 Tage -, die Grundkriterien, damit Sachsen-Anhalt in den Überlegungen überhaupt vorkommt, damit wir nicht ausgebootet werden und man gleich nach Rumänien, Bulgarien oder Singapur geht. Diese Kriterien sind immer die gleichen.

Wir können uns nur entscheiden, ob wir mitspielen wollen, ob wir solche exemplarischen Investitionen nach Sachsen-Anhalt holen wollen, solche Leuchttürme implementieren und dann sozusagen zu einem Wachstums kern aufwachsen lassen wollen, oder ob wir das nicht wollen. Deswegen haben wir an dieser Stelle keine Alternative.

Die Frage ist nur, wie wir das machen. Wir werden das sehr sorgsam unter Abwägung aller Interessenlagen tun und vor allen Dingen immer auch mit Blick auf einen verantwortlichen Umgang mit unseren Ressourcen, mit unseren natürlichen Voraussetzungen und mit dem, was sozusagen konkurrierende Nutzer für sich in Anspruch nehmen sollen und müssen. Das ist in diesem Fall die Landwirtschaft.

Die Kabinettsvorlage, deren Entwurf ich heute gezei chnen werde, sieht so aus, dass wir jetzt in das Mitzeichnungsverfahren gehen. Auf der Arbeitsebene ist zwischen dem Landesentwicklungsministerium, dem Landwirtschaftsministerium und weiteren Ressorts schon vieles besprochen worden. Jetzt gehen wir aber in das formale Mitzeichnungsverfahren.

Wir gehen davon aus, dass wir nur das unabsehbar Notwendige an strategischen Punkten, Autobahnkreuzungspunkten bzw. Kreuzungspunkten zwischen Bundesstraßen und Autobahnen, platzieren, dass wir die ganze Problematik der Ersatzflächen und der Ersatzmaßnahmen ganz klar verpflichtend einbuchen und bei dieser Erschließung mit den Kommunen auch dingfest machen und dass wir im Parallelverfahren zum Mitzeichnungsverfahren auch noch einmal zu den Arbeits kreisen der Fraktionen Kontakt aufnehmen und auch schon in dieser Phase die politische Akzeptanz bei Ihnen durch Faktenweitergabe herstellen. Wir wollen das

nicht als Kampfslinie verstehen, sondern als großen Konsenspunkt.

Wir wollen Sachsen-Anhalt weiterentwickeln, sorgsam, aber durchaus auf Expansionspfad gehalten.

Wenn wir darüber gemeinsam diskutieren, ob wir die A 14 brauchen oder nicht, dann sage ich, wir brauchen sie. Karl-Heinz Daehre hat sich intensiv dafür eingesetzt; trotz der Kostenverschiebungen ist es eine unabwiesbare Infrastrukturmaßnahme. Wir nehmen diese Investition doch nicht vor, um die Pendlerbewegung in Sachsen-Anhalt zu verbessern oder um die Transitverbindungen zwischen Italien und Skandinavien zu verbessern, sondern damit sich an dieser Autobahn entsprechende Ansiedlungen platzieren und Arbeitsplätze in der Altmark und in Sachsen-Anhalt entstehen.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Nur in dieser Kombination macht das alles einen Sinn. An dieser Stelle werden wir diese strategischen Großflächen benötigen, aber nochmals, wie gesagt: mit Augenmaß ausgewählt.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank. - Wünscht jemand eine Nachfrage zu stellen? - Das ist nicht der Fall.

Dann darf ich auf der Südtribüne Schülerinnen und Schüler des Kurfürst-Joachim-Friedrich-Gymnasiums Wolmirstedt sowie Damen und Herren des Schützenvereins Halle-Neustadt begrüßen.

(Beifall im ganzen Hause)

Jetzt kommen wir zur Hauptfrage der FDP-Fraktion. Bitte, Herr Franke.

Herr Franke (FDP):

Herr Minister, ich habe mich schon etwas gewundert, als ich die Fragestellung der CDU-Fraktion las, die in meinen Augen im Endeffekt darauf hinausläuft, doch für die Zukunft Kaffeesatzleserei zu betreiben. Das, was im Endeffekt heute von Ihnen gekommen ist, ist in der gegenwärtigen Situation in meinen Augen nicht so, dass man sagen kann - wie haben Sie das gesagt? -: Wir haben das alles im Griff. Ich glaube, an dieser Stelle kann ich nur mit dem Kopf schütteln.

Keiner von uns weiß, wie es in den nächsten Tagen weitergeht. Bis jetzt halten wir den Deckel auf dem Topf. Fliegt er uns um die Ohren, haben wir wirtschaftliche, politische, gesellschaftliche Veränderungen, die wir uns im Moment gar nicht vorstellen können. Ich glaube, unter diesem Aspekt ist das, was gesagt wurde, Kaffeesatzleserei.

(Unruhe bei der CDU und bei der SPD)

- Ich habe zweieinhalb Minuten Zeit zur Fragestellung und ich komme jetzt zu meiner Frage.

(Herr Kolze, CDU: Das ist keine Frage, sondern ein Statement! - Weitere Zurufe von der CDU - Frau Bull, DIE LINKE: Wir haben auch eine halbe Stunde zugehört! Jetzt ist es einmal gut!)

- Zweieinhalb Minuten habe ich Zeit, eine Frage zu formulieren, und unter dem - -

(Anhaltende Unruhe bei der CDU und bei der SPD)

- Darf ich jetzt? - Gut. Dann zur Frage.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Die Zeit läuft.

Herr Franke (FDP):

Auch an dieser Stelle muss ich etwas ausholen. Eine Presseveröffentlichung in der „Mitteldeutschen Zeitung“ vom 26. September 2008 war mit der Überschrift „Finanzkrise bremst Investoren“ betitelt.

Meine Frage: Herr Minister, ist das die Wirtschaftspolitik, die wir in Zukunft machen werden, dass wir schwadronierend durch das Land gehen, Firmen mit Namen und Adresse benennen und die finanzielle Situation darstellen? Soll das in Zukunft den Investitionsstandort Sachsen-Anhalt attraktiver machen?

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank. - Bitte die Antwort, Herr Minister.

Herr Dr. Haseloff, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Wissen Sie, Herr Franke, Sie als Fraktion haben ein Problem. Wir gehen aber trotzdem freundlich miteinander um. Deshalb möchte ich drei Sätze dazu sagen. Als Ihre Halbzeitbilanz druckfrisch verteilt wurde, war sie bereits schredderreif.

(Zustimmung bei der CDU)

Sie sagen, wir stünden auf der Bremse und es fände kein Wachstum statt. Wir haben das zweithöchste Wirtschaftswachstum im ersten Halbjahr zu verzeichnen gehabt, unbeeindruckt von dem, was derzeit von uns nicht zu verantworten ist. Sie können zu Recht stolz auf Ihre Landesregierung sein, die Sie unterstützen und die auch für Sie erfolgreich arbeitet.

(Beifall bei der CDU)

Wobei ich sagen muss, die Karikaturen waren nicht schlecht, nur der Inhalt war völlig falsch.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Stellen Sie sich einmal vor, ich würde nicht auf der Bremse stehen, dann hätten wir vielleicht ein Wachstum, das so hyperventiliert, dass Märkte auseinanderbrechen könnten, und Sie müssten mich ermahnen, damit wir nicht das Augenmaß verlieren.

(Zurufe von der FDP)

Aber lassen wir das, das sind sozusagen die kleinen Dinge.

Die Sache ist kompliziert und schwierig genug. Ich gebe Ihnen bezüglich Ihrer Nachfrage ja Recht. Sie können von einem ausgehen: Wenn solche Fragen von mir beantwortet werden, dann werden sie immer auf Anfrage, aber abstrakt beantwortet. Wenn Firmennamen in den Medien auftauchen, dann sind das Firmennamen, die nicht von uns genannt worden sind.

Sie können bei Ansiedlungsprozessen, in denen Kommunen, Planungsbehörden oder Privateigentümer von Flächen mit Kaufanträgen oder Ähnlichem konfrontiert werden, informell nicht beliebig deckeln. Aber eines gilt für dieses Haus - das war beim Kollegen Rehberger wie bei seinen Vorgängern, die in diesem Amt tätig gewesen sind, der Fall - :

Firmennamen gehen grundsätzlich nur über deren eigene Artikulation hinaus, nur wenn die Notifizierung im

Netz der Europäischen Union steht oder sich die Firma dort selbst mit einer Presseerklärung oder mit uns gemeinsam an die Öffentlichkeit wendet. Ansonsten halten wir uns, was die Firmennamen anbelangt, heraus.

Sie können alle Vertreter der Medien bzw. die Journalisten, die das schreiben, fragen. Die wissen, dass unsere klare Ansage immer ist: Wir sagen zu diesen Dingen nichts. Allerdings kann ich, wenn schon ein Termin für einen Spatenstich vorgesehen war und dieser Termin verschoben werden muss, dann nicht mitteilen, dass dort nichts war, sondern dann muss ich schon drei Sätze dazu sagen, was die Ursache für die Verschiebung ist.

Wenn eben 25 % der Gesamtfinanzierung, die in einem Fördermittelbescheid von uns unterlegt sind, herausgebrochen sind, dann ist der Fakt schlicht und einfach zu benennen, indem wir sagen, dass wir einen zeitlichen Verzug haben, ohne dass die Firma benannt wird.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank. - Wünscht jemand eine Nachfrage zu stellen? - Wenn das nicht der Fall ist, dann ist die erste Runde abgeschlossen und ich eröffne die zweite Runde. Dafür stehen insgesamt 30 Minuten zur Verfügung. Die Fragesteller dürfen für ihre Frage jeweils eineinhalb Minuten in Anspruch nehmen.

Ich habe inzwischen eine Menge von Wortmeldungen bekommen. Ich werde diese einigermaßen gut mischen.
- Die erste Frage stellt Frau Dr. Klein. Bitte schön.

Frau Dr. Klein (DIE LINKE):

Herr Minister, in der heutigen „Volksstimme“ werden Sie mit der Aussage zitiert, dass neue Investitionen in Sachsen-Anhalt nicht an den Banken scheitern werden. Allerdings werde es Refinanzierungskostenaufschläge geben. Vorgestern wurden nun die Leitzinsen gesenkt, um Kredite nicht zu verteuern. Refinanzierungskostenaufschläge sind allerdings eine Verteuerung der Kredite, jedenfalls aus meiner Sicht.

Nun zu meiner Frage: Sind trotz dieser Refinanzierungskostenaufschläge insbesondere kleine und mittlere Unternehmen in der Lage, weiterhin Kredite aufzunehmen?

Herr Dr. Haseloff, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Diese Aussage bezieht sich auf das hiesige kleine und mittelständische Gewerbe, also auf Investitionsgrößenordnungen, die diese Unternehmen darzustellen in der Lage sind.

Von allen Finanzinstituten ist ganz klar gesagt worden: Es gibt in der jetzigen Phase keinen Risikoauflschlag bei der Kreditgewährung. Es wurde ganz klar verneint, dass man aufgrund der allgemeinen Situation, der verspürten oder der realen, der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge und dergleichen irgendwelche zusätzlichen Risikoauflschläge nehmen muss.

Demzufolge ist das, was sich bei neuen Kreditgeschäften an entsprechenden Zinssätzen ausverhandeln lässt, transparent machbar und lässt sich eindeutig und monokausal den Kapitalbereitstellungsaufwendungen zuordnen, die nun einmal am internationalen Kapitalmarkt mitbestimmt werden bzw. die einfach die Kosten für die Bereitstellung dieser Mittel für die entsprechenden Institute darstellen.

Ich habe aufgrund dessen, dass das qualitativ formuliert wurde, nachgefragt: Sind das zum Beispiel Aufschläge der Kapitalbereitstellung, wie sie in den letzten Tagen in Amerika praktiziert wurden? - Hierbei denke ich an die Overnight-Zuschläge von bis zu 600 Basispunkten. 600 Basispunkte heißt heruntergerechnet, es fallen zusätzlich 6 % Zinsen an. Darauf wurde mir klar gesagt: Das hat mit diesen Dingen überhaupt nichts zu tun; wir haben ein völlig anderes System; die Banken sind liquide und es gibt Einlagen.

Aber es gibt gegebenenfalls an bestimmten Stellen auch die entsprechenden Beschaffungsnotwendigkeiten. Hierbei handelt es sich um Aufschläge, die sich in der Größenordnung - nach jetzigem Stand - zwischen 0,25 Prozentpunkten und einem Prozentpunkt mehr beim Zinssatz bewegen.

Ich denke, das ist auch eine Botschaft. Wenn wir wissen, dass wir relativ niedrige Zinsen in den letzten Quartalen hatten, dann bewegen wir uns damit immer noch in Bereichen, die unter den Zinssätzen liegen, die wir vor drei, vier, fünf, sechs Jahren hatten. Das ist die eigentliche Botschaft in Richtung Wirtschaft.

Das heißt: An dieser Zinshöhe muss derzeit keinerlei Projekt scheitern. Man kann investieren. Wir befinden uns nach wie vor im normalen System und haben keine Abnormitäten zu verzeichnen, wie das im angelsächsischen Raum der Fall ist, wo schlicht und einfach eine Struktur vorhanden ist, die mit der unseren nicht vergleichbar ist.

Nicht umsonst versuchen deshalb viele Anleger, in unser System einzudringen und ihr Geld bei uns, beispielsweise bei den Sparkassen und Volksbanken, zu hinterlegen, weil man es dort am sichersten aufbewahrt sieht.

Auch das ist ein Zeichen, das wir politisch transportieren müssen, um die Menschen nicht zu verunsichern, sondern damit zum Ausdruck zu bringen, dass sie diesen Aussagen trauen können.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Minister. - 30 Minuten sind angesetzt. Herr Minister, Sie haben zwar keine Redezeitbeschränkung, aber wenn Sie niemanden enttäuschen wollen, dann sollten pro Frage nur etwa fünf Minuten verbraucht werden.

Herr Dr. Haseloff, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Okay, alles klar.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Die nächste Frage stellt Herr Lüderitz. Bitte.

Herr Lüderitz (DIE LINKE):

Herr Minister, Sie haben vorhin zu Recht ausgeführt, dass wir in der Vergangenheit durchaus das Problem hatten, dass verschiedene Anlagen nicht in Sachanlagen getätigten wurden, sondern in Fonds und Ähnliches. Die Konjunkturforscher beim IWH beklagen auch seit Längrem, dass es doch zu einer zunehmenden Alterung des Kapitalstocks in Sachsen-Anhalt kommt.

Ich frage Sie deshalb: Welche Chancen und Möglichkeiten sehen Sie dafür, dass in den nächsten Jahren ver-

stärkt in Sachanlagen investiert wird - auch unter Berücksichtigung der erheblich reduzierten Renditeerwartungen?

Herr Dr. Haseloff, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Die Lehre aus dem, was wir in den letzten Wochen erlebt haben, besteht darin, dass sich konservativen Agierenden sowohl in wirtschaftlichen Bereichen, siehe unsere NordLB, als auch im privaten Bereich auszahlt. Das ist nachhaltige Politik.

Das heißt nicht, dass man mit jeder Rendite zufrieden sein muss. Ein Wettbewerb der einzelnen Anlageformen ist schon sinnvoll und notwendig. Aber man muss das Gefühl haben - das ist die alte Kardinaltugend des Maßes -: Wenn ich eine Renditeerwartung über einem bestimmten Grenzwert habe, der zum Beispiel zweistellig ist, dann muss ich einfach davon ausgehen, dass das mit einem hohen Risiko verbunden ist oder dass es irgendwo grenzwertig ist.

Das zahlt sich jetzt aus bis hin zur diversifizierten Anlagestrategie selbst der Kommunen, wo man sich manchmal fragt: Macht es dieses Hundertstel oder dieses Zehntel bei der einen oder anderen Bank in Australien, in Island, in Irland oder in Nordamerika wirklich aus? - Diese Frage muss man sich schon stellen.

Deswegen an dieser Stelle, weil ich - zu Recht - immer nur fünf Minuten lang antworten soll, nur der Hinweis: Wenn wir darüber nachdenken, wie ein internationales System der Transparenzherstellung und Kontrolle aussehen soll, gehört für mich dazu, dass man auch im Sinne des Kunden- und Verbraucherberaters Signale gibt, an welchen Stellen diese überproportionale Risikohäufung festzustellen ist und wo es grenzwertig wird.

Dies sollte so weit gehen, dass wir, wenn es bestimmte Zertifizierungssysteme gibt, auf die sich gegebenenfalls die Branche selbst kaprizieren kann, ähnlich wie bei den Fluglinienlinien so genannte schwarze Listen erstellen und damit aufzeigen: In dieses oder jenes Flugzeug würde ich nicht einsteigen, weil darin schlicht und einfach die Gurte nicht halten oder weil bei diesem Flugzeug schlicht und einfach die Wartung nicht gesichert ist.

Diesbezüglich sollten wir auf internationaler Ebene auch im Sinne der politischen Disziplinierung der Finanzmärkte zumindest versuchen gegenzusteuern, wenn bestimmte Angelegenheiten international vertraglich nicht komprimierbar sind.

Letzter Hinweis: Ich kann nur dazu raten, das Geld möglichst so anzulegen, dass es einer nachhaltigen Altersvorsorge und auch der persönlichen Vorsorge dient. Solche Geldanlagen sind die Eigentumswohnung, das Eigenheim, das Reihenhaus für junge Familien bzw. all das, was in diesem Zusammenhang der Wärmeeffizienz, der Energieeffizienzverbesserung und ähnlichen Zielen dient.

Wir haben mit der Unterstützung durch Karl-Heinz Daehre für junge Familien ein entsprechendes Programm aufgelegt. Auch bei einer älteren Familie kann es noch Sinn machen, über den Kauf eines Eigenheims bzw. einer eigenen Wohnung nachzudenken. Das ist immer noch die sicherste Basis, schlicht und einfach Unwägbarkeiten des Lebens zumindest in Teilen zu entgehen.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Minister Herrn Dr. Daehre)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank. - Nun bitte Herr Gürth.

Herr Gürth (CDU):

Einige Großprojekte sind zumindest erst einmal zeitlich verschoben. Im Hinblick darauf stellt sich jetzt die Frage, ob es Möglichkeiten gibt, die die Landesregierung sieht, um konkrete Maßnahmen kurzfristig auf den Weg zu bringen, um Impulse für die Bauindustrie zu geben. Weil mittlerweile nicht nur die Finanzkrise, sondern auch der Winter vor der Tür steht, wäre es vielleicht nicht schlecht, wenn im Energiesparbereich oder in anderen Bereichen konkrete Vorhaben oder Programme auf den Weg gebracht werden könnten. Sehen Sie hierfür eine Möglichkeit?

Zweitens. Haben Sie als Landesregierung die Möglichkeit, eine gemeinsame Strategie mit den im Land ansässigen Banken zu fahren, damit man bei weiteren Turbulenzen ein abgestimmtes Szenario hat?

Herr Dr. Haseloff, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Das Letztere vorweg: Wir haben uns gestern sozusagen zu einem Zwischentermin getroffen. Letztendlich war die Zielstellung, dass wir bei den Investitionsaktivitäten in Sachsen-Anhalt keinen Abbruch erleiden dürfen. Da wir über die GA-, über die EFRE-Mittel, über die Investitionsbank letztendlich als ausreichendes Institut bei den Finanzierungen explizit eine Rolle spielen, haben wir ein Interesse daran, dass nicht nur unsere Fördermittel abfließen, damit Arbeitsplätze geschaffen werden, und dass wir Planungssicherheit bekommen, sondern auch daran, dass unsere Partner weiterhin stabil innerhalb des gesamten Finanztableaus am Ball bleiben.

Wir haben uns gestern darauf verständigt, dass wir, sobald dort irgendeine Veränderung eintritt, eine Instabilität zusätzlicher Natur hineinkommt oder wir Abflussschwierigkeiten sehen, kurzfristig zusammenkommen bzw. projektbezogen bilateral gehandelt wird, sodass wir ein ganz klares Informationsnetzwerk haben, damit uns an dieser Stelle nichts abrutscht. Der Finanzminister als derjenige, der die Sparkassenaufsicht für diesen Bereich tätigt und der die Institute zu beaufsichtigen hat, ist sowieso ständig am Ball, sodass wir dieses Geschehen, denke ich, sehr seriös handhaben und als Landesregierung hier konstatiert und homogen arbeiten.

Bei den Großprojekten ist es so, dass wir bei diesen Größenordnungen nicht automatisch mit Sparkassen, mit anderen Alternativen agieren können. Wir benötigen sie aber, weil damit auch ein großes Bauvolumen verbunden ist. Deswegen geben wir da kein Projekt auf und versuchen, dies mit alternativen Finanzierungsmöglichkeiten zu erreichen.

Wir haben am Montag eine Energiekonferenz auf Fachebene für Sachsen-Anhalt in Magdeburg durchgeführt, auf der wir mit allen wesentlichen Vertretern auch der Wirtschaft zusammenkamen und auf der wir darüber nachgedacht haben, wie wir an diesen Stellen auch unter klimatologischen und klimapolitischen Gesichtspunkten einen Schritt weiterkommen.

Herr Keindorf, der Präsident der Handwerkskammer Halle, der sozusagen die Federführung für das Beratungssystem an dieser Stelle für Sachsen-Anhalt übernommen hat, hat auf dieser Konferenz einen Zwischenbericht gehalten, dessen Inhalte wir aufgreifen werden,

um noch einmal die gesamten Beratungssysteme sowohl in die Firmenstrukturen als auch - das muss jetzt erweitert werden -, die KfW ergänzend, in den privaten Haushaltsbereich hinein zu erweitern und zu verstärken, weil die KfW über wesentlich mehr Möglichkeiten vom Mittelvolumen her verfügt, als momentan in Anspruch genommen wird.

An dieser Stelle ist man viel zu zögerlich, anstatt wirklich eine produktive Vorsorge für die eigene Zukunft zu treffen. Das ist für mich weitestgehend ein Informationsproblem. Hier werden wir in den nächsten Wochen zusätzlich mit dezidierten Beratungsstrukturen aufwarten. Das wird Bauvolumen schaffen.

(Beifall bei der CDU und von der Regierungsbank)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank. - Die nächste Frage stellt Frau Tiedge. Bitte.

Frau Tiedge (DIE LINKE):

Herr Minister, Sie sprachen vorhin die Bemerkung von Frau Dr. Klein an, dass es bei neu aufzunehmenden Krediten zu keinen Veränderungen kommen werde. Mich interessieren die bereits abgeschlossenen Kredite. Ist zu befürchten, dass bei den kleinen und mittelständischen Betrieben langfristig vereinbarte Kreditkonditionen verändert werden, bzw. ist festzustellen, dass dies vielleicht schon Praxis ist, zum Beispiel hinsichtlich der Rückzahlungsmodalitäten?

Herr Dr. Haseloff, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Aussage ganz klar von gestern bezüglich der inländischen Institute und der existenten Verträge: Vertragsstreue, keine Veränderungsnotwendigkeiten, Sicherheit, Stabilität, Planungssicherheit für die Unternehmen, damit Finanzsicherheit bezüglich der eigenen Kostenbelastungen, was den Kapitaldienst anbelangt.

Etwas anderes ist es - dazu gibt es ja auch Medienberichte -, wenn man versucht, sich mit Instituten einzulassen, die, sagen wir einmal, von einem anderen Kontinent kommen. Auch so etwas haben wir schon. Dafür kann momentan niemand die Hand ins Feuer legen. Es ist eine ganz klare Geschichte, dass ich, wenn ich auf der einen Seite in guten Zeiten den Vorteil haben will, dann auf der anderen Seite in schlechten Zeiten das Risiko zu tragen habe.

Die Botschaft, die ich gerade formuliert habe, gilt uneingeschränkt für die inländischen Institute, die hier ganz klar Vertragstreue praktizieren.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank. - Nun bitte Herr Miesterfeldt.

Herr Miesterfeldt (SPD):

Herr Minister, wir haben in Sachsen-Anhalt seit vielen Jahren das schwierige Thema Gewerbegebiet mit Flugplatz Cochstedt. In den letzten Wochen und Monaten sind immer einmal wieder Hoffnung und Enttäuschung gegeneinander angetreten. Kann die gegenwärtige Finanzlage das eher negativ beeinflussen oder wird das Projekt unbeeinflusst von ihr weitergehen?

Herr Dr. Haseloff, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Zum Thema Cochstedt habe ich eine klare Sprachregelung, die lautet wie folgt: Erstens. Ich bin unschuldig an diesen Dingen.

(Zustimmung bei der CDU - Frau Feußner, CDU: Das stimmt!)

Zweitens. Es nützt uns allen nichts, dass ich unschuldig bin. Ich habe an dieser Stelle einen Amtseid abgelegt, stehe somit jetzt in dieser Verantwortung, muss deshalb mit den Themen, die auf der Tagesordnung stehen, vernünftig umgehen und muss vernünftig arbeiten.

Drittens. Dieses Konstrukt, dieser von der Infrastruktur her funktionsfähige Flugplatz ist zu schade für die Abrissbirne. Ich habe auch keine Lust - das muss ich Ihnen sagen -, dass ich heute die Zeitung aufschlage und das Schwarzbuch der Steuerzahler darin sehe, worin wir gewissermaßen prophylaktisch für noch nicht einmal getätigte Infrastrukturmaßnahmen abgewatscht und als Blödmänner der Nation hingestellt werden, als ob wir zu doof sind, die Steuergelder der Westdeutschen hier im Osten zu „vergraben“ - - Wir sind nicht zu doof. Wir vergraben sie schon; aber wir vergraben sie halt.

(Heiterkeit bei der FDP - Zuruf von der LINKEN: Ja!)

Das kann nicht das Thema sein, auch weil ich an dieser Stelle keine Ost-West-Debatte haben möchte. Ich möchte mit diesem Thema auch nicht erneut im Schwarzbuch der Steuerzahler erscheinen; denn keine adäquate Funktionsfähigkeit heißt: Wenn wir weiterhin keine zusätzlichen Ausgaben für einen Flugplatz Cochstedt im Haushalt haben wollen - was momentan im Haushalt steht, werde ich der gemeinsamen Sprachregelung wegen sogleich erläutern - im Sinne von Sicherungskosten und im Sinne auch von Bausicherungskosten usw. usf., dann müsste ich, wenn es keine weitere Nutzung mit der ursprünglichen Zielfunktion gibt, einen Rückbau zumindest in Erwägung ziehen. Es ist zumindest nicht so einfach, so etwas über Jahrzehnte hinweg in irgendeiner Weise adäquat und sicherheitstechnisch aufrechtzuhalten.

Also: Was ist es für mich? - Es ist für mich ein Gewerbegebiet. Das gehört dem Land Sachsen-Anhalt. Auf diesem Gewerbegebiet befinden sich Investoren. Diese investieren dort im Rahmen ihrer Möglichkeiten sukzessive, klein, aber fein, durchaus mit Arbeitsplätzen verbunden, mit Investitionen - jetzt noch eine Halle. Alles hervorragend.

Das wird es auch bleiben müssen, weil wir Eigentümer sind, weil wir dafür die Grundsteuer zu bezahlen haben, weil wir dafür die Versicherungen bzw. auch den Wachdienst zu bezahlen haben. Das, nur das steht im Haushalt, sodass wir also bezüglich unserer Aktivitäten, was man mit dem dort Stehenden noch alles machen kann, momentan den Landeshaushalt - so sind wir auch mit dem Kollegen Bullerjahn verblieben - nicht belasten.

Parallel zu der Weiterentwicklung dieses Gewerbegebietes wollen wir versuchen, eine vernünftige Verwertung der dort stehenden Infrastruktur, für die, wie es immer wieder genannt wurde, 60 Millionen € ausgegeben wurden, hinzubekommen, die nicht im Schwarzbuch der Steuerzahler endet.

Diese Dinge - das kann ich ganz deutlich sagen - sind in guten Verhandlungen dahin gehend, dass wir - ich sage

es noch einmal, weil das schon einmal rübergegangen ist - einen paraphierten Vorvertrag haben und zwei weitere alternative ernsthafte Vertragsangebote auf dem Tisch liegen haben. Die anderen haben wir erst einmal zurückgestellt, weil dabei die Liquidität des Partners das Entscheidende ist.

Diese Dinge werden wir in Richtung einer entsprechenden Kabinettsvorlage für die Entscheidung im Kabinett, was wir in welcher Form damit machen werden, in diesem Jahr auf den Punkt bringen. Dann kann im Kabinett entschieden werden, ob dies eine Alternative ist oder nicht. Wenn es keine ist - es kann sein, dass wir sagen, das Risiko ist nicht kalkulierbar oder wie auch immer, die Nase passt uns nicht oder wir wissen nicht, was dahinter steht bzw. wie die Kette in den nächsten 20, 30 Jahren im Sinne von Nachhaltigkeitsdenken ist -, dann bleibt es unser Gewerbegebiet und wir werden weiterhin dafür 250 000 €, wie es auch bei anderen Gewerbegebieten von Kommunen üblich ist, ausgeben und sukzessive versuchen, diese Summe noch zu reduzieren, weil wir ja in Teilen auch verwerten.

Das ist sozusagen die Ultima Ratio, die durchläuft. Wir wollen schlicht und einfach möglichst nah an den in den 90er-Jahren konzipierten Nutzungsarten dran bleiben. Ich denke, dafür lohnt es sich. Ich brauche eine mentale Unterstützung nur dafür zu sagen: Die Abrissbirne fällt zum jetzigen Zeitpunkt aus. Solange dieser funktionsfähige Infrastrukturdurchgang da ist, ist es sinnvoll, ihn anzubieten.

Solange jemand nachfragt - das ist der letzte Satz zu Ihrer konkreten Nachfrage -, ist das jetzige turbulente Geschehen dort international relevant. Man kann nicht sagen: Die Termine, die der Kollege Schubert schon seit Wochen - auch in diesem Monat wieder - in seinem Kalender hat, sind davon unbeeindruckt. Sie finden statt. Ich habe erst gestern wieder eine E-Mail „Cc“ erhalten, dass der Termin, an dem sie sich treffen und weiter verhandeln wollen, weiterhin steht.

Das ist die Zwischenbilanz. Ich denke, damit kann eigentlich auch der Landtag leben. Wenn ich etwas anderes machen müsste, müssten Sie zu Recht fragen: Ist das die opportune und adäquate Art des Umgangs mit so viel Geld, das wir einmal ausgegeben haben?

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Minister. - Die letzte der gemeldeten Fragen wird von Herrn Grünert gestellt. Bitte schön.

Herr Grünert (DIE LINKE):

Herr Minister, Sie sind bereits vorhin bei der Beantwortung der Frage von Herrn Lüderitz auf erkennbare Risiken im Finanzbereich eingegangen. Ist zu erwarten, dass die Bürgschaftsbanken bzw. die Investitionsbank ihr Verhalten bei der Gewährung von Bürgschaften verändern werden, und, wenn ja, unter welchen Prämissen wäre das denkbar?

Herr Dr. Haseloff, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Ich habe gestern die Vertreter der Bürgschaftsbank auf den Punkt gefragt: Wie sieht ihr euch momentan im Konzert derjenigen, die Kapital bereitstellen bzw. besichern, verbürgen müssen, und wie ist eure Botschaft in Rich-

tung derjenigen, die als Kundenbetreuer, als Sparkassen-, Volksbank- und Bankvertreter jeden Tag kommunizieren müssen und demzufolge an dieser Stelle auch entsprechende Botschaften brauchen? - Denn die Bürgschaft wird gerade bei kleinen und mittleren Unternehmen immer eine deutliche Rolle spielen.

Klare Ansage: Kommt! Wir stehen da. Die Tore sind offen. Wir können Bürgschaften mindestens in dem gleichen Maße und auch zu vergleichbaren Konditionen wie bisher ausreichen. Da gibt es keinerlei Risikozurückhaltung unsererseits.

Ganz im Gegenteil, die Bürgschaftsbank versteht sich zurzeit sogar als Ruhepol und stabilisierendes Element, um Ruhe in das gesamte Verhandlungsgeschehen hineinzubekommen, das heißt, gegebenenfalls sogar häufiger bezüglich der verbürgten Prozente deutlich in das Obligo zu gehen - natürlich immer im Einvernehmen und im Benehmen mit dem Bürgschaftsausschuss, in dem die Fachleute sitzen. Im Bürgschaftsausschuss sitzen keine Politiker und dort sitze auch ich nicht drin. Ich kann nicht sagen, das müsstet ihr tun und das müsst ihr tun. Das machen die schon mit den vorliegenden Unterlagen und Gutachten.

Aber an dieser Stelle - darin sind wir uns sicherlich mit dem Finanzminister und dem Ministerpräsidenten, der dies an anderer Stelle schon einmal gesagt hat, einig - hat der Staat über dieses Instrument eine eigene Verantwortung wahrzunehmen. Die ist jetzt stärker aufgerufen, als es noch vor Monaten oder Jahren der Fall gewesen ist. Die Resonanz im Sinne der positiven Zusagen ist gestern ganz klar zu Protokoll genommen worden.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Minister Haseloff. - Wünscht noch jemand eine Frage zu stellen? - Das ist offensichtlich nicht der Fall. Deshalb schließen wir die zweite Runde der Befragung ab. Ich bedanke mich bei allen, die aktiv mitgewirkt haben.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Damit ist der Tagesordnungspunkt 23 beendet.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Aussprache zur Großen Anfrage

Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung - Entwicklung des Innovationspotenzials des Landes Sachsen-Anhalt

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE - **Drs. 5/1283**

Antwort der Landesregierung - **Drs. 5/1450**

Sie wissen, dass für die Aussprache üblicherweise eine 45-Minuten-Debatte vorgesehen ist. So ist es auch heute. Ich bitte zunächst für die fragestellende Fraktion DIE LINKE Herrn Höhn, das Wort zu nehmen. Bitte schön.

Herr Höhn (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Thema ist benannt: Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung. Da die Ministerpräsidenten und die Bundesregierung sich im letzten Jahr darauf verständigt

haben, bis zum Herbst dieses Jahres eine solche Qualifizierungsoffensive zu konzipieren und wir kurz vor dem Bildungsgipfel der Bundeskanzlerin stehen, will ich einmal mit diesem Bildungsgipfel beginnen.

Frau Feußner hat gestern, als es um die Bildungsfinanzierung ging, in Richtung der Sozialdemokratie darauf hingewiesen, man möge sich dort erst einmal intern abstimmen, bevor man sich öffentlich äußert; ansonsten sei es Ankündigungspolitik. So habe ich Sie verstanden.

Ich hoffe, dass Sie das auch Ihrer CDU-Vorsitzenden erklären. Wenn ich die Zeitung lese, kann ich feststellen, dass es beim Thema Bildungsgipfel und dem, was dabei passieren soll, erhebliche Dissonanzen zwischen der Bundesregierung und den Ministerpräsidenten, nicht zuletzt den CDU-Ministerpräsidenten gibt.

(Frau Feußner, CDU: Die sind noch im Abstimmungsprozess!)

Ich habe der „Süddeutschen Zeitung“ vom 22. September 2008 das Zitat entnommen: „Im Augenblick lassen die Ministerpräsidenten Merkel am langen Arm vertrocknen.“ Sie bestehen darauf, dass es im Wesentlichen ihre Zuständigkeit sei.

Deshalb will ich auf Problem hinweisen, bei dem die Ministerpräsidenten nicht ganz Unrecht haben. Wir haben - das ist noch nicht so lange her - eine Föderalismusreform I hinter uns, die Mutter aller Reformen. Damit sind die beinahe letzten Kooperationsmöglichkeiten zwischen Bund und Ländern abgeschnitten worden. Nachdem man sich als Bundesregierung sozusagen der eigenen Zuständigkeiten fast gänzlich entledigt hat, auf Klassenfahrt durch das Land zu fahren und mal zu schauen, wie es denn mit der Bildung ist, und so zu tun, als sei das jetzt die Schwerpunktaufgabe der Bundesregierung, das ist in der Tat nicht mehr als Ankündigungspolitik. Das muss man so deutlich sagen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will für meine Fraktion deutlich zum Ausdruck bringen: Wir haben nach wie vor erheblichen Änderungsbedarf. Aus unserer Sicht muss das Kooperationsverbot in Bildungsfragen wieder fallen. Es hindert mehr, als es nützt.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Das betrifft - das ist bekannt, darüber wird diskutiert; dazu sage ich gleich etwas - in erheblichem Maße die Finanzausstattung in der Bildungsrepublik. Wir haben - Sie können sich diesbezüglich die Berichte der OCED, den Bildungsbericht der Bundesregierung anschauen - in vielen Bereichen des Bildungswesens eine chronische Unterfinanzierung.

Es ist völlig klar: Die Länder werden diese Aufgabe allein nicht schultern können. Der Bund muss hierfür in die Pflicht genommen werden. Dafür, hoffe ich, gibt es Mehrheiten in der Föderalismusreform II, damit wir zumindest in der Frage der Bildungsfinanzierung Korrekturen gegenüber dem vornehmen können, was im Rahmen Föderalismusreform I fälschlicherweise beschlossen worden ist.

Bei der Frage der Finanzierung will an die gestrige Diskussion über den Bildungskonvent und an Zeitungsmeldungen von heute anknüpfen. Ich habe heute der Zeitung entnommen, dass am Montag im CDU-Präsidium darüber diskutiert werden soll, dass die Bundesrepublik

bis zum Jahr 2015 ihre Bildungsausgaben auf 10 % des BIP steigern will.

(Frau Bull, DIE LINKE: Das ist ja bald!)

Ich will einmal, weil wahrscheinlich nicht jeder sofort weiß, was das bedeutet, auf den Bildungsbericht der Bundesregierung hinweisen, den wir im Jahr 2008 bekommen haben. Nach diesem Bericht betragen die Bildungsausgaben im Jahr 2006 6,2 % des BIP. Bundesweit wurden rund 143 Milliarden € für Bildung ausgegeben. Wenn die Quote für Bildungsausgaben auf der Grundlage des BIP im Jahr 2006 auf 10 % erhöht werden würde, dann würden im Jahr 2015 232 Milliarden € für die Bildung ausgegeben werden. Das sind Mehrausgaben von 90 Milliarden €. Sie geben keinerlei Refinanzierungsvorschläge an.

(Frau Bull, DIE LINKE: Nu!)

Gestern stellen Sie sich hier hin und erklären, wir dürften im Bildungskonvent keine Forderung aufschreiben, die mehr Geld kostet. Das sei unseriös.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf von Frau Feußner, CDU)

Das, was Sie aufschreiben, ist zutiefst unseriös.

(Frau Feußner, CDU: Das haben wir nicht gesagt!)

Ich will die Zahl für Sachsen-Anhalt für das Jahr 2006 noch nachliefern. Ich bleibe einmal bei dieser Bemessungsgrundlage.

(Frau Feußner, CDU: Sie haben nicht zugehört!
Das haben wir nicht gesagt!)

Im Jahr 2006 hatten wir in Sachsen-Anhalt ein BIP von ungefähr 48 Milliarden €. Wenn 10 % davon für die Bildung ausgegeben worden wären, dann hätten die Bildungsausgaben in Sachsen-Anhalt 4,8 Milliarden € betragen. Ich glaube, der Bildungsminister würde sich freuen. Wir alle würden uns freuen.

Wenn Sie nicht in der Lage sind, das in irgendeiner Form darzustellen, aber glauben, die Bundeskanzlerin fährt durch das Land und verkündet das einmal, dann halten Sie mir nicht mehr Vorträge über irgendwelche Forderungen der LINKEN, die nicht gegenfinanziert sind.

(Beifall bei der LINKEN - Frau Feußner, CDU, lacht)

- Ja, Frau Feußner, Sie haben gestern die SPD mehr oder weniger darauf hingewiesen, dass wir vielleicht in 50 Jahren so weit sind, das bezahlen zu können. Den Worten der CDU-Vorsitzenden entnehme ich, in sieben Jahren sind wir so weit, dass wir das alles bezahlen können und noch viel mehr. Ich hoffe, Sie bleiben bei Ihrem Wort, Frau Feußner.

(Frau Feußner, CDU: Bei welchem Wort will ich denn bleiben? Ich habe doch kein Wort gegeben!
Für was denn?)

Ich will zu einem zweiten Schwerpunkt kommen. Es geht um die Frage des Fachkräftepotenzials. Das spielt in der Großen Anfrage eine wichtige Rolle. Ich will zunächst voranstellen - das ist nicht nur ein Nebensatz; ich finde, dass wir nicht zuletzt in der bildungspolitischen Debatte darauf immer Wert legen sollten -, dass Bildung nicht nur etwas mit Wirtschaftswachstum zu tun hat, sondern natürlich auch für den Einzelnen und für die Gesellschaft

insgesamt ein Gewinn an gesellschaftlicher Teilhabe, Emanzipation und persönlicher Entwicklung ist. Aber natürlich - ich denke zumindest, dass wir uns in dieser Frage einig sind - ist die Investition in Bildung und Forschung ein wesentlicher Baustein für wirtschaftlichen Erfolg in der Zukunft.

Wir haben die Landesregierung nach dem Fachkräftepotenzial gefragt. Sie kommt am Ende zu dem mehr oder weniger lapidaren Fazit: Hauptsache, Sachsen-Anhalt hält seine Absolventenquote von 6 000. Dann sollte das zu schultern sein. Ich finde es gefährlich naiv zu glauben, meine Damen und Herren, dass der Fachkräftebedarf, den wir nicht nur für Sachsen-Anhalt, sondern für die gesamte Bundesrepublik diagnostizieren, mit dieser einfachen Formel zu schultern ist.

Ich will als Erstes deutlich sagen, dass wir ein großes Problem beim Studienzugang haben. In der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage ist noch einmal sehr deutlich geworden, in welchem Maße wir Nachholbedarf haben. Im Jahr 2005 rangierte Sachsen-Anhalt im Ländervergleich auf Rang 10. Die Studierquote ist im Jahr 2006 gegenüber dem Jahr 2005 noch einmal gefallen.

In der Tat ist es so, dass wir zu wenige junge Menschen zum Hochschulabschluss und zum Studium führen. Die Landesregierung hat ausgeführt, dass wir vor allen Dingen im Bereich der Fachleute mit Hochschulausbildung zuerst und massiv Ersatzbedarf haben werden. Wir diskutieren in diesen Tagen, auch in der Großen Anfrage, sehr viel über die Schulabrecherquote und den Hauptschulabschluss. Ich will sehr eindringlich sagen: Das reicht nicht aus. Wir brauchen insgesamt eine Anhebung des Bildungsniveaus. Ansonsten können nicht Studienanfänger- und Hochschulabsolventenzahlen erreicht werden, die das Land Sachsen-Anhalt dringend braucht.

(Beifall bei der LINKEN)

An dieser Stelle will ich schon noch einmal das Problem von Herkunft und Bildungserfolg benennen. Ich bleibe nicht bei der sozialen Herkunft, obwohl die natürlich auch ein Stück weit mit der Ausbildung der Eltern zusammenhängt. Ich mache es einmal bei den Akademikern und Nichtakademikern fest. Von 100 Kindern aus Akademikerhaushalten kommen 85 in der Hochschule an. Von 100 Kindern aus Nichtakademikerhaushalten kommen hingegen nur 23 in der Hochschule an.

Das ist sowohl im Hinblick auf das in Sachsen-Anhalt benötigte Fachkräftepotenzial als auch im Interesse jedes einzelnen Kindes nicht hinnehmbar. Wir vergeuden Ressourcen des Landes und lassen eine ganze Menge Kinder zurück.

(Beifall bei der LINKEN)

Diesbezüglich ist natürlich ein ganzes Bündel von Maßnahmen erforderlich.

Bezüglich der individuellen Förderung am Gymnasium trifft die Landesregierung die lapidare Aussage, dass die Förderinstrumente allen offen stünden. Das reicht natürlich nicht aus, um die individuelle Förderung an den Schulen praktisch erlebbar zu machen. Es ist mir ein bisschen wenig, einfach zu sagen: Das Instrument steht doch allen offen, sollen sie es nutzen!

Natürlich haben wir auch im Sekundarbereich II die Frage der Kostenbelastung. Wir haben über das Thema Schülerbeförderung im Landtag schon ausführlich ge-

redet. Ich will es nur noch einmal in Erinnerung rufen. Sie kennen unser Plädoyer dafür. Wenn ich auf die CDU vertraue, sollten wir genug Geld haben, um es endlich in den Haushalt einzustellen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Wir haben nicht nur ein Problem im Bereich der Sekundarstufe II, sondern auch bei der nächsten Schwelle. Wie sieht der Übergang vom Gymnasium an die Hochschulen aus? Was passiert in den Hochschulen? - Auch an dieser Stelle stellt sich natürlich die Kostenfrage.

Warum nehmen so viele junge Abiturienten kein Studium auf, obwohl wir dringend darum werben, sondern gehen in die Ausbildung? Natürlich sehen viele junge Leute Hindernisse bei der Aufnahme eines Studiums. Das hat mit Kosten zu tun. Das hat mit Betreuungsbedarf zu tun. Das hat mit der Ausstattung der Hochschulen zu tun.

Wir haben eine Hochschulreform hinter uns. Im Grunde genommen sind Bachelor- und Masterstudiengänge noch nicht richtig vollendet. Vor allem die Bachelorstudiengänge sind mit einem erheblichen Betreuungsbedarf verbunden. In diesem Bereich sind die Studienabbrucherquoten besonders hoch. Wenn wir daran wirklich etwas ändern wollen, dann müssen wir die Hochschulen strukturell und finanziell in die Lage versetzen, diese Betreuungsleistung zu erbringen. Ansonsten werden wir in dieser Frage nicht wirklich etwas ändern können.

Die letzte Bemerkung zu den Hochschulen. Wir haben auch nach dem Gender-Aspekt gefragt, also nach dem Erfolg bei der Beteiligung von Frauen. Auch an dieser Stelle ist mir die Landesregierung ein bisschen zu genügsam. Ich habe den Eindruck, dass die Landesregierung denkt, die aufgeschriebenen Zahlen seien ganz okay.

Aus unserer Sicht ist das aber nicht okay und reicht noch lange nicht aus. Ich will kurz wiedergeben, was als Antwort aufgeschrieben worden ist. Bei den Promotions lag der Frauenanteil im Jahr 2007 bei 41 % und in den Mint-Fächern bei 31 %. Bei den Habilitationen lag er im Jahr 2007 bei 20 % und in den Mint-Fächern bei 15 %.

Auch diesbezüglich sage ich sehr deutlich, dass wir in erheblichem Maße Potenzial vergeben. Es kann nicht sein, dass wir uns darüber freuen, dass die Bildungsbeteiligung von Mädchen und Frauen deutlich verbessert worden ist, aber an der Stelle, wo der Gewinn eintritt, die Frauen wieder hintenan stehen. In dieser Hinsicht gibt es erheblichen Verbesserungsbedarf.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben die Landesregierung gefragt, weil auch dies in der Konzeption der Qualifizierungsinitiative eine Rolle gespielt hat, wie es denn in der Altersgruppe 15 bis 25 Jahre derjenigen aussieht, die keinen Berufsabschluss haben und sich derzeit nicht in der Qualifizierung befinden. Ich will noch einmal sagen: keinen Berufsabschluss und momentan nicht in einer Qualifizierung.

Davon haben wir in Sachsen-Anhalt geschätzt nach Angaben der Landesregierung 36 000 junge Menschen, 36 000 junge Leute zwischen 15 und 25 Jahren ohne Berufsschulabschluss und nicht in der Qualifizierung. Das ist ein erhebliches Problem für das Land und für jeden einzelnen dieser 36 000.

Ich will in diesem Zusammenhang an das gemeinsame Papier der Gewerkschaften, des DGB, der Wirtschafts-

verbände und der GEW erinnern, das uns vor Kurzem zugegangen ist. Wir werden erhebliche Anstrengungen auch in absehbarer Zeit aufnehmen müssen, um an dieser Situation etwas spürbar zu verbessern, und wir werden noch sehr lange damit zu kämpfen haben, dass wir eine ganze Reihe junger Leute haben, die begleitende Maßnahmen brauchen, damit wir sie erfolgreich in das Berufsleben integrieren können.

Letzter Punkt: technische Bildung, Polytechnik. Dazu habe ich der Zeitung entnommen, der sächsische Ministerpräsident Tillich habe erklärt, er wolle polytechnische Bildung so, wie sie in der DDR gewesen sei. Davon würde ich abraten.

(Herr Miesterfeldt, SPD: Oh! - Zustimmung von Minister Herrn Prof. Dr. Olbertz)

Ich habe ESP auch noch gehabt. Ich glaube, es ist heute noch weniger sinnvoll als damals. Aber ich will ihm einmal unterstellen, dass er etwas Gutes gemeint hat, und dann sind wir wieder bei ihm.

In der Tat glauben wir, dass wir in der Schule, nicht zuletzt in den Kindertagesstätten, aber vor allen Dingen am Gymnasium einen erheblichen Korrekturbedarf haben bei der Frage, in welcher Form polytechnische Bildung, technisches Verständnis, naturwissenschaftliches Interesse geweckt und in den Unterricht implementiert werden kann. Ich halte das für unbedingt notwendig.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben die Landesregierung gefragt, was der Beitrag von Sachsen-Anhalt zur Qualifizierungsoffensive der Bundesregierung sei. Der Beitrag Sachsen-Anhalts besteht darin, die Staatssekretärin Dienel in die Lenkungsgruppe zu schicken. Ich glaube - bei allem Respekt vor der Staatssekretärin -, Sachsen-Anhalt sollte sich ein bisschen stärker in diese Offensive einbringen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Höhn. - Nun spricht für die Landesregierung Herr Minister Olbertz. Bitte schön, Herr Minister.

Herr Prof. Dr. Olbertz, Kultusminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie Sie wissen, haben die Regierungschefs von Bund und Ländern am 19. Dezember 2007 die für Bildung und Wissenschaft zuständigen Fachministerinnen und -minister des Bundes und der Länder beauftragt, bis zum Herbst 2008 in Abstimmung mit den jeweiligen Fachressorts eine Qualifizierungsinitiative für Deutschland insbesondere zur Befriedigung des Fachkräftebedarfs zu konzipieren.

Schon im Januar dieses Jahres beschloss die Bundesregierung eine Konzeption „Aufstieg durch Bildung - Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung“. Danach sollte zur Befriedigung des künftigen Fachkräftebedarfs in Deutschland ein Ansatz gewählt werden, der alle Lebensphasen des Lernens nutzt und fördert. Bund und Länder haben zwar unterschiedliche Aufgaben, aber letztlich eine gemeinsame Verantwortung.

Hierzu muss ich ganz offen bekennen, dass mir die Formulierungen von Herrn Höhn zur Zusammenarbeit von

Bund und Ländern und zu dieser gemeinsamen Verantwortung im Rahmen eines aufgeklärten und modernen Föderalismus nicht durchgängig unverständlich waren, wenn ich es einmal so ausdrücken darf.

Wenn man sich klar macht, dass der moderne Föderalismus die Aufgabe hat, Maßstäbe zu vereinheitlichen, dann kann er durchaus Wege vervielfältigen und sich in eine kompetitive Situation hinein entwickeln. Aber wir müssen einfach sagen, dass wir davon noch ein Stück weit entfernt sind. Ich kann dem einfach nicht widersprechen. Es ist so und darüber mache ich mir auch selbst einige Sorgen.

Das BMBF und die KMK haben daraufhin einen Lenkungsausschuss mit dem Auftrag eingesetzt, unter Einbeziehung der betroffenen Fachressorts die Qualifizierungsinitiative vorzubereiten und ein Arbeitsergebnis vorzulegen, und zwar so rechtzeitig, dass die Beschlussfassung zur Bildungsinitiative durch die Regierungschefs von Bund und Ländern noch im Herbst 2008 erfolgen kann. Das soll ja nun auch passieren.

Hierzu möchte ich eine zweite Zwischenbemerkung machen. Das Bildungspapier des CDU-Präsidiums, das ich sehr genau kenne, weil ich daran in einer Arbeitsgruppe mitgearbeitet habe, ist wirklich etwas anderes als ein Bildungskonvent. Das ist ein Parteipapier. Ich finde es nicht in Ordnung - es sei denn, meine Kritik von gestern wäre umso gerechtfertigter -,

(Frau Feußner, CDU: Genau!)

ein Parteipräsidium mit dem Bildungskonvent gleichzustellen. Wenn das der Fall wäre, dann würde ich mich noch zusätzlich bestärkt fühlen; denn auf jedem Parteitag jeder Partei werden Forderungen aufgemacht, über deren Konsequenzen anschließend programmatisch diskutiert wird.

(Zuruf von Frau Bull, DIE LINKE)

Nur, hier sitzen wir teilweise als Regierungsmitglieder in einem Bildungskonvent in einer so großen Nähe zum Geschehen der eigenen Regierung und darum bleibe ich bei meiner kritischen Reflexion von gestern.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Frau Bull, es sei denn, Sie sagen, ein Parteipräsidium sei weitgehend identisch mit einem Bildungskonvent.

(Frau Bull, DIE LINKE: Nein, das haben wir nicht gesagt! - Weitere Zurufe von der LINKEN)

- Entschuldigung, wer hat denn die Parallele aufgemacht? Das war ich doch gar nicht.

(Zuruf von der LINKEN: Das waren Sie!)

- Nein, das war nun wirklich Herr Höhn.

(Zurufe von der LINKEN)

- Es sei denn, ich hätte mich völlig - - Dann muss ich mich völlig verhört haben. Er hat das ja auch geschickt und heiter gemacht und mir imponiert das ja auch. Aber gemacht hat er es trotzdem.

(Zurufe von der LINKEN - Minister Herr Bullerjahn: Die Kanzlerin macht das jetzt in einem sehr starken Maße! Also, Vorsicht! - Herr Gürth, CDU: Sie hat Recht!)

- Also, die Kanzlerin. Gestern war die Kanzlerin in einem tollen Projekt, zu dem ich sowieso reden wollte, nämlich

zum Stichwort Weiterbildung. Einmal ehrlich, ich finde das eigentlich - -

(Unruhe - Zuruf von Frau Weiß, CDU)

- Führen Sie das ruhig erst zu Ende!

(Heiterkeit)

Ich wollte das eigentlich gegen Ende noch einmal erwähnen: Was ist eigentlich dagegen einzuwenden, dass die Kanzlerin als oberste Repräsentantin des Bundes, der Bundesregierung eine Initiative in einem Land besucht, die sich expressis verbis mit dem Fachkräftebedarf beschäftigt, und zwar im Hinblick auf die Erwerber ausländischer Hochschulabschlüsse, die hier Adaptionsprobleme haben, die weiter- und fortgebildet werden in der Sprache, manchmal auch in CAD/CAM-Verfahren, also etwa Hochtechnologien im Maschinenbau usw., um anschließend ihre Arbeitsmarktchancen zu erhöhen? Und was ist eigentlich dagegen zu sagen, wenn dies zu beträchtlichen Anteilen über Aqua und eine Stiftung auch mit Bundesmitteln erfolgt?

Wenn die Bundeskanzlerin sich dort sehen lässt, empfinde ich das nicht als den geringsten Eingriff in meine föderale Autonomie im Bildungsbereich. Das muss ich einfach einmal sagen. Das ist nämlich gestern ausgesprochen spannend gewesen und wir sind als Land gut weggekommen mit den Initiativen, die beachtlich sind. Wenn der Bund diese anerkennt und fördert, weiß ich nicht, was ich dagegen vortragen sollte.

Ganz anders wären theoretische Debatten darüber, ob man zum Beispiel die BLK hätte auflösen sollen oder nicht. Dazu sage ich ganz ehrlich, dem Ergebnis stehe ich wahrscheinlich genauso kritisch gegenüber wie Sie, weil man nämlich durchaus in Betracht ziehen kann, dass auch im allgemeinbildenden Bildungsbereich gemeinsame Programme aufgelegt werden können und sollten, wenn sich die Länder und der Bund in vernünftiger und fairer Weise verständigen.

Dass dies nur noch in Grenzen möglich ist, kritisiere ich ganz genau so. Ich habe auch gar keine Scheu, das zu sagen. Das ist überhaupt kein Nein zum Föderalismus. Im Gegenteil: Das ist ein Plädoyer für die Idee von Föderalismus, die mir im Kopf schwebt, für einen Föderalismus, der intelligent und kooperativ und noch imstande ist, Gemeinschaftsaufgaben und gesamtstaatliche Verantwortung zu formulieren. Das ist für mich intelligenter Föderalismus.

(Zustimmung bei der CDU - Beifall bei der LINKE)

Ich nehme mir einmal heraus, das so zu sagen.

Die Präsidentin der Kultusministerkonferenz hat am 3. September 2008 dem Konzeptentwurf zur „Qualifizierungsinitiative in Deutschland - Aufstieg durch Bildung“ an den Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz, Herrn Koch, gesandt. Ein gemeinsamer Bildungsgipfel - Sie wissen das alle - ist dann am 22. Oktober geplant.

Meine Damen und Herren! Die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE ist vor diesem Hintergrund zunächst eine allgemeine Einschätzung des zu erwartenden Fachkräftebedarfs in Sachsen-Anhalt und auf ausgewählte Beiträge des Landes zu den in der Qualifizierungsoffensive der Bundesregierung genannten Schwerpunkte gerichtet. Ich kann auch nicht verhehlen, dass die Fragestellungen mit beträchtlicher Sachkunde vorgetragen wor-

den sind, und ich teile in weiten Bereichen auch das Problembewusstsein, das dahinter steht - aber nicht in allen.

Zunächst einmal teile ich die Sorge um die Schulabschlüsse, um das Ringen um höhere Abschlüsse insgesamt, um die Quote der Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss oder mit niedrigem Abschluss. Viele Initiativen und Programme der Landesregierung zielen ganz genau auf diese teilweise prekären Zielgruppen. Wir sind auch nicht durchgehend erfolglos, Herr Höhn. Das zu sagen wäre auch unfair.

(Herr Höhn, DIE LINKE: Habe ich nicht gesagt!)

- Nein, haben Sie nicht gesagt. Ich wollte das nur mal sagen. - Ich gebe zu, dass sich der Erfolg zu langsam einstellt. Aber ich würde widersprechen, wenn unter der Hand gesagt werden würde, alles sei für die Katz gewesen. Das stimmt nämlich nicht.

Dann muss man eines sagen: Es gibt auch junge Leute, und zwar gebildete junge Leute, die nicht studieren wollen. Ich finde das legitim. Das muss man auch mal sagen. Denn irgendwie lastet auf denen und auf ihrer pädagogischen Umgebung, Familie und Schule, immer der Vorwurf: Jeder, der das Abitur nicht erwirbt und nicht studiert, ist ein Beispiel für das Versagen der Landesregierung.

Dass die jungen Leute teilweise nicht studieren, hängt auch damit zusammen, dass eine Konkurrenzsituation in der Nachfrageebene eingetreten ist. Es ist nämlich aufgrund der allgemeinen Fachkräftenachfrage, die sich keineswegs nur auf akademische Abschlüsse bezieht, ein enormer Druck in den anderen, nichtakademischen Bereichen entstanden, hochqualifiziertes, praxiserfahrenes, technisch versiertes, engagiertes, sprachfähiges, medienkundiges Personal unterhalb der akademischen Schwelle zu finden. Da ist die Nachfrage nämlich genauso hoch.

Deswegen ist es keine sinnvolle Formel zu sagen: Je mehr Leute studieren, desto besser ist es. - Wir haben einen riesigen Mangel auch in vielen handwerklichen Berufen, im kaufmännischen Bereich oder in Verwaltung und Organisation und in vielen anderen Bereichen. Deswegen finde ich diese Kontrastierung nicht sehr glücklich, dass wir dann zufrieden sein können, wenn wir am Ende eine Abiturquote von 100 % haben.

(Zustimmung bei der CDU)

Alle studieren, aber am Ende werden sie mit einer Ausbildung bedacht, die gar nicht adäquat ist; sie werden ihre Arbeit weit unter dem, wofür sie ausgebildet worden sind, suchen und finden müssen. Umgekehrt heißt das übrigens, dass sie für die Dinge, die ihnen dann abverlangt werden, gerade nicht gut ausgebildet sind. Also, ich wäre da ein bisschen vorsichtiger.

(Zustimmung von Herrn Gürth, CDU, und von Herrn Miesterfeldt, SPD)

Entstanden ist bei der Beantwortung insgesamt natürlich eine kompendiennahe Antwort, die so umfassend ist wie die gestellten Fragen. Sie ist, glaube ich, als Antwort - wir haben uns dabei ehrliche Mühe gegeben - zum Nachlesen und Informieren gut, aber es ist für mich unheimlich schwierig, jetzt einzelne Aspekte in der Parlamentsdebatte, im Plenum herauszuholen. Deswegen hoffe ich und rate auch dazu, sich einzelne Aspekte aus dieser Anfrage in den zuständigen Ausschüssen vorzu-

nehmen. Denn - da bitte ich um Verständnis - ich weiß gar nicht, wo genau ich anfangen soll und wo ich aufhören soll. Das ist fast ein Zufallsspiel.

Auf jeden Fall haben die beteiligten Ministerien, MS, MWA und mein Haus, versucht, diese Fragen, soweit es ging, mit großer Sorgfalt zu beantworten. Es sind Fragen, die etwa den Altersdurchschnitt im Fachkräftebereich betreffen - diesen empfinde ich selbst als unruhigend; er spiegelt natürlich auch ein Stück weit die demografische Situation wider -, die Hochschulabsolventenzahlen, die Strategien der Landesregierung, um die aufgezeigten Probleme in den Griff zu bekommen, auch zum Beispiel das produktive Lernen oder Praxisklassen, was ausgesprochen erfolgreich ist und was wir deswegen intensiv ausbauen, das Thema Schulsozialarbeit, Hochschulzugang im dritten Bildungsweg, Weiterbildung und duale Studienangebote und auch den Hochschulzugang mit nichtakademischer Ausbildung und schließlich das KAT, also die Kompetenznetzwerke der Fachhochschulen für anwendungsorientierte Forschung und Transfer.

Es geht in der Anfrage bzw. in der Antwort darauf auch um unsere Vorhaben - Herr Kurze weiß, wovon ich spreche -, was die Sprachstandsfeststellung bei Kindern betrifft, die künftig flächendeckend eingeführt werden soll. Da gibt es einen Gesetzentwurf zur Verbesserung des Schutzes von Kindern und zur Förderung der frühkindlichen Bildung. Ich glaube, dass wir da eine Menge ausrichten können, wenn wir das zügig in Angriff nehmen. Vieles mehr wird nötig sein, um die bisher erreichten Ergebnisse angesichts einer - das sollten wir uns alle eingestehen - auch qualitativ ungünstigen demografischen Entwicklung wenigstens zu halten und positive Trends fortzuschreiben.

Wir werden dabei keinen 100-prozentigen Erfolg garantieren können. Mich interessiert die Erfolgs- oder Misserfolgsstatistik unserer Schulen übrigens inzwischen auch schulkonkret. Wenn ich mir nämlich anschau, dass wir nach wie vor eine hohe Quote von Abgängern ohne Schulabschluss haben, dann vermute ich gleichwohl, dass die Streuung dieser Quote über die Einzelschulen höchst breit angelegt ist. Wir wollen im Kontext der Qualitätsagentur, die genau solche Befunde unmittelbar in Handeln übersetzen will, versuchen, bis zur Einzelschule Probleme zu identifizieren, um dann gezielt und schulbezogen - nicht einmal schulformbezogen, sondern einzelschulbezogen - zu analysieren, wo die Hintergründe liegen, damit Probleme aufzuzeigen und zu helfen oder um zu intervenieren, wenn das nötig ist.

Fest steht jedenfalls, dass wir alle Register ziehen müssen, wenn wir jedem jungen Menschen Chancen für einen höchsten und bestmöglichen Bildungsabschluss eröffnen wollen, den Fachkräftebedarf der Zukunft in allen Branchen und Bereichen decken wollen und außerdem auch mehr Bildungsgerechtigkeit erreichen wollen. Aber wie auch immer, die, wie ich finde, insgesamt gewissenhaft erarbeitete Antwort der Regierung kann in einer solchen Debatte nur in wenigen Punkten angerissen werden.

Was die Qualifizierungsinitiative selbst betrifft, so werden wir den Bildungsgipfel in knapp zwei Wochen abwarten müssen. Es sind, glaube ich, genügend interessante Anregungen zum gegenwärtigen Stand platziert worden, übrigens auch von der Kultusministerkonferenz, also nicht nur über die Parteien. Ich kann also letztlich

mit Blick auch auf die Finanzpolitik nur sagen, dass die meisten der zu erwartenden Anregungen im Land auf bereits begonnene Initiativen und Programme treffen. Wenn das Ganze dazu führt, dass im Bund wie in den Ländern eine Prioritätenverschiebung zugunsten von Bildung stattfindet - das meine ich durchaus auch finanzpolitisch -, warum sollte ich mich dann nicht darüber freuen? - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der CDU - Frau Bull, DIE LINKE: Wir freuen uns auch!)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Danke, Herr Minister. Möchten Sie noch eine Frage beantworten? Frau Dr. Hüskens hat eine Frage an Sie.

Herr Prof. Dr. Olbertz, Kultusminister:

Von Frau Hüskens sowieso.

Frau Dr. Hüskens (FDP):

Herr Minister, wie bewerten Sie eigentlich den Rückhalt zur Bildungspolitik in der Landesregierung, wenn man einmal betrachtet, dass die Regierungsbank im Augenblick auf beiden Seiten leer ist und der Finanzminister vorsorglich in die Reihen der SPD geflüchtet ist?

(Zustimmung bei der LINKEN)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Das war dann eher eine Zwischenbemerkung.

Herr Prof. Dr. Olbertz, Kultusminister:

Da werden mir jetzt sehr subjektive Wahrnehmungen abverlangt.

(Herr Gürth, CDU: 40 % der FDP-Fraktion sind auch nicht im Saal!)

Ich glaube, dass alle fehlenden Minister ordnungsgemäß beim Ältestenrat und beim Präsidenten entschuldigt worden sind.

(Minister Herr Bullerjahn: Es war gestern klar, dass wir beide da sind! - Zurufe von der LINKEN)

Da die Frage nicht 100-prozentig ernst gemeint war, kann ich sie vielleicht auch nicht 100-prozentig ernst beantworten. Alles in allem fühle ich mich jedenfalls als Mitglied der Landesregierung mit meinem Ressort ernst genommen.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank. - Jetzt eine Frage von Frau Dr. Paschke.

(Frau Dr. Paschke, DIE LINKE: Ich wollte eine Frage in ähnlicher Richtung stellen: Ob das Querschnittsaufgabe in der Landesregierung ist und wie das Interesse ist?)

Also, nehmen wir das als Kritik an der Landesregierung. - Vielen Dank, Herr Minister.

Bevor wir die Beiträge der Fraktionen hören, können wir Schülerinnen und Schüler der Fachschule für Agrarwirtschaft aus Haldensleben auf der Tribüne begrüßen.

(Beifall im ganzen Hause)

Nun hören wir die Beiträge der Fraktionen. Für die SPD-Fraktion spricht Frau Mittendorf. Bitte schön.

Frau Mittendorf (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es war eine ungewohnte Einigkeit hinsichtlich der Frage, wie wir die Dinge, die mit der Föderalismusreform I und möglicherweise II zusammenhängen, einschätzen.

(Minister Herr Olbertz: Das war aber nichts Neues!)

Es wäre hervorragend, Herr Minister Olbertz, wenn Sie Ihre Einstellung in den Gremien, in denen Sie offiziell vertreten sind, mit der gleichen Vehemenz vertrüten wie hier.

(Herr Minister Olbertz: Das tue ich regelmäßig!)

- Mitunter hat man diesen Eindruck eben nicht. - Ich glaube, die etwas strittigen Auseinandersetzungen dazu, wie man mit Parteipapieren umgeht und die Verbindung zum Bildungskonvent herstellt, ist schon eine sehr schwierige. Ich meine, da sollte man sich auf allen Ebenen etwas zurücknehmen.

Meine Damen und Herren! Die Große Anfrage zur Qualifizierungsinitiative hat mich bewogen, zuallererst einen Blick auf die Unternehmensberatung McKinsey zu werfen, die in einer Studie aus diesem Jahr nachdrücklich auf den zunehmenden Arbeitskräfte- bzw. Fachkräftemangel in Deutschland und auf eine Dimension hinweist, die bei Weitem über das hinausgeht, was wir uns heute vorstellen. Ich will das mal etwas genauer unterlegen; denn das steht immer im Raum und man muss dazu einmal ein paar Zahlen nennen.

Wächst die Wirtschaft wie im Mittel der vergangenen zehn Jahre um 1,6 % - Durchschnittswert -, dann fehlen laut Aussage der Unternehmensberatung im Jahr 2020 vier Millionen Fachkräfte in Deutschland. Wächst sie um 3 %, was notwendig wäre, um den Anschluss an die wirtschaftlich stärksten Länder wiederherzustellen, fehlen bis 2020 sogar sechs Millionen Fachkräfte in Deutschland.

Der Wissenschaftsrat prognostiziert bis 2015 bei 30 % der Arbeitsplätze einen Bedarf an Hochschulabsolventen. Gegenwärtig beträgt der Anteil der Hochschulabsolventen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen aber um die 20 %.

Im Gegenzug prognostiziert der Wissenschaftsrat, dass der Anteil der Arbeitsplätze mit einfachen Tätigkeitsprofilen in den nächsten zwei Jahrzehnten unter 20 % fallen wird. Das heißt, wir müssen schon einmal gucken, wie wir mit den Schulabschlüssen und den Arbeitsanforderungen in der Zukunft umgehen. Das heißt, die Beschäftigungschancen für Geringqualifizierte werden erheblich zurückgehen.

Meine Damen und Herren! Die Deckung des Bedarfs an qualifizierten Fachkräften wird gerade für unser Land ein entscheidendes Kriterium für die Zukunftsfähigkeit sein. Wenn man auf die jährlichen Bildungsberichte der OECD schaut, dann habe ich nicht gerade den Eindruck, dass Deutschland die Zeichen der Zeit erkannt hat. Deshalb noch einige Zahlen; denn an den konkreten Zahlen lässt es sich ablesen. Der Anteil der Hochschulabsolventen am jeweiligen Altersjahrgang beträgt in Deutschland

20%. - Herr Olbertz, niemand will, dass 100 % das Abitur erreichen.

(Zustimmung von Frau Reinecke, SPD, und von Minister Herrn Prof. Dr. Olbertz)

Das immer zu wiederholen, bringt langsam nichts mehr. Der OECD-Mittelwert liegt bei 35 % und auf 1 000 Menschen eines Abschlussjahrganges kommen in Deutschland 32 Ingenieure, im OECD-Durchschnitt sind es 44 Ingenieure. Im Hinblick auf die Absolventenquote in anderen naturwissenschaftlich-technischen Fächern konnte Deutschland die Zahlen in den letzten Jahren zwar um 5 % steigern, aber die anderen OECD-Länder haben diese Quote im Durchschnitt um 41 % gesteigert.

Ich denke, da kommt etwas auf uns zu, von dem die meisten im Moment nicht die richtige Vorstellung haben, wie es sich auswirken kann. Zudem - diesbezüglich sage auch nichts Neues - wirkt in Sachsen-Anhalt die demografische Entwicklung verschärfend. Wegen des starken Geburtenrückgangs klagen heute schon viele Betriebe über fehlenden qualifizierten Nachwuchs.

Meine Damen und Herren! Dieser Herausforderung ist unser Land nur gewachsen, wenn wir es schaffen, das Bildungspotenzial, welches wir im Land durchaus haben, nachhaltiger und besser auszuschöpfen. Die Antwort auf die Große Anfrage zeigt klar, dass in unserem Land ein akuter Fachkräftemangel auftreten wird, insbesondere im Hinblick auf die Hochschulabsolventen.

Aus Zeitgründen möchte ich mich jetzt nur auf diesen Bereich konzentrieren, weil die vielen Fragen heute in der Tat nicht alle behandelt werden können. Von den insgesamt 64 000 sozialversicherungspflichtig beschäftigten Akademikern im Land scheiden aus Altersgründen in den nächsten zehn Jahren 15 000 Akademiker und in den nächsten 15 Jahren 25 000 Akademiker aus. Das sind - diese Zahlen sollte man sich vor Augen führen - fast 40 % der heute beschäftigten Akademiker. Um diese Zahlen zu kompensieren, benötigen wir dringend eine konstant hohe, wenn nicht höhere Anzahl von Hochschulabsolventen, insbesondere in den naturwissenschaftlichen und technischen Fächern.

Es kommt eben sehr wohl darauf an, dass diejenigen, die sich bis zum Abitur durchquälen - manche quälen sich wirklich -, wenn sie es geschafft haben, dann auch studieren und eben nicht in die anderen Bereiche der Ausbildung gehen und andere Bewerber verdrängen. Natürlich benötigt man auch dort Fachkräfte unterhalb der Hochschulabsolventen - das steht außer Frage -, aber man muss einmal sehen, warum in vielen Berufen Schülerinnen und Schüler, die mit einem Sekundarschulabschluss kommen, häufig nicht angenommen werden, sondern auf Abiturienten zurückgegriffen wird. Das hat auch etwas mit der Qualität des Abschlusses zu tun; aber darüber reden wir an anderer Stelle.

Meine Damen und Herren! Im Umkehrschluss bedeutet das, dass die Hochschulen unseres Landes die Zahl der Studienanfänger mindestens konstant halten müssen. Um eine Gesamtzahl von 51 000 Studierenden, wie im Personalentwicklungskonzept vorgesehen, zu halten, muss die Zahl der Anfänger erhöht werden. Bis zum Jahr 2011 scheint das aufgrund des doppelten Abiturjahrganges des Jahres 2007 möglich zu sein, aber danach wird es wirklich schwierig, weil dann die geburten schwachen Jahrgänge in die Hochschulen kommen.

Meine Damen und Herren! Wenn man weiß, dass 55 % aller Studierenden in unseren Hochschulen aus Sachsen-Anhalt kommen und weitere 24 % aus den neuen Bundesländern, dann wird das Problem deutlich. Denn alle neuen Bundesländer haben einen Geburtenrückgang von mehr als 50 % seit der Wende zu verzeichnen. Wir benötigen also Kompensationsmaßnahmen, um dem Absinken der Studierendenzahl entgegenzuwirken.

Dabei können die Maßnahmen helfen, die zur Umsetzung des Hochschulpaktes zwischen Land und Hochschulen vereinbart worden sind. Aber ich denke, das wird nicht ausreichen. Wir müssen anders herangehen. Wir brauchen auch mehr Studierende aus anderen Bundesländern, aus den alten Bundesländern und aus dem Ausland. Damit verbindet sich natürlich die Frage, wie es uns anschließend gelingt, die Absolventen hier zu halten. Das ist eine spannende Frage, die man nicht unbedingt positiv beantworten kann. Darauf gehe ich noch ein.

Ich denke, dass wir trotzdem noch anders herangehen müssen. Das Ziel wäre, die Quote der Studienanfänger, die in Sachsen-Anhalt bei 26,1 %, im Bundesdurchschnitt bei 36 % und im OECD-Durchschnitt bei 54 % liegt, zu erhöhen. An dieser Stelle stimmt etwas nicht. Nun kann man sagen, den Unterschied zum OECD-Durchschnitt kann man mit der Struktur der Berufsausbildung bei uns begründen. Trotzdem stellt sich die Frage, warum wir so weit unterhalb des Bundesdurchschnittes liegen.

Schauen Sie sich noch einmal ganz genau die Ergebnisse der Pisa-Länderstudie hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg an. Herr Höhn hat es sehr deutlich gesagt: Kinder von Akademikern und Führungskräften haben bei gleichen Grundfähigkeiten eine mehr als sechsmal höhere Chance, die Hochschulzugangsberechtigung zu erwerben als Kinder aus Facharbeiterfamilien. Nun ist es keine Schande, als jemand, der aus einer Facharbeiterfamilie stammt, auch Facharbeiter zu werden; aber es geht nicht immer nur um die Reproduktion aus der Gruppe selbst, sondern man muss das unterbrechen und Aufstiegschancen eröffnen.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Ich denke, dass durch diese strukturelle Benachteiligung nicht nur Lebenswege sehr früh verbaut werden, sondern auch das Bildungspotenzial ungenutzt bleibt. Das können wir uns insgesamt nicht erlauben.

Deshalb, meine Damen und Herren, muss das Schulsystem auch dahin gehend analysiert werden, inwieweit es durch eine frühe Festlegung auf unterschiedliche Bildungswege in der Tat vor allem Entwicklungs- und Bildungschancen von Kindern verbaut, die eben nicht aus den bildungsnahen Schichten stammen. Das zeigt sich nachweislich - das ist alles empirisch untersucht, zum Beispiel in der 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes - am so genannten Bildungstrichter. Dieser zeigt auf, wer durchkommt und dort ankommt.

Daraus müssen wir die nötigen Schlussfolgerungen ziehen. Es kann nicht sein, dass von 100 Akademikerkindern 88 ein Gymnasium und 81 anschließend eine Hochschule besuchen und von 100 Nichtakademikerkindern 46 ein Gymnasium besuchen und nur 23 studieren.

(Minister Herr Prof. Dr. Olbertz: Das sind beinahe 50 %!)

Dies ist eine Sonderstellung, die wir in Deutschland haben, und das, meine Damen und Herren, - ich nehme jetzt bewusst Bezug auf die gestrige Debatte im Hinblick auf den Bildungskonvent - ist die bittere Wahrheit in Deutschland und die ist nicht von Gott gegeben und sie ist nicht nur durch die Begabungstheorie zu erklären. Man könnte es ändern, wenn man es wollte.

(Zustimmung bei der SPD)

Aber wir schlagen nicht die Schlachten von gestern, sondern wir müssen kritisch analysieren, Veränderungen bringen und umsetzen, um die zukünftigen Bedarfe zu decken.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, die Aufgabe, die wir zu lösen haben, ist schwierig, und sie ist eben nicht nur immer damit abzuweisen, dass das alles so toll wäre und wir im System etwas voranbringen. Nein, es gilt grundlegende Debatten zu führen; denn so, auch bei Erfolgen in einigen Bereichen im Land, werden wir langfristig unsere Bildungsressourcen nicht ausnutzen und wir werden dem drohenden Mangel an Fachkräften nicht ausreichend entgegenwirken. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Frau Mittendorf. - Nun erteile ich Herrn Kley das Wort, damit er für die FDP-Fraktion spricht. Bitte schön, Herr Kley.

Herr Kley (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Kultusminister kann einem ja schon fast leid tun, steht er doch im Bereich Bildung im Landtag drei Oppositionsfraktionen gegenüber, die ihn kritisieren

(Zustimmung bei der LINKEN)

und die offenkundig in den letzten zweieinhalb Jahren keine Verantwortung hatten, etwas zu bewirken.

(Frau Bull, DIE LINKE: Er sitzt auf der leeren Regierungsbank!)

- Sehr geehrte Frau Bull, danke für den Hinweis. Auch die Regierungsbank ist leer; das haben wir sehr wohl festgestellt.

Der Finanzminister setzte sich schnell in seine Fraktion, um etwas Beistand zu erhalten. Ansonsten scheint das Interesse der Regierung an dem Thema Qualifizierung und Berufsausbildung relativ gering zu sein. - Verzeihung, Herr Minister Haseloff, der in der FDP Platz genommen hat, um sich Rat zu holen, sollte von der allgemeinen Kritik ausgenommen werden.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Nichtsdestotrotz, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist das Thema, so glaube ich, in Sachsen-Anhalt ein sehr akutes. Wir sollten auch nicht unter dem Hinweis auf den großen Bundesbildungsgipfel unsere eigene Verantwortung herausnehmen.

Schaut man sich einmal die Zahlen der letzten Zeit an, dann sind einige alarmierende Positionen festzustellen, die nicht sofort, aber relativ kurzfristig durch eigenes Handeln im Lande geändert werden könnten.

In einer Beratung des Wirtschaftsausschusses Anfang September 2008 wurde unter anderem darauf hingewie-

sen, dass unter den jungen Menschen, die ohne Abschluss und Beruf sind, mittlerweile doppelt so viele junge Männer wie junge Frauen sind. Auf die Frage, wie die Landesregierung diesbezüglich agiert, antwortete dort der zuständige Minister: mit Ratlosigkeit.

Die beiden Ursachenanalysen ließen am Ende darauf hinaus, dass die Einstellungspolitik in den Schulen ungünstig gewesen sei. Das ist die klassische Ausrede: Sind zu viele Frauen in der Schule, sind die Jungen schlecht. - Ich weiß nicht, wer von Ihnen das Glück hatte, nur von Männern unterrichtet zu werden. Aber ich glaube, daran wird es letztlich nicht liegen.

Die andere Feststellung, dass Familien mit nur einem Elternteil für die Jungen besonders ungünstig wären, zieht, glaube ich, ebenfalls zu wenig. Hier müssen wir die Möglichkeiten unseres Schulsystems deutlicher ausnutzen. Wir müssen für Jungen endlich attraktive Perspektiven schaffen. Wir müssen unser Augenmerk auch darauf legen, was die klassischen Berufe sind, was die klassischen Entscheidungen für junge Männer sind. Das können wir - dessen bin ich sicher - relativ schnell umstellen.

(Beifall bei der FDP)

Damit, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind wir wieder bei dem Thema, auf das wir als FDP immer wieder aufmerksam machen wollen, nämlich bei der Theematik der naturwissenschaftlichen und technischen Ausbildung. Dort hat sich nichts geändert. Nein, im Gegen teil: Das Land Sachsen-Anhalt verschärft zunehmend die Situation.

Wenn wir uns anschauen, wie es an den Gymnasien mit dem Fach Technik abwärts gegangen ist, stellen wir fest, dass es im Schuljahr 1991/92 noch zwei Pflichtstunden gab. Die Situation hat sich so entwickelt, dass wir heute im gymnasialen Bereich im Fach Technik überhaupt keine Pflichtstunden mehr haben. Dort kam man in einen Wahlbereich hinein. Das ist - dessen bin ich mir sicher - eindeutig zu wenig.

Denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, Technik ist mehr als das, was andere Wissenschaften uns bieten. Naturwissenschaften erforschen, Geisteswissenschaften erklären, aber Technikwissenschaften vollenden. Das ist eben die Fähigkeit, die wir unseren jungen Menschen auch mitgeben müssen: die Chance, an einem Projekt zu arbeiten, das abgeschlossen werden kann,

(Beifall bei der FDP - Zuruf von Minister Herrn Prof. Dr. Olbertz)

zu sehen, dass sich aus ihrer Tätigkeit auch etwas ergibt, dass es ein Ziel gibt, dass diese Welt gestaltbar ist. Dieses Gestalten, das ist etwas, das bei uns in der Schule zunehmend verloren gegangen ist, was dann bei den jungen Menschen letztlich zu dieser Abbruchquote führt. Es wird heute nicht mehr vermittelt, dass es um das Ziel, den Abschluss geht, sondern es geht nur noch um den Weg dahin, um das allgemeine Dahinentwickeln. Hier können wir, glaube ich, deutlich besser agieren.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb, sehr geehrter Herr Minister Olbertz, möchte ich an dieser Stelle noch einmal nachhaltig dafür werben, dass die Zielvereinbarung - wir haben ja jetzt die Zielvereinbarungen wieder auf der Agenda - mit der Universität Halle, die im Jahr 2005 keine Ausbildung mehr für

den Bereich Wirtschaft und Technik vorsah, dahin gehend geändert wird, dass - -

(Herr Lange, DIE LINKE: Da waren Sie doch mit dabei! Das haben Sie doch mit beschlossen! - Minister Herr Prof. Dr. Olbertz: Nein, das ist in Magdeburg!)

- Für die Universität Halle gibt es in der Zielvereinbarung keine Verpflichtung zur Ausbildung von Fachlehrern für den Bereich Wirtschaft und Technik.

(Minister Herr Prof. Dr. Olbertz: Aber künftig in der Fachhochschule Magdeburg!)

Deshalb ist es dringend notwendig, hier wieder einen Ausgleich zu schaffen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Hier muss über die Zusammenarbeit wieder einiges erreicht werden, damit in unseren Schulen diese Fächer wieder einen Platz finden. In diesem Zusammenhang müssen auch die Stellen der Fachberater im Wisa aufgefüllt werden, damit dort wieder ein Feedback erfolgen kann; denn die Zahlen, die sich mittlerweile von ehemals 3 %, die an den Fächern Wirtschaft und Technik teilgenommen haben, auf 0,6 % entwickelt haben, lassen uns einfach aufschrecken.

Deshalb sollte man bei aller Diskussion über Etatansätze und Ähnliches nicht die kleinen Dingen des Lebens vergessen. Man sollte, wie gesagt, wieder lebensbezogen agieren; denn die Realschule hat etwas mit Realität zu tun und nicht mit Visionen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP - Herr Lange, DIE LINKE: Mit Realien, nicht mit Realität!)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Herr Kley, möchten Sie eine Frage von Herrn Bönisch beantworten?

Herr Kley (FDP):

Von Herrn Bönisch?

(Herr Lange, DIE LINKE: Das ist aber mutig!)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Bitte schön.

Herr Bönisch (CDU):

Herr Kley, ich habe Ihr Plädoyer für die zusätzliche Einführung des Technikunterrichts gehört. Dazu eine Nachfrage von mir: Was würden Sie denn dann streichen wollen, oder wollen Sie es anbauen? Das wäre für mich interessant.

Herr Kley (FDP):

Es gibt eine ganze Reihe von Fächern, über deren Sinnhaftigkeit man streiten kann.

(Zuruf von der SPD: Welche?)

- Medienkunde zum Beispiel und Ähnliches.

(Unruhe bei der SPD und bei der LINKEN)

Ich glaube, es sollte durchaus etwas mehr Realität in den Unterrichtsalltag einziehen.

(Herr Miesterfeldt, SPD: Ab ins Mittelalter mit der FDP!)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Kley. - Gibt es noch eine Frage? Möchten Sie diese Frage beantworten, Herr Kley? Herr Lange möchte Sie etwas fragen. - Herr Lange, bitte.

Herr Lange (DIE LINKE):

Herr Kley, ich kann Ihr flammendes Plädoyer für den Technikunterricht und auch für die Ausbildung der Techniklehrer sehr gut nachvollziehen und ich unterstütze das natürlich auch. Aber wenn ich mich recht erinnere, haben auch wir uns damals mit Ihrer Fraktion und unter Ihrer Regierungsbeteiligung sehr stark damit auseinandergesetzt, dass Sie damals in den Zielvereinbarungen eben nicht vereinbart haben, dass dieser Technikunterricht weiter ausgebaut wird. Sie waren also bei der letzten Hochschulstrukturplanung selbst daran beteiligt, dass die Wirtschaft-Technik-Ausbildung an der Martin-Luther-Universität reduziert bzw. abgeschafft wurde.

Können Sie dazu bitte noch etwas ausführen? Ist das jetzt ein Sinneswandel und Sie sagen nun, da müssen wir jetzt wieder ran? Oder liegt das einfach daran, dass Sie jetzt in der Opposition sind?

Herr Kley (FDP):

Sehr geehrter Herr Lange, die Sünden der Vergangenheit holen einen manchmal ein. Ich gestehe sie hiermit ein.

(Heiterkeit)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Frau Dr. Hüskens, bitte.

Frau Dr. Hüskens (FDP):

Herr Präsident, da auch 15 Minuten nach meiner Einladung nicht so sehr viele Minister anwesend sind, obgleich inzwischen, glaube ich, ein weiterer aufgetaucht ist, würde ich darum bitten, dass die Minister, die für heute keine Entschuldigung haben, ins Plenum zitiert werden.

(Beifall bei der FDP und bei der LINKEN)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Es ergeht also der Appell an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der entsprechenden Minister und Ministerinnen zu verlassen, dass diese herkommen.

(Herr Wolpert, FDP: Das ist kein Appell, sondern ein abstimmungswürdiger Vorgang!)

Frau Dr. Hüskens (FDP):

Ich beantrage jetzt ganz offiziell, dass wir gemäß § 69 Abs. 1 der Geschäftsordnung darüber abstimmen, ob die Minister, die keine Entschuldigung für heute haben, jetzt vom Parlament in den Plenarsaal zitiert werden.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Gut, das können wir tun. Wer stimmt diesem Antrag zu? - Wer stimmt dagegen? - Ganz wenige. Dann ist das so beschlossen und die Ministerinnen und Minister werden gebeten, jetzt hierher zu kommen. Wünscht der Landtag, dass wir die Sitzung solange unterbrechen?

(Beifall bei der FDP - Unruhe)

- Dann stimmen wir über diese Frage schlichtweg ab. Wer möchte die Sitzung unterbrechen, bis die Regierungsbänke, soweit das möglich ist, gefüllt sind? Es geht nur um diejenigen, die nicht offiziell entschuldigt sind; das ist klar. - Wer ist dagegen? - Das muss ich jetzt doch zählen.

Also noch einmal: Wer ist dafür, dass wir die Sitzung unterbrechen? - Wer ist dagegen, dass die Sitzung jetzt unterbrochen wird? - Die Mehrheit ist dagegen. Die Sitzung wird nicht unterbrochen.

(Zuruf von Herrn Kosmehl, FDP)

- Es waren dennoch mehr Gegenstimmen. Also geht es weiter. - Das Wort hat Frau Feußner. Bitte, Frau Feußner.

Frau Feußner (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Mir wäre es schon lieber, dass die Ministerbank etwas voller wäre, wenn man von der Querschnittsaufgabe Bildung spricht. Ich finde das auch nicht in Ordnung. Wir diskutieren in fast jeder Landtagsitzung über die Bedeutung der Bildung und dann wird das in dieser Form wahrgenommen.

Andererseits muss ich auch einmal kritisch anmerken, dass die Art einer Aussprache zu einer Großen Anfrage, egal ob es um Bildung oder um andere Dinge geht, selten wirklich Begeisterung auslöst. Das sieht man auch bei den anderen Aussprachen. Man sollte sich im Ältestenrat einmal damit befassen, ob es nicht andere Möglichkeiten gibt, solche Großen Anfragen abzuhandeln. Man hat die Antworten alle in der Antwort auf die Große Anfrage stehen.

(Zuruf von Frau von Angern, DIE LINKE)

- Na gut, es gibt doch aber auch andere Möglichkeiten. Man kann noch einmal nachfragen, man kann einen Antrag dazu stellen. Ob so eine Aussprache an dieser Stelle dienlich ist - - Ich rege es doch lediglich an.

(Zustimmung bei der CDU - Frau Bull, DIE LINKE: Also hätten Sie auf die Debatte heute verzichtet!)

- Es geht doch nicht darum, dass Sie die gestellt haben.

(Frau Bull, DIE LINKE: Nein! Auf die Debatte hätten Sie gern verzichtet!)

- Ja.

(Frau Bull, DIE LINKE: Ja! Okay! - Frau Dr. Klein, DIE LINKE: Ja!)

Umso interessanter ist es vielleicht, auf die Äußerungen von Herrn Höhn am Anfang einzugehen. Herr Höhn, na klar, Sie haben das jetzt ein bisschen schlitzohrig darzustellen versucht. Ich glaube, der Minister hat Ihnen dargelegt, was der Unterschied zwischen einem Parteiprogramm und einem Bildungskonvent ist. Ich hoffe, dass Sie das jetzt verstanden haben.

(Zustimmung bei der CDU - Frau Dr. Klein, DIE LINKE: Oh!)

An dieser Stelle möchte ich aber noch sagen: Ich weiß nicht, ob man hier bewusst oder unbewusst forcieren möchte darzustellen, dass wir nicht bereit wären, mehr für die Bildung zu investieren. Das ist nicht der Fall. Das habe ich auch gestern klar und deutlich gesagt. Ich habe

gesagt, wenn es um meine Person, um die Bildungspolitik geht: Ich bin jederzeit dabei zu sagen, wir brauchen an der einen oder anderen Stelle mehr. Das habe ich gestern an der einen oder anderen Stelle ausdrücklich betont.

Ich kann mich hier aber nicht hinstellen und sagen, wir wollen irgendwelche Wunschträume aufbauen, und habe noch die Finanzierung im Nacken. Mir geht es darum, dass man hier einfach die Wahrheit darstellt und das, was möglich ist.

(Zuruf von Herrn Höhn, DIE LINKE)

Ich muss sagen, wenn der Finanzminister oder unsere Landesregierung hier den Ausspruch bringen, wir sind auch dafür, 10 % des BIP auszugeben, dann bin ich sofort auf deren Seite, und wenn das Parlament dies dann noch bestätigt, umso mehr. Ich stelle aber hier einmal die Frage, woher dann die Mehrheiten kommen. Dann bin ich auf Sie, gerade auf DIE LINKE gespannt, welche Vorschläge Sie unterbreiten, wo wir das Geld wegnehmen sollen. Sie können nicht nur sagen: Ach ja, schön, wir wollen mehr investieren. Sie wollen ja in allen Bereichen mehr investieren.

(Frau Dr. Klein, DIE LINKE: Aber hallo, Frau Feußner!)

Wenn es nach Ihnen geht, dann gibt es Geld ohne Ende. Darauf bin ich gespannt. Wenn Sie das sachlich und fachlich gut unterersetzen, dann bin ich auch auf der Seite der LINKEN. Wenn Sie sagen, wir haben - was weiß ich? - 3 Milliarden, 4 Milliarden, 5 Milliarden € mehr für die Bildung herausgeholt, dann bin ich auf Ihrer Seite. Aber bleiben Sie, bitte schön, auch einmal ehrlich und stellen Sie nicht immer nur Forderungen, die populistisch sind. Das ist reiner Populismus, den Sie an dieser Stelle betreiben.

(Widerspruch von Frau Dr. Klein, DIE LINKE, und von Frau Bull, DIE LINKE)

Wenn Frau Merkel als Bundesvorsitzende in ihrem Präsidium Forderungen aufstellt und diese nicht erfüllt, dann würde das - das weiß sie, glaube ich, ganz genau - auch an ihrer Glaubwürdigkeit rütteln und das würde auch der Wähler nicht honorieren.

Da Sie wahrscheinlich nicht in einer solchen --

(Herr Hauser, FDP: Sprechen Sie doch einmal ein bisschen lauter! Wir wollen es auch hören!
- Zuruf von Herrn Kosmehl, FDP)

- Ich kann es doch nicht ändern, wenn die Mikros hier nicht gehen. Das ist doch nicht mein Problem. Ich glaube, ich spreche bestimmt laut genug.

(Herr Hauser, FDP: Also, Gas geben! Zack! - Frau Weiß, CDU: Das Pult höher stellen! - Unruhe)

- Für die FDP mache ich das gern, sehr gern.

(Die Abgeordnete fährt das Rednerpult höher)

Ist es jetzt besser? - Prima.

(Frau Weiß, CDU: Das müssen die doch hinter dir merken!)

- Nein, da hinten merken sie das wahrscheinlich nicht. Das glaube ich nicht.

(Heiterkeit bei der CDU - Anhaltende Unruhe)

Ich sage noch einmal, Herr Höhn: Frau Merkel steht in der Verpflichtung einer gewissen Glaubwürdigkeit; Sie tun das derzeit nicht, Sie sind hier in der Opposition. Sie können - das kann ich nachvollziehen - Forderungen ohne Ende stellen. Aber es ist dann auch Ihr Problem, wie Sie mit Ihrer Polemik in der Öffentlichkeit umgehen.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind für sachorientiert untersetzte Politik. Ich betone es noch einmal, auch wenn es dem einen oder anderen nicht gefällt:

(Frau Dr. Klein, DIE LINKE: Es tut weh!)

Ich sage, bei dem, was finanzierbar ist, sind wir gern dabei. Wenn die Landesregierung und das Parlament bereit sind, mehr für die Bildung bereitzustellen, dann bin ich die Letzte, die das nicht will; im Gegenteil: Ich würde das sogar sehr begrüßen - das noch einmal für alle klar und deutlich.

(Zustimmung bei der CDU)

Sehr verehrte Damen und Herren! Ich möchte aber doch noch zum Inhalt der Großen Anfrage kommen, auch auf die Gefahr hin, dass ich an der einen oder anderen Stelle etwas wiederhole bzw. dass das eine oder andere vielleicht schon einmal angesprochen worden ist.

Zu der von der Bundesregierung im Januar 2008 veröffentlichten Konzeption „Aufstieg durch Bildung - Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung“ haben die Kultusminister der Länder und auch das zuständige Bundesministerium für Bildung und Forschung am 6. März 2008 Schwerpunkte und gemeinsame Initiativen an Schnittstellen der gemeinsamen Verantwortung - dazu zählen im Übrigen auch die fröckliche Bildung, gemeinsame Bildungsstandards und die Weiterentwicklung der beruflichen Bildung - festgelegt.

Der dazu ins Leben gerufene Lenkungsausschuss auf Amtsebene soll die Umsetzung --

(Anhaltende Unruhe)

Ich glaube, Herr Präsident, die Aufmerksamkeit ist so -- Das ist das, was ich vorhin meinte: Die ist einfach nicht da bei einer Aussprache zu einer Große Anfrage. Es ist dann sehr schwierig für jemanden, hier vorn zu referieren; das muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Das stimmt. Es gibt natürlich auch eine Wechselwirkung.

Frau Feußner (CDU):

Ja?

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

So, ich denke, wir können jetzt weitermachen.

Frau Feußner (CDU):

Sollte ich das jetzt als Kritik auffassen, Herr Präsident?

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Sie können jetzt weiterreden.

Frau Feußner (CDU):

Nein. Das, was Sie vorher gesagt haben.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Das ist eine Auffassungsfrage.

Frau Feußner (CDU):

Oh, das finde ich aber sehr interessant. Ich möchte sagen, dann setze ich mich. Also, so etwas von einem Präsidenten zu hören, das, muss ich sagen, finde ich interessant.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Sie verzichten also auf den weiteren Teil Ihrer Redezeit, sodass ich - Fragen gibt es dazu auch nicht - jetzt Herrn Höhn das Wort erteilen kann. Bitte, Herr Höhn.

(Anhaltende Unruhe bei der CDU - Frau Weiß, CDU: Na, Herr Scharf, sagen Sie mal was dazu!)

Herr Höhn (DIE LINKE):

Die Kollegen von der CDU haben noch Klärungsbedarf untereinander. Ich kann gern warten. - Meine Damen und Herren! Ich will die Redezeit, die mir in der zweiten Runde zur Verfügung steht, nicht ausschöpfen, aber zwei Dinge noch einmal deutlich ansprechen.

Der Minister hat noch einmal auf die Frage der Studierquote hingewiesen, Stichwort 100 %, und darauf, dass nicht alle jungen Leute studieren wollen, die theoretisch studieren könnten. Das ist in der Tat so. Ich will sagen - das hat Frau Mittendorf auch schon getan -: Weder wir noch die Sozialdemokraten wollen sozusagen die 100%-Schwelle erreichen.

(Anhaltende Unruhe)

Wenn wir über das Thema Gemeinschaftsschule reden, dann sage ich auch immer: Es muss das Ziel sein, dass wir möglichst alle mindestens auf das Niveau des Real Schulabschlusses bringen und dass der Hauptschulabschluss die absolute Ausnahme bleibt.

Ich will aber auch auf ein anderes Problem hinweisen. Das hängt mit dem Hauptschulabschluss und dem Real Schulabschluss zusammen. Im Bildungsbericht der Bundesregierung 2008 ist ja auch die Frage in den Blick genommen worden, wie der Übergang von der Schule mit den unterschiedlichen Schulabschlüssen in die Berufsausbildung funktioniert. Da funktioniert eines nicht mehr: der Aufstieg.

Wir haben vor 20, 30 Jahren in der alten Bundesrepublik noch die Situation gehabt, dass man mit einem soliden Hauptschulabschluss erfolgreich in die Berufsausbildung gehen konnte und dass sich ein durchaus beachtliches soziales Aufstiegspotenzial auftat. Das ist nicht mehr so.

Wir haben die Situation, dass die Arbeitgeber für einen Großteil der Berufsausbildungen mittlerweile höhere Qualifikationen erwarten und deswegen auf Abiturienten und Realschüler zurückgreifen. Das geht zulasten der Hauptschüler. Nicht zuletzt deswegen sagen wir sehr deutlich: Der Hauptschulabschluss, die Hauptschule ohnehin muss das Auslaufmodell sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun noch einmal zum Geld und zum Bildungskonvent: Natürlich ist mir klar, dass der Bildungskonvent nicht das CDU-Präsidium ist. Ich hoffe für den Konvent, dass das nicht so ist.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN)

Ich will Sie aber noch einmal an das erinnern, was Sie gestern gesagt haben: Sie haben gestern erklärt, dass die politischen Vertreter, die Vertreter der Fraktionen und Parteien im Konvent die Haushaltsslage beachten sollten bei dem, was sie dort besprechen und beschließen. Das war Ihr Tenor. Alles andere sei unglaublich, weil die Politiker um die Haushaltsslage wüssten und eine Refinanzierung darstellen müssten.

(Herr Gürth, CDU: Wer sich völlig davon loslässt, ist ein Zyniker gegenüber denjenigen, die sich im Konvent ehrlichen Herzens betätigen!)

Frau Feußner, wenn Sie sich hierinstellen und erklären, der Populismus der Bundeskanzlerin sei meine Polemik, dann, muss ich sagen, verstehe ich die Welt nicht mehr. Es ist doch Ihre Partei, die fordert: 90 Milliarden € mehr für die Bildung in der Bundesrepublik. Wir können uns sehr schnell darüber verständigen, dass wir mehr Ausgaben für die Bundesrepublik insgesamt und für Sachsen-Anhalt brauchen. Da bin ich sofort bei Ihnen.

(Frau Feußner, CDU: Es lohnt sich nicht mehr, mit Ihnen darüber zu diskutieren!)

Aber es geht doch nicht, dass Sie von den politischen Vertretern in Sachsen-Anhalt verlangen, dass sie sich in der bildungspolitischen Debatte finanziell zurückhalten, dass Sie aber, wenn Sie in Ihr Parteipräsidium fahren, 90 Milliarden € finden. Das ist der Unterschied.

(Frau Feußner, CDU: Nicht zurückhalten! - Zuruf von Herrn Kosmehl, FDP)

Das ist die Unglaublichkeit und diese lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Eine letzte Bemerkung. Ich will die Anregung des Ministers ausdrücklich unterstützen. Es ist nicht nur sinnvoll, dass wir uns im Plenum - im Gegensatz zu der Auffassung von Frau Feußner - mit den Antworten auf eine solche Große Anfrage auseinandersetzen, sondern ich will den Vorschlag unterstützen, dass wir uns in den betroffenen Fachausschüssen - meine Hoffnung ist, dass das dann auch funktioniert - mit den Fragen im Detail auseinandersetzen. Das sind aus meiner Sicht zumindest der Sozialausschuss wegen der fröhlichen Bildung, der Wirtschaftsausschuss und der Bildungsausschuss. Das ist ein sehr sinnvoller Vorschlag. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Höhn. - Zunächst darf ich feststellen, dass die Regierungsbank jetzt so gefüllt ist, wie es heute möglich ist. Es fehlen nur diejenigen, die sich bereits heute früh und auch gestern schon haben entschuldigen lassen.

(Zustimmung von Herrn Tullner, CDU)

Auch die Abgeordnetenbänke haben sich in diesem Zusammenhang ein wenig mehr gefüllt.

Nun hat Herr Minister Olbertz noch einmal um das Wort gebeten.

Herr Prof. Dr. Olbertz, Kultusminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will die Debatte nicht wieder aufmachen und ich will auch nichts

Zugespitztes oder Provozierendes sagen. Ich weiß, dass die Debatte damit wieder aufgemacht wird, aber man muss ja nicht davon Gebrauch machen.

(Heiterkeit bei der CDU und bei der FDP)

Ich habe einfach etwas Wichtiges zu sagen vergessen. Es ist das Stichwort „technische Bildung“ gefallen. Es ist mir sehr wichtig, kurz darüber zu informieren, wie der Sachstand ist; denn dieses Thema liegt mir selbst sehr am Herzen.

Erstens. Das ist damals in Halle wegen einer praktisch vollständig eingebrochenen Nachfrage aufgegeben worden.

(Herr Lange, DIE LINKE: Aber, Herr Olbertz, das ist doch - -)

- Sie kennen die Zahlen. Dieser Bereich ist fast vollständig eingebrochen. Das ist einfach so. Das hing auch ein wenig mit der Attraktivität der Angebote zusammen.

(Herr Lange, DIE LINKE: Also!)

Zweitens. Das wiederum steht in einem Zusammenhang

(Zuruf von Herrn Lange, DIE LINKE)

- warten Sie doch erst einmal ab - mit den Ingenieurwissenschaften - das weiß ich selbst -, weil es ein Ziel der Landesregierung war - das finde ich nach wie vor vernünftig -, über die Schwerpunktbildung und die Konzentration die klassischen Technikwissenschaften - wohlgerne die klassischen oder harten Technikwissenschaften - in Magdeburg zu konzentrieren, weil sie dort in das Standortprofil sehr gut hineinpassen, weil es gerade in den Belangen von Maschinenbau und vielen anderen originären Ingenieurdisziplinen zum Profil der Magdeburger Universität gehört, sich sukzessive zu einer Technischen Universität zu entwickeln und deshalb - das ist der dritte Punkt - ein neues Lehramtsprofil in Magdeburg zu entwickeln.

Wir sind bei den Verhandlungen mit den Magdeburger Kollegen - das wird auch in der nächsten Zielvereinbarung verankert - schon ziemlich weit damit vorangekommen, in das Lehramt an berufsbildenden Schulen, das ja im Kontext eines Modellversuches als Bachelor-Master-Programm inzwischen von uns anerkannt und im Übrigen auch akkreditiert worden ist, ein neues Lehramt für Technik und Wirtschaft an den allgemeinbildenden Schulen zu implementieren.

Ich finde, das ist ein sehr interessantes Modell, weil dabei ein Lehrertypus herauskommt, der die Fächer Wirtschaft und Technik unterrichtet und zugleich als Koordinator an den Schulen, an der Schnittstelle zwischen Schule und Wirtschaft tätig wird, die Berufsberatung, die Berufsvorbereitung und schließlich Schülerbetriebspрактиka und vieles andere mehr organisiert. Genau dort glückt uns die Schnittstelle nach wie vor noch nicht.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Herr Minister, möchten Sie eine Frage beantworten?

Herr Prof. Dr. Olbertz, Kultusminister:

Ja, sofort. - Wir sind gerade dabei, mit den Kollegen von der Berufspädagogik und denen, die im berufsbildenden Lehramtsstudiengang tätig sind, dieses neue Lehramt zu planen und zu entwickeln. Das wird ein ausgesprochen attraktives, modernes und innovatives Angebot werden.

Das werde ich selbstverständlich in der Zielvereinbarung verankern; denn es ist völlig richtig, es ist derzeit ein Desiderat. Diesbezüglich ist Handeln gefragt. Das ist aber nicht durch die Wiedereinführung verlorener Strukturen, sondern durch die Entwicklung eines neuen Modells zu machen, das ausgesprochen reizvoll ist. Wir haben gerade erst vor zwei Wochen auch mit dem Rektor Herrn Professor Pollmann eingehend darüber beraten.

Das wird funktionieren und das wird ein deutschlandweit spannendes Modell für die Lehrer für Wirtschaft und Technik an der Schnittstelle zwischen Schule und Arbeitswelt, in der sie dann als Lehrer eingesetzt werden sollen. Diesbezüglich werde ich mich auch nicht von beamten- und besoldungsrechtlichen Barrieren aufhalten lassen. Das kann man alles gestalten, wenn man es will. - Das wollte ich einfach noch hinzufügen. Ich habe das vorhin vergessen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank. - Jetzt bitte Ihre Nachfrage, Herr Lange.

Herr Lange (DIE LINKE):

Herr Olbertz, ich habe auch sehr viel übrig für neue Modelle und interessante Ideen. Aber an dieser Stelle habe ich eine Frage zu diesem neuen Beruf, den Sie jetzt konzipieren. Wie weit kollidiert das mit den Kombinationsmöglichkeiten zu anderen Fächern?

Wir haben in Sachsen-Anhalt die Entscheidung getroffen, die Lehramtsausbildung für allgemeinbildende Schulen in Halle zu konzentrieren. Wenn wir jetzt eine solche Lehramtsausbildung in Magdeburg errichten, kann ich zwar nachvollziehen, dass das für den berufsbildenden Bereich sinnvoll ist, aber im allgemeinbildenden Bereich fehlen doch an dieser Stelle die Kombinationsmöglichkeiten, die die Martin-Luther-Universität für das Lehramt ermöglichen würde.

Herr Prof. Dr. Olbertz, Kultusminister:

Herr Lange, sie sind in der Tat nicht mehr in dem Umfang vorhanden, in dem das mit der Einbindung in das gesamte Spektrum allgemeinbildender Lehramtsfächer der Fall gewesen ist. Es gibt aber weiterhin genügend Kombinationsmöglichkeiten; denn eine Reihe von Lehramtsfächern wird in Magdeburg weiterhin vorgehalten, was die Zweitfächer für die Lehrämter an berufsbildenden Schulen betrifft. Diese werden eingebunden.

Dann wird dieses Lehramt insgesamt durch die Verbindung und die Gleichrangigkeit bis hin zum Besoldungsrecht zum Lehramt an berufsbildenden Schulen zu neuen spannenden Kombinationen führen. Ich glaube nicht, dass das so nennenswerte Einbußen sind, dass es nicht funktioniert. Das ist möglich und das haben wir uns sehr genau angesehen. Es werden natürlich alle Fächer, die derzeit schon im Lehramt für berufsbildende Schulen gewählt werden können, weiterhin angeboten.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Es gibt noch eine Frage von Herrn Kley. Bitte, Herr Kley.

Herr Kley (FDP):

Herr Minister, ich glaube, es war jetzt taktisch unklug, ein neues Thema aufzumachen. Meine konkrete Nach-

frage: Wir sprechen eigentlich über Lehrer für Sekundarschule und Gymnasium. Sie bieten jetzt Fächerkombinationen mit berufsbildenden Schulen an. Bilden Sie jetzt von vornherein Fahr-Lehrer aus, die nicht mehr die gesamte Zeit an der Schule sind, sondern nur noch hin und her pendeln, weil sie in verschiedenen Schulformen eingesetzt werden müssen?

Ich erwarte jetzt keine komplexe Antwort, aber ich bin sicher, dass wir im Bildungsausschuss dieses Thema dringend erörtern müssen. Ich habe ebenso wie der Kollege Lange das Gefühl, dass hier einiges gut gemeint ist, aber in der Endausführung nicht zu dem gewünschten Effekt führen könnte.

Herr Prof. Dr. Olbertz, Kultusminister:

Lieber Herr Kley, strategisch habe ich gar nicht den Anspruch, immer klug zu sein. Ich wollte nur ergänzen, dass wir in dieser Frage nicht untätig sind und dass wir ein intelligentes, neues und innovatives Modell entwickeln, das sicherlich auch Risiken birgt. Aber genau über diese beraten wir gerade.

Ich werde selbstverständlich rechtzeitig den Ausschuss einbeziehen, wenn dieser neue Studiengang sozusagen spruchreif ist. Wir sind zügig dabei. Die Probleme, die eben aufgelistet worden sind, sind lösbar.

Da Sie, Herr Lange, vorhin den Kopf geschüttelt haben, sage ich es noch einmal: Einer der wesentlichen Gründe dafür, dass die Universität entschieden hat, diesen Studiengang nicht weiter zu befördern, bestand auch darin, dass die Nachfrage nahezu eingebrochen war. Das ist einfach ausrechenbar. Aus welchen Gründen auch immer das der Fall war, will ich gern offen lassen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Herrn Lange, DIE LINKE)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Minister. - Ich begrüße Schülerinnen und Schüler der Berufsbildenden Schulen Quedlinburg auf der Tribüne.

(Beifall im ganzen Hause)

Nun hat Herr Scharf als Fraktionsvorsitzender um das Wort gebeten. Bitte schön.

Herr Scharf (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich nicht gemeldet, weil ich nach dem Beitrag des Kultusministers die Fachdiskussion noch einmal eröffnen will, sondern ich möchte als Fraktionsvorsitzender feststellen, dass nach meiner Auffassung die Aussprache zur Großen Anfrage in diesem Haus nicht die notwendige Würdigung erfahren hat, die dieses Thema verdient.

Wir setzen absichtlich die Aussprache zu Großen Anfragen zu besonderen Zeiten in der Landtagssitzung an, damit wir diese Themen wirklich entsprechend behandeln.

Die verschiedenen Geschäftsordnungsfragen, die wir in diesem Zusammenhang heute Morgen erlebt haben, waren, glaube ich, nicht gerade günstig, um das Ansehen dieses Hauses bei diesem Thema zu fördern.

Herr Präsident, ich habe auch etwas beobachtet, das ich Ihnen jetzt persönlich sagen möchte: Wenn die Unruhe

im Saal so groß ist, dass die Ruhe wiederhergestellt werden muss - was auch kein gutes Zeichen für uns selbst ist -, dann bitte ich Sie auch, Sätze zu vermeiden, die wertend interpretiert werden können; denn das kann der Herstellung eines geordneten Parlamentsbetriebes im Einzelfall auch wieder nicht dienlich sein. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Scharf. Soweit es um die Herstellung der Ordnung geht, ist immer die Frage, bei welcher Grenze man da ankommt; darin gebe ich Ihnen völlig Recht. In diesem speziellen Fall hat allerdings Frau Feußner um mehr Aufmerksamkeit gebeten. Es ist nicht die Angelegenheit der Sitzungsleitung, diese herzustellen.

(Zuruf von Frau Feußner, CDU)

Die Aufmerksamkeit kann man nur erzeugen, wenn man den Zuhörern etwas bietet, das diese Aufmerksamkeit dann auch hervorruft.

(Unruhe - Oh! bei der CDU und bei der FDP
- Zuruf: Das kann doch jetzt nicht wahr sein!)

Darauf bezog sich mein Satz der Wechselwirkung.

(Unruhe bei der CDU und bei der FDP - Herr Stahlknecht, CDU, meldet sich zu Wort)

Es gibt Sitzungen, aus denen gehen die Leute hinaus, in denen lesen sie Zeitung, machen sonst was. Das kann die Sitzungsleitung nicht beeinflussen. Das war der Unterschied, den ich jedenfalls bei der Bemerkung gemacht habe. - Bitte schön, Herr Stahlknecht.

Herr Stahlknecht (CDU):

Herr Präsident, ich glaube, das, was Sie soeben wiederholt haben, ist - vielleicht von Ihnen nicht gewollt - nicht dienlich, das Klima in diesem Hohen Hause zu verbessern. Deshalb möchte ich Sie bitten, nicht den Eindruck hier zu erwecken, dass Frau Feußner schlecht vorgetragen habe. Es ist nicht an dem. So sollten wir - auch wenn es ungewollt war - nicht miteinander umgehen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Gut. Darüber können wir natürlich gemeinsam nachdenken.

(Zurufe von Frau Feußner, CDU, und von Frau Weiß, CDU)

Der Tagesordnungspunkt ist beendet.

Präsident Herr Steinecke:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir wollen fortfahren.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 14** auf:

Beratung

Health Check

Antrag der Fraktion DIE LINKE - **Drs. 5/1528**

Einbringer ist der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE Herr Krause. Danach spricht die Landesregierung; dann steigen wir in die Debatte ein. Herr Krause, Sie haben das Wort.

Herr Krause (DIE LINKE):

Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Um jegliche Missverständnisse von vornherein auszuschließen, möchte ich vorab bemerken, dass ich sehr wohl davon ausgehe, dass wir uns im Agrarausschuss und sicher auch hier im Plenum vom Grundsatz her in dieser Angelegenheit einig sind. Ich denke an den Beschluss des Landtages vom Februar 2008. Ich denke auch an den Beschluss des Agrarausschusses, der in der letzten Sitzung als Empfehlung an den Europaausschuss gefasst wurde.

Dennoch: In sieben Wochen soll über das gesamte Maßnahmenpaket des Health Check, den so genannten Gesundheitscheck der gemeinsamen Agrarpolitik, im Agrarministerrat der EU abschließend beraten und ein Gesamtpaket beschlossen werden, das ganz offensichtlich nach wie vor die modernen Agrarstrukturen in den neuen Bundesländern konterkariert.

Bisher haben leider auch die massiven Kritiken und Proteste der Landwirte nicht zu dem notwendigen Erfolg geführt. Wie Sie wissen, wurde erst kürzlich eine Delegation des Landesbauernverbandes bei der Agrarkommisarin Frau Fischer Boel vorstellig. Sie überbrachte ihr den Forderungskatalog und informierte sie über Proteste der Landwirte aus Sachsen-Anhalt.

Meine Damen und Herren! Mit diesem so genannten Gesundheitscheck wird nicht etwa, wie man eigentlich annehmen müsste, eine Zwischenbilanz aus der bisherigen Reform der gemeinsamen Agrarpolitik gezogen, sondern es erfolgt wieder einmal ein schwerwiegender Eingriff in die bereits vorgegebene und gestaltete gemeinsame Agrarpolitik.

Die Landwirte haben aber ihre betrieblichen Planungen auf die vorangegangenen Beschlüsse der Europäischen Kommission, die auf die weitere Wegstrecke bis 2013 terminiert sind, ausgerichtet und haben ihre laufenden Investitionen entsprechend getätigt. Die Kürzungen und großenabhängigen Staffelungen bzw. Degressionen der Direktzahlungen sowie die Erhöhung der Modulation sind also auch ein fataler Eingriff in die Planungssicherheit der Landwirte.

Lieber Kollege Daldrup, in einer Pressemitteilung vom 23. September erklären Sie - ich möchte das unterstützen - bei aller Kritik Ihrerseits, dass Sie mit der Grundintention der Vorschläge der Europäischen Kommission einverstanden sind. Ich sehe diese Anmerkung zur Grundintention etwas anders.

Was uns als eigentliche Grundintention verkauft wird, ist doch eher nur Beiwerk, um die wirklichen Vorhaben, die tatsächliche Grundintention zu kaschieren. Wir dürfen uns nichts vormachen; es gibt nach wie vor Interessengruppen in Deutschland und Europa, die sich nicht mit den modernen Agrarstrukturen im Osten Deutschlands abfinden können und wollen. Umwelt- und Sozialstandards zu harmonisieren und Bürokratie abzubauen ist aus meiner Sicht nicht die Grundintention dieses Pakets.

40 Millionen € weniger für die Landwirte in Sachsen-Anhalt bringen nicht nur die Betriebsplanungen durcheinander, sondern sie treffen die Agrarunternehmen zum

Teil existenziell. Es sind außerdem 40 Millionen € weniger für den ländlichen Raum mit Auswirkungen auf die Investitionen, auf die Kaufkraft, auf die Auftragslage, auf Handwerk und Gewerbe. Weniger Möglichkeiten wird es auch geben für innovative und nachhaltige Projekte im Bereich nachwachsende Rohstoffe und Bioenergie. Nein, meine Damen und Herren, diesem Paket darf nicht zugestimmt werden!

Natürlich wissen wir alle, dass sich Minister Seehofer und die Bundeskanzlerin unter anderem im Juni auf dem Deutschen Bauerntag in Berlin in diesem Sinne und damit demonstrativ gegen eine Ungleichbehandlung der Betriebe in den neuen Bundesländern ausgesprochen haben. Das ist gut und das ist auch in Ordnung.

Wir wissen aber auch, dass steter Tropfen den Stein höhlt, dass Politik, nicht zuletzt auch EU-Politik, nur zu oft auf Zeit und damit auf die Nachgiebigkeit der Betroffenen setzt, die dann einem Kompromiss auf den Leim gehen, der damit begründet wird, dass man ja schließlich gegenüber dem ursprünglichen Ansatz eine ganze Menge herausgeholt hat. Aber selbst wenn die Prämienkürzungen für entsprechende Agrarunternehmen von 45 % auf 25 % zurückgenommen würden, wäre das nicht hinnehmbar.

Meine Damen und Herren! Mit unserem Antrag wollen wir der Ministerin Frau Wernicke - letztlich auch der Bundesregierung - schlicht und einfach den Rücken stärken für die Verhandlungen im November, damit konsequent darauf Einfluss genommen wird, dass dieses Paket so, wie es gegenwärtig in der Öffentlichkeit steht, nicht beschlossen wird. - In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Krause, für die Einbringung. - Es ist mir signalisiert worden, dass Minister Herr Dr. Daehre für die Landesregierung das Wort nehmen wird. Herr Daehre, bevor Sie sprechen, möchte ich Damen und Herren aus Hettstedt auf der Nordtribüne begrüßen, die sich für unsere Parlamentsarbeit interessieren. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Herr Dr. Daehre, Sie haben das Wort.

Herr Dr. Daehre, Minister für Landesentwicklung und Verkehr:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sicherlich hatten Sie jetzt berechtigterweise Frau Ministerin Wernicke erwartet. Frau Wernicke ist erkrankt. Ich denke, auch in Ihrem Namen zu sprechen, wenn ich ihr von hier aus alles Gute und Gesundheit wünsche.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich kann Ihnen erfreulicherweise aber auch sagen, dass sie in der nächsten Woche wieder im Amt sein wird - das vorweg.

Zum eigentlichen Thema. Meine Damen und Herren! Der Gesundheitscheck ist das agrarpolitische Topthema dieses Jahres. Ich denke, darin sind sich nahezu alle einig. Bereits im Januar 2008 hat der Landtag in diesem Zusammenhang die Landesregierung gebeten, sich dafür einzusetzen, dass die Wettbewerbsfähigkeit der

Landwirtschaft in Sachsen-Anhalt nicht gefährdet wird. Sie erinnern sich sicherlich an diesen Beschluss, der eine Reihe von wichtigen Punkten enthält, unter anderem die Ablehnung einer betriebsgrößenabhängigen Zahlungskürzung.

Diesen Auftrag nehmen die Landesregierung und das zuständige Ministerium sehr ernst. Herr Staatssekretär Dr. Aeikens hat erst kürzlich in der Sitzung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten am 24. September 2008 unsere diesbezüglichen Aktivitäten umfassend dargestellt.

Wir haben sowohl auf der Brüsseler Ebene als auch auf der Bundesebene unsere Position stets deutlich gemacht. Die ostdeutschen Länder, die von einer betriebsgrößenabhängigen Kürzung der Direktzahlungen am stärksten betroffen sind, haben eindrucksvoll auf die damit verbundene Wettbewerbsverzerrung hingewiesen.

Ein erster Erfolg ist sicherlich, dass sich die Legislativvorschläge der Kommission zahlenmäßig bereits deutlich von dem ersten Vorschlag unterscheiden. Waren zunächst Kürzungen - wie eben angeklungen - von bis zu 45 % vorgesehen, finden sich in den Legislativvorschlägen nur noch 9 %. Aber auch damit wollen wir uns nicht zufrieden geben.

(Zustimmung bei der CDU - Beifall bei der FDP)

- Ja, so viel Zeit muss sein. Danke.

Es gab Gespräche mit Frau Fischer Boel; Herrn Professor Borchart, Kabinettsmitglied der Generaldirektion Landwirtschaft der Kommission, konnten wir bei einer Veranstaltung mit europäischen Regionen in Brüssel begrüßen. Die Ministerpräsidenten der ostdeutschen Länder haben sich im Februar dieses Jahres in einem Schreiben an den Präsidenten der EU-Kommission Herrn Barroso gewandt. Auch wenn uns bisher die Antworten noch nicht befriedigt haben, ist unser Problem in Brüssel angekommen und unsere Bedenken werden ernst genommen. Ich denke, wir haben auf europäischer Ebene alle Möglichkeiten genutzt.

Wichtig ist jedoch auch, dass die Bundesländer hinter dem Bundesratsbeschluss stehen, mit dem sie die progressive Modulation ablehnen. Das tun sie, auch wenn zwischenzeitlich Veröffentlichungen in der Presse ein anderes Bild gemalt haben. Die Länder bekräftigten in der letzten Agrarministerkonferenz im Mai 2008 ihre ablehnende Haltung gegenüber einem solchen Instrument. Auch die Bundeskanzlerin wurde an ihr Versprechen erinnert.

Erst kürzlich haben die Ministerpräsidenten der ostdeutschen Länder in einem gemeinsamen Schreiben auf die Aussagen in dem Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD verwiesen. Dass alle Unternehmen unabhängig von ihrer Betriebsgröße, dem Produktionsprofil und der Rechtsform gleichberechtigt wirtschaften können und großenbezogene Kappungsgrenzen abgelehnt werden, darf nicht eine leere Aussage bleiben. Die progressive Modulation ist ein Punkt, den wir nicht kampflos hinnehmen.

Aber mit dem Gesundheitscheck sind auch noch andere Problembereiche verbunden, die Einfluss auf die Landwirtschaft in Sachsen-Anhalt haben können. Ich denke dabei an den Milchquotenausstieg, der mit geeigneten Maßnahmen flankiert werden muss, oder an das Feld Cross-Compliance und die damit verbundene Forderung nach Bürokratieabbau.

All dies sollte nicht unberücksichtigt bleiben. Es ist in dem bereits genannten Beschluss des Landtages enthalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, wir benötigen keinen neuen Arbeitsauftrag. Von der Landesregierung, vom Ministerium ist alles getan worden, sodass wir den Antrag nicht mehr benötigen. Es ist alles auf den Weg gebracht worden. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der CDU, bei der SPD, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Herr Minister, für Ihren Beitrag in Vertretung der Ministerin Frau Wernicke. - Wir kommen zu den Debattenbeiträgen. - Herr Minister, der Abgeordnete Herr Kosmehl möchte gern noch eine Frage stellen. Wenn Sie diese beantworten wollen? - Das machen Sie. Bitte schön.

Herr Kosmehl (FDP):

Herr Minister Daehre, ich würde gern eine Frage zu der politischen Situation stellen, die wir gerade erleben. Sind Sie sich darin sicher, dass Deutschland seine Position beim EU-Agrarministerrat im November/Anfang Dezember vertreten kann, auch wenn Minister Seehofer, der lange auch in Brüssel für das Anliegen gekämpft hat, Ministerpräsident in Bayern geworden ist?

Herr Dr. Daehre, Minister für Landesentwicklung und Verkehr:

Ich habe schon gedacht, es kommt eine Fachfrage.

(Heiterkeit bei der CDU, bei der SPD und bei der FDP)

- Ist ja richtig. - Nein, ich war noch nicht fertig. Wenn eine Fachfrage gestellt worden wäre, die ich nicht gut beantworten kann, dann hätte ich gesagt: Sie bekommen die Antwort schriftlich.

Ich bin 100-prozentig davon überzeugt, dass wir eine gute Lösung finden, dass die Interessen auch ohne Herrn Seehofer vertreten werden. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zustimmung von der Regierungsbank)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Herr Minister, für die Beantwortung. - Wir treten in die Debatte ein. Erster Debattenredner ist der Abgeordnete Herr Daldrup für die CDU-Fraktion. Bitte schön, Herr Daldrup, Sie haben das Wort.

Herr Daldrup (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Den Worten der Ministerin, vorgetragen durch den Minister, ist inhaltlich nichts hinzufügen. Wir können feststellen, dass mit dem Beschluss vom 24. Januar 2008, den der Landtag einstimmig gefasst hat, die Ministerin die größtmögliche Unterstützung dieses Parlaments hat. Es ist nicht allgemein üblich, sondern eine Ausnahme, dass eine Ministerin, die Landesregierung vom gesamten Parlament eine solche Unterstützung erfährt. Deshalb ist es, denke ich, zu Recht so, dass dieser Beschluss von der Landesregierung bis zum heutigen Tag voll und ganz umgesetzt worden ist.

Wir sind deshalb der Auffassung, dass wir einen zusätzlichen Beschluss dazu nicht brauchen. In den zehn Punkten, die in dem Beschluss angeführt sind, ist alles enthalten, was auch heute noch Relevanz hat. Der Inhalt des Beschlusses deckt sich auch mit dem, was Herr Krause vorgetragen hat. Herr Krause, wenn ich die Grundintention anspreche, dann meine ich genau das, was in dem Beschluss steht. Ich zitiere:

„Wir begrüßen die Bemühungen der EU, die Betriebsprämieregelung effektiv, effizient und einfach gestalten zu wollen.“

Dass ist die Grundintention, die dabei herauskommen muss. Insofern haben Sie etwas kritisiert, was Sie selbst mit beschlossen haben. Das können wir nicht ganz nachvollziehen. Wir werden den Antrag deshalb ablehnen.

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Herr Daldrup, für Ihren Beitrag. - Wir kommen jetzt zum Debattenbeitrag der FDP. Es spricht der Abgeordnete Herr Hauser. Bitte, Herr Hauser.

Herr Hauser (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als Erstes möchte ich namens der FDP-Fraktion der Frau Ministerin herzliche Genesungswünsche übermitteln und gute Besserung wünschen.

(Beifall bei der FDP - Zustimmung bei der CDU)

Wir wollen hoffen, dass Sie bald wieder da ist und wir wieder herhaft um die Sache streiten können.

Zweitens. Herr Minister Daehre, Sie haben perfekt vorgelesen. Sie könnten genauso gut auch Landwirtschaftsminister sein.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP - Minister Herr Dr. Daehre lacht)

Drittens. Ein Wermutstropfen. Was mich ärgert und was unglücklich ist, ist, dass die Schüler der Agrarschule Haldensleben genau jetzt nicht mehr da sind. Es müsste doch künftig möglich sein - wir haben so viele Plätze frei -, dass sie solche wichtigen Debatten mitbekommen.

Zum Eigentlichen. Perspektiven für die gemeinsame EU-Agrarpolitik im besonderen Blickwinkel des gesonderten Gesundheitschecks und Zwischenbilanz. Grundsätzliches: Ich sehe Probleme. Je mehr wir in der Sache debattieren, umso mehr höre ich die Unterschiede heraus.

Erstens. Wo bleibt die Verlässlichkeit der EU-Agrarpolitik? Wo bleibt die in so vielen Reden von Politikern gepriesene Planungssicherheit für die Agrarunternehmen im Land? - Wir sprechen immer wieder von generationenübergreifenden Investitionen, vor allem bei Gebäuden, von der Technik, von zehnjährigen Investitionen.

Was mich sehr umtreibt und immer wieder das Problem sein wird, ist die Frage: Wie erhalten wir künftig die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft in Sachsen-Anhalt, und zwar ganzflächig, nicht nur in der Magdeburger Börde, in der Altmark, im Fläming und im Harz? - Das treibt mich um.

Die erst vor ein paar Jahren erfolgte Neuausrichtung in der höchst komplizierten EU-Agrarpolitik kommt mit der so genannten Halbzeitbewertung nicht zur Ruhe. Sie wird in Brüssel bereits wieder umgestrickt.

Erschwerend kommt hinzu - was den Sachverhalt noch komplizierter macht -, dass mittlerweile vier Interessenvertretungen allein in Sachsen-Anhalt Agrarinteressen vertreten, die leider nicht deckungsgleich sind.

Bei der ganzen Misere kommt hinzu, dass das von der EU ausgeschüttete Geld natürlich weniger wird. Also, die Problemstellung ist die betriebsgrößenabhängige Degression und Modulation der Gelder von der Lebensmittelproduktion hin zur ländlichen Funktion vor dem Hintergrund zukünftig weiterhin sinkender Beihilfen. Im Jahr 1990 wurden 63 % des EU-Haushalts für diese Beihilfen ausgegeben. Deren Anteil soll bis zum Jahr 2013 auf 30 % des EU-Haushalts sinken.

Die derzeitigen finanziellen Aufwendungen betragen von Seiten der EU 55 Milliarden €. Jetzt kommt es: 14 Milliarden € Ausgaben der nationalen Mitgliedstaaten. Zielsetzung der EU - der Kollege Kosmehl vom Europaausschuss hat mir das alles übergeben und ich staune -: Die gemeinsame Agrarpolitik der EU ersetzt zukünftig nationale Politiken und somit auch einzelstaatliche Ausgaben für die Landwirtschaft.

Das ist ein horrend wichtiger Punkt. Die Gelder werden weniger. Ein neuer Verteilungskampf und vor allem ein neuer Verteilungsmodus beginnt. Obwohl - daran will ich gar nicht mehr erinnern - im Jahr 2001 Chirac und Schröder die damalige Deckelung der EU beschlossen haben, Rumänien und Bulgarien hinzugekommen sind, werden die Fakten jetzt permanent verschärft.

Was wollen wir als FDP? - Zielvorstellungen: Um von diesem EU-Topf unabhängiger zu werden, weil wir wissen, es gibt immer schneller weniger Geld, müssen unsere Betriebe trotz des Auf und Ab auf den freien Märkten zunehmend besser bestehen können. Ich weiß, dass das 19 Jahre nach der Wiedervereinigung schwierig ist, zum Beispiel wegen der Kapitaldecke.

Über alle diese Probleme haben wir schon diskutiert. Ich schlage vor - ich gebe auch zu, ich bin relativ hilflos -, die Reduzierung dieser Beihilfebeträge soll mehr nach der Bodengüte geschehen. Also: Der, der einen schlechteren Boden hat, soll mehr verschont werden. Wer einen besseren Boden hat, soll stärker herangezogen werden. Aber bitte nicht an den Betriebsstrukturen herumfummeln.

(Beifall bei der FDP)

Es kann doch nicht sein - selbst wenn ich draußen gekreuzigt werde, sage ich das hier -, dass ein Betrieb mit 1 000 ha schlechter Fläche genauso behandelt wird wie ein Betrieb mit 500 ha guter Fläche oder wie ein Betrieb mit 100 ha sehr guter Fläche. Wie wollen Sie mir das vermitteln? Das funktioniert nicht. Ich bitte euch, um Gottes Willen! Das ist doch keine Politik für die Zukunft.

(Beifall bei der FDP)

Wir brauchen wettbewerbsfähige Betriebe. Das ist ein Schuss in den Ofen. Das kann nicht funktionieren. Übrigens: Der Antrag der LINKEN müsste noch die Milchproblematik beinhalten. Wir würden diesem Antrag zustimmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank für Ihren Beitrag, Herr Hauser. - Wir kommen dann zum Beitrag der SPD-Fraktion. Ich erteile dem

Abgeordneten Herrn Barth das Wort. Bitte schön, Herr Barth.

Herr Barth (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann mich in der Sache kurz fassen, weil meine Vorrredner inhaltlich die Dinge schon dargelegt haben. Ich möchte nur noch einmal darauf hinweisen, dass wir als SPD-Fraktion eigentlich sehr froh darüber waren, dass wir im Agrarausschuss und in diesem Hohen Hause einen von allen Fraktionen getragenen Antrag formuliert hatten. Der ist dann auch so verabschiedet worden. Herr Krause wies auch ausdrücklich auf diesen Antrag hin.

Deshalb erachten wir es als nicht notwendig, die Landesregierung nochmals aufzufordern, hinsichtlich dieser Angelegenheit aktiv zu werden; denn sie ist aktiv. Herr Minister Daehre hat das auch dargestellt. Im Ausschuss haben wir auch darüber geredet. Deshalb lassen Sie uns im Landtag überflüssige Beschlüsse vermeiden. Wir lehnen diesen Antrag ab. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, für Ihren Beitrag. - Jetzt hat die LINKE noch einmal die Gelegenheit, das Wort zu ergreifen. Es spricht der Abgeordnete Herr Krause. Bitte schön, Herr Krause.

Herr Krause (DIE LINKE):

Herr Vorsitzender! Sehr verehrte Damen und Herren! Ich denke doch, dass es nur hilfreich sein kann - auch wenn wir Anfang 2008 einen gemeinsamen Antrag zustande gebracht und beschlossen haben -, wenn der Landtag kurz vor der Beschlussfassung noch einmal ein deutliches Signal setzt und damit unsere Ministerin in den nächsten Tagen noch einmal unterstützt. Damit wird auch gegenüber der Bundesregierung deutlich gemacht, dass wir trotz der proklamierten Geschlossenheit klarer politischer Standpunkte zu oft im Agrarministerrat gefundene Kompromisse zur Kenntnis nehmen mussten.

Die 45 % sind von Herrn Daehre genannt worden. Wo sind wir jetzt? - Kompromisse stehen in der Diskussion. Die Ausgangslage Anfang 2008 war eine andere.

Ich hoffe nur - das möchte ich zum Schluss sagen -, dass sich Ihr Optimismus, Herr Minister Daehre, stellvertretend auch für Ministerin Frau Wernicke, bewahrheitet und wir nicht wieder - die Sorge habe ich aufgrund der Erfahrung mit vielen Beschlüssen des Ministerrats - eines Besseren belehrt werden, dass nämlich Deutschland im Interesse der Geschlossenheit wieder diesem faulen Kompromiss zustimmt. Das wollte ich noch einmal auf den Punkt bringen und auch die Bundesregierung auffordern, dabei zu bleiben und in den Beratungen Ende November 2008 nicht umzufallen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Herr Krause, für Ihren Debattenbeitrag. - Weitere Debattenbeiträge sind nicht gemeldet worden. Wir kommen dann zum Abstimmungsverfahren. Eine Überweisung ist weder beantragt worden, noch halte ich

sie für zielführend, sodass wir über den Antrag direkt abstimmen können. - Kein Widerspruch.

Wer diesem Antrag seine Zustimmung erteilt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Zustimmung bei der LINKEN und bei der FDP. Wer lehnt ab? - Ablehnung bei den Koalitionsfraktionen. Damit ist der Antrag abgelehnt worden und wir können Tagesordnungspunkt 14 verlassen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 15** auf:

Beratung

Novellierung des Nichtraucherschutzgesetzes

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 5/1529

Die Einbringerin ist die Abgeordnete Frau Dr. Hüskens für die FDP-Fraktion. Anschließend spricht für die Landesregierung Frau Dr. Kuppe. Dann treten wir in die Debatte ein. Sie haben jetzt das Wort, Frau Dr. Hüskens. Bitte schön.

Frau Dr. Hüskens (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am 14. Dezember 2007 hat der Landtag von Sachsen-Anhalt ein Gesetz erlassen, das laut Titel dem Schutz der Nichtraucher dienen sollte. Inzwischen gibt es zu diesem Gesetz wie zu einigen anderen Landesgesetzen auch ein Urteil des Landesverfassungsgerichtes, das die Regelungen bezüglich der Diskotheken und der Einraumgäststätten für verfassungswidrig erklärt.

Der Presse und Gesprächen mit den Vertretern der Dehoga war zu entnehmen, dass die Landesregierung angeblich noch bis Jahresende ein Reparaturgesetz auf den Weg bringen möchte. Wenn sie darauf verzichtet, dann würde wahrscheinlich das weiterhin stattfinden, was wir derzeit haben. Der Pächter entscheidet, ob ge raucht werden darf.

Das Gesetz ist aus meiner Sicht aber auch an einigen anderen Stellen korrekturbedürftig. Ich erinnere zum Beispiel daran, dass die Koalitionsfraktionen in der letzten Beratung des Sozialausschusses noch eine Regelung in das Gesetz aufgenommen hatten, um in Heimen lebenden Menschen das Rauchen auch in den Zimmern zu verbieten, die sie für ihre persönliche Nutzung angemietet haben. Sie können das sehr schön im Protokoll des Landtages vom 14. Dezember 2007 nachlesen. Herr Brumme hat das damals für die Mehrheit des Sozialausschusses unmissverständlich vorgetragen.

Die Oppositionsfraktionen waren zum damaligen Zeitpunkt der Auffassung, dass dies verfassungswidrig sei. Sie haben das sowohl im Ausschuss als auch im Plenum sehr deutlich zum Ausdruck gebracht.

Das Ministerium, vertreten durch Frau Ministerin Kuppe, äußerte sich im Plenum wie folgt dazu:

„In den Ausschussberatungen hat eine weitere Regelung Eingang in den Gesetzentext gefunden, und zwar die zum Rauchverbot in privat genutzten Räumen in Behinderten- und Altenpflegeheimen, die ursprünglich in beiden Gesetzentwürfen so nicht vorhanden war.“

Ein rechtliches Problem hat die Ministerin damals nicht gesehen.

Drei Monate später heißt es in der Beantwortung der Kleinen Anfrage in der Drs. 5/1152 zum gleichen Sachverhalt:

„Gleichwohl sind Heimzimmer unter die Regelung des § 4 Satz 1 Nr. 1 des Nichtraucherschutzgesetzes zu subsumieren, wonach das allgemeine Rauchverbot nicht in Gebäuden, Räumen und Grundstücken, soweit sie der privaten Nutzung zu Wohnzwecken dienen, gilt.“

Das ist also im Endeffekt genau das Gegenteil von dem, was im Parlament gesagt worden ist. Um es ganz klar zu sagen: Die letztere Position halte ich für verfassungsrechtlich sauber.

Ich möchte jetzt darauf verzichten, eine verfassungsrechtliche Diskussion darüber zu führen, ob das Ministerium die Interpretation so machen darf oder nicht. Es gibt darüber kontroverse Auffassungen; das weiß ich. Es gibt Verfassungsgerichtsurteile, die besagen, dass in erster Linie der Gesetzestext zu interpretieren ist und dass die Absicht, die ein Parlament mit dem Gesetz verfolgt, dabei nicht in dem Maße berücksichtigt werden muss. Aber diese Diskussion müssen wir nicht heute im Parlament führen.

Ich möchte das Thema eher praktisch beleuchten. Sie haben damals gesagt, Sie wollten die Regel A. Das Ministerium hat B umgesetzt. Schon deshalb gehe ich davon aus, dass Sie ein großes Interesse daran haben, wieder eine Einheit herbeizuführen.

Darüber hinaus ist noch ein anderer Aspekt zu berücksichtigen. Wenn zum Beispiel Frau Weiß in ein Heim müsste, aus welchen Gründen auch immer, dann würde sie einen zivilrechtlichen Vertrag abschließen, mit dem sie Räume zum Zweck der privaten Nutzung anmietet. In vielen Heimen in unserem Bundesland enthält dieser Vertrag eine Regelung, die das Rauchen in privat genutzten Räumen ausschließt, in der Regel aus Gründen des Brandschutzes oder der Gefahrenabwehr. Deshalb gab es in diesen Einrichtungen bisher immer Räume, die ein Raucher nutzen konnte. Das haben wir nun als Gesetzgeber unterbunden.

Das bedeutet schlüssig und ergreifend, dass die Menschen auf der einen Seite laut Vertrag in den von ihnen bewohnten Räumen nicht rauchen dürfen und auf der anderen Seite wegen des Gesetzes in den übrigen Räumen auch nicht geraucht werden darf. 70-Jährige müssen nun, so wie früher in der Schule, vor den Toren, auf dem Balkon oder in der Auffahrt rauchen. Es gibt Heime, die sind so „gnädig“ und schauen weg, wenn im Flur geraucht wird. Aber ich finde, diese Situation ist für alte Menschen oder für Menschen mit Behinderungen schlüssig nicht angemessen und inakzeptabel.

(Herr Borgwardt, CDU: Unmenschlich!)

Ich hoffe, dass die meisten von uns ein solches hohes Alter erreichen. Deshalb sollten wir schon aus purem Eigennutz einmal darüber nachdenken, ob wir diese Regelung wirklich so wollen.

(Zustimmung bei der FDP - Zuruf von Herrn Tullner, CDU)

Ich gehe einmal davon aus bzw. ich hoffe, dass Sie den Mut haben werden, diese Regelung so zu korrigieren, dass sie in Zukunft eindeutig interpretiert werden kann.

Ich möchte dazu einen Vorschlag machen. In diesem Fall besteht ohnehin immer ein Vertragsverhältnis. Das

ist in vielen anderen Regelungsbereichen, über die sonst so heftig diskutiert wird, gar nicht der Fall. Deshalb meine ich: Lassen Sie uns die Heime einfach aus dem Gesetz streichen.

Dann würden, wie schon zuvor, die Träger und die Heimbewohner in einem privatrechtlichen Vertrag regeln, wie damit umzugehen ist. Ich bin mir ganz sicher, dass dieses Verfahren zu einem ordentlichen Schutz der Nichtraucher und zu angemessenen und menschenwürdigen Regelungen für die Raucher führt.

(Beifall bei der FDP - Zustimmung bei der LIN-KEN)

Ein anderer Punkt, der ebenfalls geregelt werden muss, ist das Rauchen im Bereich der Jugendeinrichtungen. Es geht mir an dieser Stelle nicht um irgendeinen Jugendklub; dort gibt es auch Schwierigkeiten. Ich habe vielmehr die Jugendeinrichtungen im Blick, die sehr großflächig sind. Diejenigen von Ihnen, die schon einmal in dem Kiez in Güntersberge - dorthin werden wir ja häufig eingeladen - oder vielleicht in dem Kiez in Arendsee gewesen sind, wissen, wie großflächig diese Einrichtungen sind.

Sie werden nicht nur von Jugendlichen, sondern häufig auch von Familien genutzt. Wir sind sehr froh darüber, wenn Familien dort hinkommen, um an den Eltern-Kind-Programmen und an anderen Programmen teilzunehmen, welche die Kompetenzen von Eltern stärken sollen. Aber das sind nun einmal leider nicht nur Nichtraucher.

Wir erwarten also von den Eltern, dass sie zum Rauchen nicht nur das Gebäude, sondern auch das Gelände verlassen und damit zum Teil ihre Kinder auf dem Gelände der Einrichtung allein lassen. Das finde ich bei allem Respekt extrem unangemessen. Ich glaube, dass wir auch in diesem Fall eine andere Regelung finden müssen als die, die wir bisher in dem Gesetz formuliert haben.

(Herr Kosmehl, FDP: Abschaffen!)

- Herr Kosmehl sagt es gerade: Das Gesetz abzuschaffen wäre natürlich die einfachste Variante. Aber ich bin Realist und weiß, dass Sie in diesem Punkt unseren Vorstellungen wahrscheinlich nicht folgen werden.

Meine Damen und Herren! Diese Punkte sind sicherlich die vordringlichsten. Aber das Gesetz hat auch in einer ganzen Reihe von anderen Punkten zu - ich sage es einmal so - unerwünschten Nebenwirkungen geführt.

Ich denke zum Beispiel an den außerordentlich unwürdigen Eindruck, den so manche Behörde macht. Taxifahrer haben inzwischen schon den flapsigen Spruch geprägt: Eine Behörde findet man heute in Sachsen-Anhalt ganz einfach; man muss nur gucken, wo die Raucher stehen und wo die Kippen auf der Straße liegen.

Auch das ist sicherlich Anlass, einmal intensiv darüber nachzudenken, ob wir mit dem Gesetz über das Ziel, das wir erreichen wollten, nämlich die Nichtraucher zu schützen, nicht doch deutlich hinausgeschossen sind. Ich glaube, das Parlament ist auch aus eigener Erfahrung inzwischen klug genug, um zu wissen, dass man eben nicht jedem Programm hinterherlaufen muss.

Abschließend noch ein Satz zu den Gastronomen. Wenn Sie die „Magdeburger Volksstimme“ lesen, haben Sie sicherlich festgestellt, dass es inzwischen eine sehr bunte Mischung von Angeboten gibt. Eine ganze Reihe von Gastronomen trägt vor, dass sie erhebliche wirtschaft-

liche Nachteile hätten. Das halte ich durchaus für nachvollziehbar. Rechtsunsicherheit greift um sich. Einige Wirte haben die Aschenbecher wieder ganz offen hinge stellt, andere haben Investitionen getätigt, um dem Gesetz Rechnung zu tragen.

Deshalb möchte ich abschließend noch einmal an Sie appellieren. Ich habe den Eindruck gewonnen, dass Sie es nicht besonders eilig damit haben, das Gesetz anzupassen. Wir wussten eigentlich schon vor der Sommerpause, wohin es gehen wird. Es gibt eine Reihe von anderen Ländern, die Änderungen vorgenommen haben. Es liegen auch schon Urteile des Bundesverfassungsgerichts vor. Obgleich bei uns der endgültige Text noch nicht vorliegt, wissen wir doch, wohin das Ganze gehen wird.

Deshalb bitte ich Sie: Warten Sie nicht so lange, bis Sie die absolute Gewissheit haben, dass es so werden wird wie in allen anderen Bundesländern und wie wir es eigentlich prognostizieren können. Es besteht Handlungsbedarf, um die Rechtssicherheit im Land und um die Angemessenheit des Gesetzes herzustellen.

Ich denke, dass Sie schon heute damit beginnen sollten, die Gespräche zu führen, die Sie innerhalb der Koalition sicherlich dazu führen müssen, wenn das nicht längst der Fall ist. Aber den Eindruck habe ich nicht. Wir sollten wenigstens bis zum Jahresende allen betroffenen Personengruppen eine Lösung präsentieren können, die rechtssicher und verfassungskonform ist. - Ich danke Ihnen.

(Zustimmung bei der FDP)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Frau Dr. Hüskens, für die Einbringung. - Für die Landesregierung erteile ich jetzt Ministerin Frau Dr. Kuppe das Wort. Bitte schön.

Frau Dr. Kuppe, Ministerin für Gesundheit und Soziales:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Herren und Damen Abgeordneten! Das Landesverfassungsgericht beabsichtigt, am 22. Oktober 2008 in der Sache über das Nichtraucherschutzgesetz in Sachsen-Anhalt zu entscheiden. Bis dahin setzt die Exekutive den Beschluss des Landesverfassungsgerichts vom 28. August 2008 um.

An diesem Tag hat das Landesverfassungsgericht von Sachsen-Anhalt den ursprünglichen Antrag auf eine einstweilige Anordnung, der von Diskothekenbetreibern und Betreibern von Einraumgaststätten gestellt wurde, aufgegriffen und unter Abänderung seines ursprünglichen Beschlusses vom 30. Juli 2008 die Anwendung des Nichtraucherschutzgesetzes einstweilig ausgesetzt,

erstens sofern es sich auf Diskothekenbetreiber erstreckt, die Personen vor Vollendung des 18. Lebensjahres den Zutritt verwehren und Rauchräume einrichten, in denen das Tanzen untersagt ist und die den Anforderungen des § 4 des Nichtraucherschutzgesetzes entsprechen, und

zweitens sofern es sich auf Einraumgaststätten mit einer Gastfläche von maximal 75 m² erstreckt, die als Schankwirtschaft gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 1 des Gaststättengesetzes betrieben werden, die im Eingangsbereich deutlich

als Rauchergaststätte gekennzeichnet werden und zu denen Personen unter 18 Jahren der Zutritt verwehrt wird. - Soweit die Vorgaben des Landesverfassungsgerichts.

Ein entsprechender Erlass an das Landesverwaltungsamt zur Information der Kommunen ist am 29. August 2008 ergangen. Von den Ordnungsämtern wird diese vorläufige Entscheidung des Landesverfassungsgerichts umgesetzt.

Sie wissen: Vor dieser einstweiligen Anordnung unseres Landesverfassungsgerichts stand die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu den Nichtraucherschutzgesetzen aus Baden-Württemberg und Berlin. Das Bundesverfassungsgericht hat ein grundsätzliches und absolutes Rauchverbot für verfassungsgemäß erklärt. Allerdings hat es gesagt, dass die Ausnahmeregelungen teilweise inkonsistent seien. Deswegen hat es in Bezug auf Diskotheken und Einraumgaststätten von der Möglichkeit der Festlegung einer Übergangsregelung nach § 35 des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes Gebrauch gemacht.

Ferner wurde mit Beschluss vom 6. August 2008 zur Frage der Einrichtung von Raucherclubs, die das bayerische Nichtraucherschutzgesetz vorsieht, nochmals festgestellt, dass das absolute Rauchverbot verfassungsgemäß sei und die bayerische Regelung zu den Raucherclubs keine verfassungswidrige Benachteiligung darstelle.

Wesentlich erscheint mir der von den Verfassungsgerichten eindeutig hervorgehobene Jugendschutz. In beiden Fällen, sowohl bei den Einraumgaststätten als auch bei den Diskotheken, muss der Zutritt für Personen unter 18 Jahren verwehrt werden.

Ferner darf es sich bei den Einraumgaststätten wirklich nur um Schankgaststätten und nicht um Speisegaststätten handeln. Auch das ist noch einmal klargestellt worden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ich teile nicht die Auffassung von Frau Hüskens, die sie jetzt noch einmal dargelegt hat, dass unser Gesetz gravierende handwerkliche Fehler aufweist. Es gibt keine rechtlichen Unklarheiten und in anderen Landesgesetzen wurden vergleichbare Regelungen bzw. sogar identische Regelungen von den Landtagen verabschiedet.

(Zuruf von Frau Dr. Hüskens, FDP)

Sie werden in den Ländern praktiziert und sind dort bisher nicht beanstandet worden. Es gibt auch bei uns bisher keine rechtlichen Fragen, die das derart als Problem aufwerfen, wie Sie es getan haben.

Ich teile auch nicht Ihre Auffassung, dass wir einfach jetzt so handeln sollten, weil im Prinzip schon klar sei, wie das Landesverfassungsgericht am 22. Oktober urteilen werde. Ich denke, die Achtung vor dem Landesverfassungsgericht von Sachsen-Anhalt gebietet es, dass wir das Urteil dieses Gerichtes abwarten.

Am 22. Oktober 2008 wissen wir mehr und dann werden wir - Landesregierung und Koalitionsfraktionen gemeinsam - darüber diskutieren, auf welchem Weg das Urteil des Landesverfassungsgerichts umgesetzt werden kann. Das werden wir dann auch tun.

(Zustimmung bei der SPD und von Herrn Scharf, CDU)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Frau Ministerin. Es gibt eine Nachfrage.
- Herr Wolpert, bitte schön, Sie haben das Wort.

Herr Wolpert (FDP):

Frau Ministerin, Sie sprachen gerade davon, dass Sie aus Achtung vor dem Gericht abwarten wollen und erst dann eine Gesetzesinitiative einreichen wollen. Könnte es auch sein, dass Sie sich hinter dem Gericht verstecken?

Frau Dr. Kuppe, Ministerin für Gesundheit und Soziales:

Das ist nicht der Fall. Aber wir haben ein Landesverfassungsgericht in Sachsen-Anhalt. Dort sind Klagen anhängig. Das Landesverfassungsgericht hat Ende August mitgeteilt, dass es am 22. Oktober 2008 in der Sache entscheiden wird.

Ich halte es einfach für gerechtfertigt, dass wir dieses Urteil abwarten und dann prüfen, auf welchem Weg dieses Urteil umgesetzt wird. Es steht überhaupt nicht zur Debatte, dass wir es nicht umsetzen werden. Wir werden es umsetzen, aber auf welchem Wege, das hängt davon ab, was uns das Gericht ins Stammbuch schreiben wird. Deswegen werden wir dieses Urteil abwarten.

Präsident Herr Steinecke:

Frau Ministerin, es gibt noch eine Nachfrage von Herrn Wolpert; Frau Dr. Hüskens hat sich ebenfalls gemeldet. Ich würde darum bitten, die Fragerunde dann abzuschließen. - Herr Wolpert, bitte.

Herr Wolpert (FDP):

Herr Präsident, ich glaube nicht, dass es der Sinn des Präsidiums ist, die Abgeordneten dazu anzuhalten, die Fragen abzukürzen. Aber ich werde versuchen, mich kurz zu fassen.

Frau Ministerin, glauben Sie nicht auch, dass in dem Gerichtsurteil nur Teilauspekte des Gesetzes behandelt werden, weil auch nur Teilauspekte des Gesetzes angegriffen werden? - Das heißt, Ihre Taktik ist also, dass Sie nur das umsetzen, was vor dem Gericht verhandelt wird, und nicht das, was vielleicht notwendig wäre?

Frau Dr. Kuppe, Ministerin für Gesundheit und Soziales:

Wir werden natürlich den Auftrag erledigen, den das Landesverfassungsgericht der Exekutive und insbesondere der Legislative erteilen wird. Das ist die erste Aufgabe.

Mir sind bisher auch aus dem Vollzug im Land in den verschiedenen Kategorien, die das Nichtraucherschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalt beschreibt, solche dramatischen Mängel, wie sie Frau Dr. Hüskens hier dargestellt hat, nicht bekannt. Wir werden selbstverständlich noch Gespräche führen und prüfen, ob an der einen oder anderen Stelle noch eine kleine Änderung erforderlich ist. Aber ich sehe derzeit keinen signifikanten Änderungsbedarf bei dem Nichtraucherschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalt, abgesehen von der Aufgabe, die das Landesverfassungsgericht der Legislative und der Exekutive stellen wird.

Präsident Herr Steinecke:

Frau Dr. Hüskens hat dann das Wort. Bitte schön.

Frau Dr. Hüskens (FDP):

Frau Kuppe, habe ich das jetzt richtig verstanden: Sie haben nicht vor, die Probleme, die sich in den Heimen ergeben, zu beheben? - Ich habe vorgetragen - ich glaube, das können Sie auch nicht bestreiten -, dass sich in der Praxis das Gegenteil von dem tut, was die Mehrheit des Landtages beschlossen hat - das ist der eine Punkt - und - das ist der andere Punkt - dass in den Heimen im Augenblick mit sehr vielen Ausnahmegenehmigungen quasi für jeden eine Realität geschaffen werden muss, die einigermaßen erträglich ist.

Wäre es nicht einfacher, den Mut aufzubringen und zu sagen: Bei den Heimen haben wir überzogen; wir streichen sie und gehen davon aus, dass wie vorher - das wurde auch in der Anhörung gesagt - in zivilrechtlichen Verträgen geregelt wird, dass Raucher und Nichtraucher einander nicht belästigen?

Frau Dr. Kuppe, Ministerin für Gesundheit und Soziales:

Dieses Problem ist in den Ausschüssen des Landtages intensiv erörtert worden, insbesondere im Sozialausschuss. Es hat eine Anhörung dazu gegeben mit der Empfehlung, die dann von den Koalitionsfraktionen aufgenommen worden ist. Mir sind derzeit solche Probleme, wie Sie sie jetzt schildern, aus den Heimen nicht bekannt.

Es gibt Ausnahmeregelungen. Dafür haben wir aber extra den § 5 in das Gesetz aufgenommen. Damit sollen Ausnahmen geregelt werden. Dafür haben wir die entsprechenden Regelungen. Die §§ 4 und 5 werden ordentlich umgesetzt. Es gibt damit nach meiner Kenntnis keine Schwierigkeiten im Vollzug.

Präsident Herr Steinecke:

Frau Ministerin, Frau Dr. Hüskens hat noch eine Nachfrage. - Bitte schön, Frau Dr. Hüskens.

Frau Dr. Hüskens (FDP):

Frau Dr. Kuppe, zum einen haben Sie in den Ausschusseratungen die verfassungsrechtlichen Bedenken, die Ihr Ministerium dann im Nachhinein offensichtlich hatte, gar nicht geäußert. Das halte ich auch den Regierungsfaktionen zugute. Es kam aus dem Ministerium nie das Signal: Das, was ihr jetzt macht, geht eigentlich nicht, weil ihr in den Privatbereich nicht eingreifen könnt.

Zum anderen stellt sich die Frage: Sind Sie wirklich der Meinung, dass Ausnahmegenehmigungen dafür da sind, im Endeffekt für alle eine Ausnahme zu kreieren? - Wenn Sie so denken, dann ist es keine Ausnahmegenehmigung mehr, sondern Sie unterlaufen damit das Gesetz.

Frau Dr. Kuppe, Ministerin für Gesundheit und Soziales:

Es gilt doch auch § 4 Abs. 1. Dort sind die grundsätzlichen Regelungen beschrieben. Wenn davon abgewichen wird, gilt § 5 mit den Ausnahmeregelungen.

(Herr Wolpert, FDP: Das zielt aber darauf ab, dass der Grundsatz aufgehoben ist!)

Präsident Herr Steinecke:

Ich sehe nicht, dass jemand den Wunsch hat, der Frau Ministerin noch eine Frage zu stellen. - Wir kommen dann zu den Debattenbeiträgen. Als erstem Debattenredner erteile ich dem Abgeordneten Herrn Kurze von der CDU-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Herr Kurze (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem heutigen Debattenbeitrag zum Nichtraucherschutzgesetz versucht die FDP nun, das Gesetz in eine Ecke zu rücken, in die es eigentlich nicht gehört. Auch wir als Unionsfraktion sind der Meinung, dass wir mit diesem Nichtraucherschutzgesetz versucht haben, den Nichtraucherschutz im Land zu regeln. Sicherlich gibt es in dieser Frage unterschiedliche Meinungen. Aber wir gehen davon aus, dass unser Gesetz nicht rechtswidrig und auch nicht völlig fehlerhaft ist.

Die Ministerin hat schon sehr vieles ausgeführt. Deshalb möchte ich in die Geschichte zurückgehen und unsere unterschiedlichen Meinungen auch innerhalb der Koalition etwas näher beleuchten. Wir als Union standen Seite an Seite mit unserem Koalitionspartner, was den Nichtraucherschutz im öffentlichen Raum betraf.

(Oh! und Zustimmung bei der LINKEN)

- Ich freue mich, dass Sie sich so gut an die alten Slogans erinnern. Aber ich wollte eigentlich keine --

(Herr Gallert, DIE LINKE: Hier lachen immer alle an der falschen Stelle!)

- Herr Gallert, vielen Dank für den Applaus.

(Zurufe von der LINKEN)

Ich möchte ganz gern noch einmal auf die Vergangenheit zurückkommen. Wir als Union sehen es auch als einen sehr wichtigen Schritt an, Nichtraucher vor dem Passivrauchen im öffentlichen Raum zu schützen. Daher waren wir bereit, dieses Gesetz mitzutragen.

Aber in einem Punkt haben wir uns von unserem Koalitionspartner unterschieden: Wir wollten nicht, dass die Gaststätten in diese Regelung einbezogen werden.

Doch das bundespolitische Konzert hat uns am Ende des Verfahrens dazu gebracht, diesen Bereich mit zu regeln, weil der Bund nicht in der Lage war, hierfür einheitliche Regelungen vorzugeben. Da es die Ministerpräsidenten anscheinend wohl auch jetzt nicht schaffen, sich auf einheitliche Regelungen zu verständigen, mussten auch wir diesen Bereich anfassen. Auch dort gab es sehr unterschiedliche Auffassungen innerhalb der Koalition.

Aber es muss auch erlaubt sein, unterschiedliche Ansätze zu vertreten. Wir leben nun einmal in einer Demokratie und eine Demokratie lebt von Kompromissen. Daher mussten wir uns zu Kompromissen durchringen.

Aber für uns war es von vornherein wichtig, dass man, wenn man in seiner Freizeit in eine Gaststätte, in eine Speisegaststätte oder in eine Diskothek geht, selbst entscheidet, ob man den Rauch ertragen will oder nicht. Deshalb wollten wir diesen Bereich eigentlich nicht regeln. Das möchte ich namens meiner Fraktion noch einmal betonen.

Insofern ist das jetzt nach dem Verfassungsgerichtsurteil kein hämisches Lachen eines Koalitionspartners. Nein, es ist einfach nur der Standpunkt, den wir von vornherein vertreten haben. Wir wollten, dass der Wirt entscheidet, ob er seine Gaststätte zu einer Raucher- oder einer Nichtrauchergaststätte herrichtet oder ob er beides in einer Gaststätte einrichtet. Daher kommt auch der Kompromiss, der so im Gesetz steht.

Das war unsere Meinung und dazu stehen wir auch.

(Herr Borgwardt, CDU: Die ist jetzt bestätigt worden!)

- Genau, die ist jetzt bestätigt worden. Vielen Dank, Herr Borgwardt.

(Heiterkeit im ganzen Hause)

Am 30. Juni 2008 lehnte das Landesverfassungsgericht die einstweilige Anordnung ab und erklärte somit unser Gesetz für rechtskonform. Unser Gesetz als rechtswidrig und fehlerhaft darzustellen, halte ich für völlig verfehlt. Ich denke, dazu hat Frau Ministerin schon ausreichend ausgeführt.

Am 30. Juli 2008 erklärte das Bundesverfassungsgericht Ausnahmeregelungen in den Nichtraucherschutzgesetzen der Länder Berlin und Baden-Württemberg für verfassungswidrig. Diese Bewertung wurde dann von unserem Landesverfassungsgericht am 26. August übernommen. Unser Gesetz wurde in zwei Punkten außer Kraft gesetzt. Diese beiden Punkte sind Ihnen bekannt.

Wie Sie bereits der Vorrede entnommen haben, gehen wir davon aus, dass das Verfassungsgericht am Ende, nämlich am 22. Oktober, bei seiner vorläufigen Meinung bleibt und dies somit die endgültige Entscheidung sein wird. Wir als Koalition werden das, was die weisen Verfassungsrichter uns mit auf den Weg geben, natürlich in eine Novelle zu dem Gesetz packen.

Gleichwohl muss man ganz klar sagen: Wir werden die Büchse der Pandora nicht noch einmal gänzlich aufmachen. Das halten wir für den falschen Weg.

(Zustimmung von Herrn Bischoff, SPD)

Ich habe versucht, es zu erklären. Die beiden Punkte, die das Verfassungsgericht beanstandet hat, werden von uns selbstverständlich aufgenommen und in dem Gesetz nachgebessert.

Daher halte ich den Antrag der FDP-Fraktion für etwas überzogen. Naseweisheiten brauchen wir im Parlament nicht. Daher lehnen wir diesen Antrag ab. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der CDU - Oh! bei der LINKEN)

Präsident Herr Steinecke:

Herr Kurze, es gibt natürlich sofort eine Nachfrage von Frau Dr. Hüskens. - Bitte schön.

Frau Dr. Hüskens (FDP):

Herr Präsident, ich habe keine Nachfrage, sondern ich möchte intervenieren.

Herr Kurze, auch an Sie gerichtet: Wenn andere eine andere Meinung haben als man selber, dann sind sie nicht naseweis, sondern sie haben dazu einfach eine andere Auffassung.

Ich glaube, ich hatte versucht, sehr sachlich darzustellen, dass man versuchen müsste - das müsste Sie selbst eigentlich viel mehr umtreiben als mich; denn mich als Parlamentarier hat es in der Zeit der Regierungsbeteiligung immer geärgert, wenn die Regierung etwas anderes machte, als es das Parlament beschlossen hatte; das scheint Ihnen nicht so zu gehen -, den Fehler, der in Bezug auf die Heime gemacht worden ist, zu beheben. Man hat einen Fehler gemacht, den will ich Ihnen gar nicht ankreiden, weil man meiner Meinung nach in der Diskussion noch nicht so weit war.

Deshalb ergeht auch an Sie der Appell: Schauen Sie sich die Regelungen für die Heime - darum geht es mir explizit; das andere regelt das Gericht - noch einmal an und prüfen Sie, ob Sie nicht eine Lösung finden können, mit der man den Seniorinnen und Senioren, aber auch den Menschen mit Behinderung, die in diesen Gebäuden leben, entgegenkommen kann. Sie sollten nicht, wie es zurzeit der Fall ist, entweder mit einer Ausnahmegenehmigung oder in zum Teil sehr unangenehmen Situationen rauchen müssen.

(Beifall bei der FDP und bei der LINKEN)

Herr Kurze (CDU):

Darf ich erwiedern?

Präsident Herr Steinecke:

Erwidern Sie kurz. Bitte schön.

Herr Kurze (CDU):

Danke, Herr Präsident. - Frau Dr. Hüskens, an dieser Stelle sind und bleiben wir sicherlich unterschiedlicher Auffassung. Ich habe zu diesem Punkt wirklich eine andere Auffassung, weil ich weiß, dass das Rauchen in den Heimen vorher auch nicht generell erlaubt war.

(Frau Bull, DIE LINKE: Sie hatten einen Raucherraum!)

- Ja, sicher. Nach § 5 können sie den Raucherraum auch wieder einrichten.

(Herr Dr. Eckert, DIE LINKE: Das ist eine Ausnahmeregelung!)

- Ja, als Ausnahme.

(Frau Bull, DIE LINKE: Personenbezogener Raucherraum!)

- Zum personenbezogenen Raucherraum kann ich nur sagen: Wer das Heimrecht kennt, der weiß, dass man keine Genehmigung zum Betreiben eines Heimes bekommt, wenn man den Brandschutz nicht einhält. In jedem Zimmer ist ein Rauchmelder. Es war vorher nicht möglich, dass man in dem privaten Zimmer geraucht hat, und es ist auch jetzt nicht möglich.

(Frau Bull, DIE LINKE: Raucherzimmer!)

- Daran ist doch nicht unser Gesetz schuld. Ich glaube nicht, dass wir das nachbessern müssen; denn wer soll die Betreuung übernehmen, wenn eine pflegebedürftige Person oder ein älterer Mensch in seinem eigenen Zimmer raucht? Wer soll den Aufwand letztlich übernehmen? - Das ist nicht bezahlbar. Wenn das erste Heim abgebrannt ist, dann ist das Geschrei groß, meine sehr verehrten Damen und Herren. - Vielen Dank.

Präsident Herr Steinecke:

Frau Dr. Hüskens hatte noch eine Nachfrage.

Frau Dr. Hüskens (FDP):

Einfach um es noch einmal klarzustellen - -

Präsident Herr Steinecke:

Sie haben also keine Frage, sondern Sie wollen intervenieren?

Frau Dr. Hüskens (FDP):

Ich interveniere; dann kann sich Herr Kurze auch hinsetzen.

Präsident Herr Steinecke:

Bitte schön.

Frau Dr. Hüskens (FDP):

Es geht nicht um das Rauchen in den zur privaten Nutzung überlassenen Räumen. Die Gesichtspunkte des Brandschutzes sind vorher schon beachtet und gegebenenfalls zivilrechtlich geklärt worden. Aber wir verbieten jetzt per Gesetz die Raucherräume. Die Ausnahme kann - das ist explizit gesagt worden - nicht darin bestehen, dass es jetzt einen Raum gibt. Vielmehr kann es nur eine personenbezogene Ausnahme geben. Darüber haben wir in verschiedenen Ausschüssen lange diskutiert.

Wenn Sie es ablehnen, sich mit diesem Thema zu beschäftigen, dann bedeutet das schlicht, dass Seniorinnen und Senioren sowie Menschen mit Behinderung zukünftig nur schwer eine personenbezogene Ausnahmegenehmigung bekommen oder auf dem Flur, auf dem Balkon oder in der Zufahrt zu den entsprechenden Unterkünften rauchen müssen. Das finde ich indiskutabel. Ich erwarte einfach, dass Sie den Mut aufbringen, dies zu ändern.

(Beifall bei der FDP und bei der LINKEN)

Präsident Herr Steinecke:

Weitere Nachfragen zu dem Debattenbeitrag von Herrn Kurze sehe ich nicht. Dann erteile ich jetzt der Abgeordneten Frau Penndorf von der Fraktion DIE LINKE das Wort. Bitte schön. - Meine Damen und Herren, ich habe es hier im Haus immer als wohltuend empfunden, dass wir die Meinung eines jeden achten.

Frau Penndorf (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe vorausgesehen, dass uns das Thema Nichtraucherschutz über den 14. Dezember hinaus beschäftigen wird. Die Landtage, die Bürgerinnen und Bürger, die betroffenen Nichtraucherinnen und Nichtraucher, die Raucherinnen und Raucher und verschiedene Berufsstände können frei nach Goethe sagen:

„Da steh' ich nun, ich armer Tor, und bin so klug als wie zuvor.“

(Herr Kurze, CDU: Oh!)

Unsere Fraktion hat im Ausschuss für Soziales am 5. Dezember und in der Landtagssitzung am 14. Dezember 2007 mehrmals und ziemlich deutlich darauf hingewiesen, dass das Gesetz zur Wahrung des Nichtrau-

cherschutzes noch nicht entscheidungsreif sei. Die Fragen und Änderungsvorschläge der Kolleginnen und Kollegen des Ausschusses für Recht und Verfassung und des Ausschusses für Inneres blieben zum größten Teil unberücksichtigt und ungeklärt.

Die Entscheidung des Landesverfassungsgerichtes nach dem Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichtes bestätigte unsere Befürchtungen. Dieses nicht ausgereifte Gesetz ist zu novellieren, meine Damen und Herren.

Aber der Antrag, verehrte Kollegen der FDP-Fraktion, ist - mit Verlaub - in seiner Formulierung auch nicht viel ausgereifter. Derzeit liegen weder das endgültige Urteil des Landesverfassungsgerichtes noch die Begründung dazu vor. Rechtliche, also handwerkliche Fehler nachzuweisen, dürfte deshalb schwer sein.

Das, was Sie in Ihrem Antrag bezüglich des Rauchverbotes in Heimen beanstanden, hatten wir damals mit unserem Änderungsantrag ebenfalls zu ändern versucht. Aber es war unseres Erachtens kein handwerklicher Fehler, sondern der politische Wille der Koalitionsfraktionen.

Heimbewohner, die ohnehin im alltäglichen Leben viele Abhängigkeiten erdulden und die notwendige Hilfe in aufwendigen Antragsverfahren erstreiten müssen, sollten ohne eine weitere Bevormundung leben dürfen. Die Privatsphäre eines alten oder behinderten Menschen bedarf eines besonderen Schutzes. Aber, liebe Damen und Herren, auch Schutzbefohlene haben das Recht auf Selbstbestimmung.

Wenn der Kollege Kurze den Schankraum als Raucher- raum belassen möchte, welchen Schutz haben dann die Nichtraucher, die dort vorbeigehen? - Die Alten und Kranken dürfen aber in ihren Heimen nicht rauchen; sie müssen erst eine Ausnahmegenehmigung beantragen. Überlegen Sie sich das einmal!

Jeder Raucher darf hingegen im Schankraum rauchen, weil Sie das den Wirten überlassen. Wie sind dann die Nichtraucher geschützt? - Sie müssen durch diese Schleusen hindurch.

Um es kurz zu machen: Auch wir sehen Novellierungsbedarf. Das Ergebnis der Novellierung muss die Herstellung der Verfassungsgemäßigkeit sein. Zudem muss das Gesetz die Balance zwischen Selbstbestimmung und Nichtraucherschutz gewährleisten.

(Zustimmung bei der LINKEN und bei der FDP)

Allerdings würden wir zunächst die Entscheidung des Landesverfassungsgerichtes abwarten. Wir werden uns zu diesem Antrag der Stimme enthalten. - Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Präsident Herr Steinecke:

Frau Penndorf, es gibt eine Nachfrage des Abgeordneten Herrn Kurze. Möchten Sie sie beantworten?

Frau Penndorf (DIE LINKE):

Ja.

Präsident Herr Steinecke:

Bitte schön.

Herr Kurze (CDU):

Frau Kollegin Penndorf, kennen Sie den Unterschied zwischen einer Heimunterkunft und einer Unterkunft im betreuten Wohnen in der Alten- und Behindertенpflege?

Frau Penndorf (DIE LINKE):

Natürlich.

Herr Kurze (CDU):

Dann sollten Sie in der Debatte über den Nichtraucherschutz nicht alles in einen Topf werfen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Frau Penndorf (DIE LINKE):

Das war aber keine Frage.

Präsident Herr Steinecke:

Weitere Fragen sehe ich nicht. - Jetzt hat für die SPD-Fraktion die Abgeordnete Frau Grimm-Benne das Wort. Bitte schön, Frau Grimm-Benne.

Frau Grimm-Benne (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Kollegen! Ich darf für die SPD-Fraktion sagen, dass auch wir die Entscheidung des Landesverfassungsgerichts am 22. Oktober 2008 abwarten werden. Wir werden uns die Vorgaben, die uns das Gericht geben wird, sehr aufmerksam anschauen und gegebenenfalls - das ist das, was die Frau Ministerin vorhin schon gesagt hat - einem Novellierungsbedarf nachkommen.

Mehr gibt es zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu sagen. Aus diesem Grunde werden wir den Antrag der FDP-Fraktion ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Herr Steinecke:

Danke für Ihren Beitrag. - Jetzt hat die FDP-Fraktion noch einmal das Wort. - Frau Hüskens möchte nicht, sie verzichtet. Ich frage noch einmal, damit ich mir keinen Vorwurf einhandele: Möchte noch jemand das Wort nehmen? - Das ist nicht der Fall.

Eine Überweisung des Antrags ist nicht beantragt worden. Wir können direkt über den Antrag abstimmen. Ich stelle den Antrag der FDP-Fraktion in Drs. 5/1529 zur Abstimmung. Wer diesem Antrag seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Zustimmung bei der FDP und eine Stimme bei den LINKEN. Wer lehnt den Antrag ab? - Ablehnung bei der Koalition. Damit ist der Antrag abgelehnt worden.

(Zuruf von der FDP: Und Enthaltungen?)

- Entschuldigung. - Enthaltungen? - Eine große Zahl von Enthaltungen bei der LINKEN.

Meine Damen und Herren! Damit hätten wir den Tagesordnungspunkt 15 abgearbeitet. Ich schlage vor, dass wir jetzt in die Mittagspause gehen. Wir treffen uns um 13.30 Uhr am gleichen Ort wieder. Guten Appetit!

Unterbrechung: 12.32 Uhr.

Wiederbeginn: 13.32 Uhr.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Meine Damen und Herren! Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 16** auf:

Erste Beratung

Erweiterung der Zeit des Unterrichtsbeginns

Antrag der Fraktion der FDP - **Drs. 5/1530**

Das Thema wäre für uns hier vielleicht auch einmal von Interesse.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Einbringer ist Herr Kley. Bitte sehr.

Herr Kley (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sachsen-Anhalt hat versucht, einen Ruf als Land der Frühaufsteher zu begründen, nachdem eine Studie diesen Umstand festgestellt hat. Was die Studie allerdings nicht untersucht hat, ist, ob alle unsere Frühaufsteher freiwillig so früh aufstehen.

Wenn man einmal die Entwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs in Verbindung mit der ob der demografischen Entwicklung notwendigen Schließung von Schulen betrachtet, dann stellt man fest, dass die Schulträger in den Landkreisen, vor allem in jenen mit geringerer Besiedlung, zunehmend Probleme haben, die Schulanfangszeiten und die jeweiligen Transportzeiten aufeinander abzustimmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! An dieser Stelle - wir als Liberale sind dieser Meinung - ist es an der Zeit, Entscheidungen der Vergangenheit, die sicherlich pädagogisch begründet und in ihren Inhalten durchaus sinnvoll sind, zumindest regional auf den Prüfstand zu stellen.

Es kann natürlich immer wieder die Diskussion eröffnet werden, ob es für die Kinder nach den Erkenntnissen von Schlafforschern nicht günstiger wäre, etwas länger im Bett zu verweilen. Viele von uns kennen das Problem, dass die lieben Kleinen in der Woche nur schwer zu wecken sind, während sie am Wochenende - das ist die andere Seite - pünktlich um halb sieben Uhr vor dem elterlichen Bett stehen.

(Frau Mittendorf, SPD: Das hat mit Gewohnheit zu tun!)

Dies soll hier aber nicht unser Thema sein. Hier soll es um ein Thema gehen, welches jüngst auch wieder in einer Beratung des Kreistages Stendal auftauchte, nämlich: Wie kann man die Transportzeiten zu den einzelnen Schulen so weit verkürzen, dass es noch einigermaßen akzeptabel ist? - Ich glaube, wir müssen uns mittlerweile damit abfinden, dass es auch langfristig nicht gelingen wird, alle Schulwege so zu gestalten, dass die Schule binnen einer halben Stunde erreicht werden kann.

Man hat Geld investiert, Studien anfertigen lassen und dabei dann eben auch festgestellt, dass die Koordinierung der Schulanfangszeiten nur schwer möglich ist, da der knappe Zeitkorridor, der sich für uns gegenwärtig ergibt, von eineinviertel Stunden für manche Orte zu gering ist.

Wir erinnern uns noch alle daran, dass die Schulanfangszeiten vor zwei Jahren wesentlich flexibilisiert wurden. Herr Staatssekretär Willems gab eine ganze Viertelstunde zu und war stolz ob dieser Tat der maßgeblichen Flexibilisierung. Natürlich erinnern wir uns auch noch alle an die Begründung, dass die Schule auch zu einem gewissen Zeitpunkt beendet sein müsse. Das alles ist einzusehen. Ich glaube, diese Argumente muss man auch gegeneinander abwägen.

Wir sind aber der Meinung, dass der Schulträger, also im Wesentlichen der Landkreis, als gleichzeitiger Träger des öffentlichen Personennahverkehrs die Möglichkeit haben muss, zeitweise davon abzugehen und die Schule eventuell etwas später anfangen zu lassen.

Wer sich einmal die Realität in der Altmark und in anderen Regionen anschaut, in denen längere Transporte notwendig sind - im Jerichower Land zum Beispiel -, der stellt fest, dass die lieben Kleinen dann teilweise schon fast um 6 Uhr an der Bushaltestelle stehen müssten. Mit einem ordentlichen Frühstück, Vorbereitungszeit und Ähnlichem hieße das, dass sie kurz nach 4 Uhr aufstehen müssten. Das ist, glaube ich, beim besten Willen nicht mehr zumutbar.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, möchten wir hier die Debatte zu diesem Thema eröffnen und nachdrücklich dafür werben, an dieser Stelle mehr Freiheit zu geben. Wir gehen davon aus, dass das pädagogische Personal in den Schulen, aber auch die Eltern, die alle mit einbezogen sind, selbstverständlich eine vernünftige Regelung mit Augenmaß finden und dass die zehn Stunden Unterricht, die sich in einigen Schulformen zum Teil abzeichnen, natürlich dazu führen werden, dass der Unterrichtsbeginn so zeitig gelegt wird, dass der Unterricht nicht bis in die späten Abendstunden andauert. Denn auch dann ist der Lernerfolg nur gering. Das wissen wir alle. Auch das führt zu Problemen.

Wir wollen - das sei an dieser Stelle nachdrücklich betont -, dass die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit haben, am Nachmittag in Vereinen und Verbänden ihren Hobbys nachzugehen und etwas mehr zu erleben als das, was die Schule nur regional bieten kann.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, bitten wir hier darum, dass geprüft wird - wir haben es natürlich etwas härter formuliert; das ist Aufgabe der Opposition -, ob es nicht möglich ist, regionale Lösungen zu finden und die Schule etwas später anfangen zu lassen.

Einen früheren Beginn wollen wir nicht, wohl wissend, dass die eine oder andere Schule mittlerweile auch die 0. Stunde erfunden hat, mit der man den Erlass zart umgeht, indem die erste Stunde pünktlich anfängt, aber die 0. Stunde eben etwas eher. Es muss, glaube ich, auch einmal möglich sein, dass die Schule erst nach 8.15 Uhr beginnt, um über Schulwege und Ähnliches zu garantieren, dass auf der einen Seite alle rechtzeitig herankommen und auf der anderen Seite auch der ÖPNV eine vernünftige Verbindung darstellen kann.

Wir wissen - wir hatten erst in der letzten Landtagssitzung wieder eine Debatte darüber -, dass die Landkreise als Träger des öffentlichen Personennahverkehrs auch zunehmend finanzielle Probleme haben und dass das leider - das muss ich hier betonen - auch immer wieder

eine Rolle bei der Ausgestaltung des Schülerverkehrs spielt.

Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, möchten wir an dieser Stelle - ich glaube, das sollte der vernünftigste Weg sein - dafür werben, unseren Antrag an den Bildungsausschuss, aber auch an den Ausschuss für Landesentwicklung und Verkehr zu überweisen, der ja über den ÖPNV mit dem Thema befasst ist, um noch einmal mit den Landkreisen reden und Lösungen ausloten zu können, die sich hierbei finden lassen können, damit der Transport in einem vernünftigen Maße erfolgt, aber auch die pädagogischen Belange berücksichtigt werden können, um die Schulzeit in einem akzeptablen zeitlichen Rahmen absolvieren zu können und die Kinder nicht kurz nach Mitternacht aus dem Bett werfen zu müssen.

Wir alle wollen ja einen vernünftigen Lernerfolg; wir wollen nicht, dass dieser an Zwängen scheitert, die vielleicht nicht unbedingt sein müssen, etwa dass der Träger schon in der Dunkelheit die Kinder einsammelt. Ich glaube, dass etwas mehr Augenmaß gefordert ist. Dabei zählen wir auch auf das Kultusministerium, das an der entscheidenden Stelle sicherlich auch mit Vernunft und Augenmaß über seinen Erlass noch einmal nachdenken möge. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke für die Einbringung, Herr Kley. - Für die Landesregierung spricht der Kultusminister Herr Professor Dr. Olbertz.

Herr Prof. Dr. Olbertz, Kultusminister:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich widerstehe jetzt der Versuchung, weitere Ausführungen zu den neuesten Ergebnissen der Schlaforschung zu machen. Ich habe in meiner Rede zwei Thesen aufgestellt. Die erste These ist: Ein Schultag, der später beginnt, endet auch später, was für alle nachschulischen Aktivitäten durchaus von Brisanz ist.

(Herr Kosmehl, FDP: Gewagte These!)

- Gewagte These.

Die zweite gewagte These, die ich habe: Die Interessen der Schülerinnen und Schüler müssen immer, und zwar bei jeder Regelung, die wir finden, die Interessen der Träger der Schülerbeförderung und des ÖPNV überwiegen. Diese beiden Thesen habe ich näher ausgeführt. Ich wollte Sie darauf neugierig machen und gebe den Rest zu Protokoll. Ich empfehle, den Antrag an die Ausschüsse zu überweisen.

(Zustimmung bei der CDU - Herr Borgwardt, CDU: Mit Ihrer Genehmigung, Frau Präsidentin! - Herr Kley, FDP: Dann müssen wir noch lesen! - Herr Kosmehl, FDP: Ablehnung!)

(Zu Protokoll:)

Herr Prof. Dr. Olbertz, Kultusminister:

Wie groß der von der FDP angemahnte Handlungsbedarf ist, wie brisant das von ihr beschriebene Problem, kann man schon daran erkennen, dass die Regelung, wonach der Unterricht an den Schulen in Sachsen-An-

halt morgens zwischen 7 Uhr und 8 Uhr beginnt, 15 Jahre lang galt. Das ist eine lange, für bildungspolitische Verhältnisse sogar sehr lange Zeit. Ich kann mich nicht entsinnen, dass jemals eine nennenswerte Diskussion darüber geführt wurde, ob diese Spanne ausreiche oder nicht.

Gleichwohl wurde am 20. Februar 2007, nicht zuletzt im Rahmen der Schulentwicklungsplanung, die Zeitspanne für den Beginn der ersten Unterrichtsstunde von 7 Uhr bis 8.15 Uhr erweitert. Deshalb halte ich eine nennenswerte Erweiterung der schon jetzt 75-minütigen Zeitspanne weder für erforderlich noch für sinnvoll.

Nicht sinnvoll, weil der Arbeitstag - so muss man es ja fast nennen - der Schülerinnen und Schüler schon jetzt recht spät zu Ende geht, und das natürlich gerade bei denjenigen, zu deren Unterricht längere Fahrzeiten hinzukommen. Da ich vermute, dass niemand ernsthaft über einen Unterrichtsbeginn vor 7 Uhr nachdenkt, beschränke ich mich darauf zu fragen, ob sie künftig noch später nach Hause kommen sollen.

Richtig ist allerdings, dass manche dieser Schüler derzeit morgens schon sehr früh, vielleicht auch zu früh aufbrechen müssen. Die Frage ist nur, ob es zur Lösung dieses Problems eines späteren Schulbeginns für alle bedarf. Ich bitte Sie herzlich, dass wir genau darauf unser Augenmerk richten, wenn wir im Falle einer Ausschussüberweisung über den Antrag diskutieren.

Hinsichtlich der Grundschulen ergäben sich bei einer Ausdehnung der Zeitspanne im Übrigen gegebenenfalls personalkostenrelevante Verlängerungen der Betreuungszeiten vor Unterrichtsbeginn und Belastungen für die Hausaufgabenzeit im Hort. Unabhängig davon braucht auch schulische Qualität halbwegs vertretbare zeitliche Koordinaten. Zu berücksichtigen ist der Biorythmus der Kinder ebenso wie ihr Recht auf nachmittägliche Freizeit.

Wozu ich jedenfalls nicht bereit wäre, ist, die Schule, die Schüler und die Schülerbeförderung um die Interessen von Transportunternehmen herum zu konfigurieren. Sie scheinen ja mit gemeint zu sein, wenn in der Begründung des Antrages von „den Erfordernissen des ÖPNV“ die Rede ist. Mich interessieren in erster Linie Erfordernisse, die das Wohl der Kinder betreffen; alle weiteren Dinge sind wichtig, aber bei dieser Prämisse nachrangig.

Auf der anderen Seite ist gewiss - auch wenn niemand genau den Umfang einschätzen kann -, dass das Land mit seinen Zuschüssen - 2008 und 2009 jeweils über 23 Millionen € - die Schülerbeförderung zu einer tragenden Säule des ÖPNV insgesamt macht. Zugleich betreibt das Land damit eine nennenswerte Wirtschaftsförderung.

Der Zweck ist gleichwohl ein anderer, nämlich die Beförderung von Schülerinnen und Schülern. Und dazu - darin bin ich mir mit Herrn Kollegen Daehre völlig einig - können wir erwarten, dass die bestellte und bezahlte Dienstleistung möglichst gut, möglichst durchdacht, möglichst rasch und möglichst direkt erbracht wird. Das gilt übrigens nicht nur für den Weg zur Schule, sondern auch für den Heimweg.

Beides scheint derzeit, um es mit äußerster Vorsicht zu sagen, noch nicht überall der Fall zu sein, weshalb das Verkehrsministerium dankenswerterweise daran arbeitet, die Anreize für eine möglichst rasche Schülerbeförderung zu erhöhen.

Wenn das gelänge, müssten viele Schüler künftig auch ohne einen späteren Unterrichtsbeginn nicht mehr so früh aufstehen. Der Preis, dann vielleicht ein anderes Motto für unsere Landeskampagne finden zu müssen, dürfte unter dieser Prämisse bezahlbar sein.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Dann treten wir in die Diskussion der Fraktionen ein. Als erste Debattenrednerin hat Frau Mittendorf von der SPD-Fraktion das Wort.

Frau Mittendorf (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Wir stehen früher auf“, ist die bekannte Redewendung bei uns im Lande. Das führt natürlich bei manchem dazu, dass er den ganzen Tag durchhängt; das soll es auch geben.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Aber es ist ein ernstes Anliegen, sich einmal damit zu befassen, wie es sich auswirkt, wenn der Anfangszeitkorridor für den Unterricht so ist, wie er in unserem Land ist. Ich halte das Anliegen für berechtigt. Ich danke Ihnen, wie auch gestern schon, dafür, dass Sie den Antrag eingebracht haben.

Wir haben die Möglichkeit, uns darüber zu verständigen, weil es Überlegungen geben muss, weil es neue Erkenntnisse gibt und weil die Regelungen in unserem Land durchaus differieren zu Regelungen in anderen Ländern.

In Ländern wie Baden-Württemberg oder in Sachsen erstreckt sich der Zeitkorridor von 7 bis 9 Uhr, in Nordrhein-Westfalen bis 8.30 Uhr. In Sachsen-Anhalt beginnt der Unterricht in der Regel zwischen 7.30 Uhr und 8 Uhr.

Das ist auf der einen Seite sicherlich eine willkürliche Festlegung, aber so willkürlich nun auch wieder nicht; denn sie hat einen guten Grund: Es ist zum einen eine über Jahrzehnte, möchte ich fast sagen, eingebügte Praxis, und zum anderen hat es etwas damit zu tun, dass eine Vereinbarung von Kinderbetreuung und Beruf mitunter nur durch diesen frühen Unterrichtsbeginn möglich ist. Der individuelle Lebensrhythmus vieler Familien ist auf diesen Unterrichtsbeginn eingestellt.

Ich bestreite jedoch nicht, dass ein Unterrichtsbeginn zwischen 7 Uhr und 7.30 Uhr in ländlichen Regionen völlig andere Auswirkungen hat als in der Stadt. Ich bin auch ein gelernter Stadtmensch und habe nun seit vielen Jahren einen ländlichen Wahlkreis. Ich habe diesbezüglich viel gelernt, weil ich weiß, was es bedeutet, wenn Kinder lange Anfahrtswege haben. Das ist schon sehr hart; es widerspricht wirklich dem Schlafbedürfnis von Kindern.

Ich glaube aber, dabei muss man verschiedene Ebenen betrachten. Man muss sehen, dass sich, wenn der Unterrichtsbeginn zu spät erfolgt, vieles nach hinten verschieben. Ich will nicht wiederholen, was schon gesagt worden ist, aber es bleibt dann kaum noch Zeit für andere Dinge.

Das Abwegen der Interessen aller Beteiligten ist wichtig. Dazu gehört es, darüber nachzudenken, wie die Mittagsverpflegung zu sichern ist, wie die Arbeitszeiten der Eltern sind und wie das mit der Schülerbeförderung zu regeln ist. Das alles steht, glaube ich, außer Frage.

Ich verstehe den Antrag der FDP-Fraktion so, dass der Zeitkorridor weiter flexibilisiert werden soll, dass er zum

Beispiel auf 8.30 Uhr oder 9 Uhr ausgedehnt werden soll. Ich halte solche Regelungen durchaus für denkbar. Man muss regional aber genau schauen, wie die einzelnen Entfernung sind; gegebenenfalls muss man in einzelnen Schulen unterschiedliche Regelungen dazu treffen. Dazu bedarf es intelligenter Lösungen.

Es ist in der Tat heute so, dass in ländlichen Regionen viele Kinder zum Schulbeginn bereits drei Stunden auf den Beinen sind, weil sie eine lange Anfahrt haben. Nicht zu Unrecht, glaube ich, beschweren sich viele Lehrerinnen und Lehrer, dass zu Unterrichtsbeginn das sinnvolle Lernen erschwert wird, weil das Leistungspotenzial nicht ausgeschöpft werden kann.

Es hilft auch hier, wie immer, ein Blick in andere Länder. In vielen Ländern in Europa beginnt der Unterricht in der Tat später, allerdings muss man dazu eine grundsätzliche Nebenbemerkung machen: In diesen Ländern ist der spätere Unterrichtsbeginn häufig in einen regulären Ganztagschulbetrieb eingebettet. Das ist etwas ganz anderes. Deutschland ist hierbei die klassische Ausnahme. Ich will jetzt nicht wieder vom Schulsystem anfangen, aber ich möchte sagen: Die Halbtagschule in Deutschland erschwert auch solche Dinge.

Ich denke, wir können der Überweisung in die genannten Ausschüsse zustimmen. Wir sollten darüber wirklich ergebnisoffen und in Richtung einer Flexibilisierung diskutieren. Damit könnte man, glaube ich, vielen Leuten einen Gefallen tun. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei der FDP)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Vielen Dank, Frau Mittendorf. - Für die Fraktion DIE LINKE spricht die Abgeordnete Frau Fiedler. Bitte sehr.

Frau Fiedler (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Herren und Damen! Über den Antrag sollte in den genannten Ausschüssen gesprochen werden; dieser Meinung sind auch wir. Er wird auch sicherlich zu Hause Anlass für Gespräche. Ich könnte mir Eltern vorstellen, die zu Hause aufatmen, weil sie ihre lieben Kleinen endlich nicht mehr so zeitig wecken müssen.

Wenn Sie schon einmal früh über Land gefahren sind und die Knirpse in aller Herrgottsfrühe an der Bushaltestelle im Dunkeln und jetzt vielleicht auch zunehmend im Kalten haben stehen sehen, dann bekommen Sie vielleicht eine Ahnung davon, warum das Wort „Morgen grauen“ erfunden worden ist.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN und bei der FDP - Zustimmung von Minister Herrn Prof. Dr. Olbertz)

Ich kann mir aber auch Mütter und Väter vorstellen, die jetzt einfach nur genervt sind und überlegen: Wie soll ich das bloß machen? Der Ablauf ist jetzt so schön geregelt; ich gehe selbst um 6 Uhr aus dem Haus. Wann soll ich denn nun das liebe Kind richtig ausgerüstet in die Schule schicken?

Es wird wieder andere geben, die sagen: Mein Gott, dann sollen doch die Eltern die lieben Kindlein abends zeitig genug ins Bett schicken und dann sind die früh ausgeschlafen und können um 5 Uhr aufstehen.

Das hat auch etwas für sich, weil - jetzt sage ich doch, was der Herr Minister weggelassen hat - die Schlaffor-

scher Folgendes sagen: Kinder und Jugendliche sollen wenigstens neun bis zehn Stunden schlafen, und zwar nicht von 23 Uhr bis irgendwann, sondern zwischen 19 oder 20 Uhr bis früh um 6 Uhr, wo sie vielleicht von selbst munter werden. Denn der Schlaf in der ersten Nachthälfte ist nun einmal erholssamer als der in der zweiten Nachthälfte.

Mit diesen Aussagen die Verantwortung den Eltern zuzuweisen, dem kann ich durchaus etwas abgewinnen. Ich bin sehr für Regeln und Rituale auch im häuslichen Ablauf. Das hat schon etwas für sich. Es muss nicht sein, dass die Kinder bis irgendwann vor dem Fernseher sitzen. Aber so ist das im Leben, jeder hat dazu eine andere Meinung. Was dem einen sin UI, ist dem andern sin Nachtigall.

Wir LINKEN werden mit diesem Antrag freundlich umgehen, auch deshalb: Wenn Sie schon einmal in unser Leitbild zur räumlichen Gliederung der öffentlichen Da-seinsvorsorge geschaut haben, dann sehen Sie, dass dieser Satz dort fast genau so drin steht. Wir sehen ebenfalls den Zusammenhang zwischen Schulöffnung und Schülerbeförderung.

Jetzt stelle ich mir einmal vor - ich war selbst einmal Schulleiterin -, ich wäre eine sehr mutige Schulleiterin und würde denken, dass ficht mich alles nicht an. Das Schulgesetz ist das Größte, das Gesetz ist nun einmal die höchste Hürde, und dort steht ja nichts von einer Uhrzeit drin. Also gestalte ich als Schulleiterin den Unterrichtsbeginn wie ich will. Nun gibt es aber den Erlass, von dem schon die Rede war. Der Unterrichtsbeginn soll zwischen 7 Uhr und 8.15 Uhr liegen. Und so viele mutige Schulleiter, die den Erlass umgehen, haben wir nun einmal nicht im Land - vielleicht nirgendwo.

Wenn ich mir die Schulen, die ich kenne, vergegenwärtige, dann gibt es wenige Schulen, die diese Zeitspanne schon ausreizen. Einen Schulbeginn um 8.15 Uhr kenne ich so gut wie nicht. Schon die Möglichkeit des Schulbeginns um 8 Uhr wird selten genutzt. Die meisten Schulen fangen eher an, weil - wir haben es eben gehört -: Wer eher anfängt, der kann auch eher aufhören. Das hat für viele Schulen etwas für sich. Deshalb wird die Zeitspanne nur selten ausgenutzt.

Die Stundentafel ist nun einmal so, wie sie ist. Die Grundschulklassen 1 bis 4 haben, je nach Jahrgangsstufe, in der Woche zwischen 22 und 24 Stunden. In der Sekundarstufe 1 liegt die Spanne zwischen 29 und 34 Stunden. Diese Stunden müssen dann schon verteilt werden. Dann müsste ein sehr sinnvoller, rhythmisierter Schulalltag einziehen, der in die Nähe der gebundenen Ganztagsschule geht. Dann wäre das denkbar und dann fände ich das auch richtig und sinnvoll.

Es ist nun einmal nicht so, dass die Kinder zeitig genug ins Bett gehen. Von vielen Kindern hört man ganz anderes, wenn man in der Schule deren Erzählungen vom Vorabend hört und was sie da alles im Fernsehprogramm mitbekommen haben. Dann kommt eben tatsächlich Schlafmangel zustande. Die Schlafforscher sagen auch: Schlafmangel macht dumm, dick, krank und aggressiv. Dafür gibt es Studien und Belege. Das kann man alles nachlesen.

Die Schlafqualität ist individuell verschieden; das ist ja klar. Die Chronobiologen schauen auf den Biorhythmus und sagen: Die Leistungskurve des Menschen ist früh am Morgen sehr niedrig. Sie fängt erst so gegen 9 Uhr

an, richtig zu pulsieren. Also sollten wir die Schule auch dann beginnen lassen. Es gibt einige Schulen in Deutschland, die das machen, die tatsächlich um 9 Uhr anfangen. Sie haben damit sehr gute Erfahrungen gesammelt und haben damit sehr gute Ergebnisse erzielt.

Es besteht bei uns übrigens schon die Möglichkeit, einen gleitenden Schulbeginn - nicht Unterrichtsbeginn; man kann also nicht zur ersten Stunde kommen, wann man will - anzubieten, der es ermöglicht, dass sich die Kinder früh am Morgen erst einmal ein wenig in den Schulunterricht hineinfinden können.

Geredet werden muss auch - das ist auch schon gesagt worden - über die Art der Schülerbeförderung, über die Art der Abrechnung und über die Möglichkeiten, Fahrtzeiten zu verkürzen und nicht künstlich zu verlängern, damit es vielleicht ein bisschen mehr Geld gibt.

Also: Wir sehen auch, dass diesbezüglich ein erheblicher Redebedarf bestehen kann. Wir stimmen der beantragten Überweisung in die genannten Ausschüsse zu. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Frau Fiedler. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir die Redezeit noch nicht flexibilisiert haben. Ich wollte Sie gerade unterbrechen. - Für die CDU-Fraktion spricht nun Herr Dr. Schellenberger. Bitte sehr.

Herr Dr. Schellenberger (CDU):

Sehr verehrte Frau Präsidentin, ich werde mich bemühen, die Zeit wieder herauszuholen. Ich nehme mir an dieser Stelle einfach den Kultusminister als Vorbild.

(Zuruf von Herrn Kosmehl, FDP)

Wir haben einen sehr spannenden Einführungsvortrag von Herrn Kley gehört. Ich habe mich vorhin kurz mit ihm darüber unterhalten, was er verändern möchte. Er möchte die Zeiten nach hinten etwas öffnen.

Spannend ist für mich rein mathematisch die folgende Frage: Wenn manche schon kurz nach 4 Uhr aufstehen und die Schule wie jetzt nach diesem Erlass um 8.15 Uhr beginnen könnte, dann sind das vier Stunden und eine Viertelstunde. Wer wohl seinem Kind zumuten möchte, es vier Stunden und eine Viertelstunde vor Schulbeginn schon zu wecken? Ich frage mich, ob das in der Realität wirklich passiert. Das finde ich schon ziemlich schwierig.

Nichtsdestotrotz: Ich denke, das Anliegen des Antrages ist von allen absolut positiv beschieden worden. Ich freue mich auf die Ausschusseratung. Ich denke, darin werden wir ein einheitliches Votum hierzu hinbekommen, so wie es bei uns Bildungspolitikern üblich ist,

(Heiterkeit und Zustimmung bei der CDU - Herr Kosmehl, FDP: Oh!)

und werden es auch erreichen, das gemeinsam im Interesse der Kinder ordentlich zu lösen. Dabei ziehen wir alle an einem Strang; da habe ich gar keine Sorge.

(Herr Tullner, CDU: Genau! - Zuruf von Herrn Hauser, FDP)

So gesehen freue ich mich auch über die Aufmerksamkeit, die die Bildungspolitik an dieser Stelle erfährt. Also: Es klappt.

Wir müssen uns nur noch darüber verständigen, wie weit wir flexibilisieren. Sie haben letztes Mal gesagt: Der große Wurf bestand in einer Viertelstunde. Wollen wir noch so einen großen Wurf machen, hängen wir noch eine Viertelstunde an. Dann wären wir bei 8.30 Uhr. Wir könnten auch gern 9.30 Uhr festlegen. Man muss dann sehen, wie das in der Praxis umgesetzt wird. Es wird eine spannende Aufgabe, die Schulleiter, die Lehrer und die Kinder davon zu überzeugen, mit der ersten Stunde erst um 9.30 Uhr anzufangen. Ich möchte das jetzt nicht weiter ausdehnen.

Was für mich aber ganz interessant war, war das Morgengrauen. Zuweilen habe ich auch schon etwas von einem Abendgrauen gehört.

Auch dass Kinder bei Schlafmangel dick, dumm, faul und aggressiv werden, ist für mich eine ganz spannende Geschichte. Das würde ich gern einmal genauer erklärt bekommen. Das können wir dann im Ausschuss machen.

(Zuruf von Herrn Wolpert, FDP)

Als Spaß möchte ich dem noch Folgendes hinzufügen: Wenn Schlafen intelligent macht, sollten wir in der Schule eine erste oder eine nullte Stunde einführen und sollten die Kinder in dieser Zeit erst noch einmal ein wenig schlafen lassen, damit sich ihre Intelligenz erhöht.
- Danke.

(Frau von Angern, DIE LINKE, schüttelt den Kopf)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Herr Dr. Schellenberger, es gibt eine Nachfrage von Herrn Bergmann.

(Herr Dr. Schellenberger, CDU: Ja, bitte, Herr Bergmann!)

Bitte sehr.

Herr Bergmann (SPD):

Frau Präsidentin, es ist eher eine Intervention.

(Herr Dr. Schellenberger, CDU: Aha! Gut!)

In Bezug auf das, was im Vorfeld gesagt worden ist: Herr Schellenberger, ich bin der Meinung, es war nett - Humor ist immer schön -, aber es geht trotzdem noch um ein ernstes Thema. Das kann ich Ihnen nicht anders sagen.

Lassen Sie mich zu dem, was Herr Kley ausgeführt hat, die folgenden drei Punkte vorbringen.

Sie haben das Thema am Landkreis Stendal festgemacht. Es ist wirklich kein ganz so einfaches Thema. Das hängt schlüssig und ergreifend damit zusammen: Wenn Sie gestaffelte Schulanfangszeiten haben, die es jetzt schon gibt, und diese weiter verlängern, gibt es ein Problem, weil aufgrund des vorliegenden Vorschlagens des Planungsbüros die Zentren später angefahren werden. Um dann weniger Busse einzusetzen zu müssen, müssen schlüssig und ergreifend die Anfangszeiten für die Grundschulkinder in den peripheren Bereichen derart verlängert werden, dass wir genau zu diesen Extrem-situationen kommen, die Sie, Herr Kley, beschrieben haben. Das ist das Problem. Es soll auch Familien geben, die zwei Kinder haben. Die schicken dann das eine Kind um 6 Uhr und das andere um 8 Uhr in die Schule. Auch das kann nicht sinnvoll sein. Aber, Herr Schellen-

berger, die müssen dann vielleicht sogar diese vier Stunden irgendwie rumkriegen. Genau hierin liegen die Probleme.

Ich möchte einfach darum bitten, sich damit noch einmal sehr genau zu beschäftigen. Ich bin froh, dass wir die Diskussion hier führen. Ich habe eine Menge Sympathie dafür, die Zeit des Unterrichtsbeginns nach hinten auszuweiten. Noch mehr zeitlich nach vorn wird unsozial und für unsere Schüler nicht akzeptabel.

Ein weiterer kleiner Hinweis: Wenn man auf diese Art und Weise Kosten einsparen möchte - - Auch in diesem Fall kam ja die Aufgabe an den Planer aus der Kämmererei. Sie kam nicht aus der Schulverwaltung. Wenn man das ernsthaft möchte, belastet man gegebenenfalls die Kommunen, die noch Grundschulen haben, mit höheren Kosten, weil die Hortöffnungszeiten entsprechend verlängert werden müssten. Das kann man nachrechnen. Auch das sollte nicht das Anliegen sein.

(Zustimmung von Minister Herrn Dr. Daehre - Minister Herr Prof. Dr. Olbertz: Das war sehr richtig!)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Dann spricht noch einmal Herr Kley, wenn er möchte.
- Er möchte nicht; er winkt ab.

Dann stimmen wir jetzt ab über den Antrag der Fraktion der FDP in der Drs. 5/1530. Ich habe Einvernehmen hier im Hause dahin gehend festgestellt, diesen Antrag zur federführenden Beratung in den Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur und zur Mitberatung in den Ausschuss für Landesentwicklung und Verkehr zu überweisen. - Hierzu gibt es keine Interventionen. Dann stimmen wir darüber ab. Wer diesen Antrag in die genannten Ausschüsse überwiesen haben möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind alle Fraktionen. Damit ist der Antrag in die genannten Ausschüsse überwiesen worden und der Tagesordnungspunkt 16 ist beendet.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 17** auf:

Beratung

- Erarbeitung eines Handlungskonzeptes zur deutlichen Verminderung der Flächenneuversiegelung in Sachsen-Anhalt**

Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 5/1525

- Maßstäbe und Aktivitäten der Landesregierung bei der Reduzierung des Flächenverbrauchs von land- und forstwirtschaftlichen Nutzflächen**

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 5/1536

Alternativantrag der Fraktionen der CDU und der SPD - Drs. 5/1548

Es wurde vereinbart, dass die Anträge zu den beiden Unterpunkten getrennt eingebbracht, aber darüber gemeinsam beraten werden soll.

Der Einbringer des Antrages der Fraktion DIE LINKE ist Herr Dr. Köck. Herr Dr. Köck wird die Einbringung des Antrages aus gesundheitlichen Gründen von seinem Platz aus vornehmen. - Ich bitte Sie, deutlich zu spre-

chen. Wir müssen sehen, ob wir mit der Akustik gut zu rechtkommen. Herr Dr. Köck, Sie haben das Wort.

Herr Dr. Köck (DIE LINKE):

Sehr geehrte Damen und Herren! Der Boden stellt eine nicht vermehrbare und wegen seiner langen Entwicklungszeit praktisch nicht erneuerbare Ressource dar, die weltweit in ihrer Funktionalität und Existenz durch Wind- und Wassererosion, Verwüstung, Verlust organischer Substanz, Kontamination, Versiegelung, Verdichtung, Verlust an biologischer Vielfalt und Versalzung bedroht ist.

Das Ergebnis der Nachlässigkeit ist allerorten rund um das Mittelmeer zu besichtigen. Wo einst Hochkulturen ansässig waren, erstreckt sich heute unfruchtbare, verkarstetes Land.

Angesichts der Tatsache, dass sich von der 131 Millionen km² umfassenden Erdoberfläche nur reichlich ein Drittel für die Produktion von Nahrungsmitteln eignet, davon nur 11 % für den Ackerbau, ist für eine ausreichende Ernährung einer weltweit wachsenden Bevölkerung neben dem Erhalt der Bodenfruchtbarkeit insbesondere die Sicherung der agrarisch nutzbaren Fläche in quantitativer Hinsicht entscheidend. Aber: Zwischen Problemwahrnehmung und Problemlösung klappt weltweit ein riesiger Widerspruch.

Stärker als durch Schadstoffeinträge sind die natürlichen Bodenfunktionen in Sachsen-Anhalt mittlerweile durch die Inanspruchnahme für Siedlung, Erholung und Infrastruktur beeinträchtigt. So kann man es auf der Homepage des Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt lesen. Weiter heißt es dort - ich zitiere -:

„Dies unterstreicht, wie dringend es erforderlich ist, insbesondere durch wirkungsvolles Flächenrecycling den weiteren Flächenverbrauch zu minimieren, aber auch besonders wertvolle und ertragreiche Böden hinsichtlich ihrer bisherigen Nutzung zu erhalten.“

Bereits in der Bodenschutzkonzeption der Bundesregierung aus dem Jahr 1985 spielte die Problematik des Flächenverbrauchs für die Siedlungstätigkeit eine zentrale Rolle. Die in der Bodenschutzkonzeption formulierten Ziele und die bereits damals vorgeschlagenen Lösungen haben leider in einem Vierteljahrhundert nichts an Aktualität eingebüßt. Denn über all die Jahre hinweg ist die Rate des täglichen Flächenneuverbrauchs für das Bundesgebiet nahezu gleich geblieben.

Fakt ist auch, dass der Beitrag Sachsen-Anhalts zur Erfüllung der Zielstellung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung, den Flächenverbrauch bundesweit auf 30 ha pro Tag zu reduzieren, äußerst gering ist - und das trotz eherner Grundsätze im Landesentwicklungsplan.

Der sowohl von der FDP-Fraktion als auch in dem Alternativantrag eingeforderte Bericht reicht einfach nicht mehr aus. Wir haben bereits im vergangenen Jahr in den Ausschüssen im Zusammenhang mit einem Bericht der Landesregierung zum Vorschlag des Europäischen Parlaments und des Europäischen Rates für eine Bodenschutzrichtlinie die Probleme ausführlich diskutiert. Wir müssen zu einer neuen Qualität, zu einem Durchbruch beim Bodenschutz kommen. Um mit Goethe zu sprechen: „Der Worte sind genug gewechselt, lasst mich

auch endlich Taten sehn. Indes ihr Komplimente drechseln, kann etwas Nützliches geschehn.“

Leider deutet der Wortlaut des Alternativantrages der regierungstragenden Fraktionen darauf hin, dass man sich zum wiederholten Male einem vernünftigen Anliegen verweigern will, nur weil der Anstoß dazu von der LINKEN kommt - offensichtlich ganz im Gegensatz zu den Bildungspolitikern. Stattdessen sollen Komplimente für die Landesregierung gedrechselt werden.

Ihr Bericht, verehrte Kolleginnen und Kollegen von den anderen Fraktionen, könnte den ersten Zwischenschritt auf dem Weg zu einem Handlungskonzept darstellen. Insofern ergänzen sich beide Anträge vortrefflich.

Voraussetzung für ein Maßnahmenkonzept sind natürlich ein ehrlicher Problemaufriß und eine genaue Ursachenanalyse. Aufgrund der Antworten auf die Große Anfrage der LINKEN zur Raumentwicklung und auf Kleine Anfragen von mehreren Kollegen aus diesem Hause in den letzten Wochen zu dieser Thematik gewinnt man aber den Eindruck, dass die Landesregierung die Probleme vor sich herschiebt. Auf die Wirkung der Grundsätze im neuen Landesentwicklungsplan zu vertrauen reicht nicht aus, wie die Praxis zeigt.

Es ist auch wenig hilfreich, den dramatisch hohen Flächenverbrauch für Siedlungstätigkeit schön zu reden - so geschehen im Umweltbericht zum Einsatz des EFRE und des ESF im Bundesland Sachsen-Anhalt in der Förderperiode 2007 bis 2013.

Sehr geehrte Damen und Herren! Unabhängig vom Altlastensanierungsfonds sollen bis 2013 ganze 50 ha Gewerbe- und Konversionsflächen mit Mitteln des EFRE wieder nutzbar gemacht werden. Dafür sind 7,6 Millionen € von insgesamt 1,8 Milliarden € vorgesehen.

Es wird auch wenig hilfreich sein, dem Flächenverbrauch mit einer Aussetzung der Eingriffsregeln des Naturschutzgesetzes begegnen zu wollen, wie es zum Beispiel von Herrn Daldrup oder Herrn Hauser, aber auch vom Landesbauernverband vorgeschlagen wird.

Das hieße wiederum, den Gaul von hinten aufzuzäumen. Denn der Umfang von Ersatzmaßnahmen richtet sich nach dem ökologischen Ausgangszustand und der Größe der von einem Bauvorhaben in Anspruch genommenen Fläche. Ein im Innenbereich gelegener Altindustriestandort bedarf bei seiner Revitalisierung deutlich weniger Ersatzmaßnahmen als die Neuansiedlung auf bestem Bördeboden.

Als Hauptursachen für einen geringen Stellenwert des Bodenschutzes werden im Wesentlichen das geringe gesellschaftliche Problembezwstsein bezüglich der Schutzbedürftigkeit unserer Böden, die immer noch lückenhafte Gesetzgebung und ein enormes Vollzugsdefizit verantwortlich gemacht. Bei der Analyse der Ursachen werden jedoch die Mechanismen und Kräfte, die den ungehemmten Bodenverbrauch tatsächlich zu verantworten zu haben, meist nicht klar benannt.

Lässt man individuelles Fehlverhalten einmal außer Betracht, so erwachsen die Probleme zum überwiegenden Teil aus dem privaten Besitz und der freien Handelbarkeit des Bodens, der dadurch den allgemeinen Mechanismen des Marktes, der Preisbildung, der Hortung und der Spekulation unterliegt. Die spekulative Wertsteigerung von Ackerland bei der Umwidmung in Bauerar-

tungsland ist einer der den Flächenfraß besonders begünstigenden Umstände.

Alle Lösungsstrategien zur Begrenzung des Flächenverbrauchs, insbesondere die zur Verfügung stehenden ordnungspolitischen Instrumentarien der Raumordnung, des Naturschutzrechts und der Bauleitplanung haben sich gerade deshalb letztendlich als zu schwach erwiesen, um wirksam gegenzusteuern.

Mittlerweile ist aber das öffentliche Interesse an der Thematik Bodenschutz gewachsen. Die Umweltverbände haben sich verstärkt dieser Thematik zugewandt. Kommunen beginnen mit dem Aufbau von Flächenkatastern für ein auf Nachnutzung orientiertes Flächenmanagement. Ein Beispiel hierfür ist Leipzig. Städte und Gemeinden haben ein Bodenbündnis europäischer Städte und Gemeinden geschlossen.

Es ist, denke ich, an der Zeit, dass sich die Landesregierung an die Spitze dieser Bewegung stellt. Nur sie hat die Möglichkeit, koordinierend die Fäden so zu führen, dass insgesamt eine Lösung herauskommt, die dem Flächenverbrauch tatsächlich wirksam gegensteuern kann. Dazu bedarf es aber eines abgestimmten Handlungskonzeptes. Das ist der Vorschlag, den wir mit unserem Antrag hier einbringen. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Herr Köck. - Den Antrag der Fraktion der FDP in der Drs. 5/1536 bringt der Abgeordnete Herr Hauser ein.

Herr Hauser (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Dr. Köck, ich habe zwar akustisch nicht alles mit bekommen, ich kann aber vieles mit unterschreiben. Ich glaube, wir liegen nicht sehr weit auseinander. Ich erläutere deshalb in Kürze den FDP-Antrag wie folgt:

Die Reduzierung des Verbrauchs von land- und forstwirtschaftlicher Fläche kann nicht ignoriert werden. Wir müssen uns diesen Fakten und den Tatsachen stellen. Es ist so - das hat jeder mitbekommen -, dass die Zeit der Überproduktion der Jahre 2006 und 2007 vorbei ist. Der Aufschrei 2007, also im vorigen Jahr - ich erinnere nur an die Weizenpreise und die daraus resultierenden gestiegenen Brotpreise -, war immens und gigantisch.

Ich muss ganz offen sagen: Die Bauern sind da, um zu produzieren und Gewinne zu machen. Sie sind auch da, um die Fläche und ihre Höfe zu erhalten. Es ist mir klar, dass wir uns diesbezüglich im Widerspruch bzw. in Konkurrenz zur übrigen Wirtschaft befinden.

Entscheidend und wichtig war auch, dass in der Fachpresse des Landesbauernverbandes und des Landvolksverbandes in Sachsen-Anhalt ausgeführt worden ist, dass Sie, Herr Minister Dr. Daehre, Frau Wernicke, diverse Schreiben beantwortet hätten. Letztendlich ist es aber dabei geblieben.

Wir wollen - ich will nicht sagen: nachhelfen - darauf hinweisen, dass wir uns der Thematik jetzt stellen müssen. Ich will zugeben, dass die Planungshoheit bei den Kommunen, bei den Gemeinden liegt. Die Planungs- und Rechtsvorgaben der Länder und des Bundes sind daran

letztlich gebunden. Die Nachfrage nach Grund und Boden an bestimmten Orten ist überdimensional. Das wissen wir.

Wenn hier gesagt wird, Autobahnen seien keine Ansiedlungsanreize, dann muss ich dem widersprechen. Das haben wir hier in der Nähe. Das ist das typische Beispiel. Herr Minister Haseloff, Sie haben heute wunderbar gesagt: Bei Großinvestitionen sind über 50 ha Flächen bereitzustellen.

Man muss auch daran denken, dass wir in Sachsen-Anhalt einen Eigentümer und einen Bewirtschafter haben. Nach wie vor sind die Eigentumsflächen zu 80 % verpachtet. Es ist nicht so wie in den alten Bundesländern, dass der Eigentümer entscheiden kann, ob er die Fläche verkauft. Es gibt langjährige Pachtverträge und es bestehen Bindungen. Es liegt ein ganzes Bündel von Problemen an, solche Fläche zu beschaffen. Das halte ich schon für ein Problem.

Ich will jetzt nicht streiten, wie viel Fläche wir täglich momentan in Sachsen-Anhalt verbrauchen, ob es 2 ha, 7 ha oder 13 ha sind, konjunkturbedingt. Wenn die A 14 gebaut wird mit einem Flächenbedarf von etwa 1 500, 1 600 ha und noch das Problem der Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen hinzukommt - das wissen wir alle -, dann sind es schon gigantische Flächen. - Deshalb unserer Antrag.

Die Fraktionen der CDU und der SPD haben einen fast gleich lautenden Antrag dem der FDP-Fraktion nachgeschoben. Wir haben kein Problem damit, diesem Antrag zuzustimmen. Wir haben jedoch die herzliche Bitte, sich der Problematik jetzt zu stellen. Deshalb haben wir uns vorgewagt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Herr Hauser, für die Einbringung. - Für die Landesregierung spricht Minister Dr. Daehre.

(Heiterkeit bei der SPD)

Herr Dr. Daehre, Minister für Landesentwicklung und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Zunächst einmal eines vorweg: Ich denke, alle vier Fraktionen in diesem Hause eint, dass wir eine Verantwortung für die Zukunft, für die Flächen, für die Landwirtschaft, für die Ernährung und auch vieles andere mehr haben. Damit ist klar, dass das nicht zur Disposition steht.

Ich denke, für jemanden, der aus der Börde kommt und in der Börde groß geworden ist, steht für sich allein, dass wir nach Möglichkeiten suchen müssen, wie wir dieses Spannungsfeld - in diesem Spannungsfeld befinden wir uns - in Zukunft lösen können. Das wollte ich vorweg sagen.

Dann zum Einzelnen. Die Koalitionsfraktionen von CDU und SPD haben sich in ihrer Koalitionsvereinbarung darauf verständigt, zu einer Minimierung des Flächenverbrauchs zu kommen und gleichzeitig ein intelligentes Flächenmanagement auf den Weg zu bringen. Die Debatte darüber wird mit den Kommunen, den gesellschaftlichen Institutionen, Unternehmen und Verbänden und im Rahmen von Projekten geführt.

Das ist deshalb so wichtig, weil die verschiedenen Bereiche unterschiedliche Intentionen haben. Wenn ich mit einem Landwirt über dieses Thema spreche, dann ist das Ergebnis ein anderes, als wenn ich mit jemandem darüber spreche, der ein Logistikzentrum oder eine industrielle Einrichtung aufbauen will. Das wissen wir. Deshalb müssen wir den Mut haben, das Spannungsfeld auszuhalten und die Positionen der verschiedenen Einrichtungen zu akzeptieren.

Das Ziel der Bundesregierung, meine Damen und Herren, den Flächenverbrauch auf 30 ha je Tag bis zum Jahr 2020 zu reduzieren, ist nicht von allen Bundesländern unterstützt worden, da die Voraussetzungen in den Bundesländern unterschiedlich sind. In Sachsen-Anhalt - das ist auch kein Geheimnis, aber es muss in diesem Zusammenhang natürlich gesagt werden - besteht Nachholbedarf beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur.

Kollege Hauser, Sie haben eben schon die A 14 angeprochen. Aber die steht nur stellvertretend für viele andere Projekte. Der Flächenverbrauch beim Bau der Ortsumgehungen ist mindestens genauso groß wie die Flächen, die die Autobahnen im Land einnehmen.

Wir wissen auch, dass die Ortsumgehungen von den Bürgern gewünscht werden, damit die Lärmbelastung und vieles andere mehr aus den Städten und Orten verschwindet. Somit entsteht ein neues Spannungsfeld, ohne dass wir es wollen. Aber wir müssen die Bürger in den Städten entlasten. Dazu bauen wir Ortsumgehungen. Dann haben wir wieder einen Flächenverbrauch.

Wie eben schon gesagt: Wir müssen die Lebensqualität in den Orten verbessern. CO₂-Immissionen und Feinstaubbelastung sind von der Bevölkerung fernzuhalten. Darum wollen und müssen wir diese Ortsumgehungen bauen.

Dann, meine Damen und Herren, soll die Wirtschaft im Land aufgebaut werden. Ich denke, dabei sind wir ein großes Stück vorangekommen. Es gibt Neuansiedlungen, die auf der grünen Wiese oder auf Bördeboden entstanden sind. Wir müssen mindestens aber auch zur Kenntnis nehmen, dass wir es in der Chemieregion bei Leuna, Buna, in Pieskritz oder in Bitterfeld mit großen Anstrengungen geschafft haben, alte Chemiestandorte zu beräumen und neu aufzubauen, sodass keine neuen Flächen in Größenordnungen entwickelt werden mussten. Ich denke, das war eine enorme Leistung,

(Beifall bei der CDU)

durch die wir in diesem Bereich relativ wenig Flächenbedarf hatten.

Die Fraktion DIE LINKE begründet ihren Antrag zur Erarbeitung eines Handlungskonzeptes damit, dass die Rate der neu versiegelten Bodenfläche in Sachsen-Anhalt in den letzten Jahren deutlich angestiegen sei. Mit einer Nettoneuversiegelungsrate von 15 ha je Tag stehe Sachsen-Anhalt in diesem Bereich an der Spitze, so die LINKE.

Ich kann nicht nachvollziehen, wie diese Zahl zustande gekommen ist. Herr Hauser, ich denke, diesbezüglich sind wir auch dicht beieinander. Wir sollten nicht darüber streiten, ob es 3, 14 oder 15 ha sind, sondern wir sollten das Problem bewusstsein erzeugen.

Fakt ist, dass immer weniger Flächen für Siedlungs- und Verkehrsmaßnahmen in Anspruch genommen werden. Im Jahr 2007 wurde ein Flächenverbrauch von 1 ha pro

Tag verzeichnet. Dabei muss deutlich gesagt werden, dass Siedlungs- und Verkehrsflächen nicht mit versiegelten Flächen gleichzusetzen sind, da in die Siedlungs- und Verkehrsflächen auch unbebaute und nicht versiegelte Flächen eingerechnet werden. Die aktuellen Studien ergaben einen Versiegelungsgrad im Bereich der Siedlungs- und Verkehrsflächen von weniger als 50 %.

Der Statistik zur landwirtschaftlich genutzten Fläche in den Bundesländern zufolge ist diese Fläche in Sachsen-Anhalt seit dem Jahr 1999 etwa gleich geblieben. Der Landesregierung ist bewusst, dass die Betroffenheit der landwirtschaftlichen Betriebe durch großflächige neue Siedlungsmaßnahmen - dies trifft auch für die Neuausweisung von Industriegebieten zu - sehr hoch ist.

Meine Damen und Herren! Um es vielleicht einmal deutlicher zu sagen: Wir werden uns in Zukunft gemeinsam mit dem Wirtschaftsminister genau überlegen müssen, ob die Nachhaltigkeit von Ansiedlungen im Verhältnis zum Verbrauch von fruchtbaren Böden steht. Ich darf das einmal etwas übersetzen.

(Frau Mittendorf, SPD: Die Magdeburger Börde!)

- Nicht nur die Magdeburger Börde, Frau Kollegin, auch die Querfurter Platte.

(Zuruf von Frau Mittendorf, SPD)

- Richtig, ein bisschen Heimatkunde noch dazu, damit wir nicht immer nur über die Magdeburger Börde reden.

(Frau Mittendorf, SPD: Ich habe von meinem Wahlkreis gesprochen!)

- Ach, von Ihrem Wahlkreis. Wunderbar. Da haben wir den Abbau von Hartenstein.

Meine Damen und Herren! Wenn morgen ein renommierter Automobilhersteller ein großes Automobilwerk bauen will, dann werden wir ihn freundlich empfangen und sagen müssen: Jawohl, dafür stellen wir Flächen zur Verfügung, weil die Nachhaltigkeit gegeben ist. Das Gleiche trifft auch auf andere innovative Branchen zu, zum Beispiel die Mikroelektronik und vieles andere mehr. Wenn es aber um Lagerhallen geht, dann müssen wir uns sehr wohl überlegen, ob dieser Bau auf fruchtbaren Böden zugelassen wird, abgelehnt wird oder ob wir Ausgleichsflächen zur Verfügung stellen.

Wir sind in dem Spannungsfeld, dass im Moment noch der Investor kommt und sagt, er geht nur hier hin, weil die logistischen Voraussetzungen da sind. Ansonsten geht er in die anderen Bundesländer oder nach Polen. Dann kommt der gleiche Druck aus der anderen Richtung. Dann wird gesagt: Um Gottes Willen, jetzt habt ihr den Investor laufen lassen, mit dem wir soundso viele Arbeitsplätze hätten schaffen können. Im Zweifelsfall sind wir natürlich immer dafür, dass die Leute hier Arbeit haben. Wir müssen versuchen, das auf den Weg zu bringen und diese Spirale zu stoppen.

Ich hatte schon gesagt, dass wir als Beispiele für die Sanierung industrieller Altlasten nicht nur Leuna und den Chemiepark Bitterfeld/Wolfen, sondern auch das Gewerbegebiet in Magdeburg-Rothensee mit erwähnen müssen. Was sich in den letzten Jahren dort ereignet, ist, denke ich, auch beispielgebend. Wir sind uns auch darüber im Klaren, dass wir die Flächennachfrage besonders in den Bereichen haben, wo Autobahn-, Schienen- und vielleicht auch eine Wasserstraßenanbindung vorhanden ist. Diese Gebiete müssen in Zukunft weiterentwickelt werden.

Meine Damen und Herren! Wir haben im Prinzip die große Problematik, die eben auch schon von Herrn Hauser und heute Morgen vom Wirtschaftsminister berechtigterweise angesprochen wurde. Es geht immer um Flächen in einer Größenordnung von mindestens 50 ha.

Wir können an dieser Stelle einmal auf die Ansiedlung in Osterweddingen zu sprechen kommen, weil ich denke, dass ich das ganz gut einschätzen kann. Da haben wir das Problem. Die Bauern sind deswegen auch bei mir und diskutieren mit mir. Ich verstehe jeden Bauern, der sagt, jetzt muss ich wieder 20 ha abgeben, für die ich natürlich irgendwo einen Ersatz bekommen kann. Aber, meine Damen und Herren, wir nehmen die Flächen woanders weg und geben sie ihm. Das ist kein Neugewinn. Deshalb danke ich allen, auch den Landwirten, die Verständnis hatten und die Flächen zur Verfügung gestellt haben.

Der Bau der B 6n ist auch nicht einfach gewesen. Die Landwirte mussten diese Flächen zur Verfügung stellen. Also sitzen wir mit den Landwirten in einem Boot. Ich denke, wir sind auch gut beraten, wenn wir mit dem Landwirtschaftsministerium genauso eng weiter zusammenarbeiten und immer wieder diese Abwägung vornehmen.

Sehr geehrter Herr Dr. Köck, wir bearbeiten mit dem Landesentwicklungsplan sehr wohl dieses Problem. Wir werden im Landesentwicklungsplan wieder Vorranggebiete für die Landwirtschaft, für den Rohstoffabbau und für vieles andere mehr ausweisen. Es wird immer eine Abwägung sein. Ich denke, die müssen wir auch in Zukunft berücksichtigen. Dann werden wir auch sparsamer mit Flächen umgehen, zumal wir bei der Senkung der Arbeitslosigkeit schon auf positive Effekte verweisen können.

Ich weiß auch um die Tatsache, dass wir den Wohnungsbau um die großen Städte herum im letzten Jahrzehnt entwickelt haben. Dafür gab es auch unterschiedliche Gründe. Einerseits war der Grund und Boden in den Städten zu teuer. Ich kann es keinem verdenken, wenn er deswegen woanders gebaut hat. Wir haben aber das Steuerungsinstrument dahin gehend entwickelt, dass der Wohnungsbau nur noch in zentralen Orten gefördert wird. Eine Förderung von Bauten auf der grünen Wiese findet nicht mehr statt. Wer dort bauen will, der muss entsprechend bezahlen.

Unter dem Strich denke ich, meine Damen und Herren, dass wir auf einem Wege sind, nicht nur das Problem erkannt zu haben, sondern auch zu versuchen, in den nächsten Wochen und Monaten im Rahmen der Diskussion über den Landesentwicklungsplan diese Thematik aufzugreifen.

Deshalb, denke ich, brauchen wir kein neues Handlungskonzept. Wir werden uns vielmehr an dem vorhandenen entlang hangeln, so wie wir es in dem Landesentwicklungsplan vorgesehen haben. Dann müssen wir letztlich auch dafür sorgen, dass es zu einer Reduzierung der Flächen kommt.

Jetzt darf ich vielleicht noch eines sagen: Wir haben gestern über den Bau der A 14 diskutiert. Wenn die A 14 kommen sollte, dann wird es auch entlang dieser Autobahn Flächen geben, welche tatsächlich nur die Bodenwertzahl 30 aufweisen. Vielleicht kann man sich auch darauf verstündigen, für Industrieansiedlungen diese Flächen zu nutzen und sie dort zu fördern.

Als Letztes zum Thema der Ausgleichsmaßnahmen. Wenn ich bedenke, wie viele Flächen wir für Ausgleichsmaßnahmen zur Verfügung stellen, dann muss auch einmal die Frage gestattet sein, ob diese direkt an der Autobahn liegen müssen oder ob wir die Ausgleichsmaßnahme nicht auch dort durchführen können, wo der Wald aufhört, indem wir noch einen Streifen von 20 oder 30 m aufforsten.

Wir hatten bei der A 38 schon solche Fälle, sehr verehrter Herr Kley. Dort wurde neben der Autobahn aufgeforscht, dann folgt auf einer Breite von 2 km landwirtschaftliche Fläche und daran schließt sich der Kyffhäuserwald an. Wir hätten die Ausgleichsmaßnahme auch direkt am Kyffhäuserwald durchführen können und nicht direkt an der Autobahn. Also, das Problem ist, denke ich, erkannt.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich sage Ihnen eines: Ich bin den beiden Parteien dankbar, dass sie das Thema aufgegriffen haben, um zu dokumentieren, dass wir eine Opposition in diesem Lande haben, die sich auch dieser Frage stellt.

Die Regierungsfraktionen haben einen Alternativantrag vorgelegt. Dem sollten wir zustimmen und gemeinsam im Rahmen des Landesentwicklungsplanes dafür sorgen, dass wir das Spannungsfeld zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung in Sachsen-Anhalt und einem minimalen Flächenverbrauch gemeinsam lösen. Ich weiß, wie schwer das ist. Ich bitte um Ihre Unterstützung für diesen Prozess. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Herr Minister. - Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Herr Bergmann.

Herr Bergmann (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass wir über das Thema Flächenversiegelung/Flächenreduzierung hier und heute diskutieren. Ich habe schon festgestellt: Es gibt in dem Hohen Hause überwiegend Konsens zu dieser Thematik. Dennoch - so habe ich Herrn Dr. Köck am Anfang verstanden - sieht er das in einigen Punkten sehr kritisch. Diese kritische Beitrachtungsweise ist sicherlich richtig, auch wenn ich als Mitglied einer Koalitionsfraktion, Herr Dr. Köck, an der einen oder anderen Stelle nachher noch widersprechen möchte.

Herr Hauser, ich lege Wert darauf festzustellen, dass sich unser Antrag nicht nur auf die landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Flächen bezieht, sondern auch auf die übrigen Flächen, zum Beispiel auf ökologisch wertvolle Brachflächen, die zumindest für die Umweltpolitiker interessant sind. Es gibt sicherlich noch jede Menge andere Flächen, die wir betrachten müssen.

Herr Dr. Daehre, wir sind fast immer zu 100 % einer Meinung, heute sind es mal nur 99 %.

(Minister Herr Dr. Daehre: Das reicht!)

- Das reicht, nicht wahr? - Ich denke aber schon: Was das Ansiedeln von Industrie oder Unternehmen angeht, dürfen wir uns nicht alles gefallen lassen. Ich habe immer noch ein schlechtes Beispiel im Hinterkopf - ich bin nicht gegen die Ansiedlung selbst, sondern dagegen, wo sie stattgefunden hat -, und zwar die Ansiedlung der

Glunz AG. Das ist in raumordnerischer Hinsicht nicht akzeptabel gewesen, das weiß jeder. Trotzdem, denke ich, war es - -

(Zuruf)

- Gerd Miesterfeldt fühlt sich getroffen. Ich weiß gar nicht, warum. Du warst doch in einem anderen Kreis Landrat.

(Minister Herr Dr. Daehre: Wir haben damals regiert! Aber ihr habt es mitgetragen!)

- Das ist richtig. Ich sage gleich etwas dazu. Lassen Sie mich das einmal zu Ende bringen.

Fakt ist - und darum geht es mir ja -: Wir müssen in Sachsen-Anhalt so selbstbewusst werden, dass wir sagen: Wir haben mit der Raumordnung ein Instrument geschaffen; danach hat man sich zu richten und daran hat man sich auch zu halten. Das ist für mich das Entscheidende.

Wir haben in der Vergangenheit vielleicht zu oft nachgegeben, weil wir die Investoren ansiedeln wollten. Aber wir liegen im Herzen Europas, wir liegen wirklich mitten drin. Diese Lage ist ganz interessant für viele Ansiedlungen, weil viele von hier aus den nord-, west-, süd- und den osteuropäischen Markt erreichen können. Deswegen sollten wir auch so selbstbewusst sein und sagen: Entlang unserer Trassen, der A 14, der A 9, der A 2 und an vielen anderen Stellen gibt es die Möglichkeit, Ansiedlungen zu schaffen und dort geht das, aber nicht da, wo es wenig sinnvoll ist.

Selbstverständlich muss man darüber diskutieren, Herr Dr. Daehre, auch im Zusammenhang mit dem Landesentwicklungsplan, wie sinnvoll es ist, für das eine oder andere Vorhaben wertvollen Bördeboden zu opfern, etwa für den Gesteinsabbau oder für Industrieansiedlungen.

(Zuruf von der FDP)

- Na klar sind das die Fragen. Aber wir brauchen keine Raumordnung zu machen, wenn wir uns hinterher nicht daran halten. - Das geht an die Kollegen der FDP; von daher kam gerade der Zwischenruf.

Lassen Sie mich noch etwas zu den Recyclingflächen sagen. Recyclingflächen sind immer dann sinnvoll, wenn sie saniert sind und wenn sie so liegen, dass sie genutzt werden können. Das ist nicht der Fall, wenn sie nicht wohnortnah liegen oder aus anderen Gründen nicht genutzt werden können.

Tilman Tögel sagte mir gerade noch: Wir haben auch eine globale oder internationale Verantwortung. Als Vorsitzender der deutsch-bulgarischen Gesellschaft sagte er auch: Schaut euch Bulgarien an; dort wird nichts saniert; dort gibt es keinen Altlastenfonds; dort geht man nur auf die grüne Wiese. Ich glaube, auch vor diesem Hintergrund müssen wir sagen: Wir machen das hier genau richtig; wir sind auf dem richtigen Wege, auch mit unserem Altlastenfonds entsprechende Flächen aufzuarbeiten.

Herr Hauser, lassen Sie mich etwas zu den angesprochenen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sagen. Wir haben ein Naturschutzgesetz. Danach haben wir uns zu richten. Das Problem, das auch Herr Dr. Daehre ansprach, ist: Wir müssen uns erst einmal dort um Ausgleichsmaßnahmen kümmern, wo es das Naturschutzgesetz vorschreibt, nämlich in erster Linie in räumlichem

Zusammenhang zu dem Eingriff. Zwar kann man eine Ersatzmaßnahme ein bisschen weiter weg vornehmen, aber dann muss ich es erst im Verfahren nachweisen. Das ist die planerische Problematik. Ich glaube aber, dass das im Land gut umgesetzt wird.

Mir ist auch eines aufgefallen: Bisher hat kein Unternehmen, das sich in unserem Land angesiedelt hat, auch nur einen Euro Ausgleichszahlung geleistet. Der Titel ist im Haushaltspunkt immer vorgesehen - ich muss Herrn Dr. Aeikens einmal anschauen -, es ist aber noch nie eine Einnahme zu verbuchen gewesen, weil es die Planer immer geschafft haben, frühzeitig Ausgleichsmaßnahmen oder Ersatzmaßnahmen zu entwickeln.

Wir haben dieselbe Entwicklung bei dem Ökokonto, das ich für richtig gut halte. Die Verordnung zu dem Ökokonto hat die Vorgängerregierung gemacht - ich lobe es mal ausdrücklich -, aber es wird leider nicht so angenommen und zum Flächenmanagement verwendet, wie wir uns und Sie sich das vielleicht erhofft haben. Das zeigt: Die Riesenflächenproblematik war zumindest bisher noch nicht da. Mir ist aber auch klar, dass es brisanter wird.

Ich bin jetzt schon mitten in der fachlichen Diskussion, die wir eigentlich in den Ausschüssen führen wollen. Lassen Sie mich abschließend noch einmal sagen: Mit mehr Selbstbewusstsein in diesem Land - das hat dieses Land auch verdient - schaffen wir es, die Unternehmen an die richtigen Orte zu kriegen und den Flächenverbrauch zu reduzieren.

Ich bitte Sie, unseren Antrag zu unterstützen. Wir wollen auch über die Stiftung Umwelt-, Natur- und Klimaschutz versuchen, Lösungen zu finden, bzw. wir wollen versuchen, die Stiftung mit in das Flächenmanagement einzubinden. Ich halte auch das für eine sehr sinnvolle Sache.

Im Übrigen schlagen wir vor, den Antrag zur federführenden Beratung in den Ausschuss für Landesentwicklung und Verkehr zu überweisen und die Ausschüsse für Umwelt, für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie für Wirtschaft und Arbeit zu beteiligen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der SPD und von der Regierungsbank)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Herr Dr. Köck, möchten Sie für DIE LINKE noch einmal reden? - Bitte sehr.

Herr Dr. Köck (DIE LINKE):

In den Reden von Herrn Bergmann und von Herrn Minister habe ich keine Argumente gehört, die dagegen sprechen, dem Antrag der LINKEN zuzustimmen. Es wäre ein Zwei-Stufen-Prozess: Man würde zuerst einen Bericht der Landesregierung bekommen, in dem die entsprechenden Probleme umrissen werden. Danach könnte man neben der gesamten Problematik des Landesentwicklungsplanes insbesondere die Frage des Flächenverbrauchs mit einem Maßnahmenkonzept untersetzen. Das wäre sogar sehr sinnvoll. Also bei Herrn Bergmann war nichts dagegen zu vernehmen und beim Minister auch nicht.

Ich denke schon, dass man unseren Antrag vielleicht dahin gehend etwas abwandeln müsste, dass man nicht nur auf die Flächenneuversiegelung abhebt, sondern

direkt auf den Flächenneuverbrauch für Primäransiedlungs- und Verkehrsflächen. Aber ich kann das Wort „Verkehrsflächen“ weglassen, damit das Reizwort des Herrn Ministers nicht auftaucht, wenn er seine Straßen sieht.

Ich denke schon, dass es eine sinnvolle Sache ist. Ich werbe noch einmal dafür, den Antrag, wenn man sich schon zu der Direktannahme nicht durchringen kann, zumindest zu überwiesen und in den Ausschüssen darüber zu diskutieren, inwieweit es sinnvoll ist, das Konzept dann noch nachzuschieben.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Herr Dr. Köck, Sie haben jetzt also beantragt, dass Ihr Antrag in den Ausschuss überwiesen wird?

Herr Dr. Köck (DIE LINKE):

Ja.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Herr Scheurell.

Über diesen Alternativantrag - weil Herr Bergmann das Überweisen angesprochen hat - ist eigentlich direkt abzustimmen. Dort steht schon drin, was in den Ausschüssen passieren soll.

Herr Scheurell (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Allen vorliegenden Anträgen ist eine Aussage gemein: Die Flächenneuversiegelung in unserem Land soll vermindert bzw. vermieden werden. Das Ziel ist, so kann man sagen, fraktionsübergreifend das gleiche, nur der Weg scheint unterschiedlich und die Sichtweise der einzelnen Politikfelder kontrovers zu sein.

Natürlich ist der Schutz von Artenvielfalt, einer intakten Natur, reiner Luft und sauberen Gewässern eine unablässige Voraussetzung für eine hohe Lebensqualität. Dieser Schutz muss jedoch in Einklang mit den wirtschaftlichen, bau- und verkehrspolitischen Interessen unseres Landes gebracht werden.

Es nützt keinem, wenn Sachsen-Anhalt ein großes ökologisches Ausgleichsgebiet zwischen hoch entwickelten Ökonomien wird und der letzte Sachsen-Anhalter im Fellschurz mit Keule auf Mammutjagd geht. Der Landesentwicklungsplan ist eben nicht nur zur Schaffung von Biosphärenreservaten aufgestellt worden, sondern man hat die Entwicklung ausgewogen für das ganze Land zu berücksichtigen.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir benötigen, um wirtschaftlich nicht abhängig zu werden, eine moderne Infrastruktur, die einen gewissen Grad an Flächenverbrauch bedingt.

Meine Damen und Herren, wir haben zum Beispiel im Landesentwicklungsplan vorgesehen, raumordnerisch dahin gehend aktiv zu werden, dass zum Beispiel Ansiedlungen nach dem Zentralen-Orte-Prinzip zu erfolgen haben. Dazu kann ich Ihnen sagen: Unterrichten Sie Ihre kommunalen Vertreter bitte auch über die Initiativen, für

die wir hier fechten, damit in den Kreistagen und in den Stadtparlamenten darauf geachtet wird. Denn es sind doch nicht immer nur das Land oder der Bund, die mit infrastrukturellen oder wirtschaftlichen Ansiedlungsmaßnahmen Flächen in Anspruch nehmen, sondern es ist vor allem die kommunale Ebene, auf der darüber entschieden wird.

Wir haben gerade am Montag in Wittenberg fraktionsübergreifend einstimmig einen Verwaltungsentwurf abgelehnt und haben wertvolles Garten- und Kulturland innerhalb der Stadtgrenzen meiner Heimatstadt vor einer Neuversiegelung bewahrt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben die Neuaufstellung des Landesentwicklungsplans in Angriff genommen, wobei planungsrechtlich der allgemeine Grundsatz des sparsamen Umgangs mit Grund und Boden zur Minimierung der Inanspruchnahme von Flächen zu Verkehrszecken und insbesondere der Minimierung der Versiegelung von Böden zu beachten ist. Hierzu sind im ersten Entwurf des neuen Landesentwicklungsplans bereits Vorschläge zur raumordnerischen Umsetzung dieses Grundsatzes gemacht worden.

Der zuständige Fachausschuss für Landesentwicklung und Verkehr wird sich in absehbarer Zeit mit dem ersten Entwurf des neuen Landesentwicklungsplans befassen. Hierin eingebettet sehe ich die Berichterstattung der Landesregierung für ein nachhaltiges Flächenmanagement in Sachsen-Anhalt als gut aufgehoben an. Genau darauf zielt auch der vorliegende Alternativantrag der Koalitionsfraktionen ab.

Meine Damen und Herren! Ich freue mich auf eine rege Diskussion in den Ausschüssen und bitte um Zustimmung zu dem Alternativantrag von Union und SPD; denn wir nehmen das alles, was Herr Dr. Köck und der geehrte Herr Hauser gebracht haben, zusammen und werden dann gemeinsam mit Ihren Stimmen zu einer erfolgreichen Abarbeitung des Landesentwicklungsplanes kommen. - Danke.

(Zustimmung bei der CDU - Herr Dr. Thiel, DIE LINKE: Na, ja, Herr Scheurell! Keine falschen Versprechungen!)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Herr Scheurell. - Für die FDP-Fraktion kann Herr Hauser noch einmal sprechen.

Herr Hauser (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es hört sich alles gut an, aber ich garantiere Ihnen jetzt schon, der Teufel steckt im Detail. Ich nenne einige Punkte, die uns tangieren werden.

Sachsen-Anhalt liegt in einer für die Agrarwirtschaft günstigen klimatischen Zone. Weltweit könnten wir eine Fläche 120 Millionen ha reaktivieren, ohne dass ein Urwaldbaum gefällt wird. Aber dafür wäre ein erhöhter Düngeraufwand, künstlerische Bewässerung und ein riesiger Aufwand an Landtechnik nötig. Ich möchte nicht - das sage ich Ihnen ganz offen -, dass wir ernährungsmäßig in dieselbe Bredouille kommen wie bei Öl und Gas. Das ist das eine.

Das andere sind die brachliegenden Flächen aus der Nachwendezeit in den Ortslagen. Dafür gibt es kaum

Akzeptanz. Sie sind auch in Bezug auf die Größe ein Problem. Was wollen Sie mit einem Unternehmer machen, der dort nicht hin will? - Da will er nicht hin; er will in das Sülzetal oder nach Barleben. Dort will er hin und woanders nicht. Ich nenne nur die wunden Punkte, die uns ereilen werden.

Dann geht es noch um die Preisgestaltung der Angebotsflächen. Das ist noch ein zusätzliches Zuckerstück.

Wir bleiben bei unserem Antrag. Das war es. - Danke.

(Zustimmung bei der FDP)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Herr Hauser. - Damit ist die Debatte beendet. Wir stimmen jetzt getrennt über die drei verschiedenen Drucksachen ab. Zunächst zu Tagesordnungspunkt 17 a, Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE. Es ist eine Ausschussüberweisung beantragt worden. Weil diese nach meiner Auffassung nach der Diskussion strittig ist, würde ich erst einmal über die Überweisung als solche abstimmen lassen, also darüber, ob der Antrag der LINKEN in die Ausschüsse überwiesen werden soll.

Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind DIE LINKE und die FDP. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Somit wird der Antrag nicht in den Ausschuss überwiesen und wir stimmen darüber direkt ab.

Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das ist DIE LINKE. Wer ist dagegen? - Die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich der Stimme? - Die FDP-Fraktion. Damit ist der Antrag abgelehnt worden.

Wir stimmen jetzt über die Drs. 5/1536 - das ist der Antrag der FDP-Fraktion - und über den Alternativantrag der Koalitionsfraktionen in der Drs. 5/1548 ab. Über diese Anträge ist direkt abzustimmen.

Wir stimmen zunächst über den Ursprungsantrag ab. Wer stimmt diesem zu? - Das sind die FDP-Fraktion und DIE LINKE. Wer ist dagegen? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Damit ist der Antrag abgelehnt worden.

Wir stimmen jetzt über den Alternativantrag ab. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Koalitionsfraktionen und die FDP. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Das ist DIE LINKE. Damit ist der Alternativantrag angenommen worden. Wir verlassen den Tagesordnungspunkt 17.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 18** auf:

Zweite Beratung

Föderalismusreform II solidarisch gestalten

Antrag der Fraktion DIE LINKE - **Drs. 5/737**

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen - **Drs. 5/1512**

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE - **Drs. 5/1550**

Die erste Beratung fand in der 24. Sitzung des Landtages am 13. Juli 2007 statt. Berichterstatterin ist die Abgeordnete Frau Dr. Hüskens. Bitte sehr.

Frau Dr. Hüskens, Berichterstatterin des Ausschusses für Finanzen:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Antrag in der Drs. 5/737 ist in der 24. Sitzung des Landtages am 13. Juli 2007 in die Ausschüsse für Finanzen zur federführenden Beratung und für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien zur Mitberatung überwiesen worden.

Der Finanzausschuss hat sich mit dem Sachverhalt außerordentlich ausführlich befasst. Wir haben in der ersten Beratung in der 35. Sitzung am 17. Oktober 2007 zunächst einen Sachstandsbericht der Landesregierung entgegengenommen und darüber diskutiert. Wir haben in der zweiten Beratung in der 48. Sitzung des Ausschusses am 30. Januar 2008 eine weitere Berichterstattung zum Sachverhalt von der Landesregierung erhalten. In einer dritten Beratung in der 52. Sitzung des Ausschusses am 15. Mai 2008 haben wir uns erneut Bericht erstatten lassen und dann eine vorläufige Beschlussempfehlung erarbeitet.

Der Beschluss wurde selbst dann noch einmal verschoben. Wir haben uns in der vierten Beratung in der 53. Sitzung des Finanzausschusses am 4. Juni 2008 erneut mit dem Sachverhalt befasst und über einen Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD beraten. Die Punkte sind einzeln abgestimmt worden und die dann erarbeitete vorläufige Beschlussempfehlung wurde mit 8 : 2 : 2 Stimmen verabschiedet

(Unruhe)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Frau Dr. Hüskens, warten Sie bitte einen Moment; denn es ist etwas zu laut. Es kommt nicht mehr richtig an. - Ist bei Ihnen angekommen, was ich gerade gesagt habe? - Fahren Sie bitte fort.

Frau Dr. Hüskens, Berichterstatterin des Ausschusses für Finanzen:

und an den mitberatenden Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien überwiesen. Dieser hat die Beschlussempfehlung in der 25. Sitzung am 29. August 2008 behandelt und dem federführenden Ausschuss eine geringfügige Änderung empfohlen.

Der Finanzausschuss hat in der 57. Sitzung am 17. September 2008 die Beschlussempfehlung erarbeitet, die Ihnen heute vorliegt. Dabei hat er den Änderungswunsch des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien berücksichtigt. Die Beschlussempfehlung wurde mit 8 : 2 : 1 Stimmen verabschiedet.

Ich empfehle Ihnen, dieser Beschlussempfehlung zuzustimmen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Frau Dr. Hüskens, danke für die Berichterstattung. - Für die Landesregierung spricht in Vertretung des Staatsministers Robra Herr Minister Bullerjahn. Bitte sehr.

Herr Bullerjahn, Minister der Finanzen:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zum Verfahren selbst muss ich nichts mehr sagen. Frau Dr. Hüskens hat es bereits erwähnt. Am 23. Juni 2008 haben

die Kommissionsvorsitzenden ein Eckpunktepapier zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen vorgelegt. Dieses wurde am 26. Juni und am 3. Juli 2008 in der Föderalismuskommission vorgestellt. Ich habe es auch im Ausschuss vorgestellt.

Im Ergebnis erfolgte die Einsetzung von vier Arbeitsgruppen, deren Aufgabe die weitere Konkretisierung dieser Eckpunkte in Form weitgehend gesetzestechnisch ausformulierter konsensorientierter Lösungsmodelle ist. Wir haben verabredet, aus der Phase der zahlreichen Vorschläge herauszukommen und Vorschläge nur ausformuliert auf den Tisch zu legen. Das hat die Zahl der Papiere ein wenig begrenzt. Trotzdem gibt es aus den einzelnen Ländern enorm viele Vorschläge.

Diese Vorschläge sollen wiederum als Grundlage für die Entscheidungsklausur der Föderalismuskommission in der nächsten Woche, am 16. Oktober, und im November dienen. Wir haben uns vorgenommen, in der nächsten Woche - ich glaube, am Donnerstag - über diese Berichte bzw. über diese Gesetzentwürfe zu diskutieren.

Die abschließenden Beratungen sind für Anfang Dezember 2008 geplant. Das Gesetzgebungsverfahren soll Anfang 2009 stattfinden. Mit diesem Zeitplan würde man Änderungen des Grundgesetzes, insofern diese notwendig sind, noch in dieser Wahlperiode des Bundesrates und des Bundesrates vom Tisch bekommen.

Es gibt vier Arbeitsgruppen. Die erste Arbeitsgruppe, in der der Ministerpräsident mitarbeitet, befasst sich mit dem Thema „Schuldengrenze“. Die zweite Arbeitsgruppe, in der ich mitarbeite, befasst sich mit dem Thema „Steuerautonomie“. Die Arbeitsgruppen 3 und 4 befassten sich mit Verwaltungsthemen und Abweichungsrechten.

Der Diskussionsstand bei den Beratungen ist bei Weitem nicht so vorangekommen, wie wir uns das vor einem Jahr vorgestellt haben. Strittig ist insbesondere die Frage der Gestaltung der Schuldengrenze. Diesbezüglich gibt es bis hin zu den anwesenden Fraktionen unterschiedliche Auffassungen: Soll es nun ein generelles Verschuldungsverbot geben oder soll eine Schuldengrenze eingezogen werden und, wenn ja, konjunkturell oder strukturell? - Es gibt dazu mehrere Vorschläge und auch unterschiedliche Verfahren.

Es gibt auch eine Diskussion über den Umgang mit Hilfesforderungen einzelner Länder. Bremen, Schleswig-Holstein und das Saarland tun sich da hervor. Sie haben aber sicherlich auch gelesen, dass es jetzt Vorschläge gibt, nach der Pro-Kopf-Belastung bei den Zinsen zu gehen. Danach würde auch Sachsen-Anhalt eine Unterstützung erhalten. Ich habe öffentlich gesagt, dass ich mit sehr gedämpften Erwartungen in die Diskussion gehe.

Strittig ist die Finanzierbarkeit der verschiedenen Vorschläge. Die eine Frage ist, ob Ländern geholfen werden soll. Aber die andere Frage, wer das finanzieren soll, ist völlig offen. Man überlegt, ob es über die Umsatzsteuer im Wege eines Vorsteuerabzuges geschehen soll.

All das ist offen, weil man davon ausgeht, dass am Ende ein Paket beschlossen werden soll, in dem die dann noch offenen Fragen zusammengebunden werden. Bei der Lösung der Probleme der Effizienzgewinne, bei Verwaltungsthemen und bei Fragen der Bundessteuerverwaltung ist man noch kein Stück weitergekommen.

Für die Landesregierung steht nach wie vor fest, dass das Thema „Solidarpakt“ nicht anzufassen ist. Das Thema „Länderfinanzausgleich“ kann nicht in der Föderalismuskommission thematisiert werden.

Ich sage Ihnen aber auch: Es gibt Länder, vor allem auf der Geberseite - aber es gibt auch Parteien auf Bundesebene, das will ich der Vollständigkeit halber sagen -, die sich dort andere Strukturen und letztendlich auch eine andere Zusammenarbeit der Länder untereinander vorstellen. Das reicht bis hin zu der Frage, ob es Steuerrückschlüsse geben soll oder ob im Länderrecht Regelungen zu definieren sind, nach denen die Länder weniger Steuern einnehmen können.

Das hat damit zu tun, dass die Länder den Wettbewerb forcieren wollen, auf den wir uns als ostdeutsche Länder wiederum in dieser Situation und mit der derzeitigen Struktur nicht einlassen sollten. Darüber hinaus gibt es zum Wettbewerbsföderalismus sehr verschiedene Meinungen, die immer wieder zutage treten.

Die Zeitschiene ist bekannt. In der nächsten Woche werden wir schauen, wie wir in der Föderalismuskommission diesbezüglich weiterkommen. Beide Vorsitzende drängen auf Lösungen, auf ein Paket, damit die Kommission am Ende nicht völlig ohne Ergebnis dasteht. Aber ich kann Ihnen aus heutiger Sicht nicht sagen, wie das Paket aussehen wird.

Ich sage Ihnen nun meine ganz persönliche Meinung: Die ostdeutschen Länder - das war von Beginn an meine Haltung - können mit den jetzt bestehenden bundesdeutschen Regelungen sehr gut leben.

(Zustimmung von Frau Dr. Klein, DIE LINKE)

Deswegen werde ich meine Entscheidung und die Vorschläge meiner eigenen Fraktion immer an diesen Punkten messen. Ich muss mir keine Gedanken darüber machen, was Länder, denen es wirtschaftlich gut geht, vielleicht bekommen könnten, damit es ihnen noch besser geht, wenn dadurch bei uns das Leben erschwert wird. Das ist mein Bewertungsmaßstab. Ich möchte, dass Sie das ausdrücklich als meine persönliche Meinung auffassen.

Ich weiß aber auch, dass ich mir darin mit dem Koalitionspartner grundsätzlich einig bin. Selbst Liberale aus ostdeutschen Ländern folgen nicht dem, was Liberale - das kann ich gut verstehen - etwa aus der Sicht Baden-Württembergs fordern. Es gibt übrigens auch in der SPD Leute, die den Wettbewerbsföderalismus gern stärken würden.

Ich denke, das Parlament sollte sich, wenn wir die Vorschläge haben, in Gänze damit befassen, damit wir bei der Schlussabstimmung im Bundesrat auch so weit wie möglich die Unterstützung des Parlamentes haben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Herr Minister. - Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Herr Tullner. Bitte sehr.

Herr Tullner (CDU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, wir haben einen Antrag zur Entscheidungsreife gebracht, der eine Weile gebraucht hat. Gleichwohl den-

ke ich, dass er in der entscheidenden Phase der Föderalismusreform, die offensichtlich anbricht, wichtig für die Positionierung unseres Landes und unseres Landtages ist.

Ich hatte am Dienstag die Gelegenheit, an einer Runde teilzunehmen, bei der Herr Oettinger als einer der Moderatoren den Stand des Verfahrens noch einmal beleuchtet hat. Er hat auch darauf aufmerksam gemacht, dass sich der schmale Korridor der Entscheidung nunmehr öffnet, weil die Landtagswahlen nicht mehr kurzfristig im Raum stehen und die Verhältnisse so sind, dass eine Mehrheit gesichert werden kann. Ich denke, der Ausschuss für Finanzen hat gemeinsam mit dem Europa-ausschuss eine maßvolle Positionierung gefunden.

Zur Ablehnung des Antrages der LINKEN wird Frau Fischer nachher etwas sagen. Das schenke ich mir jetzt.

Ich möchte nur noch auf zwei Punkte ausdrücklich hinweisen. Der eine betrifft die Frage des Verschuldungsverbotes oder der Verschuldungsbegrenzung. Ich denke, das ist ein Thema, dessen wir uns unbedingt annehmen sollten. Die CDU-Fraktionen der Landtage von Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen haben sich dazu unlängst eindeutig positioniert. Wir müssen nun gemeinsam überlegen, wie wir das auch in den dafür bestimmten juristischen Schriften einbringen können; das kann die LHO oder die Verfassung sein. Wir wissen, welche Diskussionen diesbezüglich im Raum stehen.

Aber ich denke, wir sollten gemeinsam einen kraftvollen Versuch unternehmen. Dieser sollte auch vor dem Hintergrund unternommen werden, dass wir angesichts der viel beschworenen Finanzkrise, die wir vor uns haben, durchaus das Gefühl haben, dass diese Regelungen besser heute als morgen kommen sollen. Denn an dieser Stelle müssen wir Vorsorge treffen, weil wir alle unsere menschlichen und politischen Schwächen kennen, die bei solchen Fragen immer wieder zum Tragen kommen.

Deswegen verweise ich auf unsere Konzeption zur Schwankungsreserve und auf all die anderen Punkte, die wir beschlossen haben. Diese Kaskade an Schritten müssen wir mit Leben erfüllen, damit wir auch in schwierigen Zeiten die Mechanismen haben, die uns alle begrenzen und beschränken.

Das wird von einigen politischen Kräften in diesem Hause anders gesehen, das wissen wir. Aber wir nehmen auch zur Kenntnis, dass das nicht die Mehrheit im Hause und auch nicht die Mehrheit im Lande ist. Deswegen sollten wir auf diesem Weg fortschreiten.

Im Übrigen kann ich nur das unterstützen, was der Minister an dieser Stelle zum Wettbewerbsföderalismus gesagt hat. Natürlich wissen wir alle von unseren politischen Grundüberzeugungen her, dass Wettbewerb nicht per se etwas Schlechtes ist, aber es muss ein chancengleicher Wettbewerb sein.

Solange dieser aber nicht gewährleistet ist, solange wir im Osten noch an den Transfers hängen, die für uns eine Conditio sine qua non sind, an der wir nicht rütteln werden, und solange wir auch noch nicht die gleichen Chancen haben, wie sie vielleicht in den südlichen Teilen unseres Vaterlandes gegeben sind, müssen wir an dieser Stelle einfach unsere eigenen Interessen mit ins Boot bringen. Deswegen werden wir an dieser Stelle sehr wachsam und sehr vorsichtig sein. Wir unterstützen

die Landesregierung dabei wie immer ausdrücklich, treu und ergeben.

Ein allerletzter Punkt, auf den ich noch hinweisen möchte: Steinbrück hat ein Papier vorgelegt, in dem es heißt, dass Sachsen-Anhalt eventuell an Zinshilfen etc. partizipieren könnte. Diesem Weg würden wir uns nicht verschließen. Wir ermutigen die Landesregierung, diesbezüglich weiter zu verhandeln.

Wir müssen aber realistisch sein angesichts der Interessen anderer Länder. Wir wissen, was Mecklenburg-Vorpommern dazu schon verkündet hat. Das kann man nachvollziehen. Deswegen sollten wir die Erwartungen an dieser Stelle nicht zu hoch schrauben. Wenn es gelänge, wäre das eine schöne Sache und würde uns auch weiterhelfen, aber an dieser Stelle müssen wir sehen, wie die Verhandlungen weiter laufen werden.

Wir hoffen diesbezüglich auf gute Ergebnisse. Wir hoffen überhaupt, dass diese Föderalismusreform zu einem Markenzeichen der Handlungsfähigkeit der großen Koalition im Bund wie im Land wird. Das wäre eine feine Sache. Und auf diesem Weg unterstützen wir alle Kräfte, die daran mitwirken. - Danke.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Herr Tullner. - Für die Fraktion DIE LINKE spricht Frau Dr. Klein.

Frau Dr. Klein (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ja, die Föderalismuskommission II nähert sich anscheinend ihrem Ende - es fragt sich nur, welchem. Bis zum heutigen Zeitpunkt gibt es noch in keinem einzigen Punkt Einigkeit. Die Ergebnisse der vier Arbeitsgruppen sind so, dass es eben nicht zu einem gemeinsamen Bericht der jeweiligen Arbeitsgruppe gekommen ist, sondern dass man nur die verschiedenen Standpunkte aufgelistet hat.

Diese Leistung soll nun in der Klausur der Kommission am 15./16. oder 16./17. Oktober vollbracht werden. Wenn ich die Menge an Papieren durchschau, mit denen wir im letzten Jahr, in den letzten eineinhalb Jahren überschüttet wurden und die gerade in den vergangenen Monaten gekommen sind, dann bin ich ganz nahe beim Finanzminister und möchte sagen: Mir wäre es am liebsten, wenn alles so bliebe wie bisher und wenn es keine Veränderung gäbe.

(Beifall bei der LINKEN)

Denn - auch Sie, Herr Tullner, haben das gesagt - wenn die beiden Spitzen der Kommission unter emotionalem Druck stehen, ein Ergebnis zu erreichen, das einigermaßen brauchbar ist und das nicht nur den Tausch der Kfz- und der Versicherungsteuer betrifft, dann kann uns ein Überraschungspaket vorgelegt werden, von dem wir noch nicht wissen, wie wir als Land damit fertig werden.

Deshalb noch einmal zum Änderungsantrag meiner Fraktion: Als wir im Finanzausschuss die vorläufige Beschlussempfehlung erarbeiteten - das war vor der parlamentarischen Sommerpause -, wurde die Schuldenfrage von den Koalitionsfraktionen und insbesondere von der FDP sehr locker gesehen. Anders ist das unter den gegenwärtigen Umständen und auch angesichts dessen, was uns die Finanzkrise gebracht hat. Dazu ha-

ben wir gestern und heute noch einmal eine ausführliche Diskussion gehört. Eigentlich ist das mehr ein Stochern im Nebel, als dass wir sagen könnten: Okay, das geht alles an uns vorbei.

Auf der einen Seite haben wir eine finanzpolitische Großwetterlage, die sich immer weiter verschärft, und auf der anderen Seite sagt das Land Sachsen-Anhalt: Natürlich sind wir für ein Schuldenverbot oder eine Schuldengrenze.

Dabei ist es völlig schnuppe, ob die Schuldengrenze bei 0,75 % oder bei 0,50 % liegt. - Das ist auf jeden Fall kontraproduktiv. Die politischen Spielräume werden grundlegend eingeschränkt, und die Entscheidung, ob neue Schulden aufgenommen werden oder nicht, muss eine politische Entscheidung sein und nicht eine rechtliche oder verfassungsmäßige.

(Beifall bei der LINKEN)

Damit will ich aber nicht sagen, dass wir eine Neuverschuldung ohne Wenn und Aber befürworten. Im Gegenteil, wir sind bei der letzten Haushaltsberatung durchaus bei der Forderung mitgegangen, dass keine neuen Schulden aufgenommen werden. Wir sind auch der Meinung, dass Schulden getilgt werden sollen, wenn es die Haushaltsslage zulässt.

Aber sich von vornherein durch eine Verankerung in der Landeshaushaltssordnung oder in der Landesverfassung zu binden und bewusst auf eine eigene Entscheidung zu verzichten, das müssen wir als Parlamentarier ablehnen; denn das kann nicht der richtige Weg sein.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Der zweite Punkt unseres Änderungsantrages ist etwas schwieriger. Er bezieht sich auf einen Vorschlag des Bundesministeriums der Finanzen vom 2. Oktober 2008, wie Ländern in Haushaltsnotlagen geholfen werden kann und unter welchen Bedingungen diese Hilfe erfolgt. Ich will dabei gar nicht auf die Hilfe eingehen, sondern auf die Bedingungen. Diese sind es nämlich, die uns umtreiben.

Der Vorschlag sieht vor, dass Länder in Haushaltsnotlagen einerseits befristet Abschläge bei finanzwirksamen Bundesregelungen vornehmen müssen. Finanzwirksame Bundesregelungen sind zum Beispiel die Kosten der Unterkunft, die Kosten bei der überörtlichen Sozialhilfe und das Wohngeld. Das soll dann nur in dem betroffenen Bundesland zulasten der Betroffenen gekürzt werden.

Andererseits sieht dieser Vorschlag vor, dass Aufschläge für finanzwirksame Bundesgesetze vorgenommen werden müssen. Das können Aufschläge auf die Lohnsteuer, auf die Einkommensteuer und auf die Körperschaftsteuer sein. Die Biersteuer wird bei uns wohl nicht gemeint sein; das würde vielleicht bei den Bayern etwas helfen, aber Bayern kommt nicht so schnell in eine Haushaltsnotlage.

(Zuruf von Herrn Kosmehl, FDP)

Das alles soll unter der Aufsicht eines Stabilitätsrates erfolgen, der weitreichende Eingriffsmöglichkeiten haben soll. Das soll auf fünf Jahre befristet sein.

Gut, wir sind im Augenblick nicht in einer Haushaltsnotlage. Aber wissen wir, was kommt, wenn das Schuldenverbot in die Verfassung kommt? Dann können wir sehr schnell in einer Haushaltsnotlage sein.

Wir sind der Meinung, dass ein solcher Vorschlag für die Idee des Föderalismus verheerend ist. Das ist dann nämlich kein Föderalismus mehr, auch kein Wettbewerbsföderalismus. Im Gegenteil: Das ist das endgültige Aus für die Autonomie der Länder.

Ich weiß, dass einige der Meinung sind, dass man erwarten können muss, dass die betroffenen Länder etwas dafür tun, wenn der Bund und die anderen Länder Geld zur Hilfe geben. Das ist richtig. Aber stellen Sie sich einmal die Umsetzung eines solchen Vorschlages für Sachsen-Anhalt vor, auch wenn wir uns jetzt nicht real in einer Haushaltsnotlage befinden.

Seit Jahren gehen schon mehr als genug junge Leute aus dem Land. Angesichts des sich entwickelnden bundesweiten Fachkräftemangels hätten wir bei Steueraufschlägen aber absolut den schwarzen Peter. Wer würde denn hier bleiben, wenn er mehr Lohnsteuer und mehr Einkommensteuer zahlen müsste? Welches Unternehmen würde sich ansiedeln, wenn es noch mehr Körperschaftsteuer zahlen müsste?

Nein, meine Damen und Herren, das kann nicht die Lösung sein. So ein Vorschlag darf nicht Realität werden; denn die Möglichkeit, dass ein Vertreter des Stabilitätsrates dann die Zwangsverwaltung eines Landes übernimmt und dass bundeseinheitliche Regelungen außer Kraft gesetzt werden, war nicht einmal beim Aufbau Ost möglich. Das wäre hier das Ende des föderalen Staates.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Frau Dr. Klein, die Uhr war verkehrt eingestellt. Die Zeit ist um.

Frau Dr. Klein (DIE LINKE):

Ja, aber etwas muss ich noch sagen. Das ist ein Schmeckerchen zum Abschluss.

Der Minister verwies darauf, dass er einmal von 130 Millionen € pro Jahr für Zinshilfen gesprochen hat. Nun gibt es vom 30. September 2008 einen Brief, der vom Senat und vom Bürgermeister der Freien und Hansestadt Bremen unterzeichnet ist. Bremen war nämlich unter anderem aufgefordert, über dieses Modell zur Hilfe für die Länder mit überdurchschnittlichen Zinsausgaben noch einmal zu beraten und es zu berechnen.

Das haben die Bremer, die Saarländer, die Schleswig-Holsteiner und die Berliner auch gemacht. Dabei haben sie erstens festgestellt, dass die für die Hilfe vorgesehnen Mittel in Höhe von 1,2 Milliarden € ohnehin viel zu wenig wären; sie brauchten mindestens 1,4 Milliarden €. Zweitens haben sie beschlossen, dass Sachsen-Anhalt überhaupt nicht mehr mit dazugehört; sie haben Sachsen-Anhalt aus dem Tableau gestrichen und das Geld unter sich aufgeteilt. - So geht es im Augenblick in dieser Kommission zu.

Angesichts dessen würde ich wirklich sagen, es sollte lieber so bleiben, wie es ist. - Ich bitte Sie nochmals um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Es gibt eine Nachfrage.

Frau Dr. Klein (DIE LINKE):

Ach ja, Herr Tullner.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Herr Tullner, bitte sehr.

Herr Tullner (CDU):

Frau Dr. Klein, vielleicht können Sie nun noch geschickt das mit einbauen, was Sie ohnehin noch sagen wollten.

Ich habe noch eine Frage zu den Hilfen, die der Bund oder die anderen Länder theoretisch geben könnten. Sie sagten, das wäre das Ende des Föderalismus.

Ich muss einmal sagen: Wenn ich die Diskussion bei Oettinger richtig verstanden habe, dann schwebt ihm - er ist ja einer der Moderatoren - ein Modell vor, nach dem man für einen gewissen Zeitraum eine wie auch immer geartete Hilfe definiert und das dann an Konditionen bindet, die man dann miteinander verabredet. Das ist ein temporärer Prozess.

Ich muss sagen, das kann man zwar als Ende des Föderalismus verteufeln; aber ich finde, wenn es dem Land mittel- und langfristig hilft, dann ist das doch für einen begrenzten Zeitraum ein normaler und verlässlicher Weg, den wir im Übrigen bei den Kommunen auch praktizieren. Sind Sie darin mit mir nicht einer Meinung?

Frau Dr. Klein (DIE LINKE):

Das ist ja der Unterschied zwischen dem Ziel der Hilfe und dem, was dabei herauskommt. Wenn ich aber die bundesgesetzliche Regelung für die betreffende Zeit außer Kraft setze und Auf- und Abschläge realisieren muss, dann ist darunter nicht unbedingt Hilfe zu sehen, weil ich dann eine extrem andere Situation schaffe, als es sie in allen anderen Ländern gibt.

Bei welchen bundeseinheitlich geregelten Leistungen wollen Sie denn Kürzungen vornehmen? - Das geht nur beim Wohngeld, das geht nur bei den Kosten der Unterkunft und das geht nur bei der überörtlichen Sozialhilfe. Dann müssen wir hier also einerseits mit den Leistungen rapide heruntergehen. Andererseits bleiben nur die drei Steuerarten. Wenn Sie die Umsatzsteuer außer Kraft setzen und sagen, wir erheben einen Satz von 23 % - aber hallo, dann ziehen wirklich alle weg.

(Herr Tullner, CDU: Dann machen wir bei Tierfutter 19 %! Das reicht dann schon!)

Sie können es wirklich nachlesen. Das ist Artikel 109a neu. Mit diesem Vorschlag geht das Bundesministerium der Finanzen in die Verhandlungen.

(Minister Herr Bullerjahn: Die kriegen es aber nicht durch! Das ist schon durchgefallen bei den anderen Ländern!)

- Wollen wir es hoffen.

(Herr Kosmehl, FDP: Papier ist geduldig!)

Also wenn man so etwas liest, dann hört es wirklich auf. Man kann sicherlich sagen, dass dann bestimmte Sachen außer Kraft gesetzt werden.

(Minister Herr Bullerjahn: Es hat uns mehr geärgert, als Sie sich das vorstellen können!)

- Schön, das freut mich.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Frau Dr. Klein. - Für die SPD-Fraktion spricht die Abgeordnete Frau Fischer.

Frau Fischer (SPD):

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Ja, Frau Dr. Klein, Sie bringen das immer mit vielen Emotionen an und ich kann das in diesem Fall natürlich auch verstehen.

Die vorliegende Beschlussempfehlung bedurfte vieler Beratungen im Finanzausschuss, woran Sie erkennen können, dass das Thema nicht einfach zu beraten und auch nicht einfach abzuschließen war. Frau Dr. Hüskens als unsere Berichterstatterin hat dies ja auch sehr deutlich zum Ausdruck gebracht.

Sie wissen, im März 2007 hat die Föderalismuskommision II ihre Arbeit aufgenommen. Sie hat zwei wesentliche Schwerpunkte zur Aufgabe:

Erstens sollten für die schwierigen Finanzfragen, die bei der vorangegangenen Föderalismusreform I offen geblieben waren, Lösungsvorschläge für eine Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen vorgelegt werden mit dem Ziel der Neugestaltung der Finanzbeziehungen zur Sicherung der langfristigen Tragfähigkeit der Staatsfinanzen.

Zweitens sollten gleichgewichtig zu den Finanzthemen die Verwaltungsthemen bei der Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen berücksichtigt werden, zum Beispiel im Sinne konsequenter Einsparungen auf der Ausgabenseite oder der Schaffung notwendiger Handlungsspielräume für die öffentlichen Haushalte usw., und es sollten konkrete Maßnahmenvorschläge zur Entbürokratisierung und Effizienzsteigerung gefunden werden.

Das sind hebre Ziele, deren inhaltliche Umsetzung ich mit Spannung verfolgt habe. Ich war in verschiedenen Gremien und unter anderem auch bei den ersten Anhörungen der Sachverständigen der Föderalismuskommision zu Gast, die sich zunächst mit den Finanzbeziehungen befasst hatten. Nicht nur mir, sondern allen Beteiligten wurde ganz schnell klar, dass eine schnelle Einigung der Länder untereinander und dann auch noch mit dem Bund schwierig wird. Zu groß sind einerseits die unterschiedlichen Voraussetzungen und Interessen der Länder und andererseits die Erwartungen, die an die Ergebnisse der Föderalismuskommision II geknüpft waren.

Als Mitglieder im Finanzausschuss haben wir alle Unterlagen, Anhörungsprotokolle, Stellungnahmen, Bewertungen der Kommissionen der einzelnen Länder, der Sachverständigen, der Parteien usw. erhalten. Mittlerweile stapeln sich diese Akten im Büro in einem ganzen Regal. Nicht alle habe ich ausführlich studiert und vieles nur quergesehen.

Wie schwierig die Arbeit der Föderalismuskommision ist, zeigt ja auch die Tatsache, dass nach eineinhalb Jahren intensiver Arbeit noch immer kein Konsens unter den Ländern und zwischen Bund und Ländern gefunden wurde.

Wir haben es gehört: Im Juni 2008 verständigte sich die Kommission nach Vorlage eines Eckpunktepapiers der beiden Vorsitzenden Dr. Peter Struck und Günther Oettinger auf die Einsetzung von vier Arbeitsgruppen. Ich denke, wir alle warten auf die Vorstellung der Ergebnisse am 16./17. Oktober in der Hoffnung, dass auch wirklich Ergebnisse gefunden werden.

All die vielen Informationen, das Ringen in der Kommission um die Ergebnisse machten uns die Abarbeitung des Antrages der Fraktion DIE LINKE vom Juli 2007 nicht gerade einfach. Bevor die Föderalismuskommision ihre Arbeit beendet, müssen wir aber natürlich zu einem Beschluss kommen. Das haben wir gerade so geschafft.

Die Ihnen vorliegende Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, über die es nunmehr abzustimmen gilt und die als Auftrag an die Regierung zu verstehen ist, hat wesentliche Kernpunkte dieses Diskussionsprozesses aufgenommen.

Punkt 1 - das muss immer und immer wieder angemahnt werden und ist unverzichtbar -: Die geltenden Regelungen zum bundesstaatlichen Finanzausgleich und zum Solidarpakt II dürfen nicht angetastet werden und müssen selbstverständlich bis zum Jahr 2019 bestand haben.

Punkt 2: Das Modell eines kooperativen Föderalismus und die Berücksichtigung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Auch dieser Punkt ist, denke ich, aus unserer Sicht unumstritten.

Punkt 3. Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vor. Mein Kollege Herr Tullner hat schon gesagt, dass wir diesem Änderungsantrag nicht zustimmen werden.

Warum? - Frau Dr. Klein, Sie beantragen zunächst unter Punkt 1 die Streichung des zweiten Satzes:

„Zu unterstützen sind die Bestrebungen im Zuge der Föderalismuskommision II, konkrete und wirksame Schuldengrenzen einzuführen.“

Sie haben es vorhin mit der momentanen Finanzkrise begründet. Aber warum soll dieser Satz denn gestrichen werden? Mit der Formulierung ist unserer Meinung nach eine Flexibilität gegeben, die in bestimmten Haushaltsnotlagen Möglichkeiten eröffnet, und sie lässt unserer Meinung nach genügend Spielraum, um die Landesinteressen zu wahren.

„Wirksame Schuldengrenzen“ heißt doch nicht: Verschuldungsverbot ohne Wenn und Aber. Dann müssten wir ja konsequenterweise ein Verschuldungsverbot in die Verfassung aufnehmen, wie verschiedentlich bereits laut oder leise diskutiert wird - im Zuge der Finanzmarktkrise momentan wohl eher leise.

Außerdem entbindet uns die momentane schwierige und etwas ungewisse Situation nicht von der Pflicht, im Interesse der jetzigen und der nachfolgenden Generationen eine auf Dauer angelegte, nachhaltige Finanzpolitik zu betreiben, nämlich Haushaltskonsolidierung, Schuldentilgung und Schaffung von Freiräumen für die Lösung wichtiger gesellschaftspolitischer Anliegen.

Ich sage es an dieser Stelle auch immer wieder gern: Bei 20 Milliarden € Schulden und 1 Milliarde € Zinsen per anno gibt es aus meiner Sicht gar keine Alternative

zu wirksamen Schuldengrenzen. Deshalb muss Satz 2 unter Punkt 3 der Beschlussempfehlung auch drinbleiben.

Punkt 2 Ihres Änderungsantrages haben Sie sehr ausführlich und emotional begründet. Auch wir lehnen Sanktionen ab, werden dem Punkt aber trotzdem nicht zustimmen, weil es mehrere Überlegungen dazu gibt. Das sind ja nicht die Überlegungen, die zuletzt gekommen sind.

Wenn Sie sich die ganzen Papiere anschauen, dann sind darin viele Überlegungen, die auf Sanktionen abstellen, und auf Möglichkeiten dafür, was einem widerfahren kann, wenn man am Verfahren nicht festhält. Wir sind der Meinung, dass Ihr Grundanliegen unter Punkt 4 unserer Beschlussempfehlung erfüllt ist, nämlich:

„Die eigenständige Haushaltswirtschaft der Länder gemäß Artikel 109 ist nicht zur Disposition zu stellen.“

Damit sind die Eigenständigkeit der Länder und die Budgethoheit ihrer Parlamente garantiert. Ich meine, das ist eindeutig.

Ich denke, Punkt 5 unserer Beschlussempfehlung, die Berichterstattung über den Fortgang der Beratungen in den Ausschüssen für Finanzen und für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien, ist wohl selbstverständlich. So wie wir unseren Finanzminister bisher erlebt haben, können wir davon ausgehen, dass das auch erfolgt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, ich bitte um Zustimmung zu der vorliegenden Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen ohne Änderungen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Es gibt noch eine Nachfrage von Herrn Gallert, Frau Fischer. - Bitte schön, Herr Gallert.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Frau Fischer, ich möchte schon darauf hinweisen, dass hinsichtlich der Begrenzung der Schuldenaufnahme in der aktuellen Diskussion gerade davon gesprochen wird, dass ein Schuldenverbot gesetzlich verankert werden soll. Bis vor 14 Tagen war es noch die Landesverfassung. Jetzt hat Herr Tullner gesagt, es müsse nicht unbedingt die Landesverfassung sein, sondern es könne auch die LHO sein.

Trotz alledem verstehen wir ehrlich gesagt nicht, wie man diese Forderung noch ernsthaft aufrechterhalten kann und gleichzeitig akzeptiert, dass die Bundesregierung eine Sicherung aller Spareinlagen verspricht und den Banken entsprechende Bürgschaften gibt.

An dieser Stelle muss man doch zumindest den Widerspruch artikulieren, wie man im gleichen Atemzug eine solche Schuldengrenzung realisiert, die an sich möglicherweise diskutabel ist, aber mit den Dingen, die wir jetzt erleben, beim besten Willen nicht mehr unter einen Hut zu bringen sind. Man kann entweder für das eine oder für das andere sein, aber nun einmal nicht für beides.

(Herr Tullner, CDU: Doch, das geht!)

Frau Fischer (SPD):

Ich meine schon, dass das eine die momentane Situation ist, die sehr schwierig ist, weil alle noch nicht wissen, worauf es am Ende hinausläuft. Das andere ist aber, gleichzeitig dafür zu sorgen, dass eine nachhaltige Finanzpolitik auch etwas mit Schuldenbegrenzung, mit Schuldenverbot und mit Schuldentilgung zu tun hat. Das eine hat mit dem anderen sehr wohl zu tun. Aber die derzeitige Situation ist, glaube ich, abzukoppeln von dem, was nachhaltige Politik betrifft.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Für die FDP-Fraktion spricht die Abgeordnete Frau Dr. Hüskens.

Frau Dr. Hüskens (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will nicht verhehlen, dass die Liberalen mit der Föderalismusreform II Erwartungen verbunden haben, die, wenn man das Ganze im Augenblick beobachtet, wohl nicht erfüllt werden. Wir können uns mehr Wettbewerb zwischen den Bundesländern vorstellen.

(Beifall bei der FDP)

Aber natürlich sind auch wir realistisch genug, um aus sachsen-anhaltischer Sicht zu wissen, dass ein reiner Wettbewerb zwischen den Bundesländern vom heutigen Standpunkt aus dafür sorgen würde, dass fast alle neuen Bundesländer und auch eine Reihe der alten Bundesländer dabei auf der Strecke bleiben würden. Ich denke, da ist auch eine gesunde Portion Egoismus an der Tagesordnung, sodass wir sagen, dass wir vernünftige Regelungen wollen. Deshalb werden wir der vorliegenden Beschlussempfehlung zustimmen.

Ich glaube, für uns alle ist klar, dass wir an den Regelungen zur Finanzierung des Aufbaus der neuen Bundesländer, die ausgehandelt worden sind, festhalten wollen, und dass wir diese nicht zur Disposition stellen wollen, auch wenn das hin und wieder die eine oder andere nicht ganz unwichtige Kollegin der SPD in Nordrhein-Westfalen noch kraftvoll tut.

Herr Gallert, wir halten aber auch daran fest, dass sich dieses Land dazu bekennt, keine Neuverschuldung zu wollen. Ich halte das auch nicht für einen Zwiespalt, wenn ich sage: Im normalen Geschäft ist es ein Ziel unseres Landes, den Haushalt ohne Neuverschuldung aufzubauen. Ich glaube, dass das, was wir im Augenblick in der Landeshaushaltssordnung und in der Verfassung haben, eher bedeutet, dass man den Haushalt aufstellt plus dem, was man verfassungsmäßig noch darf.

Wenn ich zu einer Grenze eine Ausnahme hinzufüge, dann haben wir als Menschen die Tendenz, diese Ausnahme immer gleich mitzunehmen. Dazu brauchen wir uns nur den Verschuldungsstand anzusehen, den wir derzeit erreicht haben. Ich glaube, das ist nicht zukunfts-fähig.

(Beifall bei der FDP)

Dass wir versuchen, ohne Neuverschuldung auszukommen und einen Schuldenabbau vorhaben, dazu sind wir meiner Meinung nach auch gegenüber kommenden Generationen verpflichtet. Denn das, was wir jetzt tun, ist Leben auf Kosten unserer Kinder und Enkelkinder. Wir

schränken deren Entscheidungsspielräume für die Zukunft ein.

Wir brauchen uns nichts vorzumachen. Wir ärgern uns doch heute schon im Finanzausschuss darüber, dass schon bevor wir auch nur Schnipp gemacht und etwas entschieden haben, knapp 1 Milliarde € aus dem Landeshaushalt weg ist, weil wir die Zinsleistungen erbringen müssen. Daher sind wir gehalten, eine Lösung zu finden.

Dass es dann Situationen gibt, Herr Gallert, in denen sich eine Bundesregierung verpflichtet fühlt, Bürgschaften auszusprechen, müssen wir zur Kenntnis nehmen. Ob das klug ist, weiß ich nicht. Ob das gut war, weiß ich auch nicht. Das wird die Zukunft zeigen.

Dass man solche Ausnahmen aber politisch formuliert, halte ich ebenfalls für menschlich. Die Kanzlerin wollte ganz offensichtlich mit dieser Aussage dazu beitragen, dass es nicht dazu kommt, dass die Bundesregierung die betreffenden Kosten in noch größerer Ordnung tragen muss. So sollte man das Signal verstehen. Ich glaube nicht, dass das verstanden werden kann als Abkehr von einer Konsolidierungspolitik. Ich hoffe zumindest, dass ich das richtig verstanden habe.

Den Änderungsantrag der LINKEN werden wir ablehnen, auch weil ich glaube, dass die dahin gehenden Forderungen, dass der Stabilitätsrat das Recht haben soll, in die Länder hineinzuregieren, bei den Ländern auf vehe-mente Ablehnung stößt.

Ich bin darüber hinaus der Auffassung, dass wir mit dem, was wir unter Punkt 4 unserer Beschlussempfehlung formuliert haben, klar machen, dass wir nicht vor-haben, uns in die Autonomie der Länder, in eine eigenständige Haushaltswirtschaft hineinregieren zu lassen. Das ist, glaube ich, der Ansatz, der uns alle eint. Deshalb werden wir der vorliegenden Beschlussempfehlung zustimmen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Frau Dr. Hüskens. - Wir kommen damit zum Abstimmungsverfahren. Zunächst stimmen wir über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 5/1550 ab. Wer diesem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Fraktionen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt worden.

Dann stimmen wir jetzt über die Beschlussempfehlung in der Drs. 5/1512, also in unveränderter Fassung ab. Wer dieser zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Koalitionsfraktionen und die FDP-Fraktion. Wer ist dagegen? - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Da-mit ist die Beschlussempfehlung so angenommen wor-den. Wir verlassen den Tagesordnungspunkt 18.

Präsident Herr Steinecke:

Meine Damen und Herren! Die letzten beiden Tagesordnungspunkte stehen an. Ich rufe den **Tagesordnungs-punkt 20** auf:

Beratung

Inbetriebnahme des Vattenfall-Kohlekraftwerks in der Lausitz und Konsequenzen für die Energiepolitik Sachsen-Anhalts

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD - **Drs. 5/1537**

Einbringer ist der Abgeordnete Herr Miesterfeldt von der SPD-Fraktion. Danach spricht die Landesregierung und dann treten wir in die Debatte ein. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Herr Miesterfeldt (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auf unserem Planeten, in unserem Sonnensystem und weit darüber hinaus gibt es jede Menge Energie. Seit geraumer Zeit versucht der Mensch durch Energieumwandlung einen Teil davon für sich nutzbar zu machen, damit am Ende zum Beispiel Strom aus der Steckdose kommt.

Einer Meldung des Statistischen Landesamtes konnten wir vor einigen Tagen entnehmen, dass es in der jüngsten Vergangenheit zu einer 15-prozentigen Steigerung der Stromerzeugung im Land Sachsen-Anhalt gekommen ist, was allerdings gleichzeitig zu einer um 17 % höheren CO₂-Emission aus Kraftwerken geführt hat.

Es wird für eine für uns überschaubare Zukunft dabei bleiben, dass die heimische Braunkohle ein wichtiger Energieträger ist. Heute gilt sogar die Steigerung: der wichtigste Energieträger in Sachsen-Anhalt, nämlich mit 58 %.

Ich denke, wir sind als Landtag immer wieder gefordert, uns dazu zu bekennen, dass die Braunkohle ein unverzichtbarer Bestandteil des Energiemixes für Deutschland überhaupt und insbesondere auch für Sachsen-Anhalt bleibt.

(Beifall bei der SPD und bei der FDP)

Wir brauchen die Braunkohle, wir brauchen die Mibrag - ganz gleich, welchen Eigentümer es dann dort gibt, und ganz gleich, aus welcher Herren Länder die Eigentümer kommen. Die Braunkohle bleibt eine wichtige Wirtschaftsgröße in diesem Land. Energie- und Klimapolitik sind aber - das wissen wir alle sehr gut; vielleicht muss man auch sagen „inzwischen“ - inzwischen zwei Seiten derselben Medaille. Das Ziel ist es, eine saubere, klimaverträgliche, sichere und erschwingliche Energieversorgung sicherzustellen. Da wird es uns nicht helfen, wenn wir eine Art der Energiegewinnung gegen eine andere ausspielen; vielmehr brauchen wir beide Arten der Energiegewinnung.

Bei der Verbrennung von Kohle fällt CO₂ an. Es ist eines der wesentlichen Ziele einer klima- und ökologieorientierten Energiepolitik, den Ausstoß dieses Produktes CO₂ erheblich zu reduzieren. In den Blickpunkt rückt dabei immer stärker die so genannte CCS-Technologie. Ich bringe gleich die Übersetzung für die Abkürzung „CCS“ aus dem Englischen ins Deutsche; sie bedeutet: Abscheidung, Transport und Speicherung von CO₂.

Im September - Sie haben das sicher in den Medien verfolgt - hat Vattenfall eine 30-Megawatt-Pilotanlage in Spremberg - uns allen unter dem Namen „Schwarze Pumpe“ gut bekannt - in Betrieb genommen. Die Einweihungsfeier fand damals unter der Überschrift „Vom Labor in die Praxis“ statt.

Einzelne Bestandteile des Prozesses der Verpressung von Kohlendioxid sind schon länger bekannt. Es ist nicht ungewöhnlich, dass CO₂ in geologische Formationen gepresst wird, beispielsweise zur Steigerung der Aus-

beute von Öl- und Gasfeldern. Neu ist daran, dass in diesem neuen Kraftwerk das CO₂ in Größenordnungen abgeschieden und in Erdspeicher verbracht werden soll. Neu ist also die dauerhafte Isolation und die endgültige Speicherung von CO₂.

Dazu sind insbesondere erschöpfte oder teilerschöpfte Öl- und Gasfelder ins Auge gefasst worden. Nicht nur diese, sondern alle nutzbaren Erdgasfelder befinden sich in Norddeutschland, einige davon in unserem Bundesland, nämlich in der Altmark. Zurzeit wird eines besonders ins Auge gefasst: das Erdgasfeld bei Salzwedel nahe dem Ort Maxdorf.

Zukünftig sollen täglich etwa acht bis zehn Lkw über 350 km dorthin fahren und an diesen Ort insgesamt 100 000 t Kohlendioxid bringen. Das Kohlendioxid soll dort anschließend verpresst werden. Nach Angaben von Vattenfall liegt das Gesamtpotenzial dieser Felder bei rund 500 Millionen m³.

Das Erdgasfeld bei Salzwedel ist nahezu ausgeschöpft. Über die Verpressung soll, wie schon ausgeführt, gegebenenfalls eine höhere Ausbeute des restlichen Gases erzielt werden. Der Standort hat - auch da muss man genau hinsehen - über Jahrtausenden bewiesen, dass er dauerhaft dicht ist, zumindest für Erdgas.

Es bleiben Fragezeichen und Fragen, die in näherer Zukunft beantwortet werden müssen. Ich beginne mit etwas, das man sich sehr gut vorstellen kann, auch wenn man diesbezüglich kein Fachmann ist: Wie sicher sind zum Beispiel die alten eingebrachten Bohrlöcher? Wird die Kohlensäure den verwendeten Zement angreifen, gar schädigen und es kommt zu Lecks?

Wir alle wissen, dass Kohlendioxid an sich nicht brennbar, nicht explosiv und nicht giftig ist; wir atmen es ja auch aus - da mag es manchmal giftig sein -;

(Heiterkeit bei der CDU)

ab einer bestimmten Konzentration ist es aber tödlich.

Es ist verständlich, wenn sich vor diesem Hintergrund bei vielen Bürgerinnen und Bürgern, die dort direkt betroffen sind, Unsicherheiten und auch Ängste zeigen, wenn von ihnen deshalb Fragen gestellt werden und es zu Überlegungen dahin gehend kommt, Bürgerinitiativen zu gründen.

Die Bundesregierung und auch die EU setzen sich für die CCS-Technologie ein. Sie sehen in ihr eine Zukunftsoption. Auch die Wirtschaft selbst forciert diese Prozesse.

Es sind aber nicht nur Fragen des Umweltschutzes und der Sicherheit, die zu beantworten sind. Vielmehr sind es auch sehr technische Fragen, die noch auf dem Prüfstand stehen. Durch den höheren Energieeinsatz für die CO₂-Abscheidung verringert sich automatisch der Wirkungsgrad der Kraftwerke. Ist das technisch in den Griff zu bekommen? Ist der heute noch viel zu hohe Kostenaufwand so zu senken, dass der so erzeugte Strom dann noch an den Nutzer verkauft werden kann? Wie kann die Speichersicherheit und die Langzeitsicherheit in den Lagerstätten dauerhaft gewährleistet werden? Wie lange muss ein Monitoring der CO₂-Speicher stattgefunden haben, bis es dazu gründliche, exakte Aussagen geben kann?

Vor allem ist der gesamte Regulierungs- und Rechtsrahmen noch zu setzen. Die gegenwärtige Rechtslage enthält keinerlei Regelungen, die explizit für die CCS-Tech-

nologie geschaffen worden sind. Es ist die Frage zu klären: Ist das CO₂ Abfall oder ist es ein Produkt? - Es sind sehr viele Rechtsbereiche wie das Immissionsschutzrecht, das Abfallrecht, das Bergrecht, das Wasserrecht, die hier angesprochen werden müssen, mit denen diese Technologie in Berührung kommt.

Es ist im Landtag zu klären, welche Bedeutung die CCS-Technologie für die zukünftige Energiepolitik unseres Landes hat. Das Landesenergiekonzept benennt zwar die Potenziale der Kohlendioxide speicherung in der Altmark, weist aber gleichzeitig auf die zum Teil von mir aufgeworfenen offenen Fragen hin.

Die Technik befindet sich noch in der Forschungs- und Entwicklungsphase. Nach heutigem Kenntnisstand ist sie wahrscheinlich erst ab 2020 kommerziell verfügbar und nutzbar.

In Maxdorf soll eine Pilotanlage errichtet werden, für die die Betriebsgenehmigung bereits beantragt worden ist. Es sind also erste Schritte getan; weitere Schritte werden folgen und folgen müssen.

Die Politik wird diesen Prozess intensiv begleiten, aus wirtschaftspolitischen Aspekten, aus energiepolitischen Aspekten, aber auch, weil uns die Sorgen der betroffenen Menschen wichtig sind. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass es zu frühzeitigen Informationen kommt - es haben in der Region bereits Informationsveranstaltungen stattgefunden; weitere sind geplant - und dass es mit allen Beteiligten zu einem rechtzeitigen Dialog kommt. Ich bitte Sie deshalb, diesem Antrag zuzustimmen. Ich denke, wir werden über dieses Thema in diesem Hohen Hause noch des Öfteren zu reden haben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und von der Regierungsbank)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Herr Miesterfeldt. - Ich bitte nun Herrn Dr. Haseloff, für die Landesregierung das Wort zu nehmen. Bitte schön, Herr Dr. Haseloff.

Herr Dr. Haseloff, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Im Zusammenhang mit der Inbetriebnahme des Pilotkraftwerkes mit CCS-Technik, der so genannten Schwarzen Pumpe, durch die Geschäftsführung von Vattenfall sind Fragen zur Sicherheit aufgekommen. Das betrifft auch den geplanten Versuch in der Altmark.

In der Presse wurde das Vorhaben, das Kohlendioxid aus der Lausitz versuchsweise in diese Erdgaslagerstätte zu überführen, ein Enhanced-Gas-Recovery-Vorhaben, sehr unterschiedlich bewertet. Die Beurteilungen reichten von einer solchen Darstellung zum Beispiel in der „Volksstimme“ vom 9. September 2008 bis zu Ablehnung beispielsweise in der „Bild“-Zeitung vom 10. September 2008. Das „Handelsblatt“ ist auf den Rechtsrahmen eingegangen und mahnt den Bund bzw. die EU an. Wer die Presse der letzten Tage beobachtet hat, hat sicherlich gemerkt, wie heterogen sich noch die Gesamtthematik CCS, Erfolgsfähigkeit dieser Technologie, Sicherheitsfragen und Ähnliches im Pressespiegel darstellen.

Zur Klärung der erwähnten Fragen habe ich am 7. Oktober 2008 Vertreter der Unternehmen Vattenfall, Gaz de France Lingen und des Geoforschungszentrums Pots-

dam zu mir eingeladen und habe mit ihnen über alle sicherheitsrelevanten Themen gesprochen.

Das Kraftwerk „Schwarze Pumpe“ in der Lausitz ist eine Pilotanlage. Sie führt verschiedene Prozessstufen mit unterschiedlicher CO₂-Abscheidung. Die Menge ist auf 100 000 t begrenzt. Es handelt sich bei dieser Pilotanlage um ein 30-Megawatt-Kraftwerk. Die Kosten betragen 70 Millionen €.

Für das Lagerstättenfeld Altensalzwedel im Bereich der Erdgaslagerstätte in der Altmark ist durch Gaz de France eine Injektion von CO₂ in Vorbereitung. Eine Genehmigung dafür ist noch nicht erteilt worden. Die bereits errichteten Anlagen wurden unter den Vorbehalt der Gesamtgenehmigung gestellt. Hierbei geht das Unternehmen ein Risiko ein. Das heißt, alle Tätigkeiten und Investitionen, die jetzt laufen, gehen voll zulasten und auf Risiko des Unternehmens. Wir genehmigen entweder oder wir genehmigen nicht. Teilgenehmigungen oder Vorabzusagen gibt es nicht.

Diese CO₂-Injektion ist als so genannte Tertiärmaßnahme geplant. Das heißt, Enhanced Gas Recovery soll vor allem den Nachweis erbringen, dass die Gasausbeute um ca. 20 Millionen m³ erhöht werden kann. Der rechtliche Rahmen für dieses Vorhaben wird, weil es sich um eine zur Gewinnung von Bodenschätzen dienende Maßnahme handelt, aus dem Bergrecht hergeleitet. Allerdings wird bereits jetzt der Richtlinienentwurf der EU berücksichtigt.

Vielleicht kurz zur Erläuterung: Momentan gibt es keinen Rechtsrahmen für CCS in Deutschland. Es gibt nur einen Richtlinienentwurf. Dieser Richtlinienentwurf muss zur Richtlinie werden und dann logischerweise in nationales Recht umgesetzt werden. Man kann aus dem Entwurf der EU nur die ungefähren Linien erkennen, die genehmigungstechnisch eine Rolle spielen werden. Das heißt, alles das, was jetzt dort läuft, kann nur unter Nutzung des traditionellen, herkömmlichen Bergrechts erfolgen und muss mit einer Rohstofflagerstättenerschließung oder Resterschließung begründet werden. Es muss also irgendein Gas - es könnte theoretisch auch Wasser sein - eingebracht werden, um Restmengen an Erdgas auszutreiben. Das ist legitim. Die Erdgaslagerstätte ist Eigentum von Gaz de France. Diese hat die technischen Möglichkeiten, die genehmigungsfähig sind, an der Hand und kann dies tun.

Ob es jedoch CO₂ mit all den Unwägbarkeiten sein muss, das ist in diesem Zusammenhang die Frage. Deshalb machen wir es uns mit der Genehmigung nicht so leicht. Wenn, dann kann es sowieso auf der Basis des Bergrechts eine laufende Genehmigung sein, allerdings schon in enger Verbindung mit den Richtlinienvorgaben der Europäischen Union, falls dieses homogen in einen Verwaltungsakt integrierbar ist.

Bei der Prüfung der Genehmigungsfähigkeit wird auf die Sicherheitsaspekte besonderer Wert gelegt. Das gilt auch für die Über Tageanlage Maxdorf, der Station mit den bereits installierten Tanks für das CO₂. Es sind entsprechende Havariepläne und alle erdenklichen Vorkehrungen für mögliche Störungen vorzulegen. Für die Transportkette wird seitens des Unternehmens Vattenfall die Fahrzeugflotte - neun Tanks pro Tag - trainiert und geschult.

Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens wird vor dem Hintergrund des erheblichen Sicherheitsinteresses kein

Termindruck zugelassen. Dennoch ist an alle Beteiligten die Bitte ausgesprochen worden, möglichst konstruktiv zusammenzuarbeiten. Das nehmen wir erst einmal so hin.

Zu den Kosten im Hinblick auf einen möglichen technischen Betrieb kann zurzeit noch nichts ausgesagt werden. Im Rahmen des Versuches werden ca. 15 Millionen € seitens des Bundesforschungsministeriums ausgegeben und durch das GFZ Potsdam durch umfangreiche Forschungen zu den Themen geologischer Speicher, Bohrungsintegrität und zum Monitoring gesteuert. Das Land ist nicht beteiligt. Allerdings leistet Gaz de France einen bestimmten Anteil, insbesondere im Bereich der Ausrüstungen.

Das Votum des Wirtschaftsministeriums besteht derzeit grundsätzlich darin: Es muss in den Ausschüssen für Wirtschaft und Arbeit sowie für Umwelt ausführlich berichtet, analysiert und Transparenz hergestellt werden. In der Bewertung muss unbedingt berücksichtigt werden, dass es sich hierbei jeweils um ein Pilotprojekt handelt. Die Öffentlichkeitsarbeit - so die Zusicherung des Unternehmens - wird noch verbessert werden.

Ergänzend dazu habe ich vereinbart, dass wir in den nächsten Wochen zum Standort Schwarze Pumpe fahren, uns mit Fachleuten die Anlage vor Ort ansehen und noch gewisse andere Themen besprechen, die vor wenigen Tagen bei mir im Haus mit den vorhin schon genannten Fachleuten nicht abschließend erörtert werden konnten.

Lassen Sie mich noch einige kurze Nachbemerkungen machen.

Erstens. Ich gehe davon aus, dass für die Bundesrepublik, wenn wir einen Verwaltungsakt gesetzt haben, damit zumindest gesamtpolitisch eine gewisse Irreversibilität eingetreten ist. Damit haben wir erst einmal auch unter Nutzung der jetzt formal zur Verfügung stehenden Rechtsmöglichkeiten zumindest zum Ausdruck gebracht: Es geht. CO₂ lässt sich mit all den Dingen, die im Land tatsächlich irreversibel sind, dort gefahrlos ablagern.

Zweitens können wir uns den grundsätzlichen klimapolitischen Zielsetzungen der Bundesrepublik nicht verschließen; denn wenn wir Kohle im Netz halten wollen, spielt die CO₂-Separierung eine deutliche Rolle, dann müssen wir mit dem CO₂ irgendwo hin. Es kann dann nicht beliebig nach dem Verursacherprinzip gefragt werden, sondern es müssen die vorhandenen geologischen Strukturen genutzt werden.

Auf der anderen Seite sage ich Ihnen ganz klar, dass wir in Sachsen-Anhalt für Kraftwerke, die anderswo stehen, bei denen die Wertschöpfung und der Profit anderswo gemacht werden, als CO₂-Senke dienen, obwohl wir selbst ein Braunkohleland sind und auch in unserem Energiekonzept die Altmark als unsere strategische Komponente verstanden sehen wollten. Um gegebenenfalls für unsere eigene Braunkohle eine Zukunft zu haben, brauchen wir ein Kraftwerk. Sie wissen, was alles im Süden steht, auch was an Substitutionsnotwendigkeiten gegenüber den alten Industriekraftwerken und bezüglich der Suche nach strategischen Investoren usw. gegeben ist. Aus diesem Grund wollen wir die Möglichkeit der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung unserer Region nicht verspielen.

Drittens. Wir wissen zwar auf der einen Seite, dass das Verbringen dieser Mengen im Rahmen des Pilotversuches sich in einem Rahmen abspielt, bei dem es um

Promille oder vielleicht um 1 oder 2 % der Volumina, die dort benötigt werden, geht. Wir sind also jetzt sicherlich noch nicht an der Grenze, an der wir existentielle Grundsatzfragen in Größenordnungen beantworten müssen. Aber es gibt bei diesen Dingen eine Irreversibilität, der man sich ab einem bestimmten Punkt, zumal unter bundespolitischem Handlungsdruck, an dieser Stelle technologisch weiterkommen zu wollen und zu müssen, nicht entziehen kann.

Deshalb ist die in den nächsten Monaten anstehende Bearbeitung für uns besonders bedeutsam. Ich möchte Sie als Legislative von Anfang an in diese Prozesse mit einbeziehen - jedoch nicht im Sinne der Delegation eines Schwarzen Peters in den legislativen Raum hinein. Behörden müssen irgendwie arbeiten. Ich möchte aber zumindest von der Akzeptanz her sicher sein, dass diese Entscheidung auch politisch tragbar ist.

Letztendlich - das muss ich an dieser Stelle persönlich sagen -: Wir wissen ungefähr, wie viele Bohrlöcher dort existieren und welche technischen Vorkehrungen im Rahmen der Sicherheitsbewertung beachtet werden müssen. CO₂ ist ein schweres Gas. Tritt es aus, liegt es unten in der Bodenschicht. Der Unfall vor wenigen Wochen in Nordrhein-Westfalen hat gezeigt, was das bedeutet. Dort hat es als einziges Katastrophenszenario einen Hubschrauber gegeben, den man von irgendwoher angefahren hat, der schlicht und einfach mit seiner Verwirbelung versucht hat, das CO₂ wegzubringen. Das kann in der Nähe von Ortschaften nicht die Lösung in einem solchen Fall sein.

Deshalb kann ich heute auch noch nicht sagen, wie das insgesamt ausgehen wird. Ich sage Ihnen nur: An dieser Stelle hat für mich der Sicherheitsaspekt die allerhöchste Priorität. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD - Zustimmung von der Regierungsbank)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Herr Dr. Haseloff. Es gibt eine Nachfrage von Herrn Dr. Thiel. Diese werden Sie sicherlich beantworten.

Herr Dr. Haseloff, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Ja.

Präsident Herr Steinecke:

Herr Dr. Thiel, bitte schön.

Herr Dr. Thiel (DIE LINKE):

Herr Minister, zum Verständnis dessen, was Sie gerade gesagt haben: Der Zusammenhang zwischen der Braunkohlenutzung in Sachsen-Anhalt und der strategischen Vorhaltung der Altmark für diesen Prozess. Wie haben Sie das gemeint? - Wir reden ja nicht über die Egelner Mulde - das ist ja kein Thema mehr -, sondern wir reden unter dem Strich darüber, dass wir in der Altmark ein Kraftwerk bauen wollen und dieses dann mit Braunkohle aus dem Süden Sachsen-Anhalts beliefern wollen. Habe ich das richtig verstanden?

Herr Dr. Haseloff, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Herr Thiel, Sie wissen, dass dazu noch keine Entscheidungen gefallen sind. Die Mibrag ist selbst auf einem Suchweg. Ich habe gerade gestern erst wieder mit Herrn

Geißler gesprochen. Er ist gerade in Kalifornien. Mal sehen, was begleitet werden kann und was insgesamt dabei herauskommt. Wir brauchen jedoch einen strategischen Investor. Dieser wird nur einsteigen, wenn er allein oder in Kooperation mit weiteren Partnern bereit ist, dort investiv tätig zu sein, das heißt, ein Kraftwerk zu bauen.

So ein Kraftwerk fasst im Braunkohlebereich nur jemand an, der eine Verbringungsmöglichkeit für das CO₂ hat. Diese hätten wir im Land mit der Altmark dem Grunde nach. Alles andere, was aus anderen Regionen kommt, ist schlicht und einfach Nutzung unserer Ressourcen, ohne dass wir einen Arbeitsplatz damit geschaffen haben, wenn wir vielleicht einmal die regelmäßige Erneuerung von Straßenbelägen infolge des Lkw-Verkehrs außen vor lassen.

Auf der anderen Seite stehen auch noch Entscheidungen im Altmarkbereich bzw. im Arneburger Bereich bezüglich eines Steinkohlekraftwerkes aus.

Ein Weiteres vielleicht an dieser Stelle: Es handelt sich natürlich trotzdem um objektive Genehmigungsverfahren, die Behörden im Rahmen des geltenden Rechts umzusetzen haben. Dieses - das sage ich aber noch einmal - gibt es in dieser expliziten Natur für CCS noch nicht. Es würde letztlich ein Behelf über das alte Bergrecht und das Austreiben von Resterdgas aus dieser Lagerstätte herangezogen werden müssen, um überhaupt diesen Pilotprojektprozess befördern zu können.

Weil dort auch so viel an Grauzone drinsteckt, wir momentan aber den Ball bei uns im Feld haben, die ganze Bundesrepublik auf uns schaut, wir aus der Zeitung erfahren haben, dass das Pilotprojekt in Brandenburg gestartet wurde und die Verbringung in die Altmark geplant ist und weder die Landesregierung noch die Behörde ausreichend offiziell mit einem Verwaltungsakt konfrontiert oder mit einer expliziten Information versehen worden ist - das ist mehr oder weniger in völlig anderen Bereichen ausgetauscht worden -, ist das für mich - das will ich jetzt nicht bewerten - nicht nur keine besonders optimale Kommunikationsqualität, sondern schlicht und einfach ein Schwarzer-Peter-Spiel, das ich so nicht mitmache und bei dem ich jetzt einmal alle Positionen auf den Punkt bringen möchte. Deswegen habe ich die Herrschaften in dieser Woche auch eingeladen.

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Herr Dr. Haseloff, für die Beantwortung.
- Wir treten dann in die Debatte ein. Die erste Rednerin ist für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Hunger. Sie haben das Wort. Bitte schön.

Frau Hunger (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte vorausschicken, dass wir dem Antrag zustimmen werden, dass die Berichterstattung in den beiden Ausschüssen durchgeführt wird. Ich möchte aber die Gelegenheit nutzen, um trotzdem zu den beiden angesprochenen Punkten noch ein paar Sachen zu sagen.

Präsident Herr Steinecke:

Frau Hunger, darf ich einmal eine Bitte äußern? Ich bekomme Signale, dass Sie schlecht zu verstehen sind. Nicht dass wir wieder Kommunikationsprobleme wie heute Vormittag haben. Vielleicht können Sie ein bisschen lauter sprechen. Vielen Dank.

Frau Hunger (DIE LINKE):

Ich kann es noch höher fahren oder ein bisschen lauter sprechen. Ich kann versuchen, ein bisschen lauter zu sprechen.

(Herr Gallert, DIE LINKE: Ein bisschen lauter!)

Ich muss sagen, ich bin momentan noch ein klein wenig verwirrt, weil eben die Aussage gekommen ist, dass dieser gesamte Prozess über unsere Landesregierung gekommen ist, ohne dass sie rechtzeitig davon informiert wurde. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, ich kann das nicht fassen und auch nicht so ganz glauben.

(Minister Herr Dr. Haseloff: So war es aber!)

Aber vielleicht können wir darüber im Ausschuss noch einmal sprechen.

Im ersten Teil Ihres Antrags beschäftigen Sie sich mit dem Problem der unterirdischen Speicherung des CO₂ in der Altmark. Über diese Technologie, die die neuen Kohlekraftwerke klimaschutzkonform machen soll, kann man sich sehr gut in der Bundestagsdrucksache 16/9896 informieren. Die dortigen Informationen sind sehr ausgewogen. Kritiker wie auch Befürworter kommen zu Wort. Auffällig ist aber, dass sich das Lager der Experten eigentlich fast paritätisch in Befürworter und in Ablehner spaltet.

Deutlich sind aber sehr viele Gründe für eine kritische Sicht auf diese Technologie zu erkennen. Einige davon haben Sie, Herr Miesterfeldt, auch schon angeführt. Wegen der Absenkung des Wirkungsgrades kann man von Ressourcenschonung eigentlich nicht mehr sprechen.

Noch immer unbekannt ist das wirklich vorhandene Speicherpotenzial. Man kennt zwar die Arten von Gesteinsschichten und die Hohlräume, die man nutzen möchte. Aber ob sie wirklich alle geeignet sind, ist bisher völlig unklar. Ich glaube, in der Energiestudie stand, dass die Altmark etwa Raum für die Lebenszeit eines mittleren Kraftwerkes bietet. Ich denke, das ist sicherlich auch eine Schätzung.

Die Fragen der Speichersicherheit haben Sie schon deutlich erläutert. Forschungsbedarf wird für nahezu alle berührten Gebiete wie Materialfragen, Umweltauswirkungen und die Gestaltung des Monitorings gesehen.

Zur technischen Nutzbarkeit ist schon etwas gesagt worden. Frühestens im Jahr 2020 könnte die Verpressung großtechnisch in Angriff genommen werden.

Auch zu den Kosten muss man vielleicht noch einiges sagen. Durch die Wirkungsgradverluste und auch die Kosten für die CO₂-Entfernung, die Speicherung und den Transport rechnet man bis jetzt mit einem Anstieg der Gestehungskosten für den Strom um etwa 50 %. Das würde heißen, dass die Kilowattstunde etwa 6 bis 6,4 Cent kosten würde. Schon heute sind erneuerbare Energien, zum Beispiel Windstrom, in der Lage, diese Kostengrenze zu erreichen.

(Zuruf von der CDU: Wenn der Wind weht!)

- Wenn der Wind weht. Da haben Sie völlig Recht. Bis zum Jahr 2020 könnte sich noch einiges weiterentwickelt haben.

(Herr Gürth, CDU: Bis 13 m pro Sekunde!)

Ich denke, das ist schon ein wesentlicher Punkt, über den man einmal nachdenken sollte, bevor man für die Verpressung sehr viel Geld aufwendet.

Die Frage der Transportsicherheit halte ich gerade auch angesichts der dort lebenden Bevölkerung für ausgesprochen wichtig. Über die Tanks ist bereits gesprochen worden. Ich denke, das ist auch ein sehr sensibles Gebiet. Ich nehme es der Landesregierung wirklich ab, dass sie sich sehr intensiv um eine Sicherung kümmern wird.

Die Frage der Informationspolitik nimmt in dieser genannten Bundestagsdrucksache auch einen sehr breiten Raum ein, weil man eben festgestellt hat, dass die Bevölkerung noch viel zu wenig über diesen Prozess informiert ist. Es wäre meine ganz intensive Bitte, gerade die Bürger noch viel mehr mitzunehmen; denn bei der nötigen vollständigen Neuschaffung des Rechtsrahmens und den ganzen Genehmigungsverfahren, die bei diesem Verfahren notwendig sind, halte ich es für ganz wichtig, dass die Bürger ihr Mitspracherecht behalten.

Sie haben gesagt, das Bergrecht wird zum Einsatz kommen. Wir alle wissen, dass das Bergrecht ein bisschen ein bürgerunfreundliches Recht ist und gerade bezüglich der Beteiligung einige Grenzen setzt. Ich denke, es wird gerade bei dem in Rede stehenden Verfahren notwendig sein, dass die Bürger sich sehr intensiv an den Prozessen beteiligt.

Fazit für diese Speicherung: Ich würde sie als nicht nachhaltig einschätzen. Es werden erhebliche Mittel für ihre Entwicklung eingesetzt. Wir müssen dauerhaft eine Nachsorgelösung schaffen. Das Monitoring - diesbezüglich ist man sich schon jetzt einig - wird über eine sehr lange Zeit notwendig sein. Die Verantwortung dafür wird letztlich wieder in öffentlicher Hand liegen. Gewisse Parallelen zur Atomendlagerung tauchen schon auf, obwohl das Risikopotenzial - das möchte ich klar sagen - natürlich nicht vergleichbar ist.

Wichtig ist mir aber noch folgender kritischer Punkt, wenn ich über diese Technologie spreche. Ich möchte ihn als mentale Wirkung beschreiben. Diese Technologie nährt den falschen Gedanken an die saubere Kohle. Damit wird Sicherheit vorgegaukelt, ein bisschen das Gefühl verbreitet, wir können so weitermachen, wie wir es schon immer gemacht haben. So werden zumindest Anstrengungen zur Nutzung der erneuerbaren Energien behindert.

Ich sehe, es leuchtet schon.

Präsident Herr Steinecke:

Ja, Sie haben die Redezeit schon überschritten.

Frau Hunger (DIE LINKE):

Ich möchte noch ganz kurz auf den zweiten Aspekt des Antrags, nämlich die Konsequenzen für die Energiepolitik eingehen. Damit sind wir wieder beim Kohlekraftwerk, was wir gestern schon angesprochen haben. Ich kann nur die Ministerin unterstützen, die darin eine Gefährdung der Klimaschutzziele im Land sieht. Dieses Kraftwerk passt in den Geist und die Intention des Energiekonzeptes, das wir haben, den zentralen Blick immer noch auf die fossilen Energieträger zu richten.

Für dieses Kraftwerk wird im Entwurf des Landesentwicklungsplans schon der Netzzugang ins 380-KV-Netz unabwiesbar vorbereitet. Damit ist klar, dass es nicht zur Versorgung der Region benötigt wird. Dabei ist gerade die Altmark in ihrer Struktur prädestiniert für dezentrale

und regionale Energieversorgungslösungen, wie sie in Iden bereits vorgenommen werden und wie sie im Harz mit dem Energiepark Drübeck angestrebt werden.

Ich bin weit davon entfernt, den sofortigen Stopp aller Kohlekraftwerke zu fordern. Ich weiß auch, welche Bedeutung die Braunkohle noch für die Energieversorgung bei uns hat. Aber ein Neubau, der die Erzeugungskapazitäten durch die Verbrennung fossiler Rohstoffe erhöht, muss kritisch gesehen werden.

Präsident Herr Steinecke:

Frau Hunger, kommen Sie langsam zum Schluss. Sie sind schon über den - -

Frau Hunger (DIE LINKE):

Ja. Ich habe noch fünf Sätze.

(Unruhe bei der CDU)

Selbst wenn der Betrieb durch Emissionsrechte abgesichert ist - -

Präsident Herr Steinecke:

Sie haben die Redezeit schon überschritten.

Frau Hunger (DIE LINKE):

Dann eben drei. - Selbst wenn der Betrieb durch Emissionsrechte abgesichert ist, bleibt immer noch der Fakt, dass die Kohle aus Australien oder Südafrika kommt. Das hat mit Klimaschutz nichts mehr zu tun; denn auch die EU-Richtlinie und das Kyoto-Protokoll sehen den Emissionsrechthandel nur als einen Punkt zum Klimaschutz und setzen vielmehr auch auf Anstrengungen in anderen Bereichen, eben auch auf dem Verkehrssektor. - Danke schön. Ich freue mich auf die Diskussion im Ausschuss.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Frau Hunger. - Frau Hunger, Herr Nico Schulz hat eine Nachfrage. Wollen Sie die beantworten?

Frau Hunger (DIE LINKE):

Na klar.

Präsident Herr Steinecke:

Das machen Sie. - Bitte schön.

Herr Schulz (CDU):

Frau Hunger, ich hätte eine konkretisierende kurze Nachfrage. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, ist DIE LINKE gegen die Errichtung eines Steinkohlekraftwerks in der Altmark.

Frau Hunger (DIE LINKE):

Ja. Ich halte es dort für völlig unangebracht.

Präsident Herr Steinecke:

Dann kommt noch eine Frage von Herrn Gürth. Wollen Sie die beantworten?

Herr Gürth (CDU):

Ist die LINKE neben der Autobahn in der Altmark auch gegen Kohlekraftwerke? Ist das jetzt mit Bestandteil Ihres Programms?

Frau Hunger (DIE LINKE):

Ja, das habe ich gerade gesagt. Ich halte es an dieser Stelle für völlig überflüssig. Die Altmark ist prädestiniert für regionale Lösungen.

Herr Gürth (CDU):

Sie wollen keine Kohle mehr und Atomstrom sowieso nicht. - Also gibt es Strom, wenn es Wind gibt?

Frau Hunger (DIE LINKE):

Herr Gürth, Sie wissen genauso gut wie ich, dass wir mit den erneuerbaren Energien in der Altmark weit mehr Arbeitsplätze schaffen als mit einem solchen Kohlekraftwerk.

(Beifall bei der LINKEN - Ach! bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Herr Steinecke:

Weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren, sehe ich nicht. Herr Miesterfeldt hatte signalisiert, dass er nicht noch einmal einen Beitrag leisten möchte. Er hatte ja die Einbringung schon vorgenommen.

Wir kommen dann zu dem Beitrag der FDP-Fraktion. Der Abgeordnete Herr Franke hat das Wort. Bitte schön, Herr Franke.

Herr Franke (FDP):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich gehe jetzt nicht auf die Rede von Frau Hunger ein.

(Herr Kosmehl, FDP: Doch, doch!)

Wir hatten am Montag dieser Woche die Energiekonferenz. Ich glaube, dort wurde die Energiefülle, die uns erwartet, sehr deutlich dargestellt. Die Atomenergie wird wegfallen und die erneuerbaren Energien werden diese Lücke in den nächsten 20, 30 Jahren nicht füllen können. Wir werden damit weder das Problem der Versorgungssicherheit noch das Problem des Klimawandels bzw. der CO₂-Emissionen in die Luft lösen. Damit bin ich eigentlich bei dem Antrag.

Ich bin jetzt doch ein bisschen durcheinander gekommen durch die Behauptung, wir würden die Altmark auf der Basis nachwachsender Rohstoffe und erneuerbarer Energien mit Strom versorgen können. Das ist an den Haaren herbeigezogen.

(Herr Dr. Thiel, DIE LINKE: Das hat keiner gesagt, Herr Franke!)

Dem Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD zur Inbetriebnahme des Vattenfall-Kohlekraftwerkes in der Lausitz und zu den Konsequenzen für die Energiepolitik in Sachsen-Anhalt, verbunden mit der Bitte an die Landesregierung, im Wirtschaftsausschuss darüber zu berichten, stimmt die FDP in vollem Maße zu. Wir gehen dabei mit.

(Zuruf von Frau Weiß, CDU)

Sehr Skeptisch sehen wir allerdings den Prozess von CCS unter vielen Aspekten. Die meisten davon sind heute schon angesprochen worden. Dass es auf der einen Seite eine Brückentechnologie sein kann, dass auf der anderen Seite noch eine ganze Menge Fragen offen sind, ist von vielen meiner Vorfahnen dargestellt worden. CCS ist durch das Kyoto-Protokoll nicht berücksichtigt worden.

Die erneuerbaren Energien - um wieder darauf zurückzukommen - und eine Effizienzsteigerung bei den erneuerbaren Energien bringen höhere Beiträge für den Klimaschutz als eine Abscheidung von CO₂ bei den Kraftwerken. Ich beziehe mich hierbei im Übrigen - Frau Hunger hatte ihn schon erwähnt - auf den Bericht des Ausschusses für Bildung und Forschung des Bundestages - Technikfolgenabschätzung - bzw. auf eine Forschungsarbeit im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, wo all die Fakten noch einmal deutlich aufgeführt wurden.

Wir haben einen erheblichen Forschungsbedarf. Das wurde schon mehrmals festgestellt. Die Wissensdefizite gerade im Bereich der geologischen Lagerung sind noch enorm. Dass eine großtechnische Reife erst in 15 bis 20 Jahren erreicht werden kann, ist auch gesagt worden.

Frau Hunger hatte gesagt, die Stromgestehungskosten seien um 50 % höher. Das betrifft den Fall, dass die Energieerzeugung über Erdgaskraftwerke erfolgt. Bei Kohlekraftwerken geht es um eine Verdopplung des Preises.

Da frage ich mich: Wie funktioniert das nachher mit der Wettbewerbsfähigkeit zwischen Kohlekraftwerken, die keine Abscheider für CO₂ haben, und den Kraftwerken, die mit der CCS-Technologie ausgestattet sind? - Erreicht werden kann doch eine Förderung nur, wenn man den Weg der CO₂-Vermeidung belohnt, indem die CO₂-Zertifikate so teuer werden, dass die Kraftwerke mit CCS-Technologie im Wettbewerb mit den konventionellen Kraftwerken standhalten können.

Ob das der Weg ist, den wir wollen, weiß ich nicht. Wenn ich die Stimmung in der Bevölkerung zur Entwicklung der Strompreise richtig wahrnehme, stellen sich bei mir viele Fragen. Im Hinblick auf die Verdopplung der Strompreise, die ich schon nannte, kann ich auch nicht mitgehen.

Meine Redezeit geht zu Ende; ich habe noch gar nicht viel geschafft,

(Heiterkeit)

vor allen Dingen, was die Sicherheitsfragen betrifft.

Herr Miesterfeldt hat es vorhin gesagt: Neun Tankzüge mit jeweils 22,5 t verflüssigtem CO₂ werden täglich von der „Schwarzen Pumpe“ in der Lausitz nach Maxdorf in die Altmark gebracht. Ich habe einmal nachgerechnet: Das ist eine Strecke von 344 km, vier Stunden Fahrt auf der A 2 bei Magdeburg entlang und dann auf der B 71 weiter. Dabei habe ich noch nicht einmal den CO₂-Ausstoß berechnet. In den nächsten drei Jahren sind das immerhin 100 000 t CO₂, die hier transportiert werden sollen.

Eine für später geplante Ersetzung des Lkw-Transports durch Pipelines - wie es mir jemand erzählt hat - ist nicht so einfach, wie es sich das Wirtschaftsministerium vor-

stellt. Wir können die alten Pipelines nicht nutzen. Es müssen neue Pipelines gebaut werden, vor allem Pipelines, die der Korrosionswirkung von CO₂ widerstehen.

Die Frage war auch, inwieweit der rechtliche Rahmen gegeben ist. Was haben wir hier? Haben wir beim Verpressen von CO₂ eine Wiederverwendung oder haben wir eine Abfallbeseitigung? Wirkt dann das Abfallrecht oder haben wir eine Endlagerung? - All diese rechtlichen Dinge - das ist breit ausgeführt worden, auch vom Minister - sind noch nicht klargestellt.

Ich möchte zum Schluss doch noch ein Zitat aus der Bundestagsdrucksache 16/9/896 vortragen. Auf Seite 5 heißt es:

„Das größte Problem für die Speichersicherheit sind alte, aufgegebene Bohrlöcher, die in Öl- und Gasfeldern zum Teil in großer Anzahl vorliegen können. Das Auffinden und insbesondere das Abdichten aller Bohrungen ist aufwendig und kostspielig. Bohrungen können für das injizierte CO₂ einen direkten Weg zurück an die Erdoberflächen eröffnen. Dies ist vor allem in Erdgas- und Erdöllagerstätten von Bedeutung und stellt hier das größte Leckrisiko dar. Nicht immer sind alle aufgegebenen alten Bohrungen im Feld bekannt. Selbst wenn diese nach den anerkannten Regeln der Technik versiegelt wurden, könnten die verwendeten Materialien wie Stahl und Portlandzement eine ungenügende CO₂- bzw. Säurebeständigkeit aufweisen.“

Wir hatten in der Altmark einen Landrat, der war Geologe. Ich weiß nicht, ob er alle 600 Bohrlöcher

Präsident Herr Steinecke:

Herr Franke - -

Herr Franke (FDP):

- ich komme jetzt zum Schluss - gekannt hat. Auf alle Fälle ist das ein Problem, auf das wir in der Zukunft, wenn es zu einer Verpressung kommen sollte, reagieren müssen.

Ein Hinweis noch - Herr Miesterfeldt hat es vorhin angeprochen - zu den Gefahren von CO₂: Bei einer Konzentration von 3 % in der Luft kommt es zu Kopfschmerz und Übelkeit, bei einer Konzentration von 8 % führt CO₂ innerhalb von 30 bis 60 Minuten zum Tod. Das wollte ich nur noch einmal gesagt haben. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der FDP)

Präsident Herr Steinecke:

Herr Franke, warten Sie einmal. Laufen Sie nicht so schnell weg. Frau Hunger hatte noch eine Nachfrage. Wollen Sie sie beantworten? - Ich schätze, das wollen Sie.

Herr Franke (FDP):

Ja, gern.

Präsident Herr Steinecke:

Frau Hunger, bitte.

Frau Hunger (DIE LINKE):

Ich muss Sie noch einmal nach der Stromlücke fragen. Ist Ihnen bekannt, dass das Bundesumweltamt vorgerecknet hat, dass diese Stromlücke in keiner Weise existiert, wenn wir die geplante Energieeinsparung von 11 % wirklich erreichen? - Das tun wir zurzeit nicht, das ist richtig.

Herr Franke (FDP):

Wir haben in den letzten Jahren eine Erhöhung des Verbrauchs an Energie zu verzeichnen gehabt. Sie können mir doch nicht erzählen, dass wir in den nächsten zehn Jahren eine Absenkung des Energieverbrauchs haben werden.

Frau Hunger (DIE LINKE):

Wollten Sie damit sagen, dass wir das Klimaschutzprogramm der Bundesregierung in die Tonne treten sollten?

Herr Franke (FDP):

Nein, aber das sind doch die Fakten.

Frau Hunger (DIE LINKE):

Dann frage ich Sie: Ist Ihnen bekannt, dass wir Energie in einer Größenordnung exportieren, die etwa dem halben Energiebedarf von Dänemark entspricht?

Herr Franke (FDP):

Ja, wir importieren aber auch Energie, und das werden wir in Zukunft noch viel mehr tun, vor allem Atomstrom aus Frankreich.

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank für Ihren Beitrag, Herr Franke. - Die Wortmeldung von Herrn Krause habe ich fast übersehen. Entschuldigung.

(Unruhe - Herr Tullner, CDU: Könnt ihr das nicht unter euch klären?)

Sie wollen doch sicherlich auch noch die Frage von Herrn Krause beantworten, Herr Franke?

Herr Franke (FDP):

Ja, gern.

Präsident Herr Steinecke:

Bitte schön.

Herr Krause (DIE LINKE):

Ich hätte mich nicht gemeldet, wenn ich nicht gewusst hätte, dass Herr Franke auch beim Hansetag auf dem Wirtschaftsforum Beifall geklatscht hat, als der Vertreter von E.on Avacon - ich muss sagen, ich war ein bisschen skeptisch - dort vor einem riesigen, auch internationalen Publikum kundgetan hat, dass die Altmark in der Lage sei, sich über Bioenergie und nachwachsende Rohstoffe energetisch zu versorgen.

Diese Aussage wurde dort getroffen und von Herrn Franke auch mit Beifall bedacht. Sagt das Frau Hunger, so schüttelt er den Kopf.

Nur eine Anmerkung dazu: Bioenergie und regenerierbare Energien stecken nicht bloß in Biomethangas und Gülle. Wir hatten gestern Abend eine parlamentarische Begegnung, an der mehrere Abgeordnete teilgenommen haben. Der Vertreter aus Arneburg - ich habe es nicht genau im Kopf - hat hervorgehoben,

(Zuruf von Herrn Gürth, CDU)

dass das Biokraftwerk weit mehr als 100 Megawatt und damit - abgesehen davon, dass es den Energieverbrauch des Betriebes deckt -, wenn ich es kurz überschlage, mehr Energie ins Netz einspeist als die Hälfte der altmärkischen Haushalte verbraucht. Das ist auch Bioenergie. Das sollte man bedenken, wenn man darüber redet, was man alles kann und nicht macht.

Präsident Herr Steinecke:

Also, Herr Krause, haben Sie jetzt interveniert? Das war keine Frage.

Herr Franke (FDP):

Nein, ich habe das als Frage verstanden.

(Herr Gürth, CDU: Es war keine Frage!)

Präsident Herr Steinecke:

Herr Franke versteht das als Frage. Dann gebe ich ihm noch einmal kurz das Wort. Bitte.

Herr Franke (FDP):

Herr Krause, ich bin ein höflicher Mensch und werde immer applaudieren, wenn jemand bei einer Konferenz etwas Vernünftiges

(Zuruf von Herrn Krause, DIE LINKE)

oder auch etwas Unvernünftiges sagt.

Wir waren auf der Energiekonferenz. Dort hat Herr Aeikens - ich weiß nicht, ob er noch da ist - sehr ausführlich dargestellt, welche Konfliktsituation es zwischen der Energieproduktion auf dem Feld und der Lebensmittelherstellung gibt. Ich denke, in der Altmark sind die Möglichkeiten für den Anbau von nachwachsenden Rohstoffen für den Energiebereich ausgereizt.

Angesichts dieser Konfliktsituation wundert es mich ganz besonders, dass die Frage von Ihnen gestellt wird. Auf der einen Seite verbrennen wir Getreide und Mais und machen daraus Energie. Auf der anderen Seite haben wir weltweit steigende Lebensmittelpreise und auch Regionen, in denen Lebensmittelknappheit herrscht. Diese Frage wundert mich dann doch.

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Herr Franke, für Ihren Beitrag und für die Beantwortung der Fragen. - Jetzt erteile als letztem Deutschenredner Herrn Stadelmann das Wort. Bitte schön.

Herr Stadelmann (CDU):

Werter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir wollen mal wieder auf das eigentliche Thema zurückkommen; denn die letzten Punkte, die besprochen worden sind, haben damit gar nichts zu tun.

Lassen Sie mich zunächst richtig stellen, damit das nicht in den falschen Hals kommt: Bei dem gesamten Vor-

haben bewegen wir uns nicht im rechtsfreien Raum. Es gibt einen Antrag auf einen Sonderbetriebsplan von Gaz de France Deutschland für dieses Enhanced Gas Recovery. Das ist eine bewährte Technologie, die weltweit an vielen Stellen angewendet wird, zurzeit überwiegend auf Ölfeldern. Aber je mehr die Gasfelder ausgebeutet werden, wird diese Technologie auch auf Gasfeldern angewendet.

Das Problem, das Minister Haseloff bezüglich der Pilotanlage von Vattenfall angesprochen hatte, ist folgendes: Wir haben zwei Projektpartner, die beide nicht den „Blauen Engel“ gewinnen wollen, sondern die Geld verdienen wollen und müssen.

Der Konzern Vattenfall muss sich, wenn er weiter Kohlekraftwerke bauen will, Gedanken darüber machen, wie er das hinbekommt. Das wird er nur hinbekommen, wenn die CO₂-Abscheidung auf irgendeine Art realisiert werden kann. Dann muss das CO₂ aber irgendwo hin. Vattenfall hat für die Pilotanlage in der Lausitz auch andere Möglichkeiten, das CO₂ loszuwerden, wenn man es nicht in der Altmark verpressen kann.

Der andere Projektpartner ist Gaz de France Deutschland. Diese Firma hat dort ein Erdgasfeld, auf dem noch etliche Altmärker arbeiten; das muss man auch mal sagen. Dort gibt es Arbeitsplätze und diese sollen auch erhalten werden. Dieses Erdgasfeld sollte schon - ich kann mich daran erinnern - drei- oder viermal geschlossen werden, je nachdem, wie der Erdgaspreis war und damit die Antwort auf die Frage, ob sich die Förderung noch lohnt oder nicht.

Zurzeit ist der Preis relativ hoch. Deswegen versucht man, die letzten Vorkommen - ca. 15 bis 20 % - , die dort noch vorhanden sind, auszubeuten. Das gelingt natürlich besser, wenn man Zusatzgas einpresst, wie es bei der Förderung von Öl zum Beispiel auch getan wird. Der glückliche Umstand, dass Vattenfall CO₂ loswerden muss und Gaz de France Deutschland CO₂ braucht, um sein Feld weiter zu betreiben, hat zu dieser Kooperation geführt. Es gibt Verträge. Es gibt Forschungsaufträge.

Die an dem Projekt beteiligten Vertreter beider Konzerne sagen selber und haben auch auf einer Informationsveranstaltung, auf der auch Herr Miesterfeldt anwesend war, gesagt: Im Moment gibt es mehr Fragen als Antworten. - Selbstverständlich gibt es die und deshalb machen wir ein Pilotprojekt. Aber mehr Fragen als Antworten gab es auch, bevor der erste Katalysator in ein Auto eingebaut wurde und er hat es allein auch nicht gebracht. Erst die Breitenanwendung bringt nachher überhaupt einen Effekt.

Zum Thema Sicherheit möchte ich auch noch ein paar Worte sagen. Als in den 60er-Jahren - ich glaube, 1968/1969 war es - das Erdgasfeld in der Altmark angebohrt wurde, hatte es einen Druck von 430 Bar. Jetzt messen wir oben an den Sonden noch einen Druck von 30 Bar. Das ist ungefähr der Druck, mit dem das Wasser aus einem Feuerwehrschaal kommt. Das heißt, der Druck ist nicht das Problem.

Als zu Anfang mit einer Technik gebohrt wurde, die von hinter dem Ural kam, wurden durch den Druck des Zechsteinsalzes, das über der Gaslagerstätte liegt, die Bohrlöcher mehrfach zusammengedrückt, weil dieses Salz quasi flüssig vorliegt. Es ist also eine natürliche Sicherheit vorhanden. Der Druck von 430 Bar hat 200 Millionen Jahre lang dort unten angelegen. Das ist nicht das Problem.

Selbstverständlich sind die alten Bohrlöcher ein Problem. Sie müssen ertüchtigt werden. Dazu gibt es Forschungsbedarf. Das Bundesministerium für Forschung und Technologie sowie das Ministerium für Bildung sind dabei. Es wird ein Forschungsprojekt unter Beteiligung von 16 oder 19 verschiedenen Forschungseinrichtungen in der Altmark durchgeführt. Dazu wird es ein Informationszentrum geben. Dieser Technologiepunkt wird weltweit bekannt werden und wird beobachtet werden. Ich denke, das können wir uns als Land Sachsen-Anhalt - natürlich muss ich auch als Altmärker sprechen - durchaus zumuten.

Ich denke auch, dass die Akzeptanz in der Bevölkerung der Altmark am größten ist, einfach deshalb, weil sie seit 30 Jahren mit der Erdgasförderung und mit allem, was damit zusammenhängt, lebt. In diesen 30 Jahren hat es keinen ernsthaften Unfall bei der Gasförderung oder bei der Gasverteilung gegeben. Das muss man auch einmal dazu sagen.

(Zustimmung von Frau Weiß, CDU)

Ich meine, dieses Pilotprojekt ist nirgendwo sicherer und besser aufgehoben als dort, wo es jetzt durchgeführt wird. Wir sollten auch politisch zeigen, dass wir das unterstützen wollen. - Schönen Dank.

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Herr Stadelmann. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Wir sind damit am Ende der Debatte. Wir können direkt abstimmen. Ich lasse über die Drs. 5/1537 abstimmen. Wer dieser Drucksache seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Zustimmung bei allen Fraktionen. Ich erspare mir die Gegenprobe und die Frage nach Enthaltungen.

Damit können wir den Tagesordnungspunkt 20 verlassen und sind schon sehr schnell beim letzten Tagesordnungspunkt. Den Tagesordnungspunkt 22 hatten wir bereits gestern abgehandelt.

Ich komme zu dem **Tagesordnungspunkt 21:**

Erste Beratung

Inanspruchnahme der EU-Schulmilchbeihilfe und des EU-Schulobstprogramms

Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 5/1538

Einbringer ist der Abgeordnete Herr Czeke, DIE LINKE. Bitte schön, Herr Czeke, Sie haben das Wort.

Herr Czeke (DIE LINKE):

Herr Präsident, vielen Dank. - Mir wird oft nachgesagt, ich würde die Europäische Union immer nur kritisieren. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie werden gleich merken, ich kann auch ganz anders.

(Oh! und Zustimmung bei der CDU)

Die EU macht mir zurzeit - ich hoffe, auch Ihnen - doch einige Freude. Ich denke zum Beispiel an die geplante Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs oder auch an die Schulmilch.

(Herr Schulz, CDU: Sind Sie in Erwartung?)

- Das ist seinerzeit nur Zeus gelungen. - Heute haben Sie einen Antrag vorliegen, der meine zwei Herzen höher schlagen lässt, eigentlich sogar drei: mein soziales Herz, mein europäisches Herz - sehr wohl, ich habe eines - und mein Herz als Landwirt.

(Zurufe von der CDU)

- Doch, eigentlich drei.

Getreu dem alten Medizinerleitspruch „In einem gesunden Körper steckt ein gesunder Geist“ hat sich die Europäische Union bereits seit mehr als 30 Jahren mit einer Regelung beschäftigt, die sowohl einen Beitrag zur gesunden Ernährung unserer Schulkinder leisten soll, als auch den Absatz der Milch des regionalen Landwirts und so dessen Lebensunterhalt fördern soll.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich spreche von der europäischen Schulmilchbeihilfe, die Schülern auf Antrag für den Kauf von Milch bzw. Milchprodukten in der Schule gewährt wird. Es ist nicht automatisch eine Schule, die in der Statistik erscheint, und dort gibt es Schulmilch. Es geht um die Förderung von Schulmilch mittels einer Beihilfe.

Bei genauer Berechnung, nimmt man einmal den Höchstförderbetrag von - in der EU ist alles exakt geregelt - 18,15 € pro 100 kg bzw. rund 97 l Milch und die förderfähige Menge Milch pro Schulkind von einem Viertelliter, so ergibt sich ein Betrag von rund 5 Cent pro Schulkind und Schultag, der von der EU übernommen werden kann.

Das klingt nicht viel, jedoch ergibt sich pro Jahr bei einem durchschnittlichen Wert von 195 Schultagen ein Betrag von 9,75 € pro Jahr und Schüler.

In der heutigen Zeit, in der sich Kinder und Jugendliche immer weniger bewegen, wäre es läblich, wenn sie, wie wir gestern Abend gehört haben, in die Bibliothek gehen und sich dort ein Buch ausleihen oder sich an der frischen Luft betätigen würden, anstatt zu Hause „herumzuhängen“, sei es vor dem Fernseher, der Playstation oder dem Computer. Wenn Bewegung an frischer Luft schon nicht im Schulport geschieht, dann vielleicht außerschulisch in einer AG oder in den Vereinen.

In dieser hektischen Zeit, in der sowohl bei den Eltern als auch bei den Kindern immer weniger Zeit für eine ordentliche Ernährung im Sinne von ausgewogenen, geschweige denn von gemeinsamen Mahlzeiten bleibt, meine Damen und Herren, ist es unbedingt notwendig, dass wir jeden kleinen Beitrag zur gesunden Ernährung leisten und die Ernährungserziehung zu schätzen und zu nutzen wissen. Ich denke, das war auch das Anliegen von Kultusminister Olbertz, als er diesen Hinweis am 22. August 2008 in seinen Informationen zur Gesundheitserziehung am Schuljahresbeginn mit dem Ziel einbaute, eine gesündere Ernährung zu erreichen.

Studien belegen, dass sich eine große Zahl von Kindern zu einseitig ernährt. Das heißt, dass sie keine Milch, kein Obst oder kein Gemüse zu sich nehmen oder dass sie unregelmäßig essen, zwischendurch häufig nur kleine Snacks knabbern, die meist zu süß oder zu salzig sind, und dass sie viel zu viel und viel zu oft Fastfood essen. Die Folge dieser Ernährung können unter anderem Übergewicht, Diabetes oder Herzkrankheiten sein. Einer solchen Entwicklung muss entgegengewirkt werden.

Mit diesem Programmentwurf soll dem vonseiten der EU entgegengewirkt werden. Deshalb plädiere ich dafür, dass wir uns in den Ausschüssen für Ernährung, Land-

wirtschaft und Forsten, für Soziales sowie für Bildung, Wissenschaft und Kultur darüber verständigen, wie die Wahrnehmung dieser EU-Schulmilchbeihilfe bei den Schülern und Eltern verbessert und damit die Inanspruchnahme erhöht werden kann.

Ich habe den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten deshalb als ersten genannt, weil auf europäischer Ebene immer die Agrarkommissarin zu diesem Thema Bericht erstattet und weil in Sachsen-Anhalt die Agrarministerin, die heute aufgrund einer Erkrankung entschuldigt fehlt, die Anfrage meines Kollegen aus dem Jahr 2006 beantwortet hat.

Im Moment wird die Möglichkeit der finanziellen Unterstützung von den Schülern und ihren Eltern kaum wahrgenommen bzw. sie ist ihnen nicht bekannt - das meine ich überhaupt nicht negativ. Deshalb können die Schülerinnen und Schüler auch nicht davon profitieren.

Darüber hinaus wird von vielen Schulen darauf hingewiesen - das ergab die Antwort auf die Kleine Anfrage aus dem Jahr 2006 -, dass sie sowohl von den personnel und als auch von den infrastrukturellen Bedingungen her gar nicht in der Lage sind, die Versorgung mit Milch und Milchprodukten zu gewährleisten. Viele Schulen nehmen leider nicht nur nicht an dem Schulmilchprogramm teil, sondern bieten überhaupt keine Milch an. Oftmals gibt es nur Getränkeautomaten, an denen die Schüler ein extrem zuckerhaltiges dunkles Limonadengetränk oder Eistee kaufen können.

Meine Damen und Herren! Das darf aus unserer Sicht nicht sein; daran muss gearbeitet werden. Wir wollen gleichzeitig in den drei genannten Ausschüssen darüber reden, wie ein ähnliches Programm wie das, welches die EU derzeit im Entwurf vorlegt, für das Schuljahr 2009/2010 aufgelegt werden kann. Damit soll, wenn die EU die finanziellen Voraussetzungen für das Schulobstprogramm schafft, kostenloses Schulobst bzw. -gemüse in den Schulen angeboten werden.

Dafür, dass die Möglichkeit gegeben ist, bedanke ich mich außerordentlich bei der Stadtratsfraktion DIE LINKE in der Landeshauptstadt. Mein Kollege Bernd Krause, der dort Stadtrat ist, hat den Fachbereich Schule und Sport gebeten, eine Erhebung für die Landeshauptstadt vorzunehmen. Herr Krüger hat sehr schnell geantwortet.

Es haben sich alle 33 Grundschulen der Stadt Magdeburg gemeldet. Davon nehmen 16 Schulen an der Milchversorgung teil. Von insgesamt 2 270 Schülern an diesen 33 Schulen sind 1 170 Milchtrinker, also fehlen uns noch 1 100. Die Teilnahme der Schüler in den einzelnen Schulen unterliegt einer Bandbreite von 25 % bis 96 %. Bei den Schulen, in denen 96 % der Schüler Milch trinken, muss man nicht mehr großartig hinterher sein. Aber bei denen, die lediglich eine Teilnahmequote von 25 % melden können, sollten wir daran arbeiten.

(Herr Schwenke, CDU: Wir arbeiten daran!)

Ich hoffe, dass Sie unserem Antrag folgen und ihn zur Beratung in die drei genannten Ausschüsse überweisen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Herr Czeke. - Für die Landesregierung hat der Kultusminister Herr Professor Dr. Olbertz das Wort.

(Herr Tullner, CDU: Milch für alle! Der Milchminister!)

Herr Prof. Dr. Olbertz, Kultusminister:

Ich habe fest damit gerechnet. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich trage die Rede der Landwirtschaftsministerin Frau Wernicke vor. Wir haben uns gut abgestimmt. Weil die Nähe zu meinem Ressort naheliegend ist, sind wir von dem regulären Vertretungsprinzip abgewichen.

(Zuruf von der CDU: Wegen der Milch!)

- Wegen der Milch, genau. - Die Landesregierung unterstützt bereits aufgrund der Ergebnisse der nationalen Verzehrstudie vielfältige Maßnahmen für zielgruppengerechte Präventionsprogramme auf regionaler Ebene. Das trifft insbesondere für die Initiative „Besser Essen - mehr bewegen“ an Schulen zu. Zum Beispiel gibt es die lokale Initiative Barleben sowie die Einrichtung der bereits ausgeschriebenen Vernetzungsstelle für die Schulverpflegung. Der Antrag der LINKEN ist insofern nicht wirklich neu.

Auch in der Vergangenheit konnten Schüler und Kinder in vorschulischen Einrichtungen einen Zuschuss zum Milchgeld erhalten. Das Geld wird von der EU über einen so genannten Beihilfeempfänger - in Sachsen-Anhalt sind das die Milchhändler - weitergegeben.

In unserem Land nutzen mehr als 30 % aller Kinder sowie Schülerinnen und Schüler das Angebot, in den vorschulischen Einrichtungen bzw. in der Schule Milch zu trinken. Insgesamt wurden während eines Schuljahres - das ist eine interessante Information - knapp 1,7 Millionen l Milch konsumiert.

In den letzten Jahren hat sich immer wieder gezeigt, dass viele Schüler das Angebot nicht genutzt haben, weil ihnen nur Milch - in Anführungszeichen - oder nur Kakao nicht schmeckte oder nicht ausreichend war. Auf Drängen insbesondere Deutschlands wurden ab 1. August 2008 weitere Produkte in die Produktpalette aufgenommen. So können nun auch Jogurt- und Quarkzubereitungen

(Der Redner hat Mühe fortzufahren - Heiterkeit)

oder Käse - -

(Heiterkeit)

- Ich gebe mir solche Mühe.

(Heiterkeit im ganzen Hause)

Präsident Herr Steinecke:

Bleiben Sie einmal - -

Herr Prof. Dr. Olbertz, Kultusminister:

Das wird noch schlimmer.

(Heiterkeit im ganzen Hause - Herr Gallert, DIE LINKE: Soll jemand eine Kurzintervention machen?)

- Ja, wenn Sie so freundlich wären.

(Heiterkeit im ganzen Hause - Herr Gallert, DIE LINKE: Mir fällt jetzt auch nichts ein!)

Präsident Herr Steinecke:

Es ist schön, wenn wir um diese Zeit noch so fröhlich sind. Herr Minister, bitte.

Herr Prof. Dr. Olbertz, Kultusminister:

Ich wollte Ihnen mitteilen, dass auch Quarkzubereitungen - -

(Heiterkeit im ganzen Hause)

Präsident Herr Steinecke:

Lassen Sie uns doch ein bisschen lachen, das ist auch nicht schlecht.

Herr Prof. Dr. Olbertz, Kultusminister:

und auch Käse - -

Präsident Herr Steinecke:

Es war schon am Vormittag so traurig. Jetzt können wir einmal lachen.

(Herr Gallert, DIE LINKE: Lassen Sie die Justizministerin sprechen!)

Herr Prof. Dr. Olbertz, Kultusminister:

Das kann alles bezuschusst werden. Die Verbesserung der Inanspruchnahme der EU-Schulmilchbeihilfen sowie die

(Heiterkeit im ganzen Hause)

Initiierung des EU-Programms zur Förderung der Verteilung von Obst und Gemüse - -

(Heiterkeit)

Präsident Herr Steinecke:

Ich würde vorschlagen, wir lachen alle noch einmal kräftig; dann erholen Sie sich und können weiterreden, Herr Minister.

(Heiterkeit)

Herr Prof. Dr. Olbertz, Kultusminister:

Ich bringe es jetzt in freier Rede zu Ende. Ich gebe die Rede zu Protokoll.

(Heiterkeit - Herr Tullner, CDU: Nein, nein!)

Die Rede folgt übrigens der Empfehlung, den Antrag in die genannten Ausschüsse zu überweisen. An sich ist das ein ernstes Thema. Wir haben natürlich einen gewissen Dissens darüber, ob die Abgabe von Milch kostenlos oder kostenvergünstigt erfolgen soll. Darüber kann man in den Ausschüssen noch einmal beraten. Es stellt sich natürlich immer die Frage: Sollte man alles ohne Gegenleistung verteilen? - Man kommt dann am Ende in eine Situation, in der es nichts mehr zu verteilen gibt.

Es ist wahrscheinlich eine gute Grundlage für die Eingang in den Ausschüssen, eine kostenvergünstigte Abgabe mit diesen Projekten zu ermöglichen. Ansonsten sehen wir der Diskussion mit Interesse entgegen. Alles Weitere, worüber ich sonst zu sehr schmunzeln müsste, gebe ich jetzt zu Protokoll.

Präsident Herr Steinecke:

Geben Sie mal her!

(Heiterkeit und Beifall im ganzen Hause)

(Zu Protokoll:)

Herr Prof. Dr. Olbertz, Kultusminister:

Die Verbesserung der Inanspruchnahme der EU-Schulmilchbeihilfen sowie die Initiierung des EU-Programms zur Förderung der Verteilung von Obst und Gemüse an Schulen leisten wichtige Beiträge für eine langfristig gesunde, abwechslungsreiche Ernährung von Schülerinnen und Schülern und steigern den Absatz von Milch und Milchprodukten sowie Obst und Gemüse.

Die Landesregierung ist sich der positiven Auswirkungen des Programms und der wichtigen Ziele durchaus bewusst - allerdings wird die Schulmilchbeihilfe mit einem vergleichsweise sehr hohen Verwaltungsaufwand administriert. Die EU akzeptiert keine Bagatellgrenzen und setzt die Förderung von Schulmilch mit anderen Beihilfen für die Landwirtschaft gleich. Das hat zur Folge, dass eine Beihilfe von rund 5 Cent für einen Viertel Liter Milch genauso verwaltet und kontrolliert werden muss, wie zum Beispiel eine Agrarumweltmaßnahme mit Verwaltungskontrollen, Vor-Ort-Kontrollen, Bescheinigender Stelle, Zahlstelle etc. Die verwaltungsmäßige Umsetzung darf uns bei aller Wertschätzung des Programms nicht gleichgültig sein.

Die Initiierung eines Schulobstprogramms beinhaltet eine Beihilfe für die Abgabe von Obst und Gemüse an Schülerinnen und Schüler. Auch die damit zusammenhängenden Kosten, zum Beispiel für Logistik, Ausrüstung, Kommunikation, sind beihilfefähig. Mit diesem Programm sollen folgende Ziele erreicht werden:

- den Anteil an Obst und Gemüse in der Ernährung von Kindern im Entwicklungsstadium von sechs bis zehn Jahren zu erhöhen,
- das Ernährungsverhalten langfristig zugunsten einer gesundheitsförderlichen Ernährungsweise zu beeinflussen,
- die öffentlichen Kosten für die Folgen von ernährungsbedingtem Krankheitsgeschehen zu reduzieren sowie
- positive Auswirkungen auf den Verbrauch von Obst und Gemüse zur Erfüllung der Ziele der gemeinsamen Agrarpolitik zu erreichen.

Als EU-Budget sollen jährlich 91,3 Millionen € für die Verteilung von Obst und Gemüse einschließlich Kosten für die Logistik eingesetzt werden. Bei einem Kofinanzierungsbeitrag der Mitgliedstaaten in Höhe von 66 Millionen € stehen somit EU-weit rund 157 Millionen € für das Schulobstprogramm zur Verfügung.

Nicht zuletzt die Ergebnisse der kürzlich vorgelegten Schulanfängerstudie (durch das Ministerium für Gesundheit und Soziales Datenerhebung bis 2006) als auch die vorläufigen Ergebnisse der landesweiten Erhebung der Verbraucherzentrale zur Schulverpflegung machen den dringenden Handlungsbedarf hinsichtlich einer gesunden Ernährung von Kindern und Jugendlichen in Sachsen-Anhalt deutlich:

- Die wachsende Zahl übergewichtiger Kinder stellt den engen Zusammenhang zwischen dem sozialen Status und der Gesundheitsgefährdung durch Übergewicht deutlich dar.
- Der Hauptgrund für eine geringe Beteiligung von Schülerinnen und Schülern an der Schulverpflegung

wird in der schwierigen finanziellen Situation ihrer Familien gesehen.

- Ein Obstdessert, wie es laut Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung zu den Kriterien für ein gesundes Schulmittagessen gehört, wird nur an einem Prozent der durch die Verbraucherzentrale befragten sachsen-anhaltischen Schulen angeboten.

Die bereits bestehenden vielfältigen Maßnahmen und Projekte in Sachsen-Anhalt zur gesunden Ernährung von Kindern und Jugendlichen, wie zum Beispiel das Projekt aid-Ernährungsführerschein, müssen zusammen mit weiteren Anregungen des Nationalen Aktionsplans Bewegung und Ernährung aus Gründen der Effektivität gebündelt werden. Bestehende Strukturen sollten dabei genutzt und Kooperationen mit den bereits vor Ort tätigen Akteuren und Multiplikatoren vereinbart werden.

Gesunde Ernährung setzt Wissen voraus. Deshalb muss die Kompetenzentwicklung zur gesunden Ernährung von Lehrkräften, Eltern und Schülerinnen und Schülern dringend unterstützt werden.

Die Vernetzungsstelle wird in Zukunft ihre Aufgabe im Kontext des Nationalen Aktionsplans für die Lebenswelten Schule und Kita wahrnehmen. Ihre Aufgabe ist es, nachhaltige Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung und -sicherung der Kita- und Schulverpflegung umzusetzen. Durch den Bund werden dafür im Rahmen des Nationalen Aktionsplans für fünf Jahre Fördermittel bereitgestellt, die durch Landesmittel kofinanziert werden müssen (Federführung durch das Kultusministerium und das Ministerium für Gesundheit und Soziales unter Beteiligung des Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt).

Weil wir in Sachsen-Anhalt die Pflicht zur schultäglichen warmen Vollwertmahlzeit in § 72a des Schulgesetzes verankert haben, muss uns auch die tägliche Versorgung der Schülerinnen und Schüler mit Schulmilch und Milchprodukten sowie Obst und Gemüse, möglicherweise zu reduzierten Preisen, ein Anliegen sein.

Leider ist das Schulmilchprogramm in seiner jetzigen Ausgestaltung nur mit großem Aufwand zu realisieren. Deshalb darf ein Schulobstprogramm keinesfalls verwaltungsseitig nach dem Vorbild Schulmilch aufgelegt werden. Vielmehr müssen wir dafür Sorge tragen, bei beiden Programmen zu einer sachgerechten und effizienten Verwaltung zu kommen.

Deshalb ist bei der Initiierung eines EU-Programms zur Abgabe von Schulobst sowie bei der Verbesserung der Inanspruchnahme der EU-Schulmilchbeihilfen die Zusammenarbeit der verschiedenen Ressorts - Kultusministerium, Ministerium für Gesundheit und Soziales, Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt - und der nachgeordneten Behörden, Landkreise und Kommunen zwingend erforderlich.

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Herr Minister, für Ihre heitere, aber doch ernste Einbringung bei diesem so wichtigen Thema. Wir können auch einmal ein herzliches Lachen gebrauchen.

Wir kommen dann zu den Debattenbeiträgen, die sicherlich mit aller Ernsthaftigkeit vorgetragen werden. Ich erleihe zuerst der SPD-Fraktion das Wort. Frau Grimm-Benne, bitte schön.

Frau Grimm-Benne (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Kollegen! Auf dem Weg nach unten wurden mir schon die Worte: „Die Milch macht's!“ entgegengerufen.

Um ernsthaft zu werden: Die SPD-Fraktion unterstützt das Anliegen des Antrages der LINKEN. Aus diesem Grunde werden wir uns rege an der Diskussion beteiligen. Wir sind für die Überweisung des Antrages zur federführenden Beratung in den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie zur Mitberatung in den Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur und in den Ausschuss für Soziales. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der CDU und bei der LINKEN)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Frau Grimm-Benne, für Ihren kurzen Beitrag. - Wir kommen zur FDP-Fraktion. Herr Hauser wird sich der Milch- und Obstproblematik widmen. Bitte schön, Herr Hauser.

Herr Hauser (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe nicht geglaubt, dass es heute Nachmittag noch so lustig wird. Mich wundert sowieso, welcher Blitz Harry Czeke getroffen hat.

(Heiterkeit - Zuruf von Herrn Tullner, CDU)

Ich kenne ihn mittlerweile recht lange. Bis jetzt hat er immer nur gegen die EU gewettert. Jetzt lobt er die EU. Lieber Harry Czeke, geht es vielleicht in Richtung Brüssel ab mit dir, oder was ist da los?

(Heiterkeit bei der FDP und bei der CDU)

Ist der 7. Juni 2009 schon angepeilt, oder was ist da los? Das ist sehr verdächtig. - Aber jetzt noch einmal zu den etwas ernsteren Dingen.

(Herr Gallert, DIE LINKE: Die EU ist aber nicht verdächtig! - Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Natürlich sind wir für die Ausschussüberweisung. Aber ich möchte schon bitten, sehr verehrter Herr Minister, die ganzen Investitionen zu bedenken, die Kühl- und Lagerräume. Es geht letztlich um Lebensmittel tierischen Ursprungs, und da gibt es einige Vorschriften, die man befolgen muss. Ich denke auch an die Kontroll- und Sanktionsmaßnahmen - ich habe das durchgelesen -, an den gigantischen Papieraufwand und an das dazugehörige Personal. Wenn wir das alles sicherstellen können und die Mittel dafür haben, können wir entscheiden. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP - Zustimmung bei der CDU)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Herr Hauser. - Wir kommen zu dem Beitrag der CDU. Herr Hartung, Sie haben jetzt das Wort. Bitte schön.

Herr Hartung (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hätte eigentlich hier ein Glas Milch erwartet, nachdem wir schon so in Stimmung sind.

(Heiterkeit)

Vielleicht noch einmal zu meinem Kollegen Herrn Czeke: In dem Antrag, den Sie vorgelegt haben, vermisste ich noch etwas. Hierzu gehört nämlich noch ein ganz wichtiger Punkt. Zur gesunden Ernährung gehört nämlich auch, was man hier vergessen hat, eine gesunde Bewegung. Wenn das mit drin gestanden hätte, hätte ich dazu aufgefordert, fünf Liegestütze und fünfmal Kniebeugen zu machen. Ich hätte das auch gern vorgemacht.

Aber ansonsten gebe ich meine Rede zu Protokoll. Es ist eigentlich alles gesagt worden.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Herr Steinecke:

Ich nehme das erfreut zur Kenntnis, und die Kollegen freuen sich auch. Herzlichen Dank!

(Zu Protokoll:)

Herr Hartung (CDU):

Die Schulmilchbeihilfe dient der Förderung des Absatzes von Milch und bestimmten Milcherzeugnissen. Zielgruppen dieser Maßnahme sind Kinder und Jugendliche in Kindergärten und Schulen. Sie sollen frühzeitig an den Verzehr von Milch und Milcherzeugnissen gewöhnt werden, um nicht nur einen kurzfristigen, sondern auch einen langfristigen Absatzeffekt zu erzielen. Mit der aus EU-Mitteln gewährten Beihilfe soll eine möglichst flächen-deckende Versorgung vorschulischer und schulischer Einrichtungen zu vertretbaren Preisen erreicht werden.

Das Gleiche gilt für das geplante EU-Schulobstprogramm. Der Minister erwähnte es bereits. Die EU-Kommission regt an, ab dem Schuljahr 2009/2010 ein Beihilfeprogramm aufzulegen. Auch bei diesem Programm liegen die Ziele vor allem darin, Kinder im Entwicklungs-stadium so zu beeinflussen, dass sie bereits frühzeitig mit einer gesundheitsfördernden Ernährung konfrontiert werden. Das ist richtig und auch im Sinne eines präven-tiven Gesundheitsschutzes.

Das Einnehmen von Mahlzeiten ist mehr als nur Nah- rungsaufnahme. Da Kinder einen Großteil des Tages in einer Kita oder Schule verbringen, müssen wir ihnen dort auch eine Esskultur nahe bringen, die frühzeitig darauf abzielt, Übergewicht und chronische Krankheiten zu verhindern. Dazu dient vor allem Obst und Gemüse; es ist richtig, sie als selbstverständlichen Nahrungsbestand-teil preiswert abzugeben. Dies erwähne ich auch vor dem Hintergrund eines zunehmenden Übergewichts der Deutschen.

Laut einer Studie des Robert-Koch-Instituts werden aus 80 % der übergewichtigen Kinder im Laufe des Lebens übergewichtige Erwachsene. Die Reduzierung von Übergewicht im Kindes- und Erwachsenenalter muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe angesehen werden, zumal die Folgen von chronischen ernährungsbedingten Erkrankungen wiederum von der Allgemeinheit über die sowieso schon strapazierten Krankenkassen getragen werden müssen.

Ich möchte als letzter Redner nicht das bereits Gesagte wiederholen. Auch der Minister hat die wesentlichen Schwerpunkte zur EU-Schulmilchbeihilfe und zum EU-Schulobstprogramm beschrieben. Dennoch lassen Sie mich zum Schluss meiner Ausführungen darauf verwei-sen, dass die Gesundheit in einem hohen Maß Einfluss auf den Lebenslauf und auf den Erfolg oder Misserfolg von Biografien, hier insbesondere unserer Kinder, hat.

Übergewicht und schlechte Ernährung haben gesund-heitliche Folgen sowohl in körperlicher als auch in seeli-scher Hinsicht.

Hinzu kommt häufig eine allgemeine Lern- und Leis-tungsschwäche. Wenn Kinder schon in der dritten Unter-richtsstunde keine Nährstoffe, keine Kohlenhydrate, kei-ne Eiweißstoffe mehr haben, sind sie nicht in der Lage, dem Unterricht in der fünften Stunde ordentlich zu fol-gen. Wir reden also vor allem über gerechte Startchan-cen für unsere Kinder und Enkelkinder, der ersten Gene-ration des 21. Jahrhunderts. Daher bitte ich Sie um Über-weisung in den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie zur Mitberatung in die Ausschüsse für Bildung und für Soziales.

Präsident Herr Steinecke:

Meine Damen und Herren! Jetzt hat der Einbringer, Herr Abgeordneter Czeke, das letzte Wort und die Gelegen-heit, noch einmal mit Milch anzustoßen und einen Apfel zu essen. Bitte schön, Herr Czeke.

Herr Czeke (DIE LINKE):

Lieber Herr Kollege Hauser, ich hatte ja zuvor gesagt, wie das mit der Kritik ist. Kritisieren Sie nicht - ich habe Glück, Kollege Tögel ist heute nicht da -, bin ich dann eben kein EU-kritischer Fundamentalist. Deswegen schlagen auch zwei Herzen in meiner Brust, mit dem Sozialen auch noch das dritte.

(Zuruf von der CDU: Drei!)

- Ja, mindestens.

Herr Kultusminister, Sie haben sich wacker geschlagen, auch als Stellvertreter für die Agrarministerin. Sie hätten es vielleicht die Sozialministerin machen lassen können; denn sie hat Sport und Gesundheit in ihrem Ressort.

Ich freue mich, dass das Haus die Ausschussüberwei-sung übereinstimmend mitträgt. Was die Kostenreduzie-rung angeht - Sie haben es deutlich gesagt -: Bei der Schulmilch gibt es fünf Cent Förderung auf 0,25 l pro Kind und Schultag. Das ist so. Die EU orakelt noch, ob sie das Schul-Obst-und-Gemüse-Programm auch kos-tenfrei oder gestützt zur Verfügung stellen will.

Bei allem, was die Veterinärhygiene und die Lebensmit-telhygiene anbelangt, hat Kollege Hauser auch als Pflan-zenzüchter komplett Recht. Auch das mag in den Aus-chüssen beraten werden. - Vielen Dank für die Über-weisung.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung von Herrn Hauser, FDP)

Präsident Herr Steinecke:

Wir sind damit am Ende der Debatte und kommen zur Abstimmung. Vom Antragsteller wurde beantragt, den Antrag in den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, in den Ausschuss für Bildung, Wissen-schaft und Kultur und in den Ausschuss für Soziales zu überweisen. Habe ich das richtig verstanden? - Es wur-de ferner beantragt, die Federführung dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zu übertra-gen.

Wenn Sie damit einverstanden sind, lasse ich darüber insgesamt abstimmen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Zustimmung bei allen Fraktio-

nen. Damit ist der Überweisung zugestimmt worden. Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ist als federführender Ausschuss bestimmt worden.

Meine Damen und Herren! Wir sind damit am Ende der 24. Sitzungsperiode. Ich berufe den Landtag zur 25. Sitzungsperiode für den 13. und 14. November 2008 ein.

Ich wünsche Ihnen allen ein fröhliches Wochenende. Gehen Sie so fröhlich ins Wochenende, wie wir unsere Tagung beendet haben. Denen, die Schulkinder haben, wünsche ich schöne Ferien.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss der Sitzung: 16.27 Uhr.

Herausgegeben vom Landtag von Sachsen-Anhalt
Eigenverlag
Erscheint nach Bedarf